



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Reformprojekte der Regierungskoalition 2008-2013
im Bereich der Schulpolitik“

Verfasser

Mag. Johannes Heuras

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im März 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Dr. Fritz Windhager

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	3
Abstrakt.....	5
Vorwort.....	6
Einleitung	7
1. Methodischer Ansatz: Hermeneutik	10
2. Begriffsdefinitionen	12
2.1. Der Bildungsbegriff	12
2.2. Der Begriff der Schulpolitik	13
2.3. Der Machtbegriff	13
2.4. Der Reformbegriff	14
3. Ein historisches Herantasten an das Thema Bildung.....	16
4. Bildung allgemein	19
4.1. Demokratie und ihre Anforderungen an die Bildung:.....	19
4.2. Die Macht der Bildung und die Rolle der Regierungsparteien.....	20
4.3. Die gesellschaftliche Komponente der Bildung	22
4.4. Bildung als Identitätsstifter.....	25
5. Veränderte Rahmenbedingungen der heutigen Zeit.....	27
5.1. Veränderte Stellung der Schule innerhalb der Gesellschaft	28
5.2. Veränderte wirtschaftliche Anforderungen an die Schulpolitik	30
5.3. Bildung und technologische Quantensprünge	32
5.4. Bildung und die stärker werdende Europäisierung	33
6. Der Einfluss von PISA und Co. auf die Schulpolitik	38
6.1. Der „PISA-Test“	38
6.2. Das Bildungsvolksbegehren 2011	42
6.3. Resümee	44
7. Reformprojekte im Bereich der Schulpolitik	46
7.1. Kompetenzen im Bereich der Schulpolitik	46
7.2. Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Reformen im Schulbereich.....	48
8. Reformpunkte genauer betrachtet – Das Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode.....	52
8.1. Reformen vor dem Hintergrund der Schulfinanzierungsfrage	53
8.2. Reformbestrebungen im Bereich der frühkindlichen Erziehung	56
8.3. Stärkung der ganztägigen Schulformen und Ganztagsbetreuungseinrichtungen.....	58

8.4.	Migration als Thema in der Schulpolitik	63
8.5.	Schüler und das Prinzip Leistung	65
8.5.1.	Von Schulnoten und Leistung in der Schule	65
8.5.2.	Die Einführung der „Modularen Oberstufe“	69
8.5.3.	Die Schaffung einer einheitlichen Zentralmatura	72
8.5.4.	Von der Neuen Mittelschule zur Gesamtschule?	75
8.5.5.	Die Gesamtschule als gerechtere Schule?	77
8.5.6.	Individualität und Schullaufbahnentscheidungen	79
8.5.7.	Gesamtschulen, Restschulen und Privatschulen	81
8.5.8.	Ein Zwischenresümee zu den Gesamtschulbestrebungen	83
8.5.9.	Die neue Mittelschule als „Gesamtschulkompromiss“	86
8.6.	Über Veränderungen der Schulverwaltung und mehr Autonomie	89
8.6.1.	Reformmaßnahmen im Bereich der Schuldirektoren	90
8.6.2.	Die Idee eines „Mittleren Managements“ an den Schulen	93
8.6.3.	Die Abschaffung von Bezirks- und Landesschulräten	94
8.6.4.	Mehr Autonomie für den einzelnen Schulstandort	96
8.7.	Anpassung der Schulbauten an die gesteckten Reformziele	100
8.8.	Die Einführung eines neuen Dienst- und Besoldungsrechts für Lehrer	104
8.9.	Eine den veränderten Rahmenbedingungen angepasste Lehrerbildung	109
8.9.1.	Die Besten sollen Lehrer werden	110
8.9.2.	Die Lehrerbildung und die Lehrerweiterbildung	113
8.9.3.	Das Lehrerbild innerhalb der Gesellschaft	116
8.9.4.	Resümee	117
9.	Resümee und Ausblick	118
	Literaturverzeichnis	124
	Anhang	130
	Interview mit NR Werner Amon, am 15. Dezember 2011	130
	Interview mit NR Elmar Mayer, am 20. Dezember 2011	141
	Auszug aus dem Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode	153
	Ehrenerklärung	160
	Lebenslauf	160

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AHS	Allgemeinbildende Höhere Schulen
Art.	Artikel
BIFIE	Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation & Entwicklung des österreichischen Schulwesens.
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BHS	Berufsbildende Höhere Schulen
B-VG	Bundesverfassungsgesetz
CV	Österreichischer Cartellverband
ebd.	ebenda
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EU	Europäische Union
EUV	Vertrag über die europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
HTL	Höhere Technische Lehranstalt
NMS	Neue Mittelschule
NR	Nationalrat
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ÖAAB	Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PISA	Programme for International Student Assessment
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
UPL	Universitäre Plattform für Lehrerbildung
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

***„Die Ausnutzung von Möglichkeiten,
die durch brachliegende „Strukturen von gestern“ geboten werden,
erscheint oft geradezu genial.***

Konrad Lorenz (1983)¹

¹ **Ahnert**, Lieselotte: Wieviel Mutter braucht ein Kind?: Bindung – Bildung – Betreuung: öffentlich und privat. Heidelberg, 2011. S. 90.

Abstrakt

Ausgangspunkt dieser Diplomarbeit ist eine verstärkte Wahrnehmung schulpolitischer Problemlagen. Durch internationale Studien und Vergleiche, wie etwa der PISA-Testung, wurde eine breite öffentliche und mediale Debatte losgetreten. Davon angetrieben kam auch die Politik mehr und mehr zur Überzeugung, dass Reformprojekte notwendig sind, um aktuellen Bedürfnissen einer globalisierten und zusehends technifizierten Welt gerecht werden zu können.

Diese Reformprojekte sollen Gegenstand dieser politikwissenschaftlichen Betrachtung sein. Ich habe dazu in meiner Diplomarbeit das aktuelle Regierungsübereinkommen 2008-2013 herangezogen, um einen Überblick über die geplanten Reformschritte der Regierung zu gewinnen. Mit Hilfe eines hermeneutischen Ansatzes und ergänzender Betrachtung der Grundsatzprogramme von SPÖ und ÖVP, sowie deren jeweiligen aktuellen Bildungsprogrammen soll ein kritischer Blick auf die Umsetzung der Reformprojekte gemacht werden. Auf Basis der Expertisen zahlreicher Bildungsexperten, die ich in der Lektüre der einschlägigen Fachliteratur erarbeitet habe, werde ich diese Untersuchung durchführen. Meine Forschungsfrage dazu ist jene, ob vorgesehene Reformprojekte die österreichische Schullandschaft fit machen, um in den nächsten Jahren und Jahrzehnten erfolgreich und effizient unseren Kindern Ausbildung bieten zu können.

Die Diplomarbeit ist auf den Bereich der Schulpolitik begrenzt. Gegenstand der Arbeit sind daher alle Reformbestrebungen die den Bereich der Primarstufe, sowie der Sekundarstufe I und II betreffen. Nicht Gegenstand dieser Arbeit sind somit postsekundäre Bildungsbereiche, wie zum Beispiel Erwachsenenbildung und Hochschulpolitik.

Vorwort

Den Reformprojekten unseres Schulsystems wurde in den letzten Monaten sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt. Immer neue Anforderungen, auf die unsere Schule reagieren muss, bringen zahlreiche neue Problempunkte mit sich.

Vor allem durch internationale Vergleichsstudien wie etwa der PISA-Testung wurde auf die nationale Politik starker Druck ausgeübt, sodass sich die handelnden Akteure dazu durchgerungen haben, in diesem Bereich Reformmaßnahmen einzuleiten. Im Regierungsübereinkommen aus dem Jahr 2008 sind zahlreiche dieser Reformprojekte vereinbart worden. Die Auseinandersetzung mit der Umsetzung dieser Reformbestrebungen wird Gegenstand dieser Diplomarbeit sein.

Die in dieser Arbeit verwendeten geschlechtsspezifischen Begriffe sind so zu verstehen, dass stets beide Geschlechter davon umfasst sind. Um den Lesefluss nicht zu behindern wurde auf die Verwendung des Binnen-I verzichtet. Dies darf keinesfalls als Geringschätzung angesehen werden, sondern vielmehr als Ausdruck der Selbstverständlichkeit, dass im Wortgebrauch ohnehin stets beide Geschlechter gleichermaßen erfasst sind.

Danken möchte ich an dieser Stelle Dr. Fritz Windhager, der mir stets wertvolle Anregungen gegeben hat und immer mit Rat und Tat zur Seite stand. Er hat mich beim Gelingen der Arbeit immer nach Kräften unterstützt, wofür ihm großer Dank gebührt.

Weiters bedanke ich mich bei meiner Familie – allesamt selbst Lehrer –, die mir immer wieder in zahlreichen Diskussionen zum Thema Bildung und zum Schulsystem in Österreich, wertvolle Inputs geliefert haben und mir stets unterstützend zur Seite gestanden sind.

Ich möchte diese Arbeit meiner Großmutter widmen, die kurz vor der Fertigstellung meiner Diplomarbeit verstorben ist. Sie hat mir Ideale und Werte vorgelebt, die man wohl in keiner Schule der Welt in dieser Form erlernen hätte können.

Herzlichen Dank dafür.

St. Peter/Au, März 2012

Einleitung

Das Thema Bildung ist in der aktuellen Debatte neben der Wirtschaftskrise wohl eines der Hauptthemen der Regierungskoalition 2008-2013. Wobei zu betonen ist, dass Bildung schon viel länger im Fokus steht, einmal mehr, einmal weniger im Rampenlicht des öffentlichen Diskurses. So schrieb Josef Höchtel bereits im Jahr 1983: „Seit mehr als einem Jahrzehnt stehen Fragen der Bildungspolitik im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion.“²

Daran hat sich scheinbar nicht viel geändert, vielmehr wurde Bildung in den letzten Jahren wieder zu einem Gut, das die Menschen interessiert und auch polarisiert. Dies erscheint umso weniger verwunderlich, wenn man bedenkt, dass in den nächsten 30 Jahren weltweit mehr Menschen eine Schule absolvieren werden, als in der gesamten bisherigen Menschheitsgeschichte.³ Gerade deshalb muss man es als absolute Priorität ansehen jetzt die richtigen Maßnahmen zu setzen, um für die Zukunft gerüstet zu sein und vor allem konkurrenzfähig zu bleiben. Die große Frage, die sich stellt, ist jedoch jene, welche Schlüsse hier die „richtigen“ Schlüsse sind. Wenn es um Bildung geht, gibt es nicht nur unzählige selbsternannte „Bildungsexperten“, sondern auch jeder einzelne bringt Erfahrungen aus seiner eigenen Schulzeit mit und hat selten Zweifel daran, dass seine Expertisen richtig sind.⁴ Treffend schreibt Josef Kraus hierzu: „Mitreden kann hier schließlich jeder, denn jeder hat einmal die Schule besucht oder kennt zumindest einen, der einen kennt, der in der Schule war.“⁵ Eines darf man dabei allerdings nicht vergessen: Schule in der Stadt bzw. in Ballungsräumen ist nicht gleich der Schule am Land.⁶ Ebenso ist nicht Lehrer gleich Lehrer. Auch der bekannte Autor und Lehrer Niki Glattauer schreibt in seinem Buch „Der engagierte Lehrer und seine Feinde – Zur Lage an Österreichs Schulen“: „Eine Hauptschule in Els im Waldviertel funktioniert naturgemäß in einem anderen Rahmen

² **Höchtel**, Josef: Entwicklungstendenzen der Bildungspolitik im Spiegel empirischer Befunde. In: **Höchtel**, Josef; **Windhager**, Fritz (Hrsg.): Bildungspolitik für Österreich – Analysen – Kritik – Konzeptionen. Wien, 1983. S. 41-66. Hier: S. 41.

³ vgl. **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 11.

⁴ **Salcher**, a.a.O., S. 15.

⁵ **Kraus**, Josef: Ist die Bildung noch zu retten? – Eine Streitschrift. München, 2009. S. 7.

⁶ vgl. **Glattauer**, Niki: Der engagierte Lehrer und seine Feinde – Zur Lage an Österreichs Schulen. Wien, 2010. S. 16.

und unter anderen Bedingungen als eine Hauptschule in Bécs-Fünfhaus.“⁷

Wenn Schule und Schulpolitik ein derart wichtiger gesellschaftlicher Faktor sind, dann gilt es natürlich auch zu hinterfragen, wie man sie richtig gestaltet. In der bildungspolitischen Diskussion fallen dabei sofort Schlagworte wie: Freiheit oder Gleichheit.⁸ Naturgemäß gehen die Meinungen der Experten hier weit auseinander. Sätze wie „Beim Start in die Bildungslaufbahn aber sollten alle die gleichen Chancen haben, gleiche Zielchancen kann es jedoch nicht geben“⁹ oder „[...] die Forschung hat eindeutig nachgewiesen, dass rund zwei Drittel des kognitiven Potenzials durch Erbfaktoren bestimmt sind“¹⁰, werden in die Diskussion eingeworfen. Wenn es um derart zentrale Werte wie Freiheit oder Gleichheit geht, ist es natürlich auch nicht verwunderlich, dass Bildungspolitik zu den wohl konfliktreichsten innenpolitischen Themen gehört. „In keinem Politikfeld hat sich das parteipolitische Lagerdenken so lebendig gehalten wie in der Bildung. Nicht pragmatischer Interessenabtausch, sondern kulturkämpferische Gegensätze prägen die Bildungspolitik.“¹¹ Eben dies gilt es genauer unter die Lupe zu nehmen in dieser Diplomarbeit.

Zuerst möchte ich daher eine Begriffsbestimmung der relevanten Begriffe und wie ich diese in meiner Arbeit verwende, an den Anfang meiner Betrachtung stellen. Daran anschließend werde ich verschiedene Komponenten der Bildung beleuchten, bevor ich zu den veränderten Rahmenbedingungen komme, die es überhaupt erst notwendig machen, bildungspolitische Maßnahmen und Reformen zu ergreifen. Um die Reformprojekte der Regierungskoalition behandeln zu können, wird in weiterer Folge das Regierungsübereinkommen 2008-2013 der beiden Großparteien herangezogen. Hiervon ausgehend soll ein systematischer Überblick ermöglicht werden, der die geplanten Reformen auf Umsetzung, Kompatibilität mit den ideologischen Standpunkten der Parteien und auf schulpolitische Notwendigkeit hin im realen Schulalltag untersucht. Zusätzlich habe ich, um den Standpunkt der beiden

⁷ **Glattauer**, Niki: Der engagierte Lehrer und seine Feinde – Zur Lage an Österreichs Schulen. Wien, 2010. S. 181.

⁸ vgl. **Kraus**, Josef: Ist die Bildung noch zu retten? – Eine Streitschrift. München, 2009. S. 36.

⁹ **Ebd.**

¹⁰ **Kraus**, a.a.O., S. 36 f.

¹¹ **Pechar**, Hans: Die ständische Versäulung des österreichischen Bildungssystems. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 27-38. Hier: S. 28.

Regierungsparteien besser miteinander vergleichen zu können, Interviews mit den beiden Bildungssprechern, Elmar Mayer von der SPÖ und Werner Amon von der ÖVP, durchgeführt, welche auch im Anhang dieser Arbeit abgedruckt sind.

Die Forschungsfrage, die sich mir stellt ist, ob die im Regierungsübereinkommen 2008-2013 beinhalteten Reformprojekte in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden können und wenn ja, ob sie die österreichische Schullandschaft zukunftstauglich machen, sodass unsere Kinder in den nächsten Jahren und Jahrzehnten erfolgreich, effizient und nachhaltig ausgebildet werden.

Meine Hypothesen lauten hiezu wie folgt:

- Reformprojekte sind im Bereich der Schulpolitik dringend nötig, da sich gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändert haben.
- Reformprojekte im Bereich der Schulpolitik kommen nur dann zustande, wenn die Problemlagen ausreichend von der Bevölkerung wahrgenommen werden und so Druck auf die politischen Akteure einwirkt.
- Es sind vor allem die ideologischen Parteieninteressen, die Reformen im Bereich der Schulpolitik so schwierig machen.
- Die bisher in dieser Regierungskoalition umgesetzten Reformprojekte werden den veränderten Anforderungen, die durch die geänderten Rahmenbedingungen, im Schulbereich entstanden sind, nur in beschränktem Maße.

Auch der im Bildungsbereich erfolgreiche Autor Andreas Salcher schreibt in seinem Buch „Der talentierte Schüler und seine Feinde“: „In keinem anderen Bereich unseres Lebens klappt die Lücke zwischen dem erzielten wissenschaftlichen Fortschritt und dessen tatsächlicher Nutzung, zum Wohl der Menschen so auseinander wie in unseren Schulen.“¹²

¹² **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 23.

1. Methodischer Ansatz: Hermeneutik

Der Begriff Hermeneutik kommt aus dem Griechischen und bedeutet aussagen, auslegen oder übersetzen. Hermeneutik im engeren Sinne beinhaltet die Kunst der Interpretation von Texten, im weiteren Sinne versteht man darunter auch die Schaffung eines Verständnisses für Sinnzusammenhänge in Lebensäußerungen unterschiedlicher Art. Wichtig ist die Frage nach dem Sinn, das Verstehen von Bedeutung. Aufgrund dieses sehr umfangreichen Verständnisses wird die Hermeneutik auch vielfach als „Generaltheorie der Interpretation bezeichnet.“¹³ Wie umfassend diese Methode angewandt wurde zeigt auch ein historischer Rückblick. „Vieles ist in der hermeneutischen Tradition Gegenstand des Auslegens gewesen: Texte, Symbole, Sprachäußerungen und Handlungen, Geschichten, die menschliche Welt, die Existenz als solche.“¹⁴

Seit Schleiermacher umfasst das Gebiet der Hermeneutik nun alle Texte oder Geistesprodukte und nicht nur besonders ausgewählte, „klassische“ oder „heilige“ Schriften. Diese stellten zunächst nämlich den Ursprungsanwendungsfall der Hermeneutik dar.

Als meine Methode für die folgende Arbeit werde ich ebenfalls hermeneutisch vorgehen, kombiniert mit induktiver und deduktiver Methode, das heißt ich möchte vom Einzelnen und Besonderen zum Allgemeinen und Ganzen gehen und von da wieder zum Einzelnen. Zu diesem Zweck habe ich in meiner Recherche das aktuelle Regierungsübereinkommen 2008-2013, die Grundsatzprogramme von SPÖ und ÖVP, sowie deren Bildungsprogramme einer qualitativen Untersuchung unterzogen. Zudem habe ich mit den beiden Bildungssprechern der Regierungsparteien, NR Elmar Mayer von der SPÖ, sowie NR Werner Amon von der ÖVP, Interviews geführt und ihnen zu den Reformen im Schulbereich genauer auf den Zahn gefühlt. Durch einen ständigen Kreisel in der Fachliteratur zum Thema Schulpolitik und Schulreformen habe ich versucht, mich in das Thema einzuarbeiten und meine Hypothesen zu hinterfragen

¹³ vgl. **Sommer**, Jörg: Dialogische Forschungsmethoden – Eine Einführung in die dialogische Phänomenologie, Hermeneutik und Dialektik, München-Weinheim, 1987. S. 157

¹⁴ **Anghern**, Emil: Interpretation und Dekonstruktion – Untersuchungen zur Hermeneutik, Göttingen, 2003. S. 11.

und zu überprüfen. Gerade das Thema Bildung und Schule war für mich eine besonders große Herausforderung, da es eine besonders aktuelle Fragestellung ist und die Problematik im Schulbereich eine immer größer werdende ist, wenn nicht die richtigen Reformen endlich eingeläutet werden.

Besonders anschaulich finde ich folgendes Zitat aus dem Buch von Behnke, Bauer und Behnke: „Man kann sich den Auswertungsprozess in Form einer Wendeltreppe vorstellen. Indem man über die gleichen Stellen immer wieder hinweggeht, kommt man bei jedem Durchgang ein Stückchen höher. Indem man immer wieder über die Daten hinweggeht, treibt man die Interpretation voran, abstrahiert immer ein Stückchen weiter.“¹⁵

Worte und Zeichen können stets einen latenten und einen manifesten Sinn enthalten. Manifeste Sinngehalt ist dabei das, was sie ganz offensichtlich und in erster Linie mitteilen sollen. Immer ist dabei aber auch zu hinterfragen, was dabei der latente Sinngehalt ist, also das, was „zwischen den Zeilen“ zu lesen ist. Gerade diesen latenten Sinngehalt möchte ich in meiner weiteren Arbeit darstellen.¹⁶ Im Hinblick auf das Regierungsprogramm 2008-2013 heißt das, zu erkennen, von welcher Seite eine Formulierung geprägt wurde und vor allem zu analysieren, warum zahlreiche angedachte Reformprojekte nicht umgesetzt werden.

Insgesamt hoffe ich so mit Hilfe dieses Methoden-Mix ein relativ umfassendes Bild darüber geben zu können, wie erfolgversprechend und nachhaltig Reformen im Bereich der Schulpolitik sind und woran offene Reformpunkte scheitern.

¹⁵ **Behnke**, Joachim; **Bauer**, Nina; **Behnke**, Nathalie: Empirische Methoden der Politikwissenschaft. Paderborn, 2010. S. 337

¹⁶ vgl. **Sommer**, Jörg: Dialogische Forschungsmethoden – Eine Einführung in die dialogische Phänomenologie, Hermeneutik und Dialektik, München-Weinheim, 1987. S. 170

2. Begriffsdefinitionen

Um in weiterer Folge dieser Arbeit Themenfelder exakter abstecken zu können, erscheint es notwendig einige Begriffe vorab genauer zu definieren. Vielfach sind diese Begriffe im Alltag unproblematisch verwendet, jeder kann sich darunter etwas vorstellen, da ja auch wie bereits einleitend erwähnt, jeder eigene Erfahrungen aus seiner Schulzeit in die Diskussion einbringt.

2.1. Der Bildungsbegriff

Bereits im frühen 19. Jahrhundert wurde Bildung als eine Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit betrachtet, die jedes Individuum in seinem Kern bereits innehatte. Es ging daher um die Entfaltung der persönlichen Anlagen, was - mittels Auseinandersetzung mit Texten und Reflexion - von innen heraus stattzufinden hatte.¹⁷ Auch als politischer Kampfbegriff wurde Bildung zu Beginn des 19. Jahrhunderts von einem aufstrebenden Bürgertum gegen die ständische Gesellschaft verwendet. Bildung wurde nur mehr an Abschlüssen und nicht mehr an ideellen Bildungsinhalten gemessen.¹⁸

August Rucker definierte im Jahre 1965: „Ziel der Bildung ist es, jedem einzelnen eine seinen zukünftigen Aufgaben gemäße Entfaltung seiner Veranlagung zu sichern.“¹⁹ Abzugrenzen von dieser ursprünglichen Bedeutung des Wortes Bildung ist der Begriff Erziehung. In neuerer Zeit wird die Schule allerdings mehr und mehr auch Ort der Erziehung und nicht nur der Wissensvermittlung. Daher verwende ich in meiner Arbeit einen sozusagen kombinierten Bildungsbegriff, der einerseits Wissensvermittlung und andererseits in gewissem Maße Erziehung bereits mit umfasst. Wiewohl vorab festzuhalten ist, dass Bildung weiter geht, als das was hier in dieser Arbeit behandelt wird. Bildung ist ein lebenslanger Bestandteil jedes Menschen. In meiner Diplomarbeit schränke ich Bildung allerdings auf jenen Bereich ein, der von der Schule durchgeführt wird.

¹⁷ vgl. **Groppe**, Carola: Die Macht der Bildung – das deutsche Bürgertum und der George-Kreis 1890-1933. Köln, 1997. S. 52.

¹⁸ **Groppe**, a.a.O., S. 49.

¹⁹ **Rucker**, August: Bildungsplanung – Versagen auch in der Zukunft?. Diessen/Ammersee, 1965. S. 14.

2.2. Der Begriff der Schulpolitik

Dies stellt den zentralen Begriff meiner Arbeit dar. Im Verhältnis zum Begriff Bildungspolitik ist Schulpolitik für mich der engere, wiewohl sie beide gleichermaßen stets Schauplatz der Meinungskonflikte aufgrund divergierender Wertevorstellungen und politischen Gesinnungen sein werden.²⁰ Unter Schulpolitik ist in dieser Arbeit all das zu verstehen, was Primarstufe, sowie Sekundarstufe I und II umfasst. Alle relevanten politischen Maßnahmen, die einen dieser drei Bereiche umfassen, zählen zum Themenkreis des Begriffs Schulpolitik. Aufgrund der Wichtigkeit der frühkindlichen Erziehung beim Eintritt in das Schulsystem, werde ich ganz kurz auch auf diesen Themenbereich eingehen. Insofern habe ich hier den Begriff der Schulpolitik um diesen Aspekt erweitert.

Ein wesentliches Charakteristikum der Schulpolitik ist, dass sie stets in der Öffentlichkeit als Ankündigungspolitik wahrgenommen wird. Die Erfolge bzw. Misserfolge gesetzter Maßnahmen lassen sich – von der Eröffnung neuer Schulbauten abgesehen – zumeist erst Jahre danach feststellen.²¹

2.3. Der Machtbegriff

Analysiert man politische Vorgänge, gelangt man sehr schnell zum Begriff Macht. Macht ist eine ganz zentrale Komponente bei jeder politischen Maßnahme.

„Herkunft und Wesen der Macht werden auf verschiedene Weise zu begründen versucht: anthropologisch-psychologisch, materialistisch-soziologisch, theologisch-ethisch und juristisch-rational. Jeder der vier verschiedenen Erklärungsversuche enthält einen wahren Kern. Aber erst unter Berücksichtigung aller Deutungsversuche zusammen kann eine allgemein verbindliche Darstellung des Begriffs der Macht gegeben werden.“²²

Ganz generell wohnt Bildung ein sehr großes Machtpotenzial inne. Ausbildung bringt Qualifikation, die wiederum entscheidendes Kriterium für sozialen Aufstieg ist.²³ „Für Hannah Arendt ist Macht – im Unterschied zu Gewalt – nicht nur eine existentielle

²⁰ vgl. **Schmied**, Claudia: Bildungsreform für Österreich – Zu den Anliegen und Sichtweisen einer zukunftsorientierten Bildungspolitik. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 13-26. Hier: S. 13.

²¹ vgl. **Haider**, Hans: Elisabeth Gehr: Reportage eines politischen Lebens. Wien, 2008. S. 48.

²² **Gunst**, Dieter: Politik zwischen Macht und Recht – eine Begriffsanalyse. Mainz, 1974. S. 15.

²³ **Groppe**, Carola: Die Macht der Bildung – das deutsche Bürgertum und der George-Kreis 1890-1933. Köln, 1997. S. 60.

Bedingung jedweder sozialen und politischen Ordnung, sondern auch mit ihrer Angewiesenheit auf Institutionalisierung ein der Akzeptanz und damit der Kontrolle seitens der Mehrheit bedürftiges Phänomen. Stefan Hradil hingegen betont die Ungleichgewichtigkeit des Macht-als-Einflußprozesses, indem er Macht „jede wesentliche Beeinflussung“ sein lässt, „die ein Bestandteil der Gesellschaft über einen anderen ausübt bzw. ausüben kann, ohne daß dieser in der Lage ist, sich dem Einfluß zu entziehen.“²⁴

Macht ohne Wissen ist zwar denkmöglich, umgekehrt jedoch bringt Wissen immer Macht mit sich. Dieses Wissen führt zu einem „Objektivitätsüberhang“, die vom System ausgehende Macht wird als unveränderbar angesehen und führt zur Verkrustung des Systems.²⁵

Gerade weil im Wissen und in der Bildung so viel an Macht impliziert ist, sind Fragen im Bereich der Schulpolitik derart kontroversiell. „Die Vermutung, daß bildungspolitische Entscheidungen in besonderem Maße den Interessen bestimmter Machtgruppen unterworfen seien, äußerte bereits Immanuel Kant in seinen „Vorlesungen über Pädagogik“ (1776/77) indem er erklärte, daß die Beförderung der Menschheit zum Teil daran scheitere, daß die Fürsten „ihre Untertanen nur wie ihre Instrumente zu ihren Absichten“ betrachten.“²⁶

Diese Dimension der Macht der Bildung möchte ich bei der Betrachtung der Reformprojekte stets im Hinterkopf behalten und mitberücksichtigen. Dies führt auch bereits zum letzten näher zu bestimmenden Begriff – dem Begriff der Reform.

2.4. Der Reformbegriff

Dass Reformen in der Regel in irgendeiner Weise Veränderungen mit sich bringen, ist hinlänglich bekannt. Wie man aber diesen Begriff exakt bestimmen kann, ist umso schwieriger. So formuliert es etwa Christian Graf von Krockow, wenn er schreibt:

²⁴ **Windhager**, Fritz: Machtdimensionen der politischen Kultur in Österreich. In: **Höchtel**, Josef; **Windhager**, Fritz (Hrsg.): Bildungspolitik für Österreich – Analysen – Kritik – Konzeptionen. Wien, 1983. S. 363-386. Hier: S. 363.

²⁵ vgl. **Becker**, Joachim: Wer macht Politik? – politische Subjekte, Akteure und Handlungsträger. Wien, 1998. S. 83.

²⁶ **Scharfenberg**, Günter: Bildungspolitik im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfte. Berlin, 1970. S. 6.

„Reformen sind Veränderungen, die auf eingetretene Veränderungen antworten, welche eine Institution mit Funktionsunfähigkeit bedrohen.“²⁷

Weiters führt er aus, dass man von Reform nur dann sprechen kann, wenn sie eine Umverteilung von Macht beinhaltet.²⁸ Streitpunkt bei Reformen ist zumeist, ob sie überhaupt notwendig sind und natürlich vor allem in welchem Umfang Reformen notwendig sind.

Eine wichtige Abgrenzung ist jene zwischen Revolution und Reform. Sie unterscheiden sich wohl nur im zeitlichen Ablauf und der Intensität. Während Revolutionen oftmals einen recht abrupten Bruch implizieren, erfolgen Reformen zeitlich langfristiger und zerlegt in mehrere Teilstücke.²⁹ Ganz richtig merkt aber Graf von Krockow an: „Es ist nicht selbstverständlich, daß eine Reform deshalb, weil sie uns notwendig erscheint, auch möglich ist.“³⁰ Wesentlich sind hier drei Punkte: es bedarf Druck von oben, von unten und von der Seite.³¹ Explizit bezogen auf den Bildungsbereich schreibt Graf von Krockow: „Einmal mehr bestätigte sich die Erfahrung, daß, wo im Grunde Veränderungen notwendig sind, zuerst die präventive Reaktion der „Insider“ des Bestehenden erwacht und tätig wird.“³²

Im weiteren Verlauf meiner Arbeit gilt es demnach zu überprüfen, wie auch schon in meiner zweiten Hypothese formuliert, ob der nötige Druck für die Durchführung von Reformen – sei es von Seiten der Regierungsparteien, sei es von Seiten der Lehrer und der Lehrgewerkschaft, sei es von externen Vereinen, Organisationen oder Personen, oder sei es von Seiten internationaler Vergleichsstudien – vorliegt.

²⁷ **Graf von Krockow**, Christian: Reform als politisches Prinzip. München, 1976. S. 11.

²⁸ vgl. **Graf von Krockow**, a.a.O., S. 12.

²⁹ vgl. **Graf von Krockow**, a.a.O., S. 13

³⁰ **Graf von Krockow**, a.a.O., S. 18.

³¹ vgl. **Graf von Krockow**, a.a.O., S. 24ff.

³² **Graf von Krockow**, a.a.O., S. 35.

3. Ein historisches Herantasten an das Thema Bildung

Natürlich wäre eine vertiefte historische Auseinandersetzung mit dem Thema Schulpolitik äußerst aufschlussreich, doch würde es den Rahmen meiner Arbeit hier wohl zu sehr ausdehnen. Dennoch möchte ich ganz kurz in einem groben Abriss wiedergeben, woher Schule eigentlich kommt und wie sie sich in Österreich im Speziellen entwickelt hat.

Schule gibt es bereits seit mehreren tausend Jahren. Vorreiter waren sicherlich kirchliche Einrichtungen, deren Gelehrte zuerst quasi ein Monopol auf die Vermittlung von Wissen hatten. Bildung war damals etwas Elitäres und nur die wenigsten kamen in diesen Genuss. Erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gab es in Teilen Europas die Einführung der Schulpflicht.³³ Vieles von dem, was Ende des 18. Jahrhunderts der „Allgemeinen Schulordnung“ Maria Theresias entsprang, gibt es in genau dieser oder ähnlichen Form auch heute noch in unseren Schulen. So zum Beispiel das Zusammenfassen der Schüler in „Jahrgangsklassen“, ähnlich wie es damals in den Militärschulen Preußens war, oder auch die Schulglocke, ähnlich einer Trillerpfeife eines Militärausbildners, die den Studentakt in den Schulgebäuden vorgibt.³⁴ Zudem erinnern große alte Schulbauten auch heute noch eher an Kasernen, denn an Stätten der Wissensvermittlung.

Ebenso ist auch die Zweiteilung in Hauptschulen und Gymnasien in Österreich ein Relikt, das es sogar schon vor der Aufklärung gegeben hat, und das alle Dekaden bisher überlebte.³⁵ „Erst mit der Volksschule – deren Einrichtung in der Habsburgermonarchie des späten 19. Jahrhunderts ebenso heftige Konflikte auslöste wie die Forderung nach der Gesamtschule ein Jahrhundert später – wurde erstmals ein Sockel geschaffen, der in rudimentärer Form gemeinsame Erfahrungen niederer und höherer Schichten erlaubte und zugleich in kulturelles Fundament

³³ vgl. **Pechar**, Hans: Die ständische Versäulung des österreichischen Bildungssystems. In: **Broukal**, Josef; **Niedermieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 27-38. Hier: S. 30f.

³⁴ vgl. **Glattauer**, Niki: Der engagierte Lehrer und seine Feinde – Zur Lage an Österreichs Schulen. Wien, 2010. S. 119f.

³⁵ vgl. **Glattauer**, Niki: Die PISA-Lüge – Wie unsere Schule wirklich besser wird. Wien, 2011. S. 170.

staatsbürgerlicher Gleichheit bildete.“³⁶

Wie kontrovers das Thema Schulpolitik immer schon war, zeigte auch die Erarbeitung des B-VG 1920. Man konnte sich über kulturpolitische Mindestnormen nicht einigen, und klammerte diese Materie, abgesehen von der Feststellung, dass im Schulwesen Gesetzgebung und Vollziehung Bundessachen sind, aus. Auch bei der Novelle von 1929 konnte kein Konsens gefunden werden.³⁷

1927 einigte man sich zumindest auf eine Schulreform, wiewohl die von sozialistischer Seite geforderte Allgemeine Mittelschule nicht umgesetzt wurde. Es wurde eine vierjährige Hauptschule eingeführt, deren Lehrplan überwiegend ähnlich jenem der Unterstufen der höheren Schulen war, was den Übertritt erleichtern sollte.³⁸ In einer Untersuchung, die Mitte des 20. Jahrhunderts durchgeführt worden war, zeigte sich, dass nicht einmal 1% aller Schüler einer höheren Schule, aus einer vorhergehenden Klasse der Hauptschule übergetreten waren, was den Ruf sozialistischer Politiker nach einer gemeinsamen Schulform bestärkte.³⁹

„In den Jahren der unmittelbaren Nachkriegszeit fand die Schulpolitik noch keine besondere Aufmerksamkeit. Die hauptsächliche Differenz in den schulpolitischen Vorstellungen der Parteien lag in der Organisation der Mittelstufe des Schulwesens.“⁴⁰ Daher war Bildungspolitik erst zum Thema geworden, als vermehrt Problemlagen wahrgenommen worden durch die Bevölkerung.⁴¹ Auch in Deutschland gab es Mitte der Siebziger ähnlich gelagerte Kontroversen. Bildungsziele, Bildungsorganisation und Bildungsinhalte wurden immer kritischer untersucht.⁴² Ebenso kam es in Österreich zu

³⁶ **Pechar**, Hans: Die ständische Versäulung des österreichischen Bildungssystems. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 27-38. Hier: S. 31.

³⁷ vgl. **Scharfenberg**, Günter: Bildungspolitik im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfte. Berlin, 1970. S. 27.

³⁸ vgl. **Scharfenberg**, a.a.O., S. 31.

³⁹ vgl. **Scharfenberg**, a.a.O., S. 38.

⁴⁰ **Bodenhöfer**, Hans-Joachim: Bildungspolitik. In: Dachs/Gerlich/Gottweis/Kramer/Lauber/Müller/Tálos (Hrsg.): Politik in Österreich – Das Handbuch. Wien, 2006. S. 652-662. Hier: S. 654.

⁴¹ vgl. **Höchtl**, Josef: Entwicklungstendenzen der Bildungspolitik im Spiegel empirischer Befunde. In: **Höchtl**, Josef; **Windhager**, Fritz (Hrsg.): Bildungspolitik für Österreich – Analysen – Kritik – Konzeptionen. Wien, 1983. S. 41-66. Hier: S. 43.

⁴² vgl. **Berthold**, Martin: Bildungspolitik am Scheideweg: die Schule. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 13-38. Hier: S. 13

einer verstärkten Wahrnehmung der Bevölkerung schulpolitischer Problemfelder, allerdings gaben in einer repräsentativen Untersuchung von 1978 32% der Befragten an, man solle endlich mit den ewigen Reformen aufhören, da diese nur Unruhe in die Schule bringen würden. 29% gaben an, Reformen waren bisher nicht sehr erfolgreich und man sollte daher damit aufhören. 18% sahen die Reformprojekte in anderen Problemfeldern unserer Schulen und nur jeder fünfte Befragte gab an, dass man mit den derzeitigen Reformen weitermachen sollte.⁴³ Josef Höchtel ortete 1983 in Österreich folgende Hauptkritikpunkte am Schulsystem: „ - mangelnde Vorbereitung auf das praktische Leben; - mangelnde Charakterbildung; - mangelnde „Politische Bildung“.⁴⁴

Wenn man heute in schulpolitischen Dokumenten aus der damaligen Zeit liest, könnte man vielfach meinen, man lese eine aktuelle Lektüre, die auf altem Papier abgedruckt wurde. Zu ähnlich sind die Inhalte und die Reformbemühungen, die von den einzelnen Gruppierungen vorgebracht werden. Im weiteren Verlauf dieser Diplomarbeit werde ich gelegentlich auf derartige historische Debatten und Vorbringen verweisen.

⁴³ vgl. **Höchtel**, Josef: Entwicklungstendenzen der Bildungspolitik im Spiegel empirischer Befunde. In: **Höchtel**, Josef; **Windhager**, Fritz (Hrsg.): Bildungspolitik für Österreich – Analysen – Kritik – Konzeptionen. Wien, 1983. S. 41-66. Hier: S. 41.

⁴⁴ **Höchtel**, a.a.O., S. 46.

4. Bildung allgemein

Bildung hat als solches einige wesentliche Aspekte, die eng mit ihr verflochten sind. Die für mich wichtigsten Punkte habe ich herausgegriffen und möchte ich kurz erläutern.

4.1. Demokratie und ihre Anforderungen an die Bildung:

Der Staat hat schon aus der Verfassung abgeleitet eine Pflicht zur Erfüllung einzelner Aufgaben, welche als Grundrechte ausgestaltet sind, was auch für den Bereich der Bildung gilt. „Dahrendorf nennt es in seinem 1965 veröffentlichten Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik das „Bürgerrecht auf Bildung“ [...].“⁴⁵ Bildung allgemein und insbesondere auch politische Bildung sind eine wesentliche Voraussetzung für eine funktionierende demokratische Gesellschaft.⁴⁶

Ins Treffen wird hierbei geführt, dass ein System, das von sich selbst behauptet, das am besten entsprechende Regierungssystem unserer Zeit zu sein, seinen eigenen Ansprüchen nicht genüge tut, solange es nicht eine gleiche Bildungschance für alle gewährt.⁴⁷ „Daß eine solche ungleiche „Zuteilung von Lebenschancen“ im Endeffekt den Prozeß der Oligarchisierung der Führungsgruppen in der Demokratie fördert und mit demokratischen Theorien unvereinbar ist, bedarf ebenso wenig einer Erörterung wie die Tatsache, daß die westlichen Demokratien das Problem der Oligarchisierung ihrer Führungsgruppen bisher nur unzureichend gelöst haben.“⁴⁸ Dieser Aspekt spielt vor allem in der Diskussion um die Einführung einer Gesamtschule eine ganz zentrale Rolle.

Scharfenberg führt dazu weiter aus, dass unter einem Schulsystem, in dem das Prinzip der Chancengleichheit erfüllt ist, ein solches zu verstehen ist, das jedem Gesellschaftsmitglied, ohne auf dessen soziale Herkunft abzustellen, die gleiche

⁴⁵ Blaschke, Godwin: Die österreichische Schulreform zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Bildungspolitik in der Zweiten Republik (1945-1977). Wien, 1978. [Diss.] S. 10.

⁴⁶ vgl. Evers, Carl-Heinz: Modelle moderner Bildungspolitik – Reden und Aufsätze aus einem Jahrzehnt. Berlin, 1969. S. 24.

⁴⁷ vgl. Scharfenberg, Günter: Bildungspolitik im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfte. Berlin, 1970. S. 13.

⁴⁸ Scharfenberg, a.a.O., S. 16.

Bildungschance gewährt.⁴⁹ Auch Blaschke wirft nur wenige Jahre später auf: „An der Tatsache der ungleichen Verteilung des gesellschaftlichen Wissens und damit der ungleichen Verteilung der Bildungschancen hat sich jedoch wenig geändert.“⁵⁰

Aus meiner Sicht ist Bildung für das Funktionieren von Demokratie natürlich unerlässlich. Für eine funktionierende Demokratie sehe ich es als Notwendigkeit an, dass jedes Mitglied der Gesellschaft die Chance erhält, an der politischen Willensbildung aktiv teilzunehmen und sich einzubringen. Der Staat muss das Bildungspferd entsprechend satteln, reiten muss ein jeder allerdings selbst darauf. Die geforderte „gleiche Lebenschance“ würde ich im Zusammenhang mit Demokratie daher insoweit verstehen, als jeder durch das angebotene Bildungsspektrum nach einem individuellen Maximum an Bildung streben kann. Egal welchen Abschluss er damit erreichen kann, hat er dennoch die Chance als demokratisch legitimer Vertreter etwa in ein politisches Gremium gewählt zu werden. Das seltener untere, weniger gebildete Schichten, eine so starke politische Mitwirkung ausüben können, wie besser gebildete, liegt nicht zuletzt daran, dass sie finanziell nicht unabhängig genug sind, um die nötige Zeit in eine politische Karriere zu investieren. Dies sehe ich aber nicht als Problem des Schulsystems an, sondern vielmehr als ein generelles Problem der Gesellschaft bzw. der Demokratie.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Bildung für eine funktionierende Demokratie unerlässlich ist. Ein gewisses Mindestmaß an Bildung ist von Nöten und sollte mit dem Abschluss der Pflichtschule auch erreicht werden, womit ein jeder sodann auch in der Lage sein sollte, ein aktives Mitglied einer demokratischen Gesellschaft zu sein.

4.2. Die Macht der Bildung und die Rolle der Regierungsparteien

Wie bereits bei der Begriffsbestimmung von Macht erläutert, gehen Macht und Bildung oft miteinander einher und sind eng miteinander verstrickt. Zum einen liegt eine Fülle

⁴⁹ vgl. **Scharfenberg**, Günter: Bildungspolitik im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfte. Berlin, 1970. S. 19.

⁵⁰ **Blaschke**, Godwin: Die österreichische Schulreform zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Bildungspolitik in der Zweiten Republik (1945-1977). Wien, 1978. [Diss.] S. 193.

an Macht in schulpolitischen Maßnahmen, zum anderen kann durch den Erhalt von Bildung enorme Macht erworben werden. Gerade deshalb sind bildungspolitische Reformen in der Praxis so schwer umsetzbar, da die Regierungsparteien, aktuell SPÖ und ÖVP selbst möglichst viel an Macht für ihre Klientel sichern wollen. Treffend zitiert Günter Scharfenberg in seinem Buch: „Friedrich Schneider äußert in seiner „Vergleichenden Pädagogik“ (Heidelberg 1961) die Vermutung, daß die einzelnen Parteien ihre jetzigen und späteren Mitglieder mit den Mitteln der Schule in ihre Parteidoktrin heimisch zu machen suchen, und daß sie „entsprechend ihrer Parteiideologie und der ihr zugrunde liegenden Welt- und Lebensanschauung bestimmte pädagogische Auffassungen haben, die dann ihren Ausdruck in Schulprogrammen finden, durch die ihre pädagogischen Bestrebungen orientiert sind.“⁵¹

Die Anlehnung der SPÖ und der ÖVP an den Idealen ihrer Vorgängerparteien der ersten Republik ist unübersehbar und findet auch in der Schulpolitik ihren Niederschlag.⁵² Doch oftmals sind es gar nicht die inhaltlichen Bildungs- und Erziehungsziele der Parteien, die so stark voneinander abweichen und Reformen im Schulbereich blockieren, sondern vielmehr die Angst davor, selbst Macht zu verlieren. Betrachtet man die Vehemenz und Heftigkeit, wie um schulpolitische Reformen oft in monate- oder gar jahrelangen Verhandlungen gerungen wird, so unterstreicht es diese These umso mehr, dass die betroffenen Interessensgruppen „derartige Gesetzgebungsprozesse als Mittel zur Sicherung oder Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse ansehen.“⁵³ Im Hinblick auf meine dritte aufgestellte Hypothese gilt es dies im weiteren Verlauf meiner Arbeit zu berücksichtigen.

Gelangen die beiden Parteien trotz intensiven Bemühungen zu keinem gemeinsamen Nenner, so findet eine Reform entweder gar nicht statt, oder man greift auf ein System der Junktimierung zurück und verbindet meist völlig unzusammenhängende Forderungen miteinander.⁵⁴

⁵¹ **Scharfenberg**, Günter: Bildungspolitik im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfte. Berlin, 1970. S. 6.

⁵² **Scharfenberg**, a.a.O., S. 49.

⁵³ **Scharfenberg**, a.a.O., S. 25.

⁵⁴ vgl. **Scharfenberg**, a.a.O., S. 51.

Historisch gesehen lautete die Position der SPÖ im Wesentlichen wie folgt: Zum einen sollte durch eine Veränderung der Schulorganisation das Bildungsniveau der breiten Volksschicht angehoben werden und andererseits die Vermittlung von Demokratie, Humanismus und sozialer Gerechtigkeit.⁵⁵ Die historische Position der ÖVP zeigte sich etwa im Erziehungs- und Schulprogramm des damaligen Unterrichtsminister und ÖVP-Generalsekretär Felix Hurdes, der 1947 formulierte, „daß die Partei das Erziehungsziel in der Entwicklung der geistigen, sittlichen und körperlichen Kräfte der Jugend sieht, die dadurch befähigt werden soll, sich durch Anteilnahme „an den Werten des Heiligen, Guten und Schönen in das Gemeinschaftsleben einzugliedern“.“⁵⁶ Daraus ableitend, lehnte die ÖVP auch ein Monopol des Staates im Schulbereich ab. So wurde dem kirchlichen Schulwesen ausreichend Platz und Macht überlassen.⁵⁷

Auch heute darf man diese historischen Positionen der beiden Großparteien bei der Betrachtung der Reformprojekte der Regierungsparteien nicht außer Acht lassen.

4.3. Die gesellschaftliche Komponente der Bildung

Die Schule stellt für die meisten nach der Familie und dem Kindergarten den dritten gesellschaftlichen Sozialisationspunkt dar. Gerade für Kinder im Alter von sechs Jahren aufwärts, ist es wichtig ihren Platz in der Gesellschaft zu entdecken. Die Schule trägt somit ganz wesentlich zur Ausgestaltung unserer Gesellschaft bei. War Schule früher ein reiner Wissensvermittler, so ist sie heute gleichsam auch Erzieher. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn Andreas Salcher schreibt: „Wir werden aber auch echte Sozialarbeiter in den Schulen brauchen.“⁵⁸ Die Schule muss wesentlich dazu beitragen, die Gesellschaft positiv zu gestalten und Schüler zu einem Miteinander und zu sozialer Interaktion hinführen. Natürlich spielen insofern auch die politischen Parteien eine wesentliche Rolle, die mit Hilfe ihrer Schulpolitik enormen Einfluss auf die zukünftige Gesellschaftsausgestaltung nehmen können. „Schulbildung und die damit verbundene Höherqualifikation der Bevölkerung stellt eine wesentliche Dimension des sozioökonomischen Wandels dar, die auch politisch bewusst gesteuert

⁵⁵ vgl. **Scharfenberg**, Günter: Bildungspolitik im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfte. Berlin, 1970. S. 86.

⁵⁶ **Scharfenberg**, a.a.O., S. 62.

⁵⁷ vgl. **Ebd.**

⁵⁸ **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 121.

werden kann.“⁵⁹

Hermann Heller formulierte die Sinnfunktion des Parteihandelns im Bereich der Schulpolitik so, dass Parteien mit Hilfe des Gesetzgebungsprozesses versuchen ihre gesellschaftlichen Vorstellungen in Gesetze zu gießen, um die Gesellschaft dann so mit Hilfe der exekutiven Staatsgewalt nach ihren Wünschen auch gestalten zu können.⁶⁰ Der Schulpolitik wohnt also ein sehr stark gesellschaftsgestaltendes Interesse inne.

Daher ist auch im Bezug auf Reformen stets die Frage zu stellen, wer eigentlich an einer Reformierung eines gewissen Bereiches der Schule Interesse hegt. Sicherlich nicht jene, die vom derzeitigen System profitieren. Oft wird aufgeworfen, dass „die sozialen Gruppen, die im bestehenden Schulsystem überrepräsentiert sind, für die Beibehaltung des Systems, das ihren Kindern die „Vererbung des sozialen Status des Elternhauses sicher, plädieren werden.“⁶¹ Inwieweit in unserem derzeitigen System Bildung vererbt wird und etwa eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-jährigen dem entgegen wirken könnte, wird an späterer Stelle noch Teil meiner Betrachtung sein.

Dies führt auch zu einem der größten Problemfelder unserer Schulpolitik – dem Streitpunkt der Chancengleichheit und die immerwährende Hinausschiebung von Lösungsansätzen.

Einer der führenden Bildungsexperten unseres Landes, Günter Haider, soll einmal gesagt haben: „Das österreichische Bildungssystem ist weit davon entfernt gerecht zu sein. Bei uns herrscht weder Chancengerechtigkeit noch Chancengleichheit. [...] Ich halte es aber leider nicht für reformierbar. [...] Das lassen in Österreich die politischen Umstände nicht zu.“⁶² Derartige Aussagen findet man auch bereits 40 Jahre früher. Martin Berthold schrieb im Jahr 1972: „Da man nicht fähig ist, heute etwas zu tun,

⁵⁹ **Faßmann**, Heinz: Demographischer und sozialer Wandel. In: Dachs/Gerlich/Gottweis/Kramer/Lauber/Müller/Tálos (Hrsg.): Politik in Österreich – Das Handbuch. Wien, 2006. S. 52-64. Hier: S. 57.

⁶⁰ vgl. **Scharfenberg**, Günter: Bildungspolitik im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfte. Berlin, 1970. S. 21.

⁶¹ **Scharfenberg**, a.a.O., S. 49.

⁶² **Glattauer**, Niki: Der engagierte Lehrer und seine Feinde – Zur Lage an Österreichs Schulen. Wien, 2010. S. 16.

werden die Lösungen in die Zukunft verlagert. An keinem anderen Punkt wird dies so deutlich wie an der Bildungspolitik dieser Bundesregierung. Anstatt mit vereinten Kräften zu versuchen, die bildungspolitische Situation zu verbessern, verlegte sich die Bundesregierung aufs Pläneschmieden für ein perfektes Bildungssystem des Jahres 2000.⁶³ Das Jahr 2000 ist bereits einige Zeit zurück, von einem perfekten Bildungssystem ist allerdings in unserer Gesellschaft keine Rede, vielmehr werden oftmals dieselben Forderungen wie vor 40 Jahren aufgeworfen.

Dies zeigt sehr deutlich wie wichtig Planung in der Schulpolitik ist, um langfristig erfolgreich Reformen setzen zu können. Dies unterstreicht auch Josef Höchtel: „Wenn also eine Bildungspolitik erfolgreich sein will, dann muß sie jeweils eine „durchkomponierte“ – auf die Einzelbereiche Badacht nehmende – sein.“⁶⁴

Im Bereich der Schulpolitik muss die Bildungsplanung so ausgestaltet sein, dass die Ergebnisse der Bildungsforschung und die gesellschaftlichen Ziele in Einklang gebracht werden und beinhaltet sind, und dass der Finanz- sowie Personalrahmen die Maßnahmen auch erlaubt. Es müssen also Wege umsetzbarer Strukturen und Inhalte vorgeschlagen werden von einer funktionierenden Bildungsplanung, die dann von den im Bildungsbereich zuständigen Politikern eingeschlagen und realisiert werden können.⁶⁵ Um allerdings eine derartige Bildungsplanung machen zu können, bedarf es mehr als einer bloßen wirtschaftlichen Betrachtungsweise, wie dies BildungsökonomInnen gerne machen.⁶⁶ Es muss vielmehr vorab abgesteckt werden, welche Anforderungen an die Schule von heute gesetzt werden. Rustenmeyer fasst es wie folgt zusammen: „Klassische Kriterien der Bildung erfüllt, wer sich kognitiv erfolgreich in fluktuierenden Umwelten behauptet, dabei interne Strukturierungsleistungen evolutionär auf- und umbaut, hierfür passende Selbstbeschreibungen anfertigt und diese flexibel für den inneren und äußeren Gebrauch präsent hält, und schließlich Erinnerungen und Erwartungen mit wechselnden Ziel- oder Wertsymbolen sowie mit kognitiven Symbolisierungen des

⁶³ **Berthold**, Martin: Bildungspolitik als Aufgabe des Gesamtstaates. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 199-216. Hier: S. 200f.

⁶⁴ **Höchtel**, Josef: Entwicklungstendenzen der Bildungspolitik im Spiegel empirischer Befunde. In: **Höchtel**, Josef; **Windhager**, Fritz (Hrsg.): Bildungspolitik für Österreich – Analysen – Kritik – Konzeptionen. Wien, 1983. S. 41-66. Hier: S. 63.

⁶⁵ vgl. **Evers**, Carl-Heinz: Modelle moderner Bildungspolitik – Reden und Aufsätze aus einem Jahrzehnt. Berlin, 1969. S. 113.

⁶⁶ vgl. **Evers**, a.a.O., S. 115.

Wirklichen so balanciert, dass eine über Zeit stabile Identität konstruiert wird, die sich im Blick auf legitime oder illegitime alternative Möglichkeiten der Selbst- und Weltbeschreibung als kulturelle Reflexionsleistung darstellen lässt.“⁶⁷ Auf veränderte Rahmenbedingungen muss man in einer verantwortungsbewussten und nachhaltigen Schulpolitik reagieren und mit gezielten Reformen dort ansetzen, wo sich die Veränderung der Umwelt auswirkt. Natürlich setzt dies voraus, derartige Veränderungen zu orten, was ich in der Folge noch versuchen werde.

4.4. Bildung als Identitätsstifter

Eine wesentliche Rolle spielt Bildung im Bereich der Identitätsfindung. Der Begriff Identität wird sehr divergierend verwendet, doch kann ganz allgemein Identität als Suche nach sich selbst aufgefasst werden. Thomas Philipp versteht Bildung unter diesen Gesichtspunkten als: „Selbstentfaltung und Selbstbestimmung der Person in Auseinandersetzung mit der ökonomischen, kulturellen und sozialen Lebenswelt“.⁶⁸

Eine Antwort auf die Identitätsfrage kann nur mittels Erwerb von Wissen und Reflexion erlangt werden. Zu beachten ist allerdings: „Sachwissen allein macht noch keine Haltung, es ermöglicht Haltung.“⁶⁹ Gerade weil die gesellschaftliche Dynamik wesentlich schnelllebiger geworden ist. Die Globalisierung spielt damit bis ins innerste Ich des Einzelnen hinein eine ganz wesentliche Rolle. Dies erkannte auch schon Giddens: „Globalisierung ist demnach für Giddens in erster Linie kein rein ökonomisches Phänomen, sondern ein gesellschaftliches Strukturprinzip, das bis in die feinsten Verästelungen der Kultur hineinreicht.“⁷⁰ Jeder Einzelne, jedes Individuum, sucht nach Identität und findet sie nur im Dialog mit anderen. Durch gesellschaftliche Veränderungen die unweigerlich mit der Modernisierung

⁶⁷ **Rustemeyer**, Dirk: Anarchie im Büro? Organisation als Formen multipler Rationalität. In: **Lange**, Ute; u.a. (Hrsg.): Steuerungsprobleme im Bildungswesen – Festschrift für Klaus Harney. Wiesbaden, 2009. S. 35-56. Hier: S. 50.

⁶⁸ **Philipp**, Thomas: Identität und Bildung – Zur Kompetenzentwicklung von Erwachsenen im Zeichen gesellschaftlicher Umbrüche. S. 16. Unter: <http://www.die-bonn.de/doks/philipp0701.pdf>, Stand: 20.01.2011.

⁶⁹ **Evers**, Carl-Heinz: Modelle moderner Bildungspolitik – Reden und Aufsätze aus einem Jahrzehnt. Berlin, 1969. S. 25.

⁷⁰ **Philipp**, Thomas: Identität und Bildung – Zur Kompetenzentwicklung von Erwachsenen im Zeichen gesellschaftlicher Umbrüche. S. 12. Unter: <http://www.die-bonn.de/doks/philipp0701.pdf>, Stand: 20.01.2011.

einhergehen, wird das eigene Ich folgedessen immer wieder aufs Neue erschüttert.⁷¹

Einen alternativen Ansatz liefert Hannah Arendt. Sie meint, dass der Mensch nur daran interessiert ist herauszufinden, was seine Grundtätigkeiten seien, die er vollbringen kann. Arendt liefert derer drei: Arbeiten, Herstellen und Handeln.⁷² Insofern dient auch jede Form der Bildung der Förderung und Stärkung dieser drei Eigenschaften. Nur wenn der Mensch ausreichend geschult ist, kann er bestmöglich Arbeiten, Herstellen und Handeln. Auch diesem Ansatz folgend wäre Bildung somit ein wesentlicher Faktor für die eigene Identitätsfindung.

Thomas Philipp, der sich eingehend mit dem Zusammenwirken von Bildung und Identität beschäftigt hat, kommt schlussendlich zum Ergebnis, „dass der lernende und wissende Umgang mit Identität in modernen Gesellschaften immer mehr an Bedeutung gewinnt. Kompetenzentwicklung darf daher nicht auf eine fachliche Qualifikation verengt oder gar ganz reduziert werden. Vielmehr sollte angesichts der dargelegten Entwicklungen die Förderung und Stärkung der Identitätskompetenz mehr Raum erhalten.“⁷³

Schule sollte daher auch ein stärkeres Augenmerk auf die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen legen. Dies tritt in der heutigen Gesellschaft im Vergleich zur bloßen Vermittlung von Sachwissen immer stärker in den Vordergrund.

⁷¹ vgl. **Philipp**, Thomas: Identität und Bildung – Zur Kompetenzentwicklung von Erwachsenen im Zeichen gesellschaftlicher Umbrüche. S. 29. Unter: <http://www.die-bonn.de/doks/philipp0701.pdf>, Stand: 20.01.2011.

⁷² vgl. **Philipp**, a.a.O., S. 23.

⁷³ **Philipp**, a.a.O., S. 29.

5. Veränderte Rahmenbedingungen der heutigen Zeit

Die Anforderungen an Bildung werden beeinflusst von zahlreichen Faktoren, wie etwa gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder technologischen Umständen.

Auf die veränderten Ansprüche ist von Seiten der Bildungspolitiker in ihren Überlegungen zur Ausgestaltung der Bildungslandschaft Rücksicht zu nehmen. Das haben die Parteien erkannt: „Unsere Gesellschaft verändert sich. Daher müssen sich auch die Bildungsangebote verändern.“⁷⁴ Sehr spitzfindig schreibt Niki Glattauer: „Nennen Sie mir einen Beruf – einen! -, in dem sich Werkzeug, Arbeitsmethoden, vor allem aber das thematisch-inhaltliche Angebot so wenig weiterentwickelt haben wie im Lehrberuf! Würden Sie sich unter das Messer eines Chirurgen legen, der mit einem Besteck arbeitet, wie es nach der Schlacht bei Solferino verwendet wurde? Seit Maria Theresia hat sich der Fächerkanon, den wir unterrichten, nicht verändert.“⁷⁵ Es braucht also eine Neuausrichtung bzw. Anpassung der Schule an die aktuellen Anforderungen.

Es ist daher notwendig sich diese veränderten Rahmenbedingungen genauer zu vergegenwärtigen, um daraus die richtigen – und wohl auch notwendigen – Schlüsse für eine Reform der Schulpolitik zu ziehen. „In einer Gesellschaft, in der sich wissenschaftliche, technische und praktische Erkenntnisse ungeheuer schnell, oft innerhalb von wenigen Jahren, verändern und erneuern, ist auch die Aufgabe von Bildung und Schule eine andere geworden.“⁷⁶ Schule und Bildung müssen daher an den veränderten gesellschaftlichen Bedarf angepasst werden.

Natürlich sind die Grenzen zwischen diesen Einflussfaktoren fließend, doch habe ich versucht vier wesentlich veränderte Rahmenbedingungen herauszulösen und zu thematisieren, die für eine erfolgreiche Schulpolitik mitentscheidend sind. So sind dies meiner Ansicht nach etwa die veränderten gesellschaftlichen Werte und ganz generell die Einstellung der Gesellschaft gegenüber der Schule, die fortschreitende technische

⁷⁴ Das Bildungsprogramm der SPÖ – Bildung – Grundlage unseres Lebens – Startklar für Österreich. S. 6. Unter: http://3dak.kaernten.spoe.at/media/PPM_3DAK_spoe/~M0/11.3dak.pdf, Stand: 20.09.2010.

⁷⁵ **Glattauer**, Niki: Der engagierte Lehrer und seine Feinde – Zur Lage an Österreichs Schulen. Wien, 2010. S. 191.

⁷⁶ **Berthold**, Martin: Bildungspolitik am Scheideweg: die Schule. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 13-38. Hier: S. 15.

Entwicklung, auf die ebenso reagiert werden muss, die Globalisierung und die damit einhergehende ökonomische Veränderung, sowie der stärkere werdende Einfluss des europäischen Gedankens.

5.1. Veränderte Stellung der Schule innerhalb der Gesellschaft

Primäre Aufgabe der Schule war es, ein vorhandenes Wissen in einer systematischen Art und Weise zu vermitteln. Sogar sollte jeder ein Mindestmaß an Fähigkeiten und Grundkenntnisse erhalten, um für seinen Lebensweg gerüstet zu sein.⁷⁷ Bereits 1970 schrieb Günter Scharfenberg, dass die traditionellen Bildungswege und –methoden, den immer größer werdenden Anforderungen nicht mehr gerecht werden können, was Bildungsdebatten wieder vermehrt ins Rampenlicht bringt.⁷⁸ Betrachtet man in welchem Maß Reformen durchgeführt wurden, so gelangt man unweigerlich zur Erkenntnis, dass diese These umso mehr auch heute noch Gültigkeit besitzen muss.

Mittlerweile ist die Schule weit davon entfernt ein reiner Wissensvermittler zu sein. Sie übernimmt vielmehr auch in immer stärker werdendem Maße Erziehungsaufgaben. Dies liegt zum einen daran, dass die Vermittlung von Sachwissen heutzutage nicht mehr so essentiell ist, da es durch das Internet und Datenbanken die Möglichkeit gibt, binnen wenigen Sekunden alle grundlegenden Sachinformationen zu akquirieren. Andererseits liegt es auch daran, dass das Selbstverständnis innerhalb der Gesellschaft ein verändertes ist, und Eltern zu oft mit den zum Teil schwierigen erzieherischen Aufgaben überfordert sind, und sie diese lieber an die Schule abtreten und von ihr verlangen, Erziehungsarbeit zu leisten. Dies liegt auch daran, dass beide Elternteile heute häufiger im Erwerbsleben stehen und so für Erziehung oft gar nicht die nötige Zeit aufbringen können. Kinder verbringen vielmehr ganze Nachmittage völlig alleine zuhause. Das Verhältnis zwischen Unterricht und Erziehung in der Schule ist jedoch zu undefiniert und daher beinhaltet es ein großes Konfliktpotenzial.⁷⁹

⁷⁷ vgl. **Berthold**, Martin: Bildungspolitik am Scheideweg: die Schule. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 13-38. Hier: S. 15.

⁷⁸ vgl. **Scharfenberg**, Günter: Bildungspolitik im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfte. Berlin, 1970. S. 9.

⁷⁹ vgl. **Katschthaler**, Hans: Konsens und Konflikt in der Schulpolitik. In: **Höchtel**, Josef; **Windhager**, Fritz (Hrsg.): Bildungspolitik für Österreich – Analysen – Kritik – Konzeptionen. Wien, 1983. S. 17-24. Hier: S. 21.

Diese Notwendigkeit von verstärkter Erziehungsarbeit in den Schulen erstreckte sich bereits über die letzten Jahrzehnte, dennoch wurde im Bereich der Schulpolitik zu wenig darauf reagiert. Der Lehrer darf sich nicht als bloßer Vermittler von Sachwissen verstehen, sondern muss vielmehr zum Weggefährten für Schüler bei ihrem Lernprozess werden.⁸⁰ Christoph Fuhrmann analysierte diesen Umstand ganz treffend: „Es kann daher im Bildungssystem nicht mehr nur um die Vermittlung von Inhalten/Wissen, wie in den Curricula festgeschrieben, gehen. Allgemeine Bildungsziele treten in den Vordergrund – Bildungsziele, die dem Individuum ermöglichen, langfristig an den gesellschaftlichen und ökonomischen Austauschprozessen teilzuhaben.“⁸¹ Auch die bereits erläuterte Identitätsbildung ist in immer stärkerem Maße durch die Schule zu unterstützen. Dabei gilt es auch Werte zu vermitteln, die Jugendlichen zu produktiven Elementen unserer Gesellschaft heranwachsen lassen.

Jedermann sind die Schlagworte von „Fördern und Fordern“ oder vom „Talente und Begabungen wecken“ im Ohr, wenn es um schulpolitische Debatten geht. Der Schüler soll heute seine besonderen Talente entdecken und sich dann Kenntnisse und Fertigkeiten aneignen können mit Hilfe eines ihn dabei unterstützenden Lehrers. „Das Schulsystem muß einerseits sorgfältig Grundlagenkenntnisse vermitteln, andererseits aber dem Bedürfnis nach unterschiedlichen Schwerpunkten der Bildung des einzelnen in Inhalt und Methode entsprechen.“⁸² Die Erkenntnis ist nicht neu, doch sollte meiner Meinung nach die moderne Schule von heute dem Schüler das Lernen lehren, damit dieser für sich dann selbst Neues erarbeiten kann.⁸³

Aufgrund des veränderten Verständnisses der Aufgaben unserer Schule ist es unerlässlich daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen und schulpolitische Maßnahmen zu setzen. Dies forderte Martin Berthold bereits vor 40 Jahren, wenn er schreibt: „Mit dem Wandel des Verständnisses von Bildung und Erziehung hat sich

⁸⁰ vgl. **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 33.

⁸¹ **Fuhrmann**, Christoph: Lernstandserhebungen als Mittel zur Steuerung von Bildungssystemen: Verbessertes statistisches Modell zur Auswertung von Kompetenzmessungen. In: **Lange**, Ute; u.a. (Hrsg.): Steuerungsprobleme im Bildungswesen – Festschrift für Klaus Harney. Wiesbaden, 2009. S. 137-153. Hier: S. 138.

⁸² vgl. **Berthold**, Martin: Bildungspolitik am Scheideweg: die Schule. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 13-38. Hier: S. 15.

⁸³ vgl. **Ebd.**

auch die Aufgabe der Schule in unserer Gesellschaft verändert. Diese Veränderung muß Ausgangspunkt einer bildungspolitischen Reform sein.“⁸⁴

Diese Reformen sind meines Erachtens heute noch immer ausständig und absolut notwendig, um ein nachhaltiges Schulsystem zu gewährleisten.

5.2. Veränderte wirtschaftliche Anforderungen an die Schulpolitik

In einer zunehmend globalisierten Welt ändern sich natürlich auch aus ökonomischer Sicht die Anforderungen, die an Bildung, speziell an Ausbildung, gestellt werden. Nach dem 2. Weltkrieg verdrängte eine stärker wissensbasierte Ökonomie die klassische Industriestruktur, womit auch geänderte Anforderungen an die Qualifikation von Arbeitskräften gestellt wurden.⁸⁵

Es muss an dieser Stelle allerdings betont werden, dass Bildung nicht ausschließlich aus einer wirtschaftlichen Anschauung heraus zu gestalten ist, aber dennoch dieser Aspekt natürlich in gewissem Maße berücksichtigt werden muss. Investiert man in das Bildungswesen, so ist es auf lange Sicht hin, eine gute Investition. Schon 1969 stellte Carl-Heinz Evers die Prognose auf: „Meine erste These lautet: Voraussetzung für eine gesunde Wirtschaft und für wirtschaftliches Wachstum zum Wohle der Menschen ist ein hohes Niveau der Ausbildung in der Schule. Jeder Jugendliche muß entsprechend seiner Befähigung optimal ausgebildet werden. Investitionen in das Bildungswesen sind – volkswirtschaftlich gesehen – auf lange Sicht sehr rentabel.“⁸⁶ Bildung ist somit gleichsam ein Antriebsmotor für ein wirtschaftliches Wachstum.⁸⁷ Auch andere Autoren griffen diesen Gedanken auf und skizzierten jene Bausteine, die eine „ökonomische Theorie der Bildungspolitik“ ausmachen.⁸⁸

⁸⁴ **Berthold**, Martin: Bildungspolitik am Scheideweg: die Schule. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 13-38. Hier: S. 14.

⁸⁵ vgl. **Pechar**, Hans: Die ständische Versäulung des österreichischen Bildungssystems. In: **Broukal**, Josef; **Niedewieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 27-38. Hier: S. 31.

⁸⁶ **Evers**, Carl-Heinz: Modelle moderner Bildungspolitik – Reden und Aufsätze aus einem Jahrzehnt. Berlin, 1969. S. 23.

⁸⁷ vgl. **Windhager**, Fritz; **Höchtel**, Josef (Hrsg.): Bildungspolitik geht alle an. In: **Höchtel**, Josef; **Windhager**, Fritz (Hrsg.): Bildungspolitik für Österreich – Analysen – Kritik – Konzeptionen. Wien, 1983. S. 11-16. Hier: S. 11.

⁸⁸ vgl. **Widmaier**, Hans Peter (u.a.): Zur Strategie der Bildungspolitik. Bern, 1968. S. 1.

Betrachtet man rein die wirtschaftlichen Daten unseres Landes, so sieht man, dass diese – trotz der viel zitierten Wirtschaftskrise – im internationalen Vergleich durchaus positiv ausfallen. Auch bei europaweiten Lehrlingswettbewerben und länderübergreifenden Bewerben schneiden Österreichs Jugendliche ausgezeichnet ab und holen zahlreiche Auszeichnungen und Goldmedaillen. Das lässt mich zum Schluss kommen, dass an der Spitze qualifiziertes Personal durchaus vorhanden ist. Glaubt man Unternehmern und Manager, dann ist es allerdings heute weitaus schwieriger, qualifizierte Lehrlinge zu bekommen. Gleichzeitig stieg allerdings auch die Zahl jener beträchtlich, die mit Matura abschlossen. „Zur Mitte des 20. Jahrhunderts hatte die Mehrheit der Bevölkerung nur einen Volksschulabschluss, heute schließen 40% eines Altersjahrgangs mit einer Matura ab.“⁸⁹ Das wiederum würde bedeuten, dass allgemein das Bildungsniveau der Bevölkerung gestiegen ist.

Mein Schluss daraus ist jener, dass unser gesamtes Bildungssystem, an der Notwendigkeit des Marktes „vorbeiproduziert“, um es in einem ökonomischen Sprachgebrauch zu formulieren. Eine nachhaltige Bildungsplanung muss den Bedarf an Arbeitskräften natürlich in ihren Überlegungen berücksichtigen. Jobs verlagern sich immer mehr in den Bereich des Dienstleistungssektors. Daher muss Schule auch verstärkt in der Ausbildung auf diesen Bereich hinwirken. Um ein Schulsystem nachhaltig auszugestalten, das dann umso stärker Motor der Wirtschaft sein soll, ist es nötig, die strukturellen und zeitlichen Einwicklungen des Arbeitsmarktes zu berücksichtigen.⁹⁰

Dieser Bedarf hat sich, wie bereits erwähnt, seit Mitte des 20. Jahrhunderts stark verändert, was auch zurückzuführen ist auf die sprunghaften Veränderungen und Entwicklungen im Bereich der Technik und der Automation.⁹¹ Diese „zweite industrielle Revolution“ oder auch „digitale Revolution“ genannte Veränderung führt bereits zum nächsten zu behandelnden Aspekt meiner Arbeit, nämlich dem technologischen

⁸⁹ **Pechar**, Hans: Die ständische Versäulung des österreichischen Bildungssystems. In: **Broukal**, Josef; **Niedermieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 27-38. Hier: S. 27.

⁹⁰ vgl. **Scherer**, Werner: Bildungsplanung als Mittel der Bildungspolitik. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 149-159. Hier: S. 155.

⁹¹ vgl. **Scharfenberg**, Günter: Bildungspolitik im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfte. Berlin, 1970. S. 9.

Fortschritt und den damit verbundenen veränderten Anforderungen an Bildung.

5.3. Bildung und technologische Quantensprünge

Computer, Internet und andere neue Medien haben unsere Gesellschaft auf eine völlig neue Ebene gehoben. Binnen wenigen Sekundenbruchteilen kann man heute auf einen unendlich großen Datenpool zugreifen. Sachinformationen werden so direkt „geliefert“. Wie bereits oben ausgeführt, ändert das natürlich auch die Stellung des Lehrers. „Während die Lehrer Generationen von Schülern allein ihre Sicht der Geschichte oder ihr Verständnis von Physik vermitteln konnten, hat heute jeder Teenager mindestens so viel Zugang zu Information wie seine Lehrer oder Eltern. Ja, in den meisten Fällen ist er diesen sogar weit überlegen.“⁹² Daraus ergibt sich naturgemäß auch ein verändertes Anforderungsbild an das Lehrpersonal.

Trotz der immer steigenden Computerisierung unserer Gesellschaft, wurde im Bereich der Schulpolitik zu wenig darauf Rücksicht genommen. Will man Kinder für die Ansprüche von morgen fit machen, kann man sie nicht mit Technologie von gestern ausbilden. Die meisten Schulen verfügen nicht über die nötigen Ressourcen, um moderne Technik ausreichend im Unterricht einzusetzen. Vielfach sind Lehrmittel und Lehrbehelfe auch gar nicht darauf ausgelegt, sie etwa mit Computer zu kombinieren. Im Zentrum unserer Schule steht noch immer das gute alte Lehrbuch, auch wenn heutzutage der Großteil unserer Information im späteren Leben aus dem Internet kommt.

Die „digitale Revolution“ wurde im Bereich der Schulpolitik bisher meiner Ansicht nach zu wenig berücksichtigt und es ist daher absolut erforderlich auf diese veränderten Umstände entsprechend zu reagieren. „Die moderne Schule benötigt elektronische Medien nicht als Luxus, sie sind auch nicht als Überfluss einzustufen. Besonders herausgestrichen seien alle elektronischen Kommunikationsmedien, besonders die Sprachlaboratorien, die mit bestmöglichen Programmen ausgestaltet sein müssen. Dies ist für Schüler und Lehrer unabdingbar, da die Globalisierung die

⁹² **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 32.

Selbstverständlichkeit der Bedienung dieser Medien erfordert.“⁹³ Natürlich spielt hier auch die Kostenfrage eine wesentliche Rolle, denn die bessere technische Ausstattung unserer Schulen kostet natürlich einiges. Es sind meines Erachtens aber Investitionen, die sich lohnen. Man muss sowohl Lehrer in neuen Technologien besser ausbilden, als auch Schüler. Moderne Technik muss Teil des Unterrichts und der Ausbildung sein. Die Schüler von heute sollen ja mit diesen technischen Hilfsmitteln auch unsere Zukunft positiv gestalten. Auf diese Aufgabe muss die Schule vorbereiten.

5.4. Bildung und die stärker werdende Europäisierung

Die Europäische Union hat sich seit ihrer Gründung immer mehr zu einem Garant für ein friedliches Miteinander in Europa etabliert. Umso wichtiger ist es, diesen Gedanken auch in unserer Bildung zu stärken. Josef Kraus zitiert hierzu in seiner Streitschrift den früheren deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer, der sagte: „Europa kann man nicht bauen, wie man ein Haus baut. Europa muss wachsen wie ein Baum.“ Kraus stellt weiter fest: „Dabei spielen Kultur, Bildung und Erziehung eine maßgebliche Rolle.“⁹⁴ Auch hier hat man – wenn überhaupt – noch zu wenig darauf reagiert. Zu denken wäre zum Beispiel an ein eigenes Schulfach „Europäische Bildung“ oder ähnliches. Auch vermehrte Reisen für Schulklassen nach Brüssel zur Europäischen Kommission bzw. ins Europäische Parlament sollten der Regel- und nicht der Ausnahmefall sein. Will man eine europäische Identität schaffen, so muss man vor allem bei der Jugend ansetzen. „Bislang jedoch hat das Thema „Europa“ trotz der Empfehlung der Ständigen Konferenz der Europäischen Erziehungsminister *„Die europäische Dimension im Bildungswesen“* von 1991 immer noch zu wenig Eingang in Bildungspläne gefunden.“⁹⁵

Die Problematik, die sich in diesem Zusammenhang zeigt ist jene, dass Bildung grundsätzlich eine Angelegenheit der Nationalstaaten ist. „Die Bildungspolitik ist kein eigentlicher Kompetenzbereich der EU, sondern bleibt in der Autonomie der

⁹³ Friedrich, Max H.: Lebensraum Schule – Perspektiven für die Zukunft. Wien, 2008. S 27.

⁹⁴ Kraus, Josef: Ist die Bildung noch zu retten? – Eine Streitschrift. München, 2009. S. 146.

⁹⁵ Ebd.

Mitgliedsländer.“⁹⁶ Dies liegt daran, dass die EU zwar die Bereiche Ausbildung bzw. Bildung zu den Gemeinschaftsaufgaben zählt, jedoch hat man keinerlei allgemeine Kompetenz im Bereich der Bildungspolitik, diese liegt vielmehr bei den Mitgliedstaaten selbst, weshalb diese Hoheit der nationalen Politik auch nicht angegriffen werden darf.⁹⁷ Es gilt somit das Subsidiaritätsprinzip das in Art. 5 Abs. 3 EUV verankert ist.⁹⁸ Auch wenn die Mitgliedsstaaten primär zuständig sind, so haben sie jedoch die Maßnahmen der EU zu unterstützen und durchzuführen. In den Gründungsverträgen waren noch keine Regelungen zum Bildungsbereich enthalten, wirtschaftliche Belange standen hier im Vordergrund. Erst schrittweise hat man es sich dann zum Ziel gemacht, den Bürgern eine angemessene Berufsausbildung zu gewährleisten. „Erst mit dem Maastrichter EG-Vertrag (1992/93) wird die Bildungspolitik namentlich als Kompetenzbereich anerkannt. Die Bildungspolitik ist seit dem Vertrag von Lissabon (1.12.2009) in Titel XXII „Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport“ des AEUV verankert.“⁹⁹ Der EG-Vertrag hat die Kompetenzabgrenzung geschaffen, und die Mitgliedsstaaten gleichzeitig damit vor Eingriffen der EU im Bereich der Bildungspolitik geschützt. Durch den Vertrag von Maastricht Art. 165 und Art. 166 AEUV, wurde dies aber in gewissem Maße eingeschränkt.¹⁰⁰ „Die mit dem Lissabon-Prozess eingeführte „offene Koordinierungs-Methode hat im Bereich der Bildung zur Folge, dass anhand von Zielvorgaben in den jährlichen Umsetzungsberichten die Mitgliedstaaten die erzielten Fortschritte untereinander vergleichen und durch Aufgreifen von „best practice“ anderer Mitgliedstaaten ihre eigenen Umsetzungsstrategien verbessern können.“¹⁰¹

Die EU machte sich zwar zu einem ausdrücklichen Ziel, welches auch in den Lissabon-Zielen festgeschrieben war, dass Europa bis 2010 „wissensbasiert die stärkste Weltmacht“ sein sollte, doch fehlt es zur Umsetzung dieser Ziele wie gesagt an einer gemeinsamen Bildungspolitik. Da Bildung eben eine nationalstaatliche Aufgabe ist, ist der EU wenig Chance geboten, sich in die einzelnen Schul- und

⁹⁶ **Bodenhöfer**, Hans-Joachim: Bildungspolitik. In: Dachs/Gerlich/Gottweis/Kramer/Lauber/Müller/Tálos (Hrsg.): Politik in Österreich – Das Handbuch. Wien, 2006. S. 652-662. Hier: S. 660.

⁹⁷ vgl. **Bergmann**, Jan (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union. Baden-Baden, 2012. S. 148f.

⁹⁸ vgl. **Borchardt**, Klaus-Dieter: Die rechtlichen Grundlagen der Europäischen Union. Wien, 2010. S. 231.

⁹⁹ **Bergmann**, Jan (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union. Baden-Baden, 2012. S. 150.

¹⁰⁰ vgl. **Ebd.**

¹⁰¹ **Bergmann**, a.a.O., S. 151.

Bildungssysteme einzubringen.¹⁰² In der Präambel des AEUV wird zum Ausdruck gebracht, dass es ein klares Ziel der EU ist, auf einen möglichst umfangreichen Zugang zur Bildung und auf eine ständige Weiterbildung hinzuwirken.¹⁰³ Um dies zu gewährleisten, versucht die EU die Mitgliedsstaaten in ihrer Bildungspolitik zu unterstützen. Einerseits durch Aktionsprogramme, andererseits durch die gegenseitige Anerkennungsverfahren von Abschlüssen. „Alle bildungspolitischen Aktivitäten der EU zielen vorrangig auf eine Steigerung der Mobilität der Bürger ab.“¹⁰⁴

Bereits 1976 wurde das erste bildungspolitische Aktionsprogramm der EWG beschlossen. Auch hier gilt, dass die zahlreichen Bildungsprogramme der EU subsidiären Status haben und nationale Bildungsangebote unterstützen. Die Aktionsprogramme sind vielfältig und überschneiden sich teilweise.

Das wohl bekannteste Programm ist das „Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens. „Lebensbegleitendes Lernen ist das Um und Auf der modernen Wissensgesellschaft, in der wir bereits angekommen sind.“¹⁰⁵ Im Förderzeitraum 2007-2013 ist dieses Programm mit einem Budget von fast 7 Milliarden Euro ausgestattet.¹⁰⁶ Unterprogramme sind hier Comenius, Erasmus, Leonardo da Vinci und Grundtvig, sowie das Programm Jean Monnet und ein Querschnittprogramm. Comenius ist ganz besonders auf den Schulunterricht ausgelegt. Es fördert Kooperationen und neue Wege der europäischen Zusammenarbeit in Schulen und Kindergärten. Durch Austauschprogramme von Schülern sowie Lehrern sollen Kompetenzen erworben werden, die für das zukünftige Berufsleben nötig sind.¹⁰⁷ Gerade im Bereich der Schulpartnerschaften könnte man mit Hilfe von Comenius sehr fruchtbare Projekte durchführen. Dabei müssen mindestens drei Schulen bzw. Kindergärten beteiligt sein.¹⁰⁸ Von Seiten der Mitgliedsstaaten muss es dazu den

¹⁰² vgl. **Glattauer**, Niki: Der engagierte Lehrer und seine Feinde – Zur Lage an Österreichs Schulen. Wien, 2010. S. 17.

¹⁰³ vgl. **Bergmann**, Jan (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union. Baden-Baden, 2012. S. 148.

¹⁰⁴ **Ebd.**

¹⁰⁵ **Kircher-Kohl**, Monika: Neu denken in Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. In: **Paierl**, Herbert; **Heingärtner**, Markus (Hrsg.): Reformen ohne Tabu – 95 Thesen für Österreich. Wien, 2011. S. 33-39. Hier: S. 37.

¹⁰⁶ vgl. **Bergmann**, Jan (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union. Baden-Baden, 2012. S. 152.

¹⁰⁷ vgl. http://www.lebenslanges-lernen.at/home/nationalagentur_lebenslanges_lernen/comenius_schule_und_kindergarten/, Stand: 28.03.2012.

¹⁰⁸ vgl. http://www.lebenslanges-lernen.at/home/nationalagentur_lebenslanges_lernen/comenius_schule_und_kindergarten/

einzelnen Schulstandorten aber auch faktisch möglich gemacht werden, derartige Partnerschaften einzugehen, es bedarf also eines gewissen Handlungsspielraumes. Durch das Erasmus-Programm soll im europäischen Hochschulbereich ein vermehrter Austausch gefördert werden, weshalb ein Teil der Mobilitätskosten, bei einem Auslandsaufenthalt von drei bis zwölf Monaten, getragen werden. „Leonardo da Vinci“ versucht im Bereich der beruflichen Bildung eine Verbesserung der Qualität durch grenzüberschreitenden Austausch zu erwirken. Grundtvig erfasst die europäische Dimension der Erwachsenenbildung.¹⁰⁹

Im Jahr 1988 wurde das Programm „Jugend für Europa“ eingerichtet, welches auf Art-165 Abs. 2 S. 5 AEUV gestützt ist. Es soll damit die Mobilität junger Menschen gefördert und verstärkt ein Kennenlernen fremder Kulturen bewirkt werden. Im Zeitraum 2007-2013 wird dieses Programm mit 886 Millionen Euro für Jugendgruppen, Jugendarbeitseinrichtungen und gemeinnützige Vereine gefördert.¹¹⁰

Ziel der EU ist es, dass im zwischen 2007-2013 mindestens 10% der Schüler bzw. Lehrer innerhalb der Union an „Comenius“ teilnehmen. 150.000 Personen sollen bis 2013 Zugang zum Programm „Leonardo da Vinci“ Zugang haben und mindestens 50.000 Erwachsene Aus- und Fortbildungsaufenthalte im Ausland absolvieren.¹¹¹

„Insgesamt gesehen, tragen die Mobilitätsprogramme, die Förderung der Fremdsprachenkenntnisse und der Jugendaustausch dazu bei, dass schrittweise mehr Freizügigkeit erreicht wird, dass der Gedanke der europäischen Wertegemeinschaft und Identität und ein gegenseitiges Verständnis sowie die Bereitschaft zu solidarischem Handeln gefördert werden. Die Bildungsprogramme sind insofern ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem Europa der Bürger.“¹¹²

All diese Maßnahmen wurden durch die EU ergriffen, dennoch ist es erforderlich, dass Europa ein wesentlicher Bestandteil in der Gestaltung unseres Schulsystems wird, um

lernen.at/home/nationalagentur_lebenslanges_lernen/comenius_schule_und_kindergarten/schulpartnerschaften/, Stand: 28.03.2012.

¹⁰⁹ vgl. **Bergmann**, Jan (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union. Baden-Baden, 2012. S. 153f.

¹¹⁰ vgl. **Bergmann**, a.a.O., 155.

¹¹¹ vgl. **Bergmann**, a.a.O., S. 156.

¹¹² **Ebd.**

entsprechend auf die zunehmende Wichtigkeit der Interaktion zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu reagieren. Es ist daher notwendig, dass die Mitgliedsstaaten in ihrer Schulpolitik in angemessener Weise darauf reagieren und die europäische Dimension ausreichend berücksichtigen bzw. noch weiter verbessern und ausbauen.

Zusammenfassend kann also insgesamt gesagt werden, dass es aufgrund diverser veränderter Rahmenbedingungen, sei es aus wirtschaftlich-technischer Sicht, sei es aus gesellschaftlicher oder europäischer Sicht, notwendig erscheint, ganz gezielt unser Schulsystem zu reformieren und punktuell dort anzusetzen, wo es erforderlich ist, um ein Schulsystem zu erhalten, das unsere Schüler fit für ihre Zukunft macht. Dies hat auch die Bundesregierung zur Kenntnis genommen, wenn sie im Regierungsübereinkommen 2008-2013 schreibt: „Veränderte soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen machen eine nachhaltige Weiterentwicklung des Bildungssystems dringend notwendig.“¹¹³ Auch die ÖVP-nahe Industriellen Vereinigung hat sich diesbezüglich Gedanken gemacht und ihre „Vision Schule 2020“ erstellt. Darin heißt es etwa: „Die „Schule 2020“ erkennt und entwickelt Potenziale, fordert und fördert unterschiedliche Begabungen und bereitet unsere Jugend auf die neuen Anforderungen von Leben und Beruf vor.“¹¹⁴

Hinsichtlich meiner ersten Hypothese ist somit hinreichend dargelegt, dass veränderte Rahmenbedingungen vorliegen. Die Hypothese ist daher zu bejahen. Umso notwendiger ist deshalb auch, die nötigen Konsequenzen daraus zu ziehen und überfällige Anpassungen umzusetzen. Dass ein Bedarf an Reformen notwendig ist, ist daher also insgesamt unstrittig. Abschließend möchte ich an dieser Stelle Monika Kircher-Kohl zitieren, die dazu meinte: „Österreich ist eines der reichsten Länder – wir dürfen es uns nicht leisten, so viele Kinder auf dem Bildungsweg zu verlieren aufgrund eines nicht mehr adäquaten Schulsystems.“¹¹⁵

¹¹³ Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, S. 201. Unter: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

¹¹⁴ Zukunft der Bildung – Schule 2020. S. 4. Unter: http://www.iv-mitgliederservice.at/iv-all/publikationen/file_375.pdf, Stand: 12.10.2011.

¹¹⁵ **Kircher-Kohl**, Monika: Neu denken in Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. In: **Paierl**, Herbert; **Heingärtner**, Markus (Hrsg.): Reformen ohne Tabu – 95 Thesen für Österreich. Wien, 2011. S. 33-39. Hier: S. 34.

6. Der Einfluss von PISA und Co. auf die Schulpolitik

Wie bereits in der Begriffsdefinition ausgeführt, ist für jede Reform ein Druck von oben, unten und von der Seite notwendig. Das Phänomen, dass Druck von der Seite vor allem durch internationale Akteure ausgeübt wird, wird in der Politikwissenschaft unter dem Titel „Paradoxien der Neuen Staatsräson“ diskutiert. Dies ist etwas überraschend, da Bildung als Teil der Kulturhoheit eines Staates bisher fest in dessen Hand war.¹¹⁶ Die politischen Akteure eines Landes nutzen diese internationalen Akteure um bildungspolitische Diskussionen anzufachen und festgefahrene Positionen aufzubrechen. Dies wiederum hat aber auch zur Folge, dass eigentlich völlig kompetenzlose Akteure plötzlich große Bedeutung innerhalb der nationalen Politik erhalten.¹¹⁷ Diese Situation ist ähnlich jener von Ratingagenturen während einer Wirtschaftskrise. Ohne demokratische Legitimation erlangen sie so eine sehr machtvolle Position.

In diesem Kapitel wird dieser Druck von der Seite von internationalen, aber auch von nationalen Akteuren nun kurz Gegenstand der Auseinandersetzung sein.

6.1. Der „PISA-Test“

Gerade internationale Untersuchungen wie etwa das „Programme for International Student Assessment“ – kurz PISA genannt – lassen den Druck auf die Verantwortlichen im Bereich der Schulpolitik immer größer werden. Noch im Jahr 2002 schrieben Bildungsexperten über die Ergebnisse: „Österreich landete in einem guten Mittelfeld und brachte es in der Lesekompetenz auf Platz 10, in der Mathematik auf Rang 11, in den Naturwissenschaften rangiert es an 8. Stelle im internationalen Vergleich.“¹¹⁸

Die Ergebnisse österreichischer Schüler gingen in der Folge bei den PISA-Befragungen jedoch stark nach unten, wenn man die Ergebnisse von 2000 bis 2009

¹¹⁶ **Martens**, Kerstin; **Wolf**, Klaus Dieter: Paradoxien der Neuen Staatsräson – Die Internationalisierung der Bildungspolitik in der EU und der OECD, S. 1. Unter:

http://www.zib.nomos.de/fileadmin/zib/doc/Aufsatz_06_02.pdf, Stand: 13.01.2012.

¹¹⁷ vgl. **Zymek**, Bernd: „Wettbewerb zwischen Schulen als Programm und Wettbewerb als Struktur des Schulsystems. In: **Lange**, Ute; u.a. (Hrsg.): Steuerungsprobleme im Bildungswesen – Festschrift für Klaus Harney. Wiesbaden, 2009. S. 81-100. Hier: S. 85f.

¹¹⁸ **Guggenbühl**, Allan: Die PISA-Falle – Schulen sind keine Lernfabriken. Freiburg, 2002. S. 9.

betrachtet. In Mathematik von Platz 11 auf Platz 18, im Bereich der Lesekompetenz von 10 auf 31, bei den Naturwissenschaften von Platz 8 auf Platz 24. Selbst die OECD führt aber in den Ergebnissen Österreichs bei der Testung 2009 aus: „Die Tests für PISA 2009 wurden in Österreich in einer Zeit durchgeführt, die durch eine Auseinandersetzung zwischen der Lehrgewerkschaft und dem Unterrichtsministerium geprägt war. Im Zuge dieser Auseinandersetzung wurde auch zu einem Boykott der PISA-Tests aufgerufen, dieser Aufruf allerdings wenig später widerrufen. [...] Auch wenn der Datensatz für Österreich nach dieser Bereinigung den technischen Standards für PISA 2009 entspricht, kann die negative Atmosphäre während der Testphase die Motivation und Leistungen der Testteilnehmerinnen und –teilnehmer beeinflusst haben. [...] Aus diesem Grund berichtet die OECD Ergebnisse für Österreich nur mit Vorbehalt und sieht von Vergleichen mit den Ergebnissen früherer PISA-Untersuchungen für Österreich ab.“¹¹⁹

Die Medien sprangen dennoch auf diesen Zug dankend auf und in der Gesellschaft wurden bildungspolitische Problemlagen aufgrund der schlechten PISA-Ergebnisse wieder stärker wahrgenommen. Davon, dass ein Vergleich nur unter Vorbehalt zulässig sei, war in der öffentlichen Wahrnehmung nichts zu merken.

Der PISA-Test wurde somit ganz eindeutig zu einem ganz heftigen „Druck von der Seite“. Dies stellt auch Bodenhöfer fest: „Die Diskussion um Reformnotwendigkeiten und –möglichkeiten im Schulbereich hat mit dem Ende 2004 veröffentlichten internationalen Schulleistungsvergleich (...) einen wesentlichen Anstoß erhalten.“¹²⁰

Umso mehr gilt es, diese Testung zu hinterfragen. Niki Glattauer schreibt etwa zu PISA: „Stefan Hopmann, Professor am Institut für Philosophie und Bildungswissenschaften der Uni Wien, nennt PISA gar eine „Krisenmaximierungsmaschine“. Der Bildungswissenschaftler: PISA war von vornherein als Politik gedacht und nicht als Forschung. Jedes Land bekommt sein Problem. So will die OECD die Länder auf Trab halten. Und das funktioniert auch. Bloß: Aus Sicht der Forschung ist das vollkommener Humbug. Ich bekomme keine

¹¹⁹ PISA 2009 – Ergebnisse Österreich. Unter:

http://www.oecd.org/document/57/0,3746,de_34968570_39907066_43379577_1_1_1_1,00.html.
Stand: 22.12.2011.

¹²⁰ **Bodenhöfer**, Hans-Joachim: Bildungspolitik. In:

Dachs/Gerlich/Gottweis/Kramer/Lauber/Müller/Tálos (Hrsg.): Politik in Österreich – Das Handbuch. Wien, 2006. S. 652-662. Hier: S. 655.

Aussage darüber, was die Kinder verwirklichen können.“¹²¹ Dabei bemängelt Glattauer, dass PISA Äpfel mit Birnen vergleicht. Er führt zum Beispiel an, dass PISA lediglich einen Jahrgang eines Landes bewertet.¹²² Weiters stammten etwa im Jahr 2009 2733 Testprobanden der insgesamt 6590 Getesteten aus Schulen in Tirol oder Vorarlberg, was eine gehörige Überrepräsentation ist.¹²³ Zudem vergleicht man Länder, in denen es ganz unterschiedliche Quoten all jener gibt, die tatsächlich noch im Bildungssystem sind. In vielen Ländern sind vermeintlich schwache Schüler zu diesem Zeitpunkt aus dem Bildungssystem draußen. In der Türkei besuchen nur noch 54% der 15-Jährigen eine Schule, in Mexiko etwa 58%. In Deutschland – wo eine ähnliche Ausgangslage wie in Österreich vorherrscht – allerdings über 97%, was das Ergebnis natürlich mit beeinflusst.¹²⁴ Dem ist auch hinzuzufügen, dass zahlreiche Länder Maßnahmen ergriffen haben, um auf schnelle und einfache Weise besser bei den Testungen abzuschneiden. In den USA bekam man etwa 50 Dollar, wenn man länger in der Schule blieb und den Test ausfüllte, in den Niederlanden köderte man mit Zehn-Euro-Gutscheinen, in Slowenien bekamen Lehrer Sonderprämien und Schüler einen Tag schulfrei. All das lässt natürlich die Motivation für derartige Tests schon steigen und ist weit förderlicher als ein Boykott, so wie er in Österreich zu PISA 2009 ausgerufen wurde.

Die öffentliche Diskussion im Bereich der Schulpolitik, die durch PISA, aber auch andere externe Expertisen ins Rollen gekommen ist, verlief daran anknüpfend an der Trennlinie gemeinsame Schule der 10- bis 14-jährigen versus Beibehaltung unseres dualen Schulsystems.

Finnland wird dabei immer als Paradebeispiel guter Schulpolitik dargestellt. Ohne an dieser Stelle eine Wertung abgeben zu wollen pro oder contra gemeinsame Schule, möchte ich dennoch das PISA-Ergebnis Finnlands genauer betrachten. Niki Glattauer schreibt dazu: „Neben vielen Moskitos, vielen Nokias und noch mehr Bleichgesichtern verschiedenster Schattierungen hat Finnland tatsächlich eine auffällige Bildungslandschaft vorzuweisen. Die grundlegenden Reformen (Ganztagsschule,

¹²¹ Glattauer, Niki: Die PISA-Lüge – Wie unsere Schule wirklich besser wird. Wien, 2011. S. 9.

¹²² vgl. Glattauer, a.a.O., S. 138.

¹²³ vgl. Glattauer a.a.O., S. 19.

¹²⁴ vgl. Spitzer, Manfred: Medizin für die Bildung – Ein Weg aus der Krise. Heidelberg, 2010. S. 18 f.

Gesamtschule, Abschaffen des Sitzenbleibens, gemeinsame Lehrerinnenausbildung etc.) haben in dem Fünf-Millionen-Einwohner-Land schon in den 1970er-Jahren stattgefunden.“¹²⁵

Natürlich klingt diese Begründung auf den ersten Blick recht plausibel, doch muss man auch wissen, dass in Finnland die 15-jährigen einer Testung unterzogen werden, welche für den weiteren Verlauf ihrer Schullaufbahn das maßgebliche Kriterium darstellt. Die von PISA verwendeten Aufgaben, wurden zum Teil aus diesem finnischen Test übernommen. Es ist daher also wenig verwunderlich, dass finnische Schüler, die sich auf exakt diese Art von Prüfungsfragen bestens vorbereiten, dann auch bei PISA die besten Ergebnisse abliefern.¹²⁶

Auf der anderen Seite haben die finnischen Schüler scheinbar überhaupt keine Freude in ihren Schulen. Im Jahr 2004 hat die World Health Organisation eine Studie veröffentlicht zur Freude der 11- bis 15-Jährigen an der Schule. Von den 35 getesteten Ländern in Europa und Nordamerika landete Finnland dabei an letzter Stelle.¹²⁷

Außerdem hat Finnland ein enorm hohes Alkoholproblem und eine extrem hohe Selbstmordrate. Niki Glattauer dazu: „Wenn die Schulform dieser Länder so ideal ist, dürfte es das alles dort eigentlich nicht geben.“¹²⁸ Festzuhalten ist zudem aber auch noch, dass Finnland weit weniger Migrantenkinder hat als etwa Österreich.

Man sollte daher nicht alles pauschal über einen Kamm scheren. Es ist nicht alles gut was angepriesen wird. Was man sich dennoch vom PISA Spitzenreiter anschauen sollte, ist zum Beispiel die Tatsache, dass Finnland relativ kleine Klassenverbände hat mit einem Schnitt von 18,2 Schülern pro Klasse, sowie dass Finnland ein sehr effektives Fördersystem hat, wo in etwa ein Sechstel aller Schüler in eigenen Förderkursen aufgenommen werden.¹²⁹ In diesen Bereichen können wir mit Sicherheit vom Test-Sieger lernen.

¹²⁵ Glattauer, Niki: Die PISA-Lüge – Wie unsere Schule wirklich besser wird. Wien, 2011. S. 69.

¹²⁶ vgl. Spitzer, Manfred: Medizin für die Bildung – Ein Weg aus der Krise. Heidelberg, 2010. S. 18 f.

¹²⁷ vgl. Kraus, Josef: Ist die Bildung noch zu retten? – Eine Streitschrift. München, 2009. S. 56.

¹²⁸ Glattauer, Niki: Der engagierte Lehrer und seine Feinde – Zur Lage an Österreichs Schulen. Wien, 2010. S. 128.

¹²⁹ vgl. Kraus, Josef: Ist die Bildung noch zu retten? – Eine Streitschrift. München, 2009. S. 55 f.

6.2. Das Bildungsvolksbegehren 2011

Auch Hannes Androsch, ehemaliger sozialistischer Vizekanzler in der Ära Kreisky, sprang ebenfalls auf das Bildungsthema auf und initiierte im Jahr 2011 mit zahlreichen Mitstreitern das „Bildungsvolksbegehren“. Unter anderem hatte er Univ. Prof. Dr. Bernd Schilcher, Autor Niki Glattauer oder etwa Ing. Theodor Saverschel, den Vorsitzenden des Bundeselternverbands für AHS / BHS an seiner Seite.

In einem Kurztext zusammengefasst schreiben die Initiatoren: „Wir fordern mittels bundes(verfassungs)gesetzlicher Regelung ein faires, effizientes und weltoffenes Bildungssystem, das vom Kleinkind an alle Begabungen fördert und Schwächen ausgleicht, autonome Schulen unter Einbeziehung der SchulpartnerInnen und ohne Parteieneinfluss, eine leistungsdifferenzierte, hochwertige gemeinsame Schule bis zum Ende der Schulpflicht und ein Angebot von ganztägigen Bildungseinrichtungen, eine Aufwertung des LehrerInnenberufs und die stetige Erhöhung der staatlichen Finanzierung für Universitäten auf 2% des BIP bis 2020.“¹³⁰ Was den Bereich der Schulpolitik betrifft, sind die begehrten Punkte ähnlich jenen Reformpunkten die im Regierungsübereinkommen 2008-2013 ausverhandelt wurden, gehen jedoch inhaltlich meist noch einen Schritt weiter. So werden etwa ein Ende des Sitzenbleibens und die Einführung modularen Unterrichts eingefordert. Der am heftigsten umstrittene Punkt des Volksbegehrens war aber einmal mehr die Forderung nach einer gemeinsamen Schule aller Schüler bis zum Ende der Schulpflicht. Insgesamt musste Hannes Androsch seine Forderungen aber so formulieren, dass er möglichst viele Mitstreiter in sein Boot holen konnte. Die ursprünglichen zwölf Forderungen wurden so etwas verwässert.¹³¹

Die Eintragsfrist des Volksbegehrens lief von 3.11.2011-10.11.2011. Noch am Vorabend des Beginns dieser Frist konnte ich bei einer Podiumsdiskussion mit dem Thema „Bildung in Österreich: Spielball der Politik?“ im Festsaal der Österreichischen Akademie der Wissenschaften den Ausführungen von Hannes Androsch lauschen, der gemeinsam mit dem Direktor des Finnischen Instituts für Bildungsforschung, Prof. Dr. Jouni Välijärvi und Prof. DDr. Christiane Spiel sein Volksbegehren bewarb. Das

¹³⁰ Volksbegehren Bildungsinitiative. Unter: <http://www.vbbi.at/volksbegehren/forderungen/>, Stand: 03.12.2011.

¹³¹ vgl. Die Presse, 5.11.2011, S. 2.

Interesse an diesem von der Tageszeitung „Die Presse“ veranstalteten Symposium blieb allerdings weit hinter den Erwartungen zurück und so waren nicht einmal hundert Zuhörer anwesend. Es wurde dabei auf die veränderten Rahmenbedingungen im Bildungsbereich hingewiesen und die Notwendigkeit von Reformen unterstrichen.

Ähnlich unerwartet für Hannes Androsch, wie das schwache Interesse der Hörerschaft an dieser Veranstaltung, blieb auch der ganz große Erfolg für sein Volksbegehren aus. Offizielles Endergebnis waren 383.820 Unterschriften, bzw. 6,07% der österreichischen Wahlberechtigten. In Wien konnte man 8,77% erzielen in Tirol nur 3,7%. Dennoch war es, was die Zahl der Unterschriften anbelangt, das erfolgreichste Volksbegehren in der Geschichte Österreichs zum Thema Bildung. Replik der Bildungsministerin, die das Volksbegehren auch selbst unterschrieben hat: „Aus meiner Sicht hat das Volksbegehren enorm viel bewirkt.“¹³² Sie führte die Einführung der Neuen Mittelschule und den Ausbau der Ganztageschule auch auf den öffentlichen Druck zurück, der durch das Volksbegehren von Hannes Androsch entstand. Wie groß der Einfluss des Volksbegehrens tatsächlich war, lässt sich natürlich nicht in Zahlen festsetzen. Zumindest brachte es Schul- und Bildungspolitik vermehrt in den Fokus und erzeugte somit ein öffentliches Interesse. Insofern wurde Druck „von der Seite“, wie es Graf von Krockow beschreibt, erzeugt und es ließen sich daher Reformen eher umsetzen.

Im Nationalrat wurde ein Sonderausschuss errichtet, der eigentlich bereits am 16. Februar 2012 zusammentreten hätte sollen. Neuer Termin ist allerdings der 1. März 2012. Vorsitzender wird der SPÖ Bildungssprecher und Interviewpartner für diese Diplomarbeit, NR Elmar Mayer sein. Er gab im Interview an, dass er das Bildungsvolksbegehren nicht nur selbst unterschrieben, sondern auch aktiv beworben habe. (siehe Interview im Anhang) Insofern etwas fragwürdig, da im Regierungsübereinkommen 2008-2013 vereinbart ist: „Die Koalitionsparteien unterstützen weder regional noch bundesweit Volksbegehren oder Volksbefragungen, die gegen Vorhaben des gemeinsamen Regierungsprogramms gerichtet sind.“¹³³ NR Mayer sieht in den Forderungen des Volksbegehrens viel Inhaltliches für die nächste

¹³² Die Presse, 11.11.2011, S. 4.

¹³³ Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, S. 6. Unter: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

Legislaturperiode 2013 bis 2018. (siehe Interview im Anhang) Innerhalb der ÖVP schien man im Volksbegehren einen Verstoß gegen diese Abmachung nicht zu erkennen, bzw. hätte man ein Aufkündigen der Koalition aus diesem Grund der Bevölkerung ohnehin nicht vermitteln können.

Androsch und seine Mitstreiter erwarten sich in der aktuellen Regierungsperiode aber von diesem Ausschuss eine Entschließung die konkrete Gesetzesinitiativen enthält. Ob dies auch in der Realität der Fall sein wird bleibt bis zum Ende des Ausschusses abzuwarten, ist aber sehr stark zu bezweifeln, da die Regierungsparteien sicherlich nicht über das, was im Regierungsübereinkommen 2008-2013 ausverhandelt ist, hinausgehen werden. Ganz im Gegenteil, werden sie doch viel eher in zahlreichen Reformpunkten dem Regierungsübereinkommen nicht zur Gänze nachkommen. Insofern hat also NR Elmar Mayer Recht, wenn er sagt, er sieht Inhaltliches erst für die nächste Legislaturperiode. (siehe Interview im Anhang)

Betrachtet man das Bildungsvolksbegehren aus der Entfernung von einigen Wochen, so muss man zum Schluss gelangen, dass die Forderungen und das mediale Echo etwas verpufft sind, neben Wirtschaftskrise und Sparpaket. Kurzfristig konnte dadurch allerdings Druck aufgebaut werden, durch eine stärker geführte öffentliche und mediale Debatte zum Thema Bildung.

6.3. Resümee

Egal wie man zu den Testungen rund um PISA stehen mag, der Druck von außen ist durch PISA in jedem Fall gegeben und bringt Schulpolitik somit wieder vermehrt in den Fokus der gesellschaftlichen Debatte und verstärkt den Ruf nach notwendigen Reformen im Bereich der Schulpolitik. Mit dem Bildungsvolksbegehren von Hannes Androsch ist man auf die Themenpräsenz aufgesprungen, konnte jedoch den Erfolg den man selbst erhoffte – und auch erwartete – nicht ganz erreichen. Bei einem besseren Ergebnis wäre der Druck, der „von der Seite“ kommt noch deutlich stärker geworden, und vor allem die SPÖ in ihren Gesamtschulambitionen gestärkt gewesen. Für die Umsetzung von Reformprojekten erscheint es aber vor allem im Bildungsbereich eine unausweichliche Notwendigkeit zu sein, externen Druck auszuüben, damit Problemlagen aufgegriffen und dementsprechend verbessert werden. Meine zweite Hypothese ist daher insofern bestätigt, als es zum einen eines

Problembewusstseins innerhalb der Bevölkerung bedarf, um Reformen erst möglich zu machen. Zum anderen braucht es Druck von externen Verbänden und internationalen Organisationen der auf die politischen Akteure einwirkt, um den Reformbestrebungen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

7. Reformprojekte im Bereich der Schulpolitik

Wie in den bisherigen Ausführungen dargestellt wurde, ist vieles davon, was uns heute als Reformbestrebung angepriesen wird, bereits ein jahrelanges Konfliktthema innerhalb der Regierungsparteien. Daher möchte ich, bevor ich zu den einzelnen Reformpunkten des Regierungsübereinkommens 2008-2013 komme, etwas näher auf die verfassungsrechtlichen Rahmenbestimmungen im Bereich der Schule eingehen, sowie Gründe aufdecken, die bisherige Reformbemühungen scheitern haben lassen.

7.1. Kompetenzen im Bereich der Schulpolitik

Bereits in den historischen Ausführungen zum Thema Bildung habe ich erwähnt, dass Schule kompetenzrechtlich immer schon ein Streitpunkt war, und daher auch bei Erarbeitung der Verfassung im Jahre 1920 mehr oder weniger ausgeklammert wurde. Auch heute ist die Zuständigkeit im Bereich der Bildungs- und Schulpolitik wahrscheinlich eine der verworrensten und am schwierigsten zu überblickende Materie. Dazu passend schreibt Claus Raidl: „Im Schulbereich beispielsweise dominiert „Kompetenzwirrwarr“.“¹³⁴

Ganz grundlegend normiert Art 14 B-VG eine Generalklausel zu Gunsten des Bundes: „Bundessache ist die Gesetzgebung und die Vollziehung auf dem Gebiet des Schulwesens [...]“,¹³⁵ ausgenommen davon sind allerdings die in Art 14a B-VG genannten Angelegenheiten. Dies ist das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen, wo eine stärkere Betonung der Länderzuständigkeit gewahrt ist. Angelegenheiten des Lehrerdienstrechts sind in Gesetzgebung Bundes-, in Vollziehung aber Landessache gemäß Art 14 Abs 2 B-VG. „Während die Schulorganisation im Hinblick auf Schulbau, Finanzierung und Schulverwaltung ein kompliziertes Nebeneinander der Zuständigkeit von Bund, Ländern und Gemeinde kennt, liegt mit der Gesetzgebung in Schulangelegenheiten die eigentliche bildungspolitische Kompetenz eindeutig beim Bund (Art. 14 B-VG).“¹³⁶

¹³⁴ **Raidl**, Claus: Föderalismus besser managen. In: **Paierl**, Herbert; **Heingärtner**, Markus (Hrsg.): Reformen ohne Tabu – 95 Thesen für Österreich. Wien, 2011. S. 115-119. Hier: S. 115.

¹³⁵ **Scharfenberg**, Günter: Bildungspolitik im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfte. Berlin, 1970. S. 44.

¹³⁶ **Bodenhöfer**, Hans-Joachim: Bildungspolitik. In: Dachs/Gerlich/Gottweis/Kramer/Lauber/Müller/Tálos (Hrsg.): Politik in Österreich – Das

Zudem wurden nach Proporzprinzip beschickte Kollegien auf Landesebene und in den Bezirken gebildet. Hier gilt, dass die Gesetzgebung Bundessache ist über Grundsätze, Landessache ist die Erlassung von Ausführungsgesetzen, sowie die Vollziehung. Dasselbe gilt auch für die äußere Organisation der öffentlichen Pflichtschulen. Somit zeigt sich sehr schnell, dass es sowohl auf Bundesebene im Unterrichtsministerium, als auch auf Landes- und Bezirksebene, eine Vielzahl an Behörden und Einrichtungen gibt. Diese Vielfalt steht daher häufig in der Kritik und Reformen der Schulverwaltung werden gefordert. Allerdings gilt auch dasselbe für den Bereich der Schulpolitik, wie für jeden anderen Bereich in der österreichischen Politik. Wenn es um Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern geht, wird jedwede Reformbemühung äußerst schwierig umsetzbar, da unterschiedliche Machtinteressen aufeinander prallen.

Schulpolitik in Österreich ist, zumindest was den gesetzgeberischen Bereich betrifft, vor allem auf Konsens aufgebaut.¹³⁷ Art 14 Abs 10 B-VG beinhaltet nämlich ein erhöhtes Präsenz- und Konsensquorum. Demnach können in bestimmten ganz entscheidenden Bereichen im Schulwesen, wie etwa Schulpflicht, Schulgeldfreiheit, Religionsunterricht und die „angemessene Differenzierung“ der Sekundarschulen¹³⁸, Gesetze nur beschlossen werden, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder des Nationalrates anwesend ist, und sie von einer Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen getragen werden. „Durch solche Regelungen wird die rechtspolitisch für notwendig erachtete Zustimmung einer breiten Mehrheit für die wichtigsten Gebiete des Schulrechtes gewährleistet.“¹³⁹ Der notwendige Konsens, entpuppt sich leider in der Realität jedoch zu meist als Kompromiss.¹⁴⁰

Handbuch. Wien, 2006. S. 652-662. Hier: S. 652.

¹³⁷ vgl. **Katschthaler**, Hans: Konsens und Konflikt in der Schulpolitik. In: **Höchtel**, Josef; **Windhager**, Fritz (Hrsg.): Bildungspolitik für Österreich – Analysen – Kritik – Konzeptionen. Wien, 1983. S. 17-24. Hier: S. 17.

¹³⁸ vgl. **Bodenhöfer**, Hans-Joachim: Bildungspolitik. In: Dachs/Gerlich/Gottweis/Kramer/Lauber/Müller/Tálos (Hrsg.): Politik in Österreich – Das Handbuch. Wien, 2006. S. 652-662. Hier: S. 652.

¹³⁹ **Katschthaler**, Hans: Konsens und Konflikt in der Schulpolitik. In: **Höchtel**, Josef; **Windhager**, Fritz (Hrsg.): Bildungspolitik für Österreich – Analysen – Kritik – Konzeptionen. Wien, 1983. S. 17-24. Hier: S. 17.

¹⁴⁰ vgl. **Katschthaler**, a.a.O., S. 23.

7.2. Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Reformen im Schulbereich

Die Faktoren, warum Reformen im Bereich der Schulpolitik so schwer umsetzbar sind, sind vielfältig. Jouni Välljärvi, Direktor des Finnischen Instituts für Bildungsforschung meinte, dass schulpolitische Reformen sehr schwer verwertbar seien für Politiker. „Skills in Education“ zu beweisen sei keine Fähigkeit, mit Hilfe derer man kurzfristig Wählerstimmen akquirieren könne. Ist diese Hürde einmal genommen, tun sich jedoch im Bereich der Reformen des Schulwesens noch zahlreiche weitere Problemfelder auf.

Zum einen liegt es wie erwähnt in manchen Bereichen an der Zweidrittelmehrheit im Nationalrat, die notwendig ist, um eine Reform durchzubringen. Da politische Parteien aber zumeist gemäß Parteiprogramm handeln und diese sich nur selten decken, muss damit gerechnet werden, dass die nötige Übereinstimmung oftmals nicht gefunden wird.¹⁴¹ Um inhaltliche Reformen durchzubringen, ist es aber nötig, dass die Parteien ihre Ideologie beiseite schieben. „Reformen waren immer dann erfolgreich, wenn die ideologische Kluft partiell überbrückt wurde. Das gilt für die Bildungsreformen der 1960er- und 1970er-Jahre ebenso wie für die Hochschulreformen der jüngeren Vergangenheit.“¹⁴² Hindernis ist allerdings, dass beide Parteien ihre Lager durch eine Versäulung des Bildungssystems zu sichern versuchen und daher inhaltliche Übereinkünfte schwer erzielbar sind.¹⁴³

Neben dem ideologischen Widerstand des Koalitionspartners ist der zweite große „Bremser“ bei Reformbemühungen naturgemäß die gewerkschaftliche Vertretung der Lehrer. Natürlich ist es Aufgabe einer Gewerkschaft ihre Klienten zu vertreten und Interessen bestmöglich einzubringen, jedoch zählt es nicht zu ihren Aufgaben, Schulpolitik zu betreiben, was aber vielfach geschieht.¹⁴⁴ Die Macht der Lehrergewerkschaft ist allerdings groß. Andreas Salcher meint dazu: „Nur beide Großparteien gemeinsam können die notwendigen Reformen im Schulsystem

¹⁴¹ vgl. **Katschthaler**, Hans: Konsens und Konflikt in der Schulpolitik. In: **Höchtl**, Josef; **Windhager**, Fritz (Hrsg.): Bildungspolitik für Österreich – Analysen – Kritik – Konzeptionen. Wien, 1983. S. 17-24. Hier: S. 17f.

¹⁴² **Pechar**, Hans: Die ständische Versäulung des österreichischen Bildungssystems. In: **Broukal**, Josef; **Niedervieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 27-38. Hier: S. 28.

¹⁴³ vgl. **Pechar**, a.a.O., S. 29.

¹⁴⁴ vgl. **Glattauer**, Niki: Der engagierte Lehrer und seine Feinde – Zur Lage an Österreichs Schulen. Wien, 2010. S. 130.

umsetzen und die Macht der Lehrgewerkschaften brechen.“¹⁴⁵ Er vergleicht den notwendigen Kraftakt mit der Privatisierung der staatlichen Industrie in den 90er Jahren. Beide Parteien wissen, so Salcher, dass eine effektive Reform unseres Schulsystems einen derartigen Kraftakt erneut erfordert.¹⁴⁶

Ein anderer Faktor, der bei einer groß angelegten Reform des Schulsystems mitspielen muss, sind die Länder. Martin Berthold erkannte bereits 1972, dass in derartigen föderalen Ländern Reformen nicht am grünen Tisch zu machen sind, sondern ein Kompromiss notwendig ist, um die Aufgabenstellung verfassungsgemäß und partnerschaftlich zu bewältigen.¹⁴⁷ Klar ist natürlich, dass in einem Bundesstaat eine gewisse Einheitlichkeit des Schulwesens garantiert sein muss.¹⁴⁸ Wie mächtig Länderinteressen sein können, beweisen Erwin Pröll und Michael Häupl jedoch des Öfteren.

Als weiteren Aspekt, der Reformen im Bereich des Schulwesens so schwierig macht, will ich hier noch erwähnt haben, dass sich das ökonomische System nur sehr schwer politisch lenken lässt. Eine absolut sichere Planung ist daher auch in Bildungsfragen nicht möglich, was zur Folge hat, dass – zwar gut gemeinte – Reformen, in ihrer Effektivität oft eingeschränkt werden.¹⁴⁹

Abschließend noch ein ganz allgemeiner Aspekt. „Eine intelligente Schulreform beginnt nicht mit der Suche nach Schuldigen, sondern mit der Suche nach Verstehen und der Frage nach dem Warum.“¹⁵⁰ Dieser Schritt muss in jedem Fall getan werden, damit eine Reform von Erfolg gekrönt sein kann. Oftmals erfolgen Reformen nämlich so, dass sich Schüler, Lehrer und/oder Eltern gleichsam als Schuldige vorkommen, und sich somit als „Auslöser“ für eine nun eingeführte Reform sehen und daher auch von Beginn an gegen diese auftreten.¹⁵¹ Man kann deshalb nicht einfach an das

¹⁴⁵ Salcher, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 193.

¹⁴⁶ vgl. Salcher, a.a.O., S. 194.

¹⁴⁷ vgl. Berthold, Martin: Bildungspolitik am Scheideweg: die Schule. In: Berthold, Martin; Vogel, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 13-38. Hier: S. 16.

¹⁴⁸ vgl. Berthold, a.a.O., S. 17.

¹⁴⁹ Blaschke, Godwin: Die österreichische Schulreform zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Bildungspolitik in der Zweiten Republik (1945-1977). Wien, 1978. [Diss.] S. 10.

¹⁵⁰ Salcher, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 210.

¹⁵¹ vgl. Spitzer, Manfred: Medizin für die Bildung – Ein Weg aus der Krise. Heidelberg, 2010. S.6

Problem herangehen und Reformen von oben herab über die Betroffenen überstülpen. Umgekehrt kann man auch nicht schulpolitische Reformen von unten nach oben durchbringen. „Wenn man versucht, einen isolierten Teil eines Systems zu verändern, stößt man schnell an seine Grenzen.“¹⁵² Dieser Aspekt ist daher bei der Umsetzung von Reformvorhaben im Bildungsbereich stets zu berücksichtigen.

Wie bereits dargestellt, haben sich die Rahmenbedingungen in Bezug auf Schulpolitik in den letzten Jahren enorm verändert. Darauf mit gezielten Reformen zu reagieren ist daher oberste Notwendigkeit. Andreas Salcher fordert etwa: „Unsere Schulen sollten mehr Zukunftslabors als Museen gleichen.“¹⁵³ Eine Bildungsreform ist immer auch eine Zukunftschance. Dabei sollte eine Reform – wie es auch Bundesministerin Claudia Schmied richtig erkannt hat – der Arbeitslosigkeit entgegenwirken, das Wachstum fördern, das gesellschaftliche Zusammenleben stärken, die Schere zwischen Arm und Reich mindern, und den Wohlstand unseres Landes nachhaltig auch für die Zukunft, und damit für unsere Kinder, sichern.¹⁵⁴

Igor Mitschka und Elisabeth Postl skizzierten, in dem vom ehemaligen SPÖ-Abgeordneten Josef Broukal herausgegebenen Buch „Bildung in der Krise“, wie eine ideale Schule ihrer Meinung nach aussehen müsste. Es sei ein Ort der Begegnung, wo man Schlüsselkompetenzen erlernt. Dazu braucht es räumliche Veränderungen, sowie eine bessere (modernere) Ausstattung, strukturelle Veränderungen, personelle Veränderungen (Stichwort Lehreraus- und -fortbildung), und natürlich einem effektiveren Einsatz der finanziellen Mittel. Vor allem aber fordern sie eines, nämlich ein neues Unterrichtskonzept, das auf stärkere Individualisierung setzt.¹⁵⁵

Im selben Buch schreibt Gerhard Riemer dazu, dass es um die Zukunft des Investitionsstandorts Österreich schlecht bestellt sei, wenn es erneut wieder nicht gelingt, eine groß angelegte Bildungsreform durchzuführen.¹⁵⁶

¹⁵² **Faltin**, Inge; **Faltin** Daniel: Schule versagt – Warum Bildung ein Glücksspiel ist und wie sich das ändern kann. München, 2011. S. 267.

¹⁵³ **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 23

¹⁵⁴ vgl. **Schmied**, Claudia: Bildungsreform für Österreich – Zu den Anliegen und Sichtweisen einer zukunftsorientierten Bildungspolitik. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 13-26. Hier: S. 25

¹⁵⁵ vgl. **Mitschka**, Igor; **Postl**, Elisabeth: Fremdwort Mitbestimmung – Warum Schule aufregt. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 79-92. Hier: S. 82f.

¹⁵⁶ vgl. **Riemer**, Gerhard: Zukunft durch Bildung – Ein Programm 2020 der Bundesregierung!?. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 173-186. Hier: S. 176.

Bei all dem Bestreben, große Reformen durchzuführen, vertrete ich aber einen klaren, möglicherweise von manchen als konservativ angesehenen Standpunkt, den ich mit Josef Kraus teile: „Im Übrigen gilt: Nicht das Bewährte muss sich vor dem Neuen, sondern das Neue muss sich vor dem Bewährten rechtfertigen und seine Sinnhaftigkeit bzw. Notwendigkeit beweisen.“¹⁵⁷ Darauf ist meiner Meinung nach stets Bedacht zu nehmen in jeder Reformbestrebung.

Im weiteren Verlauf meiner Arbeit habe ich nun vereinbarte Reformprojekte der Regierungsparteien aus dem 2008 geschlossenen Regierungsübereinkommen herangezogen und unterziehe sie einer kritischen Betrachtung. Zum einen versuche ich sie anhand der beiden Interviews, die ich mit den Bildungssprechern der Parteien geführt habe, zu analysieren. Zum anderen werde ich versuchen, Konfliktpunkte aufzudecken, und nach möglichen Ursachen dafür suchen. Beginnen werde ich dabei bei der frühkindlichen Erziehung, weil hier der Grundstein für den Einstieg in das Schulwesen erfolgt. Weiters werden Reformprojekte wie Ganztagschule, Neue Mittelschule und Zentralmatura untersucht. Natürlich darf auch die Neuorganisation der Schulverwaltung, die Lehrerausbildung sowie das Lehrer Dienst- und Besoldungsrecht nicht ausgeklammert werden.

Insgesamt hoffe ich somit ein vollständiges Bild der Reformen der aktuellen Regierung wiederzugeben und meine persönlichen Schlüsse für meine Forschungsfrage bzw. den aufgestellten Hypothesen daraus ziehen zu können.

¹⁵⁷ **Kraus**, Josef: Ist die Bildung noch zu retten? – Eine Streitschrift. München, 2009. S. 14.

8. Reformpunkte genauer betrachtet – Das Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode

Da im Normalfall eine Koalition notwendig ist um eine Mehrheit im Parlament zu erzielen, verhandeln in der Regel zwei Parteien, die im Nationalrat vertreten sind und zusammen mehr als die Hälfte der Abgeordneten stellen, ein gemeinsames Regierungsprogramm aus. Dieses Übereinkommen soll für die fünfjährige Regierungsperiode als Grundlage dienen und gemeinsame Anliegen und Projekte festsetzen. Der darin vereinbarte Inhalt ist jedoch nicht rechtsverbindlich, was dazu führt, dass Regierungsübereinkommen auch oft etwas abfällig als „Märchenbücher“ oder „Wunschbücher“ bezeichnet werden.

Dass Reformen notwendig sind, davon gehen auch die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP aus, wenn sie im Regierungsprogramm schreiben: „Veränderte soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen machen eine nachhaltige Weiterentwicklung des Bildungssystems dringend notwendig. In den vergangenen Jahren wurde eine Vielzahl von Reformideen aufgegriffen und in zahlreichen Maßnahmen umgesetzt. Den positiven Weg der Schulreform gilt es gemeinsam, im Sinne der Verantwortung für unsere Kinder und die Zukunft unserer Gesellschaft fortzusetzen.“¹⁵⁸

Ich habe mir für den Bereich der Schulpolitik die relevanten Teile dieses Regierungsübereinkommens 2008-2013 herausgelöst und werde die wichtigsten Reformanliegen, die darin enthalten sind, auf ihre Umsetzung untersuchen. Dabei werden allerdings nur jene Punkte herangezogen, die im Regierungsübereinkommen auch klar genug formuliert sind und nicht ein bloßes „Brainstorming“ zu einem Problembereich darstellen. Weiters werde ich die Reformpunkte auch mit dem Vergleichen, was mir die beiden Bildungssprecher, NR Elmar Mayer von der SPÖ, und NR Werner Amon von der ÖVP, im Interview geantwortet haben. Diesbezüglich muss aber vorweggenommen werden, dass meine beiden Interviewpartner das aktuelle Regierungsübereinkommen 2008-2013 nicht mitverhandelt haben.

¹⁵⁸ Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, S. 201. Unter: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

8.1. Reformen vor dem Hintergrund der Schulfinanzierungsfrage

Diskutiert man Reformprojekte im Schulbereich, so muss man diese Diskussion natürlich immer vor dem Hintergrund der Finanzierungsfrage führen. Jede Reform kann – bzw. sollte – sich immer nur daran orientieren, was die gerade aktuelle finanzielle Lage hergibt.¹⁵⁹ So kritisierte schon Martin Berthold bezogen auf die deutsche Reformdiskussion: „Allzulange haben sich deutsche, vor allem sozialliberale Bildungspolitiker mit der Entwicklung von Zukunftsmodellen beschäftigt und die Frage nach den Kosten und der Finanzierung vernachlässigt.“¹⁶⁰

Wird dieser Aspekt aber nicht ausreichend berücksichtigt, so sind alle entworfenen Reformen von vornherein zum Scheitern verurteilt. Gerade Bildungspläne der „ersten Generation“ wie es Werner Scherer nannte, fielen dem zum Opfer.¹⁶¹

Betrachtet man den Anteil, den Österreich gemessen am BIP für das Schulwesen aufwendet, so zeigt sich, dass man mit 3,7% einen im internationalen Vergleich recht beachtlichen Teil investiert.¹⁶² Zwischen 2000 und 2009 betrug der Anteil am BIP, der insgesamt für öffentliche Bildungsausgaben aufgewendet wurde, zwischen 5,3 und 6%.¹⁶³ Die Ausgaben Deutschlands im Bildungsbereich betrugen 2009 4,8% des BIP, die Türkei lag noch weiter darunter mit nur 2,7%. Demgegenüber jedoch geben etwa Dänemark und die USA mit über 7% jedoch verhältnismäßig noch mehr aus.¹⁶⁴ Auch Karl Aiginger, Leiter des WIFO, kommt zu diesem Ergebnis: „Aiginger im ORF: „Wir haben ein Bildungssystem, mit dem wir trotz überdurchschnittlichen Einsatzes – geldmäßig und auch durch Lehrer – bestenfalls nur durchschnittliche Ergebnisse

¹⁵⁹ vgl. **Berthold**, Martin: Bildungspolitik als Aufgabe des Gesamtstaates. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 199-216. Hier: S. 205.

¹⁶⁰ **Berthold**, Martin: Bildungspolitik am Scheideweg: die Schule. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 13-38: hier: S. 35.

¹⁶¹ vgl. **Scherer**, Werner: Bildungsplanung als Mittel der Bildungspolitik. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 149-159. Hier: S. 153.

¹⁶² vgl. **Riemer**, Gerhard: Zukunft durch Bildung – Ein Programm 2020 der Bundesregierung!?. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 173-186. Hier: S. 181.

¹⁶³ vgl. Daten Statistik Austria. Unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/bildungsausgaben/019489.html, Stand: 14.11.2011.

¹⁶⁴ vgl. **Spitzer**, Manfred: Medizin für die Bildung – Ein Weg aus der Krise. Heidelberg, 2010. S. 2.

erzielen.“¹⁶⁵

Die noch aussagekräftigere Zahl ist aber jene der Pro-Kopf-Schülerkosten. Rechnet man um, wie hoch die durchschnittlichen Ausgaben pro Schüler liegen, so zeigt sich, dass diese in Österreich mit 9803 Dollar deutlich höher sind als etwa in Deutschland mit 8436 Dollar, bzw. der OECD-Durchschnitt mit 7061 Dollar.¹⁶⁶

Der Grund, warum die Kosten in Österreich weit über dem OECD-Schnitt liegen ist leicht gefunden und wurde auch bereits durch die OECD aufgezeigt: „Laut OECD kommt von 2 € an Ausgaben nur 1 € dort an, wo Qualität entsteht, nämlich in der Schule.“¹⁶⁷ Vor allem im Bereich der Schulverwaltung gilt es hier kosteneffizienter zu wirtschaften. Durch die gemischte Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern ist eine gesamtösterreichische Reform allerdings äußerst schwierig umsetzbar, wenn nicht gar unmöglich.¹⁶⁸ Auch Hans Haider, „Autobiograph“ der ehemaligen Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler, erkannte: „Schulfragen sind, mehr als es auffällt, Bewegungsmassen zum Hin- und Herschieben von Kosten zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden.“¹⁶⁹ Dies ist natürlich auch eine Problematik, welche die Kosten für Bildung und insbesondere Schule in die Höhe schraubt.

Dennoch muss die Wichtigkeit staatlicher Schulfinanzierung an dieser Stelle betont werden. Zumindest eine gewisse Grundbildung muss für jedermann kostenlos in Anspruch genommen werden können.¹⁷⁰ Es gilt dabei mit den eingesetzten Mitteln ein Optimum an Schule und Bildung im Sinne der Kinder und Jugendlichen, sowie im Sinne unseres Landes, herauszuholen. Betrachtet man die derzeitige Situation im Bereich des Schulwesens, so wird sehr rasch ersichtlich: „Investitionen in das Bildungssystem müssen von Reformen und Innovationen begleitet werden.“¹⁷¹

¹⁶⁵ **Glattauer**, Niki: Der engagierte Lehrer und seine Feinde – Zur Lage an Österreichs Schulen. Wien, 2010. S. 188.

¹⁶⁶ vgl. **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 195.

¹⁶⁷ **Riemer**, Gerhard: Zukunft durch Bildung – Ein Programm 2020 der Bundesregierung!?. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 173-186. Hier: S. 181.

¹⁶⁸ vgl. **Ebd.**

¹⁶⁹ **Haider**, Hans: Elisabeth Gehrler: Reportage eines politischen Lebens. Wien, 2008. S. 44.

¹⁷⁰ vgl. **Vierlinger**, Rupert: Schulerfahrung & Schulreform – Stationen eines Lehrerlebens. Linz, 2011. S. 248.

¹⁷¹ **Schmied**, Claudia: Bildungsreform für Österreich – Zu den Anliegen und Sichtweisen einer zukunftsorientierten Bildungspolitik. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 13-26. Hier: S. 15.

Bei der Analyse der einzelnen Reformpunkte ist daher natürlicherweise auch stets die Kostenfrage zu berücksichtigen. Es ist dabei zu untersuchen, ob auf Effizienz, Optimierung und nachhaltiges Erreichen des bestmöglichen Ergebnisses geachtet wurde. Nur dann kann es überhaupt eine erfolgreiche und zielführende Reform sein.

8.2. Reformbestrebungen im Bereich der frühkindlichen Erziehung

Frühkindliche Erziehung ist insofern Teil einer nachhaltigen Schulpolitik, da sie ganz entscheidend ist für den Eintritt eines Kindes in das Schulsystem. „Bei der Nachfrage nach Betreuung für Kleinkinder handelt es sich nur oberflächlich um ein persönliches Problem junger Frauen. Es geht vielmehr um ein umfassendes gesellschaftliches Problem, das durch den gesellschaftlichen Strukturwandel unserer heutigen Zeit hervorgebracht wurde.“¹⁷²

Bereits 1969 kam eine Reformkommission im Unterrichtsministerium zu dem Ergebnis, „daß zur Verbesserung der Chancen für Kinder aus verschiedenem sozio-kulturellem Milieu die entscheidenden Maßnahmen in der vorschulischen Erziehung gesetzt werden müssen.“¹⁷³

Im Regierungsübereinkommen 2008-2013 wird bereits der Kindergarten als Bildungseinrichtung titulierte. Im Regierungsübereinkommen ist davon die Rede, Kinder möglichst individuell zu fördern und sie so an die Schulreife bestmöglich heranzuführen. Man will dazu einen einheitlichen Bildungsplan gemeinsam mit den Ländern erarbeiten und die Ausbildung der KindergartenpädagogInnen entweder ganz oder zumindest ergänzend von den Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik an die Pädagogischen Hochschulen verlagern.¹⁷⁴

NR Mayer betonte im Interview, dass Kindergärten Bildungseinrichtungen sein müssten. Ebenso NR Amon, der von enormen Herausforderungen des Kindergartens sprach. Von Seiten der Bildungssprecher wurde frühkindliche Erziehung als besonders wichtiges Anliegen dargestellt. Es stellt sich aber die Frage, warum es dennoch in diesem Bereich zu keiner Umsetzung einer Reform kam, und die Ausbildung der Kindergartenpädagogen bisher unangetastet ist? (siehe Interviews im Anhang)

Die Antwort möchte ich an Hand eines Beispiels geben. Es läge im Bereich der Möglichkeit der Länder im Kindergarten ausgebildete LehrerInnen für eine gewisse

¹⁷² **Ahnert**, Lieselotte: Wieviel Mutter braucht ein Kind?: Bindung – Bildung – Betreuung: öffentlich und privat. Heidelberg, 2011. S. 247.

¹⁷³ [o.A.]: Schulreform – Bericht an des Parlament. Bundesministerium für Unterricht. Wien, 1969. S. 7.

¹⁷⁴ vgl. Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, S. 202. Unter:
<http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

Anzahl von Stunden zusätzlich in die Kindergartengruppen zu geben. Natürlich würde dieses Projekt Kosten mit sich bringen, doch könnte dadurch der Übergang zwischen Kindergarten und Schule fließender gestaltet werden und auch besser auf die Schulreife des einzelnen Kindes hingearbeitet werden.

Aus persönlichen Gesprächen mit den Verantwortlichen weiß ich, dass vor rund zwei Jahren in Niederösterreich ein derartiges Projekt angestrebt wurde, jedoch daran gescheitert ist, dass von Seiten der Kindergartenverantwortlichen befürchtet wurde, dass der Kindergarten dadurch „verschult“ wird. Problem war hier somit nicht ein vertikaler Kompetenzkonflikt sondern vielmehr ein horizontaler. Horizontal insofern, als es daran scheiterte, dass es zwei unterschiedliche Ressorts und zwei unterschiedliche Verantwortliche Landesräte gab, die für Kindergarten bzw. Schule zuständig waren.

Die erste wesentliche Erkenntnis ist daher einmal, dass es, wenn es um Kinder und Bildung geht eine verpflichtende gemeinsame Zuständigkeit für Kindergarten- und Schulbereich geben sollte. Wer auch immer nach einer Reform der Schulverwaltung und der Schulorganisation die nötige Kompetenz erhalten wird, sollte in gleicher Weise auch für Kindergartenbelange zuständig sein. Nur so kann umfassend und nachhaltig gearbeitet werden, und vor allem auch effektiver ein „fließender Übergang“, den ja auch beide Bildungssprecher so vehement einfordern, erzielt werden.

NR Amon warf in diesem Zusammenhang auch noch auf, dass es eigentlich falsch sei, Schulreife mit einer Stichtagsregelung festzusetzen, so wie das seit Mitte des 18. Jahrhunderts erfolgt. Seiner Meinung nach sollte dieses Thema zentraler gesehen werden. (siehe Interview im Anhang) Umso mehr ist es dann aber notwendig eine Verantwortliche Stelle zu haben, die sowohl für Kindergarten als auch Schule zuständig ist. Die völlig isolierte Betrachtung dieser zwei Bereiche ist meiner Meinung nach für eine nachhaltige Bildungspolitik verfehlt. Schon vor zumindest 40 Jahren war klar: „Entscheidend für den Erfolg einer Schullaufbahn sind die Startbedingungen; deshalb ist es notwendig, daß zielbewußte Bildungspolitik wirksame Hilfe beim Ausgleich von Startnachteilen leistet.“¹⁷⁵

¹⁷⁵ **Berthold**, Martin: Bildungspolitik am Scheideweg: die Schule. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 13-38. Hier: S. 20.

8.3. Stärkung der ganztägigen Schulformen und Ganztagsbetreuungseinrichtungen

Unter „3. Tagesbetreuung“ wird im Regierungsübereinkommen 2008-2013 die ganztägige Betreuung von Kindern in Schulen behandelt. In schlanken acht Zeilen ist dieses Kapitel abgearbeitet. Kernsatz darin ist: „Ganztägige Schulformen und Ganztagsbetreuungsangebote unterstützen die ganzheitliche Entwicklung der SchülerInnen und sind bedarfsgerecht auszubauen, wobei regional die Wahlmöglichkeit sichergestellt wird.“¹⁷⁶

Unzweifelhaft ist Nachmittagsbetreuung ein wichtiger Aspekt in der Schulpolitik, weil sich wie bereits erläutert die Rahmenbedingungen verändert haben, vor allem sind heutzutage auch Frauen häufiger erwerbstätig. „Der Rückgang des traditionellen Agrarsektors, die Zunahme der industriellen Beschäftigung und besonders die rasche Expansion aller Dienstleistungsberufe kam den Erwerbswünschen von Frauen entgegen.“¹⁷⁷ Sind beide Elternteile berufstätig heißt das oftmals, dass die Kinder den ganzen Nachmittag alleine zuhause sind, weil es keine Möglichkeit der Betreuung für sie gibt. Glattauer nennt hier sogar konkrete Zahlen: „Jeder zehnte Schüler mit berufstätigen Eltern, habe ich geschrieben, ist nachmittags allein. Ähnlich dramatisch die umgekehrte Betrachtung: Nur drei von zehn Kindern (29 Prozent) haben in Österreich einen fixen Nachmittagsplatz in Hort oder Schule.“¹⁷⁸

Eine Erziehungsarbeit wird daher von Seiten der Eltern nicht mehr so ausgeübt, wie es notwendig wäre, es verlagert sich die Erziehung zunehmend in den Bereich der Schulen. Bernd Schilcher, ehemaliger steirischer Landesschulratspräsident und Leiter der Expertenkommission zur Schulreform, forderte in einem Aufsatz: „Wir brauchen ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen als Regelschulen, weil die heute zu 72% berufstätigen Eltern die vielfältigen Aufgaben der Begabungsförderung und der Unterstützung bei Leistungsschwächen wie auch die Vermittlung von sozialen

¹⁷⁶ Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, S. 203. Unter: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

¹⁷⁷ **Faßmann**, Heinz: Demographischer und sozialer Wandel. In: Dachs/Gerlich/Gottweis/Kramer/Lauber/Müller/Tálos (Hrsg.): Politik in Österreich – Das Handbuch. Wien, 2006. S. 52-64. Hier: S. 59.

¹⁷⁸ **Glattauer**, Niki: Der engagierte Lehrer und seine Feinde – Zur Lage an Österreichs Schulen. Wien, 2010. S. 112f.

Kompetenzen nicht erfüllen können.“¹⁷⁹

Zuerst einmal muss man in der Begrifflichkeit unterscheiden zwischen Schulformen mit verschränktem Unterricht auch am Nachmittag, das heißt es erfolgen Stunden des Regelunterrichts auch am Nachmittag, das meint auch das Regierungsübereinkommen 2008-2013 mit „ganztägige Schulformen“ und einer bloßen Ganztagesbetreuung auf der anderen Seite.

Im letzten Bildungsprogramm der SPÖ aus dem Jahre 2004 ist angeführt: „Für den Grund- und Mittelstufenbereich wird die SPÖ den Eltern einen Rechtsanspruch auf ein ganztägiges schulisches Angebot geben.“¹⁸⁰

Im Grundsatzprogramm der ÖVP findet man das Statement, dass man die Familie als Keimzelle der Gesellschaft besonders fördern wolle.¹⁸¹ Etwas später wird ausgeführt: „Kinder brauchen Schutz, Geborgenheit und Orientierung an Werten, die ihnen in erster Linie von den Müttern und Vätern vermittelt werden. Die Verwurzelung in der Familie biete die besten Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung des Kindes.“¹⁸² Sowie: „In der Familie, dem ersten Ort von Beheimatung und Gemeinschaft, muß die Bildungsverantwortung der Eltern gestärkt werden.“¹⁸³ Auch der ÖVP-nahe Österreichische Cartellverband, der Dachverband katholischer nicht schlagender Studentenverbindungen, formuliert in seinem Bildungsprogramm: „Subsidiarität bedeute freilich auch, dass Bildung nicht nur Sache des Staates ist, sondern dass gerade die Familie einen wesentlichen Beitrag zu leisten hat.“¹⁸⁴

¹⁷⁹ **Schilcher**, Bernd: Die sechs Todsünden der österreichischen Bildungsdiskussion. In: **Paierl**, Herbert; **Heingärtner**, Markus (Hrsg.): Reformen ohne Tabu – 95 Thesen für Österreich. Wien, 2011. S. 40-47. Hier: S. 44.

¹⁸⁰ Das Bildungsprogramm der SPÖ – Bildung – Grundlage unseres Lebens – Startklar für Österreich. S. 10. Unter: http://3dak.kaernten.spoee.at/media/PPM_3DAK_spoee/~M0/11.3dak.pdf, Stand: 20.09.2010.

¹⁸¹ vgl. Grundsatzprogramm – Beschlossen am 30. ordentlichen Parteitag der Österreichischen Volkspartei am 22. April 1995 in Wien. S. 5. Unter: <http://www.oevp.at/download/000298.pdf>, Stand 20.09.2010.

¹⁸² Grundsatzprogramm – Beschlossen am 30. ordentlichen Parteitag der Österreichischen Volkspartei am 22. April 1995 in Wien. S. 17. Unter: <http://www.oevp.at/download/000298.pdf>, Stand 20.09.2010.

¹⁸³ Grundsatzprogramm – Beschlossen am 30. ordentlichen Parteitag der Österreichischen Volkspartei am 22. April 1995 in Wien. S. 23. Unter: <http://www.oevp.at/download/000298.pdf>, Stand 20.09.2010.

¹⁸⁴ ÖCV-Bildungsprogramm 2006. S. 3. Unter: <http://www.oecv.at/downloads/Bildungsprogramm%20des%20%C3%96sterreichischen%20Cartel>

Die beiden Standpunkte der Parteien stehen also in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander, auch wenn im Interview NR Amon ausführte, dass ja ursprünglich die erste Form einer „Ganztagesbetreuung“ von der Kirche in ihren Internaten durchgeführt wurde. (siehe Interview im Anhang) Der Widerspruch beider Parteien, der auf den ersten Blick aufzukommen vermag, wird aber durch das ÖVP Bildungsprogramm aus dem Jahr 2011 abgeschwächt. Hier plädiert man für ganztägige Betreuungs- und Förderungsangebote, die auf freiwilliger Basis genutzt werden können. Das Ganze solle auch in Kooperation mit Vereinen und ehrenamtlichen Organisationen erfolgen.¹⁸⁵ Auch der CV unterstützt diese Position, allerdings ebenso unter dem Vorbehalt, dass die Freiwilligkeit dabei gewahrt wird.¹⁸⁶ Im Regierungsübereinkommen 2008-2013 ist die „regionale Wahlmöglichkeit“ erwähnt.¹⁸⁷ Als ich die Bildungssprecher dahingehend befragte, erläuterten sie mir, dass darunter zu verstehen sei, dass die Eltern eines Kindes in ihrem Einzugsbereich die Möglichkeit der Auswahl haben sollen, ob sie ihr Kind in eine Schule mit Ganztagesbetreuung bzw. ganztägigen Schulformen oder in eine herkömmliche Schule schicken möchten. Insofern hat jene Position Niederschlag in das Regierungsübereinkommen gefunden, die auch die ÖVP in ihr Bildungsprogramm 2011 aufgenommen hat. Es scheint der „kleinste gemeinsame Nenner“ diesbezüglich gewesen zu sein. Zu einer allgemein verpflichtenden Ganztageschulform konnte man sich nicht durchringen.

Betrachtet man nun die Umsetzung dieser Bestrebungen, so ergibt sich in der Praxis das Bild, wie auch NR Mayer ganz richtig ausführte, dass zuerst der Bedarf einer Nachmittagsbetreuung gegeben sein muss, bevor Schulen sie überhaupt anbieten können. (siehe Interview im Anhang) Erst relativ spät kann daher mit Sicherheit gesagt werden, ob im kommenden Schuljahr wieder das Angebot einer Nachmittagsbetreuung gegeben sein wird oder nicht. Dies erschwert für erwerbstätige

[lverbandes.pdf](#), Stand: 14.10.2011.

¹⁸⁵ ÖVP - Perspektive Bildung. Vielfalt – Leistung – Sprache. S. 12. Unter: http://www.oevp.at/Common/Downloads/BildungswegNEU_Maerz2011_lange%20Version_Ansicht.pdf, Stand: 20.09.2011.

¹⁸⁶ vgl. ÖCV-Bildungsprogramm 2006. S. 5. Unter: <http://www.oecv.at/downloads/Bildungsprogramm%20des%20%C3%96sterreichischen%20Cartelverbandes.pdf>, Stand: 14.10.2011.

¹⁸⁷ vgl. Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, S. 203. Unter: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

Eltern natürlich die Planung zusätzlich. Damit das derzeitige System wirklich effektiv funktionieren kann, wäre es notwendig, an ausgewählten Schulstandorten Ganztagsbetreuung verbindlich anzubieten. Dies würde allerdings dazu führen, dass selbst wenn nur für ein Kind dieses Angebot in Anspruch genommen wird, eine Betreuung stattfinden müsse. Will man aber Ganztagesbetreuung anbieten, dann muss man sich das auch leisten können. Schließlich führt die Bildungsministerin höchstpersönlich aus: „Ganztägige Schulformen unterstützen die ganzheitliche Entwicklung der SchülerInnen, sie entlasten Eltern von der Überforderung, neben Beruf und Kindererziehung auch noch umfassende Lernförderung zu übernehmen.“¹⁸⁸

Für ganz essentiell halte ich persönlich in diesem Zusammenhang aber noch die Feststellung, dass es nur auf freiwilliger Basis erfolgen soll. Nicht etwa wie es die Wiener Volksschuldirektorin Gabriele Solterer-Ratzer skizziert: „Müssen Eltern nach der Arbeit noch bei den Hausübungen mit ihren Kindern sitzen? Nein. Die Kinder kommen am Montag mit der Schultasche in die Schule und nehmen sie erst am Freitag wieder mit nach Hause. Die Eltern müssen nicht mit den Kindern lernen oder über Aufgaben brüten. Das wird hier bei uns erledigt.“¹⁸⁹ Erziehung ist primär Sache der Eltern. Auch wenn heutzutage vermehrt eine Verlagerung Richtung Schule stattfindet, so muss man aber doch respektieren, wenn Eltern ihre Kinder selbst erziehen wollen. Eigenverantwortlichkeit ist demnach über kollektiven Zwang zu stellen. Ganz richtig meines Erachtens ist insofern der Aspekt den NR Amon im Interview festgestellt hat: „Heute haben wir eine reale gesellschaftliche Entwicklung, wo die Frage nicht mehr ist, erzieht der Staat oder erziehen die Eltern, sondern man muss vielfach froh sein, wenn überhaupt irgendjemand erzieht.“ (siehe Interview im Anhang) Zudem ist im Bildungsprogramm der SPÖ die Rede davon, dass Erziehen ein Recht und eine Pflicht der Eltern sei.¹⁹⁰ Als logische Konsequenz daraus, muss man dann aber auch akzeptieren, wenn Eltern von diesem Recht auch Gebrauch machen wollen, und ihr Kind nicht in eine Ganztageschule geben möchten.

¹⁸⁸ **Schmied**, Claudia: Bildungsreform für Österreich – Zu den Anliegen und Sichtweisen einer zukunftsorientierten Bildungspolitik. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 13-26. Hier: S. 18.

¹⁸⁹ **Glattauer**, Niki: Der engagierte Lehrer und seine Feinde – Zur Lage an Österreichs Schulen. Wien, 2010. S. 113f.

¹⁹⁰ vgl. Das Bildungsprogramm der SPÖ – Bildung – Grundlage unseres Lebens – Startklar für Österreich. S. 132. Unter: http://3dak.kaernten.spoee.at/media/PPM_3DAK_spoee/~M0/11.3dak.pdf, Stand: 20.09.2010.

Im Bereich der Ganztagschule wurden zusätzliche 80 Millionen Euro investiert und damit laut Angaben der Regierungsparteien rund 100.000 ganztägige Betreuungsplätze geschaffen. Dies forderte die SPÖ auch 2004 in ihrem Bildungsprogramm schon ein: „um dieses Ziel zu erreichen, sollen in den nächsten 10 Jahren 100.000 Plätze in ganztägigen Schulformen bundesweit geschaffen werden.“¹⁹¹ Die Problematik der Planungssicherheit konnte damit aber noch nicht vollends entschärft werden, ebenso ist auch eine Kooperation mit Vereinen und Organisationen nicht ausgebaut worden. Zu groß sind hier wohl die rechtlichen Problembereiche, wie Aufsichtspflichten, Haftungen bei Verletzungen, etc. und vor allem die organisatorischen Hürden. Es wurde meines Erachtens nur eine erste Teiletappe geschafft, möglicherweise können die offenen Themen durch die Erfahrung aus der Praxis noch im Laufe der restlichen Regierungsperiode verwirklicht werden. Man muss der Regierung insgesamt zu Gute halten, dass im Bereich der Nachmittagsbetreuung tatsächlich ein Schritt nach vorne getan wurde. Notwendig wäre es aber, wie bereits erläutert, noch weitere Schritte folgen zu lassen.

¹⁹¹ Das Bildungsprogramm der SPÖ – Bildung – Grundlage unseres Lebens – Startklar für Österreich. S. 12. Unter: http://3dak.kaernten.spoe.at/media/PPM_3DAK_spoe/~M0/11.3dak.pdf, Stand: 20.09.2010.

8.4. Migration als Thema in der Schulpolitik

Migration ist ein gesellschaftspolitisches Thema, das nicht allein die Schulen betrifft, sondern vielmehr jeden Einzelnen. Im Schulbereich ist es insofern verschärft, denn wenn die Unterrichtssprache nicht beherrscht wird, kann dem Unterricht nicht in jener Form gefolgt werden, die nötig wäre. In zunehmendem Maße steigt die Zahl an Kindern mit Migrationshintergrund in den Klassen. So findet Glattauer in der „Erklärung von PISA 2009 – Ziele und Methoden“ des BIFIE den Satz: „Zwischen PISA 2000 und PISA 2009 ist der Anteil der Schüler/innen mit Migrationshintergrund in der österreichischen PISA-Population kontinuierlich von 11 auf 15 % gestiegen.“¹⁹²

Im Regierungsübereinkommen 2008-2013 legen sich SPÖ und ÖVP nicht wirklich fest. Es heißt dort nur, dass bilinguale Schulformen ausgebaut werden sollen, der Fremdsprachenunterricht, vor allem was Sprachen der unmittelbaren Nachbarländer betrifft, verstärkt angeboten werden soll und dass durch gezielte Fördermaßnahmen der Einstieg ins Schulsystem unterstützt werden soll.¹⁹³ All das sind jedoch keine wirklichen Maßnahmen, die Migrationsprobleme lösen könnten.

Zu erwähnen ist, dass Migration nicht ein flächendeckendes Problem im österreichischen Schulwesen ist, sondern vielmehr gibt es punktuelle Brennpunkte, wo diese Thematik Sorge bereitet. Die Situation in der Hauptschule im 1.000 Einwohner Dorf Ertl ist eine völlig andere als in einer Hauptschule im 16. Wiener Gemeindebezirk. Diese Auffassung bringt mich auch zur Einsicht, dass es von Schule zu Schule unterschiedlich ist, inwiefern das Thema Migration ein Problem darstellt. Daher ist es auch notwendig dass Schulen individuell und autonom auf dieses Problem reagieren können.

Den zwei Bildungssprechern der Regierungsparteien stellte ich auch diesbezüglich eine Frage im Interview. Von beiden Seiten wurde mir geantwortet, dass in diesem Bereich mehr Autonomie für die Schulen der Schlüssel zum Erfolg sei. Die Schulen

¹⁹² Glattauer, Niki: Die PISA-Lüge – Wie unsere Schule wirklich besser wird. Wien, 2011. S. 20.

¹⁹³ vgl. Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, S. 203. Unter: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

sollten selbst entscheiden können, wer wie viel an Stunden braucht, um ausreichend Deutschkenntnisse zu erlangen. NR Amon sprach von einem bunten Strauß an Möglichkeiten, aus dem die Standorte selbst auswählen können, ganz im Sinne der Subsidiarität. NR Elmar Mayer gab an, dass die Schulstandorte selbst am besten wissen müssten, wo Problemlagen vorliegen, und daher auch autonom über Mittel verfügen können sollten. (siehe Interviews im Anhang)

Betrachtet man also beide Positionen der Regierungsparteien, lässt es nur einen Schluss zu: Beide Parteien fordern in diesem Bereich eigentlich dasselbe, nämlich eine Mittelzuteilung an die Schulstandorte, die dann autonom diese Mittel zielgerecht einsetzen sollen. In der Realität lässt die Umsetzung aber auf sich warten. Ein Grund dafür könnte sein, dass man sich in anderen Reformprojekten, wo die Positionen vielmehr divergieren in Grabenkämpfe eingelassen hat und nun deshalb auch hier in vermeintlich übereinstimmenden Punkten, abgeblockt wird. Zudem würde eine Stärkung der einzelnen Schulstandorte und mehr Autonomie und Budgethoheit in einzelnen Bereichen, wie etwa der Förderung von Migrantenkinder, sicherlich Macht- und Einflusseinbußen für die politischen Parteien mit sich bringen, was derartige Reformschritte, vor allem für die in der Lehrerschaft bestens vernetzte ÖVP, umso unattraktiver macht. Wohl letzteres ist hier vor allem ein wesentlicher Grund dafür, dass Reformschritte hin zu mehr Autonomie für den einzelnen Schulstandort bisher nicht umgesetzt wurden.

8.5. Schüler und das Prinzip Leistung

Als einen weiteren zentralen Punkt im Bereich der Schulpolitik wurde im Regierungsübereinkommen 2008-2013 eine Reduzierung der Klassenwiederholungen vereinbart. „Ab der 7. Schulstufe sollen erste Formen der Wahlpflicht- und Kursangebote im Rahmen der Schulautonomie erstellt und die Oberstufe der AHS in modularisierter Form weiterentwickelt werden, um den Begabungen und Interessen gemäßer unterrichten zu können und die Schulabbrecherquote zu senken.

Individuell abgestimmte Förderangebote sollen ausgebaut und das Frühwarnsystem weiter verbessert werden.“¹⁹⁴

Um diesen Abschnitt etwas zu systematisieren, will ich zuerst auf Leistung und Schulnoten etwas näher eingehen, in der weiteren Folge dann das Thema Klassenwiederholung und die Einführung eines Modulsystems betrachten, sowie abschließend das Reformprojekt der Zentralmatura beleuchten.

8.5.1. Von Schulnoten und Leistung in der Schule

Josef Höchtel stellte schon zu Beginn der 80er-Jahre fest: „Die Veränderungen in der Berufs- und Arbeitswelt sowie die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in der industrialisierten und urbanisierten Welt, in der vor allem die ökonomische Konkurrenz immer härter wird, lassen einen Verzicht auf das Leistungsprinzip nicht zu.“¹⁹⁵ Im SPÖ Bildungsprogramm 2004 heißt es, dass die ziffernmäßige Vergabe von Schulnoten nicht mehr zeitgemäß ist und verstärkt auf mündliche Feedbacks, Leistungsportfolios und Selbsteinschätzung gesetzt werden soll.¹⁹⁶ SPÖ-Bildungssprecher Mayer versicherte mir, dass das Prinzip Leistung für die Sozialistische Partei einen großen Stellenwert einnehme, jedoch Leistung von den Schülern dort abgefragt werden solle, wo diese ihre Talente und Begabungen haben. Er verwies dabei auf die Forderung

¹⁹⁴ Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, S. 205. Unter: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

¹⁹⁵ Höchtel, Josef: Entwicklungstendenzen der Bildungspolitik im Spiegel empirischer Befunde. In: Höchtel, Josef; Windhager, Fritz (Hrsg.): Bildungspolitik für Österreich – Analysen – Kritik – Konzeptionen. Wien, 1983. S. 41-66. Hier: S. 63.

¹⁹⁶ vgl. Das Bildungsprogramm der SPÖ – Bildung – Grundlage unseres Lebens – Startklar für Österreich. S. 31. Unter: http://3dak.kaernten.spoe.at/media/PPM_3DAK_spoe/~M0/11.3dak.pdf, Stand: 20.09.2010.

nach Schüler-Port-Folios, wie sie auch im Bildungsprogramm von seiner Partei gefordert werden. (siehe Interview im Anhang)

Der Wichtigkeit der Leistung für die ÖVP wird bereits damit Rechnung getragen, dass das Bildungskonzept der Volkspartei den Titel trägt „Perspektive Bildung. – Vielfalt. Leistung. Sprache.“ Es wird darin festgehalten: „Die Schule fördert individuell und differenziert nach Eignung, Neigung und Leistung.“¹⁹⁷ Auch der ÖAAB stellt in seinem Bildungskonzept klar: „Ein Schulmodell, in dem Leistung keine Rolle spielt, bedeutet eine Nivellierung nach unten.“¹⁹⁸

Explizit verweist man darauf, dass man anders als die SPÖ vom Notengebungskonzept überzeugt ist. „Leistung muss sich lohnen. Wir bekennen uns zu einer klaren Leistungsbeurteilung durch Noten. Ergänzend, aber keinesfalls als Ersatz, sollen verbale Beurteilungen Eingang in die Zeugnisse finden (z. B. Standards, Potenzialanalysen oder ähnliches).“¹⁹⁹

Man sieht darin bereits die ganz bewusst gewählte Formulierung, um sich von der SPÖ-Position abzugrenzen. Bildungssprecher Amon führte aus, dass Schule nicht ohne Leistungsnachweis funktioniere. Zudem hielt er ausdrücklich fest: „Leistung ist ja per se um Gottes Willen nichts Negatives.“ (siehe Interview im Anhang)

Der Schweizer Psychologe Allan Guggenbühl schrieb zum Thema Leistung und Beurteilung: „Aufgabe der Schule ist, zwischen den Kindern und den Jugendlichen zu differenzieren, Talente und Fähigkeiten zu erkennen.“²⁰⁰ Auch Andreas Salcher vertritt grundsätzlich eine „notenfreundliche“ Position: „Nur weil Noten oft subjektiv und ungerecht an einzelne Schüler vergeben werden, wäre es falsch, Noten als wichtige

¹⁹⁷ ÖVP – Perspektive Bildung. Vielfalt – Leistung – Sprache. S. 2. Unter: http://www.oevp.at/Common/Downloads/BildungswegNEU_Maerz2011_lange%20Version_Ansicht.pdf. Stand: 20.09.2011.

¹⁹⁸ ÖAAB – Bildungsrepublik Österreich – Aufstieg durch Bildung – Gerechtigkeit und Leistung sind vereinbar. S. 91. Unter: http://bildungsrepublik.at/Bildungsrepublik3/Bildungsrepublik_Osterreich_-_Das_Bildungsprogramm_des_OAAB_files/oeaab-bildungskonzept.pdf, Stand: 7.11.2011.

¹⁹⁹ ÖVP – Perspektive Bildung. Vielfalt – Leistung – Sprache. S. 3. Unter: http://www.oevp.at/Common/Downloads/BildungswegNEU_Maerz2011_lange%20Version_Ansicht.pdf. Stand: 20.09.2011.

²⁰⁰ **Guggenbühl, Allan:** Die PISA-Falle – Schulen sind keine Lernfabriken. Freiburg, 2002. S. 26.

Orientierung und Leistungsmotivation für Schüler generell abzuschaffen.“²⁰¹ Anders dazu steht etwa Rupert Vierlinger, Gründungsdirektor der Pädagogischen Akademie der Diözese Linz, der für eine Abschaffung ziffernmäßiger Beurteilung eintritt und bemängelt, dass Lehrer oftmals mehr als Richter denn als Trainer der Schüler auftreten.²⁰²

Betrachtet man das Thema Leistung aus gesellschaftlicher Sicht, so muss festgestellt werden, dass in einer modernen Gesellschaft Leistung das entscheidende Kriterium ist, um sich innerhalb der Gesellschaft weiter nach vorne zu bringen. Nicht mehr (ausschließlich) Abstammung, Geschlecht oder Gesinnung sind maßgeblich, sondern das, was der einzelne erbringt und leistet.²⁰³ Bereits vor 40 Jahren führte Josef Höchtel dazu aus: „Die Veränderungen in der Berufs- und Arbeitswelt sowie die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in der industrialisierten und urbanisierten Welt, in der vor allem die ökonomische Konkurrenz immer härter wird, lassen einen Verzicht auf das Leistungsprinzip nicht zu. Das aber heißt, daß Erziehung und Bildung heute vor allem auch Erziehung und Leistungsbereitschaft in einem an Leistungskriterien orientierten Schulwesen bedeutet.“²⁰⁴ Auch Hans Maier kam bereits 1972 zur selben Ansicht.²⁰⁵ Die Schlussfolgerung daraus: Galt das bereits damals, so muss es umso mehr auch heute Gültigkeit besitzen, da unsere Gesellschaft noch stärker ökonomisiert wurde und noch leistungsorientierter geworden ist. Leistungsfähigkeit- und Leistungsbereitschaft des Einzelnen sind heutzutage eine Notwendigkeit für eine funktionierende Leistungsgesellschaft.²⁰⁶

Das Leistungsprinzip in der Schule ist daher ein ganz wesentliches Kriterium. Zum einen hat Bildung auch, ob man es will oder nicht, eine Selektionsfunktion.²⁰⁷

²⁰¹ **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 201.

²⁰² vgl. **Vierlinger**, Rupert: Schulerfahrung & Schulreform – Stationen eines Lehrerlebens. Linz, 2011. S. 156 f.

²⁰³ vgl. **Kraus**, Josef: Ist die Bildung noch zu retten? – Eine Streitschrift. München, 2009. S. 43.

²⁰⁴ **Höchtel**, Josef: Entwicklungstendenzen der Bildungspolitik im Spiegel empirischer Befunde. In: **Höchtel**, Josef; **Windhager**, Fritz (Hrsg.): Bildungspolitik für Österreich – Analysen – Kritik – Konzeptionen. Wien, 1983. S. 41-66. Hier: S. 63.

²⁰⁵ vgl. **Maier**, Hans: Bildungspolitik für morgen – Perspektiven und Konsequenzen. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 185-197. Hier: S. 187.

²⁰⁶ vgl. **Höchtel**, Josef: Entwicklungstendenzen der Bildungspolitik im Spiegel empirischer Befunde. In: **Höchtel**, Josef; **Windhager**, Fritz (Hrsg.): Bildungspolitik für Österreich – Analysen – Kritik – Konzeptionen. Wien, 1983. S. 41-66. Hier: S. 63.

²⁰⁷ vgl. **Guggenbühl**, Allan: Die PISA-Fälle – Schulen sind keine Lernfabriken. Freiburg, 2002. S. 27.

Natürlich kann hier angeführt werden, dass nicht einzig und allein Leistung zählt, sondern es vielmehr auch auf Sozial- und Berufsstatus ankommt, welches Bildungsniveau man erreichen kann.²⁰⁸ Diese „Vererbung“ im Bildungssystem wird von Seiten der SPÖ heftig kritisiert und dem soll durch die Einführung einer Gesamtschule entgegengesteuert werden, dazu jedoch später mehr. Dem hält Josef Kraus entgegen: „Vielmehr ist nichts so ungerecht wie die gleiche Behandlung Ungleicher.“²⁰⁹ Ebenso steht Martin Berthold hinter dem Leistungsprinzip in der Schule, der jedoch einfordert, dass die unterschiedlichen Altersstufen berücksichtigt werden und es genügend Förder- und Hilfsmöglichkeiten gibt, die Leistung ermöglichen.²¹⁰

Abschließen will ich diese Überlegungen mit einem Zitat von Josef Höchtel: „Ein nach persönlicher Leistung differenziertes Schul- und Bildungssystem erweist sich als das einer demokratischen Gesellschaft am ehesten entsprechende System.“²¹¹

Betrachtet man nun die Reformprojekte der Regierung im Bereich der Notengebung, so zeigt sich schnell, dass eine Abschaffung der ziffernmäßigen Beurteilung nicht erfolgte. Vielmehr wurde quasi verdoppelt. Mit der Einführung der Neuen Mittelschule, wurde auch, neben der traditionellen Notengebung, ein verbales Feedback des Lehrers eingeführt. Der Schüler und auch die Eltern, sollen so ein besseres Bild von den Leistungen bekommen, sagen doch Worte mehr aus, als eine bloße Zahl. Diese doppelte Beurteilung ist als reine Kompromisslösung zu sehen, da die Positionen der beiden Parteien nicht vereinbar waren. Mit den Stimmen der Volkspartei wird es nach derzeitigem Stand nicht zu einer völligen Abschaffung der Schulnoten kommen können. Persönlich glaube ich aber auch nicht, dass durch die Abschaffung der Notengebung unser Schulsystem revolutioniert werden würde. Richtig ist freilich, dass das Selbstverständnis des Lehrberufes dahingehend aufgefasst werden muss, dass man Betreuer und Trainer ist, nicht Richter, wie es auch Vierlinger richtig ausführt. Die

²⁰⁸ vgl. **Blaschke**, Godwin: Die österreichische Schulreform zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Bildungspolitik in der Zweiten Republik (1945-1977). Wien, 1978. [Diss.] S 13.

²⁰⁹ **Kraus**, Josef: Ist die Bildung noch zu retten? – Eine Streitschrift. München, 2009. S. 44.

²¹⁰ vgl. **Berthold**, Martin: Bildungspolitik am Scheideweg: die Schule. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 13-38. Hier: S. 19.

²¹¹ **Höchtel**, Josef: Entwicklungstendenzen der Bildungspolitik im Spiegel empirischer Befunde. In: **Höchtel**, Josef; **Windhager**, Fritz (Hrsg.): Bildungspolitik für Österreich – Analysen – Kritik – Konzeptionen. Wien, 1983. S. 41-66. Hier: S. 63.

Schwierigkeit liegt jedoch vielmehr darin, dass der Lehrer das ganze Jahr trainiert und dann beim Schreiben des Zeugnisses „urteilt“. Umgemünzt auf den Bereich des Sports würde es etwa bedeuten, dass ein Coach mit seinem Schützling ständig trainiert und dessen Leistung fördert und gleichsam er dann, einzig und alleine, über den Erfolg am Ende des Jahres und damit über Auf- oder Abstieg in eine andere Liga entscheidet. Diese „Doppelköpfigkeit“ birgt naturgemäß Schwierigkeiten.

Wichtigstes Kriterium ist hier, dass die Beurteilung absolut objektiv erfolgt. Natürlich ist es der Lehrer, der am besten weiß, was im Unterricht gemacht und wie es von den Schülern dann umgesetzt wurde. Betrachtet man die Praxis, dann zeigt sich allerdings, dass es notwendig wäre, im Bereich der Lehrerbildung anzusetzen und hier bereits Maßstäbe und Ansatzpunkt zu geben, wie eine objektive Leistungsbeurteilung zu erfolgen hat. Derartige Hilfen fehlen auf den Pädagogischen Hochschulen wie auch an den Universitäten nahezu gänzlich. Hier müsste eine Reformbemühung ansetzen.

8.5.2. Die Einführung der „Modularen Oberstufe“

Ein weiterer Eckpunkt der Reformprojekte der Regierungskoalition 2008-2013 war die Einführung eines Kurs- bzw. Modulsystems in der Oberstufe, um die Klassenwiederholungen zu reduzieren. Auch das gehört natürlich in den Themenkreis Leistung und war in der Öffentlichkeit sehr heftig umstritten. Allerdings unter dem Aspekt: „Mit wie vielen Nicht Genügend sollte man eigentlich noch in die nächste Klasse aufsteigen können?“. Dies hat wohl auch mit der vom ÖAAB formulierten Position zu tun: „Wir treten für die Wiederholung von Klassen bei negativem Leistungsnachweis ein.“²¹²

Im SPÖ Bildungsprogramm aus dem Jahr 2004 wurde allgemein angepeilt, dass eine Wiederholung einer Klasse nicht mehr verpflichtend, sondern bloß freiwillig erfolgen

²¹² ÖAAB – Bildungsrepublik Österreich – Aufstieg durch Bildung – Gerechtigkeit und Leistung sind vereinbar. S. 91. Unter:
http://bildungsrepublik.at/Bildungsrepublik3/Bildungsrepublik_Osterreich_-_Das_Bildungsprogramm_des_OAAB_files/oeaab-bildungskonzept.pdf, Stand: 7.11.2011.

soll, wenn Lehrer und vor allem Eltern dies befürworten.²¹³ Die ÖVP sieht in ihrem Bildungsprogramm vor, dass eine Klassenwiederholung nur noch ultima ratio sein solle. Dies soll durch gezielte Förderung und die Einführung eines Kurssystems bewerkstelligt werden. Durch ein Modulsystem im Oberstufenbereich will man auf eine universitäre Ausbildung vorbereiten.²¹⁴ Auch hier sieht man, dass die ÖVP ihr Bildungskonzept erst nach dem Ausarbeiten des Koalitionspapiers erstellt hat, währenddessen die Positionen der SPÖ bereits einige Jahre zuvor formuliert wurden.

Zur selben Zeit als ich im Dezember 2011 meine Interviews mit den Bildungssprechern führte, wurde im Nationalrat die Einführung eines Modulsystems behandelt. Ich befragte beide, wie dieses Projekt in der Praxis umgesetzt werden solle. Beide erzählten sichtlich stolz von diesem gemeinsam umgesetzten Reformpunkt. Vier Punkte sollen durch die Einführung erreicht werden. Ersten soll dadurch die Zahl jener, die eine Klasse wiederholen müssen sinken, da sie nur noch das jeweilige Modul nachmachen müssen. Zweitens soll durch weniger Repetenten eine Kostenersparnis erfolgen, da Förderungen weniger lang in Anspruch genommen werden. Drittens soll dadurch die individuelle Förderung verbessert werden. Und viertens soll dadurch besser auf eine universitäre Ausbildung vorbereitet werden.

Da dieser Reformpunkt noch relativ neu ist, und in der medialen Darstellung, wie bereits erwähnt, fast ausschließlich unter der „wie viele Fünfer-Debatte?“ geführt wurde, möchte ich kurz skizzieren, welche Maßnahmen darin beinhaltet sein sollen. Aufgebaut sein soll hier ein Schuljahr jeweils in zwei Module. In jedem Fach ist das Modul positiv abzuschließen. Kann dies am Ende des Semesters nicht erreicht werden, so bekommt der Schüler am Beginn des nächsten Semesters eine zweite Chance. Schafft er es erneut nicht, so hat er noch die Möglichkeit bei einem dritten Antritt, den er bei einem Lehrer seiner Wahl machen kann, das Modul positiv zu absolvieren. Zusätzlich soll der Schüler auch einen Lernbegleiter bzw. „Lerncoach“ zur Seite gestellt bekommen, der ganz individuell mit ihm festsetzt, wie viel Stunden und

²¹³ vgl. Das Bildungsprogramm der SPÖ – Bildung – Grundlage unseres Lebens – Startklar für Österreich. S. 10. Unter: http://3dak.kaernten.spoe.at/media/PPM_3DAK_spoe/~M0/11.3dak.pdf, Stand: 20.09.2010.

²¹⁴ vgl. ÖVP - Perspektive Bildung. Vielfalt – Leistung – Sprache. S. 2. Unter: http://www.oevp.at/Common/Downloads/BildungswegNEU_Maerz2011_lange%20Version_Ansicht.pdf, Stand: 20.09.2011.

Maßnahmen notwendig sind, damit der Schüler das Modul positiv absolvieren wird. Schafft ein Schüler ein Modul nicht, muss er nicht das ganze Jahr wiederholen, sondern lediglich dieses eine Modul. Wichtig ist nur, dass er bis zur Reifeprüfung natürlich alle Module positiv absolviert haben muss. Im Extremfall kann man mit drei Fünfern noch weiter in die nächste Klasse aufsteigen, ansonst muss die Klasse wiederholt werden. Hier kann man sich allerdings in den bereits bestandenen Modulen nicht mehr verschlechtern, damit man sich voll auf sein „schwaches Modul“ konzentrieren kann.

Für mich stellte sich die Frage, wie die Einführung eines Lerncoaches finanziert werden soll, bzw. ob man eine Schätzung habe, welche Kosten dadurch anfallen werden. Unisono antworteten die Bildungssprecher, dass diese Maßnahme auf längere Sicht gesehen kostenneutral sein soll. Werner Amon nannte 11 Millionen Euro, die jetzt investiert werden müssen durch die Lernbetreuer und durch 35% mehr Wertseinheiten. Ab 2018 – so die Prognose – setzt eine Amortisierung ein, da bei Schulfreifahrt, Schulbüchern, Familienbeihilfen, etc. durch das Nichtwiederholen einer Klasse eingespart werden kann. (siehe Interview im Anhang)

Auf den ersten Blick sieht es wie ein kräftiger Reformschritt aus, der noch dazu relativ kostengünstig bzw. kostenneutral gemacht wurde. Die Regierungsparteien verweisen zwar auf Schulversuche, bei denen dieses Modell bereits erprobt wurde, doch bleibt abzuwarten, ob es in der Umsetzung auch tatsächlich dermaßen erfolgreich ist. Notwendig ist dazu nämlich zu allererst in jedem Unterrichtsfach ein neuer Lehrplan, der in Module zergliedert ist. Weiters ist zu befürchten, dass es dazu führen kann, dass am Ende des jeweiligen Semesters große Abschlussprüfungen in jedem Fach gemacht werden. Bedenklich ist ein Modulsystem auch in aufbauenden Fächern wie etwa Mathematik. Wer Modul I nicht positiv absolviert, wird auch in Modul II stark zu kämpfen haben. Muss der Schüler dann doch ein Jahr wiederholen, widmet er sich nur noch seinen negativen Modulen, da er sich in den bereits bestandenen Fächern nicht verschlechtern kann. Jeder weiß aber aus eigener Lebenserfahrung, wie schnell man etwas vergisst bzw. „verlernt“, wenn man es ein Jahr lang nicht anwendet.

Weiters ist darauf Bedacht zu nehmen, dass der Klassenverband durch zu viele unterschiedliche Module und Kurse nicht abgeschafft werden darf. „Besuchen Schüler

verschiedene und ständig wechselnde Lern- oder Niveaugruppen, dann geht dieser positive soziale Effekt verloren.“²¹⁵ In der aktuell geschaffenen Form ist dies noch nicht zu befürchten, bei stärkerem Ausbau des modularen Systems könnte es aber dazu kommen. Der Klassenverband ist auch insofern wichtig, als er für Lehrer die Möglichkeit bietet, auf Empfindlichkeiten innerhalb der Klasse einzugehen. Er schafft somit Nähe zwischen Schülern und Lehrer, die bei einer zu starken Modularisierung verloren gehen würde.²¹⁶ Natürlich kann dem entgegengehalten werden, dass es in einem System ohne Module zu Klassenwiederholungen kommt, und der Schüler so völlig aus dem Klassenverband herausgerissen wird. „Es gibt hier auch kein totales Ausgestoßenwerden aus der Lerngruppe, kein Ausgestoßenwerden aus der Schule und keine fast oder ganz unrevidierbaren Entscheidungen über die Schullaufbahn; wenigstens werden sie sehr weit hinausgeschoben und können sich so natürlicher ergeben.“²¹⁷ Dennoch sollte meiner Ansicht nach die Wichtigkeit und Beibehaltung des Klassenverbandes vor einer völligen Vermodularisierung stehen. In der derzeitigen Form scheint der Klassenverband als wichtiger Sozialisationspunkt für den Schüler gewahrt zu bleiben, und wird sogar gestärkt, da einem Sitzenbleiben entgegengewirkt wird. Wie sich das neue Modulsystem in der Oberstufe in der Praxis bewähren wird, bleibt allerdings abzuwarten, bevor eine seriöse Beurteilung abgegeben werden kann.

8.5.3. Die Schaffung einer einheitlichen Zentralmatura

Abschließen möchte ich in diesem Kapitel mit einem weiteren Reformprojekt, das als großer Wurf gefeiert wurde. Die Zentralmatura wurde bereits 2009 im Nationalrat beschlossen. Dadurch sollte eine einheitliche Reifeprüfung flächendeckend gewährleistet werden. Im Regierungsprogramm wurde vereinbart: „Eine standardisierte kompetenzorientierte Reifeprüfung mit zentralen und schulspezifischen Elementen unter Berücksichtigung schulautonomer pädagogischer Schwerpunkte ist beginnend mit der AHS für alle Schularten zu entwickeln.“²¹⁸ Vor allem von Seiten der

²¹⁵ **Guggenbühl**, Allan: Die PISA-Falle – Schulen sind keine Lernfabriken. Freiburg, 2002. S. 181.

²¹⁶ vgl. **Guggenbühl**, a.a.O., S. 182.

²¹⁷ **Reble**, Albert: Gesamtschule im Widerstreit. Stuttgart, 1981. S. 25.

²¹⁸ Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, S. 205. Unter:
<http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

SPÖ wurde diese Zentralisierung angestrebt. Da weder Länderinteressen noch primäre Interessen der Lehrgewerkschaft betroffen waren, konnte man sich mit der ÖVP, die ebenfalls die positiven Aspekte einer standardisierten Reifeprüfung erkannte, auf diesen Reformpunkt einigen.

Grundsätzlich ist die Einführung einer für alle gleichen Matura eine sehr zu begrüßende Maßnahme. Im Sinne von Gerechtigkeit und Vergleichbarkeit der Abschlüsse kann hier ein echter Schritt nach vorne gemacht werden. Abschlüsse müssen eine Wertigkeit haben, und müssen eine gewisse Qualität widerspiegeln. Somit ist eine Zentralmatura durchaus förderlich. Problematisch allerdings ist die Tatsache, dass in jedem Klassenzimmer unterschiedlich unterrichtet wird und auch unterschiedliche Themengebiete behandelt werden. Hier anzusetzen bedarf viel Aufwand. Es muss ganz klare Lehrziele und Vorgaben geben, damit die Schüler bestmöglich und gleichwertig auf die Prüfung vorbereitet werden. Dies kann aber auch nicht einfach von oben herab umgesetzt werden, da ansonsten die Lehrer und Schüler quasi überrumpelt werden von der Reform. Vielmehr ist es Voraussetzung, vor allem den Lehrern, zumindest das Gefühl zu vermitteln – ob dieses Empfinden dann der Realität entspricht oder nicht, ist dann bloß sekundär –, dass eine Reform nicht von oben oktroyiert wurde, sondern von innen heraus entstand.

Bei der Umsetzung des Reformpunktes Zentralmatura kann allerdings nicht der Eindruck erweckt werden, dass die Umsetzung wohl überlegt und so wenig wie möglich von oben herab erlassen wurde. Vielmehr hagelt es heftige Kritik von Seiten der Lehrerschaft, Eltern und Schüler. Besonders die Schüler fühlen sich wie Versuchskaninchen. So sagte etwa Conny Kolmann, seit Oktober 2011 amtierende Bundesschulsprecherin von der Schülerunion in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Presse“, vom 28.11.2011: „Die Zentralmatura ist grundsätzlich eine gute Idee. Die Umsetzung ist allerdings sehr fragwürdig, besonders in Mathematik. Es fehlen ein konkreter Lehrplan und eine gesetzliche Verordnung als Grundlage. Die Schüler wissen nicht, was auf sie zukommt. Es braucht dringend Informationen. Sonst bleibt die Angst, dass man sich mit einem schlechten Abschneiden bei der Matura den Lebensweg verbaut.“²¹⁹

²¹⁹ Die Presse, 28.11.2011, S. 20.

Ebenfalls in einem Interview mit der Presse meinte die Unterrichtsministerin Claudia Schmied: „Wir werden in den nächsten Wochen mit einer intensiven Informationsserie starten. Veränderung erzeugt immer Unsicherheit – das können wir nur durch Information beheben. Wir müssen Schüler und Lehrer direkt ansprechen.“²²⁰ Von diesen Maßnahmen, die zur Information ergriffen werden sollen, merkte man in den Schulen allerdings recht wenig.

Es wurde oftmals die Verschiebung der für 2014 geplanten Einführung der Zentralmatura gefordert. Vor allem in Mathematik und Deutsch sei die Vorbereitung unzureichend, es fehle an Unterlagen und Lehrbehelfe. Als praktisches Beispiel sei hier die Mathematik Matura angeführt, bei der Schüler nur bei einem bestimmten Teil den Taschenrechner verwenden dürfen sollen. Bei allen vorangegangenen Schularbeiten, ist es aber rechtlich verpflichtend vorgesehen, dass Schüler einen Taschenrechner verwenden dürfen.

Ebenso sind die verlangten Kompetenzen nicht gesetzlich verankert. Das Ministerium kündigte für Anfang 2012 eine entsprechende Verordnung an. Man wolle unter allen Umständen beim Fahrplan der Zentralmatura bleiben und diese ab 2014 für alle AHS und ab 2015 für alle BHS einführen. Die erwähnte Verordnung befindet sich derzeit gerade in Begutachtung, die Frist dafür läuft bis 6. März 2012.

Es bleibt in diesem Reformpunkt abzuwarten, welche Resonanz er vor allem von Seiten der Lehrer erhält. Kann man diverse kritische Stimmen, die bedingt durch Probleme bei der Einführung entstanden sind, noch abfangen bzw. ins Gegenteil umwandeln, so wird in diesem Bereich wahrlich ein schulpolitischer Erfolg eingefahren. Das Ergebnis wird man allerdings erst in ein paar Jahren kennen und daher auch erst dann seriös über Erfolg bzw. Misserfolg dieser Maßnahme urteilen können.

²²⁰ Die Presse, 5.11.2011, S. 4.

8.5.4. Von der Neuen Mittelschule zur Gesamtschule?

Das medial wohl am meisten diskutierte Thema in punkto Schulpolitik ist die Gretchenfrage der Einführung einer Gesamtschule. Diese Diskussion zieht sich bereits seit Jahrzehnten hindurch und blockiert zahlreiche Schulreformen. In der aktuellen Debatte scheint dieser Punkt oftmals als zentraler Streitpunkt, der zahlreiche andere Reformprojekte blockiert. Umso mehr bedarf es einer genauen Auseinandersetzung mit dem Thema Gesamtschule, sowie jenem Bereich, der bereits umgesetzt ist, nämlich der Einführung der Neuen Mittelschule.

Eine Einigung der beiden Großparteien zum Thema Gesamtschule ist in weiter Ferne. Die SPÖ pocht genauso vehement auf die Einführung einer Gesamtschule, wie die ÖVP mit gleicher und beharrlicher Intensität dagegen auftritt und eine Beibehaltung der Unterstufenform des Gymnasiums einmahnt. Schon im Grundsatzprogramm der SPÖ ist die Forderung nach einer gemeinsamen Schule der 6-14-jährigen festgeschrieben.²²¹ „Die SPÖ forderte schon während der Kreisky-Alleinregierung diesen tiefen Schnitt in den organisatorischen Rahmen für den Unterricht der 10- bis 14-Jährigen.“²²²

Die ÖVP aber unterstreicht in ihrem Programm, dass „eine möglichst freie Schulwahl für alle Kinder“ gewährleistet werden müsse.²²³ Josef Kraus erkannte dazu sehr kritisch: „Im Grundsatz geht es hier um unterschiedliche Menschenbilder. Das eine Menschenbild traut dem Individuum zu, sein Leben in Freiheit und Eigenverantwortung zu meistern. Ein anderes Menschenbild kollektiviert Verantwortung, es glaubt nicht an die Vernunftfähigkeit des Individuums und möchte die Menschen leiten wie eine Herde von dummen Schafen.“²²⁴ Anders sah es Günter Scharfenberg, der den Unterschied in den Betrachtungen vor allem darin sah, dass konservative Schulpolitiker im Bereich der Hauptschulen und AHS-Unterstufen bereits eine Selektionsfunktion erachten, wohingegen sozialistische Schulpolitiker es eher als

²²¹ vgl. SPÖ – Das Grundsatzprogramm, S. 23. Unter:

http://spoe.at/bilder/d251/spoe_partei_programm.pdf. Stand: 12.09.2011.

²²² Haider, Hans: Elisabeth Gehrler: Reportage eines politischen Lebens. Wien, 2008. S. 45.

²²³ vgl. Grundsatzprogramm – Beschlossen am 30. ordentlichen Parteitag der Österreichischen Volkspartei am 22. April 1995 in Wien. S. 23. Unter: <http://www.oevp.at/download/000298.pdf>, Stand 20.09.2010.

²²⁴ Kraus, Josef: Ist die Bildung noch zu retten? – Eine Streitschrift. München, 2009. S. 26.

Beobachtungs- und Förderungsstufe im Schulsystem ansehen.²²⁵

In der Literatur findet man bereits in den frühen 1970er Jahren zahlreiche Werke, die sich mit dem Konflikt rund um die Einführung einer Gesamtschule auseinandergesetzt haben. Damals wie heute war eine Lösung des Problems nicht in Sicht. Vielmehr einigte man sich mit der 7. Schulunterrichtsorganisationsgesetz-Novelle im Jahre 1982 darauf, dass Hauptschule und AHS-Unterstufe einen identen Lehrplan haben sollen.²²⁶

Im Regierungsübereinkommen 2008-2013 ist von einer Gesamtschule natürlich nicht explizit die Rede, hätte doch die Volkspartei hierzu nie ihre Zustimmung erteilt. Im genauen Wortlaut heißt es dort: „Die Modelle auf der Sekundarstufe I (Neue Mittelschule) werden mit dem Ziel der Erhöhung der horizontalen und vertikalen Durchlässigkeit weiter entwickelt. Das Netzwerk innovativer Schulen wird weiter ausgebaut. Zusätzlich ist die qualitative Weiterentwicklung der Hauptschulen und der AHS-Unterstufe sicherzustellen.“²²⁷ Die Neue Mittelschule wurde mittlerweile eingeführt, die angeführte „Weiterentwicklung der AHS-Unterstufe“ zeigt allerdings bereits, dass man in dieser Legislaturperiode eine Abschaffung des dualen Schulsystems nicht vornehmen wird. Dennoch wird vielfach der Eindruck vermittelt, dass im Bereich der Schulpolitik nötige Reformen erst dann in Angriff genommen werden können, wenn die Gretchenfrage nach Gesamtschule oder eben nicht Gesamtschule beantwortet ist. Dabei spielt auch die PISA-Testung eine Rolle, da mit Finnland ein Gesamtschulland an erster Stelle rangiert. Verschwiegen wird in der Diskussion allerdings, dass mit Brasilien und Mexiko auch zwei Länder mit Gesamtschule am Ende des Ranking liegen.²²⁸

Bevor ich auf das Modell der Neuen Mittelschule näher eingehe, möchte ich daher die Argumentationslinien pro und contra Gesamtschule etwas genauer erläutern. Dies auch deshalb, weil SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer meine Frage, ob er denn die Neue Mittelschule als Zwischenschritt zu einer verpflichtenden gemeinsamen Schule

²²⁵ vgl. **Scharfenberg**, Günter: Bildungspolitik im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfte. Berlin, 1970. S. 89f.

²²⁶ vgl. **Haider**, Hans: Elisabeth Gehrler: Reportage eines politischen Lebens. Wien, 2008. S. 45.

²²⁷ Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, S. 206. Unter:
<http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

²²⁸ vgl. **Kraus**, Josef: Ist die Bildung noch zu retten? – Eine Streitschrift. München, 2009. S. 52.

ansehe, mit einem ausdrücklichen Ja beantwortete. (siehe Interview im Anhang)

Zuerst möchte ich Gesamtschule in Bezug auf Gerechtigkeit, Individualität und Gleichheit einer Analyse unterziehen. Anschließend werde ich mich dem Problem der Hauptschule als Restschule widmen und der Privatschulproblematik, die sich möglicherweise stellen könnte, ebenso die Frage der Finanzierung, die ich mit SPÖ-Mandatar Mayer im Interview besprochen habe, diskutieren.

8.5.5. Die Gesamtschule als gerechtere Schule?

Schon 1968 erörterte Hans Peter Widmaier in seinem Buch „Zur Strategie der Bildungspolitik“, dass dem gesamten Bildungssystem eine immanente gesellschaftliche Verteilungsfunktion zukomme. Immer stärker war die Verteilung von Bildungschancen auch Verteilung von Lebenschancen.²²⁹ Dies unterstreicht auch eine Studie von Adolf Kozlik. Demnach waren im Winter-Semester 1959/1960 83% der männlichen Studierenden an österreichischen Hochschulen Söhne von Freiberuflern, nur 1% kam aus Arbeiterfamilien.²³⁰ In die selbe Kerbe schlägt auch Bundesministerin Claudia Schmied, wenn sie schreibt: „Solange 87% der Kinder von Eltern mit Hochschulabschluss im Alter von 17 Jahren eine AHS-Oberstufe oder eine BHS besuchen, allerdings nur 16% der Kinder von Eltern mit Pflichtschulabschluss, ist Bildung in Österreich nach wie vor sehr stark vom Bildungsniveau der Eltern abhängig.“²³¹

Das Schlagwort in der Diskussion war somit die „Chancengleichheit“. Auch Albert Reble verweist darauf, dass in der Argumentation die Chancengleichheit als wesentlicher Faktor für die Einführung einer Gesamtschule angeführt wurde und dagegen Sozialintegration und andere Aspekte in den Hintergrund traten. „Die Gesamtschule konnte, ja mußte nun als die sozial gerechtere, chancenreichere,

²²⁹ vgl. **Widmaier**, Hans Peter (u.a.): Zur Strategie der Bildungspolitik. Bern, 1968. S. 3.

²³⁰ vgl. **Scharfenberg**, Günter: Bildungspolitik im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfte. Berlin, 1970. S. 13.

²³¹ **Schmied**, Claudia: Bildungsreform für Österreich – Zu den Anliegen und Sichtweisen einer zukunftsorientierten Bildungspolitik. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 13-26. Hier: S. 14.

humanere Schule erscheinen.“²³² Auch Scharfenberg begriff diese soziale Interaktion als wesentliches Element der Demokratisierung. Kinder verschiedener sozialen Gruppen sollten miteinander unterrichtet werden, um soziale Hürden zu überwinden. Parallelverlaufende Schulstrukturen würden diese Sozialerfahrung allerdings verhindern.²³³

Ganz allgemein darf Chancengleichheit aber nicht bedeuten, dass jedem Schüler auch das Gleiche geboten werden müsse. Vielmehr heißt es, dass jedem Kind seine individuelle Chance geboten wird. Die Abschaffung der Leistungsgruppen durch die Einführung der Neuen Mittelschule war insofern ein richtiger Schritt. Waren Leistungsgruppen in der Hauptschule als Differenzierung für eine bessere Förderung gedacht, entwickelten sie sich sehr bald zu Sackgassen für die Betroffenen. Bezeichnend ist das Beispiel, das Andreas Salcher in seinem Buch anführt: „Wissen Sie, welche Zustände in der dritten Leistungsgruppe herrschen, was die Sprache betrifft? Meine Schüler scheitern an Büchern, die extra für die dritte Leistungsgruppe konzipiert wurden. Diese Kinder sind einfach für jegliche Bildung verloren. Und zwar für immer“, klagt Peter Apel von der Hauptschule Pernitz in Niederösterreich.“²³⁴

Insofern konnte man hier einer Chancengleichheit nicht mehr gerecht werden. Chancengleichheit heißt für mich daher, dass jedem Schüler seine Chance geboten wird.²³⁵ Daraus eine absolute Gleichbehandlung aller zu schließen wäre allerdings falsch. Man kann nicht jedem den gleichen Weg aufzwingen. Auch Martin Berthold kommt zum Ergebnis, dass Chancengleichheit daher ein differenziertes und gegliedertes Schulwesen zur Konsequenz hat, indem man alternative Schullaufbahnen einschlagen kann und nicht eine egalitäre Einheitsschule zu besuchen hat.²³⁶ Auch Salcher stellt fest: „Die gleiche Behandlung Ungleichartiger ist daher die größte Benachteiligung. Jedes Kind hat das Recht auf maximale Förderung

²³² **Reble**, Albert: Gesamtschule im Widerstreit. Stuttgart, 1981. S. 25.

²³³ vgl. **Scharfenberg**, Günter: Bildungspolitik im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfte. Berlin, 1970. S. 265.

²³⁴ **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 57.

²³⁵ vgl. **Berthold**, Martin: Bildungspolitik am Scheideweg: die Schule. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 13-38. Hier: S. 19.

²³⁶ vgl. **Berthold**, a.a.O., S. 20.

seines Begabungspotenzials.“²³⁷

8.5.6. Individualität und Schullaufbahnentscheidungen

Vor rund 40 Jahren ging Hans Maier davon aus, dass sich ein Einheitsschulsystem, wie man es bereits in Schweden oder teilweise in Großbritannien kannte, gegenüber differenzierten und spezialisierten Formen der modernen Industriegesellschaft nicht behaupten wird können.²³⁸ Es wird dabei auf die ganz unterschiedlichen Anforderungen einer modernen Gesellschaft abgestellt, die es auch im Schulwesen zu berücksichtigen gilt.

Schlussfolgernd daraus ist es notwendig, individuelle Schullaufbahnen zu ermöglichen, die jedoch ergänzt sind von fließenden Übergangsmöglichkeiten.²³⁹ Auch Markus Hengstschläger schreibt in seinem jüngsten Werk mit dem Titel „Die Durchschnittsfalle“: „Die Erhaltung von höchstmöglicher Individualität ist die einzige Antwort auf Fragen der Zukunft, die wir heute nicht kennen und von denen wir nicht wissen, wann sie auf uns zukommen. Der Durchschnitt ist die größte Gefahr für eine erfolgreiche Zukunft.“²⁴⁰ Um dies zu vermeiden, bedarf es unterschiedlicher individuell wählbaren Möglichkeiten. Verfechter einer Gesamtschule – dazu zählt auch die Bildungsministerin Schmied – führen als besonders negatives Element des dualen Schulsystems an, dass eine Bildungsentscheidung mit 14 Jahren besser sei als eine mit neuneinhalb Jahren.²⁴¹ Dem kann allerdings entgegengehalten werden, dass ca. 60% der künftigen Hauptschüler und Gymnasiasten noch früher, nämlich schon zwei Jahre vor Übertritt feststehen.²⁴² Eine ganz wesentliche Rolle spielt hier natürlich der

²³⁷ **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 59.

²³⁸ vgl. **Maier**, Hans: Bildungspolitik für morgen – Perspektiven und Konsequenzen. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 185-197. Hier: S. 186.

²³⁹ vgl. **Berthold**, Martin: Bildungspolitik am Scheideweg: die Schule. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 13-38. Hier: S. 19.

²⁴⁰ **Hengstschläger**, Markus: Die Durchschnittsfalle – Gene- Talente – Chancen. Salzburg, 2012. S. 176.

²⁴¹ vgl. **Schmied**, Claudia: Bildungsreform für Österreich – Zu den Anliegen und Sichtweisen einer zukunftsorientierten Bildungspolitik. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 13-26. Hier: S. 17.

²⁴² vgl. **Ditton**, Hartmut; **Krüsken**, Jan: Bildungslaufbahnen im differenzierten Schulsystem – Entwicklungsverläufe von Laufbahneempfehlungen und Bildungsaspirationen in der Grundschulzeit. In: **Trautwein**, Ulrich; u.a. (Hrsg.): Bildungsentscheidungen. Berlin, 2009. S. 74-

Lehrer. „Bei der Schulanmeldung hält sich die überwiegende Mehrheit der Eltern an die Empfehlung der Lehrkraft (82%).“²⁴³ Zu bedenken sei an dieser Stelle auch, dass in der 4. Klasse der Volksschule Bildungsstandards abgetestet werden von den Schülern, die Ergebnisse allerdings erst frühestens im jeweils nächsten Herbst vorliegen. Viel sinnvoller wäre es, diese Testung früher durchzuführen, damit sie als Entscheidungshilfe für Eltern und Schüler herangezogen werden kann. Diese Chance wurde bei Einführung der Bildungsstandards jedoch übersehen. Ein Indiz dafür, dass viele Reformprojekte der Regierung nicht aufeinander abgestimmt sind und daher oftmals nur Stückwerk darstellen.

Zentrales Anliegen in einem dualen Schulsystem ist es, dass Übergänge fließend erfolgen können und getroffene Schullaufbahnentscheidungen korrigierbar sind.²⁴⁴ Dies unterstrichen auch die beiden Bildungssprecher im Interview. Zur Verbesserung der Übergangsmöglichkeiten kam es allerdings in der bisherigen Regierungsperiode dennoch noch nicht.

Insgesamt kommt Berthold zu einem Ergebnis, das ich nur teilen kann: „Christlich-demokratische Politiker brauchen die Auseinandersetzung mit dem so viel gebrauchten und inzwischen reichlich abgegriffenen Begriff der Gesamtschule nicht zu fürchten. Wenn wir ihn erst jetzt in die Diskussion einführen, dann nur, weil nach unseren Vorstellungen ein in Stufen gegliedertes und differenziertes Schulwesen besser das erreicht, was viele mit dem Konzept der als „Schule von morgen“ angepriesenen sogenannten integrierten Gesamtschule erreichen wollen: die bestmögliche Entfaltung und Förderung eines jeden Kindes.“²⁴⁵ Auch heute schreibt Salcher eine ähnliche Conclusio: „Das Schulsystem wird sich weiter differenzieren, weil es nur so den individuellen Anforderungen der Schüler gerecht werden kann und weil immer mehr Eltern zu Recht eine möglichst große Wahlmöglichkeit fordern

102. Hier: S. 98.

²⁴³ **Ditton**, Hartmut; **Krüsken**, Jan: Bildungslaufbahnen im differenzierten Schulsystem – Entwicklungsverläufe von Laufbahneempfehlungen und Bildungsaspirationen in der Grundschulzeit. In: **Trautwein**, Ulrich; u.a. (Hrsg.): Bildungsentscheidungen. Berlin, 2009. S. 74-102. Hier: S. 98.

²⁴⁴ vgl. **Berthold**, Martin: Bildungspolitik am Scheideweg: die Schule. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 13-38. Hier: S. 20.

²⁴⁵ **Berthold**, a.a.O., S. 27f.

werden.“²⁴⁶

In Bezug auf die bestmögliche Vorbereitung auf individuell unterschiedliche Anforderungen einer modernen Gesellschaft und einer gewissen Eigenverantwortung, die jedem eigen ist, ist daher einem differenzierten Schulwesen diesbezüglich der Vorrang zu gewähren. Entscheidend ist allerdings, dass auch jedem, egal welcher Herkunft und familiären Hintergrund die Chance geboten wird, die ihm am besten entsprechende Bildungsentscheidung einzuschlagen. Anforderung an den Staat ist es, ein funktionierendes Schul- und Bildungswesen anzubieten. Die Eigenverantwortung des Einzelnen und dessen Individualität dürfen dadurch jedoch nicht ausgeblendet werden. Diesem Aspekt ist Vorrang zu gewähren vor einer völligen Gleichheit aller, weil auch unsere heutige Gesellschaft in zunehmendem Maße eine individualisierte und differenzierte ist.

8.5.7. Gesamtschulen, Restschulen und Privatschulen

Ein weiteres Argument in der Diskussion um die Einführung einer Gesamtschule ist die Aussage, dass österreichische Hauptschulen immer mehr zu bloßen „Restschulen“ verkommen. Der Klagenfurter Universitätsprofessor Hans Pechar, der sich auf Chancengleichheit im Bildungssystem spezialisiert hat, sieht in der Hauptschule heutzutage eine Aufbewahrungsstätte für die „Kellerkinder der Bildungsexpansion“. Die Hauptschule habe sich seiner Meinung nach in eine homogene Restschule verwandelt, in der die Kinder der unteren Schicht unter sich bleiben.²⁴⁷

Diese Problematik und einen passenden Lösungsansatz bietet einmal mehr Martin Berthold, und das bereits vor 40 Jahren: „Die Hauptschule muß davor geschützt werden, auszubluten und Restschule zu sein. Dies gelingt dann, wenn ihrem Ausbau durch differenzierten Unterricht und die Verbesserung ihrer Möglichkeiten – auch vom Angebot einer schwerpunktmäßigen Orientierung auf die spätere berufliche Ausbildung und dem Eintritt in das Arbeits- und Wirtschaftsleben her – in den nächsten

²⁴⁶ **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 192f.

²⁴⁷ vgl. **Pechar**, Hans: Die ständische Versäulung des österreichischen Bildungssystems. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 27-38. Hier: S. 34.

Jahren besonderer Vorrang eingeräumt wird.“²⁴⁸ Eines übersieht Pechar meines Erachtens nämlich. Die Hauptschule ist lediglich in einzelnen Gebieten zu einer „Restschule“ geworden. In Ballungsräumen, wo die Migrationsproblematik eine größere ist, ist diese Tendenz weit stärker gegeben, als in ländlichen Hauptschulen. Dies hat auch der ÖAAB in seinem Bildungskonzept erkannt.²⁴⁹ Auch Bodenhöfer hält fest: „Abhängig von der Erreichbarkeit von Standorten der Langform der AHS bildet sich damit eine regionale Spaltung des Schulsystems heraus, die zur Benachteiligung der Kinder im ländlichen Raum führt, während im städtischen Bereich die Hauptschule zur „Restschule“ abzusinken droht und sich die AHS als „heimliche Gesamtschule“ etabliert.“²⁵⁰ Daher ist ein schulautonomes Vorgehen in diesem Bereich mit Sicherheit angebrachter. Der Grund warum Eltern in Ballungsräumen ihre Kinder lieber in Gymnasien schicken liegt einzig und allein daran, dass sie darin eine bessere Förderung der Talente ihrer Kinder sehen. Wer will schon sein Kind in einer Klasse wissen, in der die Hälfte nicht oder nur unzureichend Deutsch spricht. Durch eine stärkere spezifische Ausbildung würden sich aber Hauptschulen spezialisieren und für viele Kinder interessanter werden, die heutzutage in Ballungsräumen noch in Gymnasien geschickt werden. Dadurch würde es wiederum zu einer stärkeren Durchmischung der gesellschaftlichen Schichten kommen.

Im Interview habe ich den glühenden Verfechter der Gesamtschule NR Mayer gefragt, ob er nicht fürchte, dass durch die Einführung eines solchen Schultyps eine wahrer Boom an Privatschulen entstehen könnte, wie es zum Teil in Großbritannien oder den USA bereits der Fall ist. Er verneinte meine Befürchtungen, ganz im Gegenteil sieht er darin die Möglichkeit für „High-Potentials“ sich soziale Kompetenzen anzueignen, die sie in Eliteschulen nicht erhalten würden. (siehe Interview im Anhang) Aus Sicht der SPÖ ist solch ein Szenario wohl wünschenswert, nachvollziehbar ist es allerdings meines Erachtens nicht hundertprozentig. Auch Josef Kraus meint in seiner

²⁴⁸ **Berthold**, Martin: Bildungspolitik am Scheideweg: die Schule. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 13-38. Hier: S. 24.

²⁴⁹ vgl. ÖAAB – Bildungsrepublik Österreich – Aufstieg durch Bildung – Gerechtigkeit und Leistung sind vereinbar. S. 23. Unter: http://bildungsrepublik.at/Bildungsrepublik3/Bildungsrepublik_Osterreich_-_Das_Bildungsprogramm_des_OAAB_files/oeaab-bildungskonzept.pdf, Stand: 7.11.2011.

²⁵⁰ **Bodenhöfer**, Hans-Joachim: Bildungspolitik. In: Dachs/Gerlich/Gottweis/Kramer/Lauber/Müller/Tálos (Hrsg.): Politik in Österreich – Das Handbuch. Wien, 2006. S. 652-662. Hier: S. 655.

Streitschrift zum Thema „Ist die Bildung noch zu retten?“: „Am ausgeprägtesten ist die soziale Selektivität des Bildungswesens ansonsten in Ländern mit öffentlichem Einheitsschulsystem und kostspieligen Privatschulen. Am Ende geben Eltern in England, Frankreich, Japan und in den USA ihre Kinder auf eine Privatschule, sofern sie sich die zehn- bis dreißigtausend Euro Schulgeld pro Kind und Jahr leisten können.“²⁵¹ Daher kann man diese Befürchtung meiner Meinung nach nicht so lapidar vom Tisch wischen, wie es NR Mayer tut.

8.5.8. Ein Zwischenresümee zu den Gesamtschulbestrebungen

Die Gesamtschuldiskussion ist auch heute noch emotionalisiert und ideologisiert. Eine rein sachliche Auseinandersetzung mit der Thematik findet zu wenig statt.²⁵² In diesem Bereich bestätigt sich also meine dritte aufgestellte Hypothese.

Unzählige Argumente für und gegen die Einführung werden ins Rennen geschickt. Man verweist etwa auf die PISA-Siegerländer, die allesamt Gesamtschulländer sind. Entgegnet dem aber, dass auch die letztplatzierten Länder Gesamtschulen führen. Man verweist auf Deutschland wo es sowohl differenziertes als auch ein Gesamtschulsystem gibt und erkennt, dass bei den PISA-Tests, weder die eine noch die andere Form besser abschneidet. Eine der besten deutschen Schulen im Test ist eine Gesamtschule, am besten insgesamt in fast allen Kategorien schneidet aber das Bundesland Bayern ab, das ein differenziertes System besitzt. Die frühe Trennung der Kinder in Hauptschüler und Gymnasiasten ist nahezu weltweit einzigartig in Österreich. Dort wo es aber Gesamtschulen gibt, florieren Privatschulen und es entsteht dadurch eine Zweiklassengesellschaft, die Kinder von Eltern die es sich leisten können, besonders begünstigt.²⁵³ Studien ergeben, dass Schüler in Österreich weit glücklicher sind, als im Gesamtschulland Finnland, das in einer WHO-Studie im Jahr 2004 beim europäischen Vergleich des „Feel-good-Factors“ an der letzten Stelle landete.²⁵⁴ Die Argumentation pro und contra Gesamtschule ließe sich noch beliebig

²⁵¹ **Kraus**, Josef: Ist die Bildung noch zu retten? – Eine Streitschrift. München, 2009. S. 41.

²⁵² vgl. **Berthold**, Martin: Bildungspolitik am Scheideweg: die Schule. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 13-38. Hier: S. 28.

²⁵³ vgl. **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 188.

²⁵⁴ vgl. **Haider**, Hans: Elisabeth Gehrler: Reportage eines politischen Lebens. Wien, 2008. S. 56

fortsetzen. Die OECD kam im Dezember 2007 zum Schluss, dass weder ein gegliedertes noch ein einheitliches Schulsystem im Schnitt schlechter abschneidet.²⁵⁵

Die Positionen der Parteien dazu sind im Wesentlichen einzementiert. Andreas Salcher führt dazu aus: Die SPÖ ist ihrer Ideologie entsprechend für eine Gesamtschule. Chancengleichheit der Kinder aus Arbeiterfamilien ist ihr wichtiger, als das Recht auf maximale und individuelle Förderung. Die ÖVP ist ideologisch gegen eine Gesamtschule und die Förderung begabter Kinder für sie vor das Gesamtniveau eines Jahrgangs zu stellen. Die Sorge um die Wahlfreiheit der Eltern, sieht Salcher als bloßen Vorwand, um die Standesinteressen der AHS-Lehrer, die eng mit der ÖVP verbunden sind, zu bewahren.²⁵⁶

Ganz offen gibt die SPÖ an, dass die Intentionen Richtung Gesamtschule laufen. Auch im SPÖ-Grundsatzprogramm steht daher: „Wir treten für ein durchlässiges Bildungssystem vom Kindergarten über eine gemeinsame Schule der 6-14-jährigen bis zu vielfältigen weiterführenden Angeboten ein.“²⁵⁷ SPÖ-Bildungssprecher Mayer gab im Interview an, dass die Neue Mittelschule Zwischenschritt zu einer Gesamtschule sein müsse (siehe Interview im Anhang) und auch die Bundesministerin schreibt dazu: „Mein Ziel ist es, dass aus den Modellversuchen der Neuen Mittelschule österreichweit eine gemeinsame Schule in bester Qualität für alle wird.“²⁵⁸ Dies erhöht natürlich die Skepsis beim Koalitionspartner. Diese ideologische Hürde kann nicht genommen werden und blockiert daher auch zahlreiche andere Reformpunkte im Bereich des Schulwesens ganz erheblich. Jede Maßnahme wird wechselseitig daraufhin „untersucht“ ob nicht versteckt ein Schritt weiter zur Gesamtschule bzw. weg davon gemacht wird. Ganz egal ob dies in der Beurteilungsform, der Lehrerausbildung, im Dienst- und Besoldungsrecht oder sonst wo ist. Auch Salcher stellt dies fest: „Beide Parteien bekämpfen sich mutig und begeistert an der Nebenfront Gesamtschule und sind daher zu beschäftigt und auch ein bisschen zu feige, sich den wirklich entscheidenden Fragen des österreichischen

²⁵⁵ vgl. **Haider**, Hans: Elisabeth Gehrler: Reportage eines politischen Lebens. Wien, 2008. S. 63f.

²⁵⁶ **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 189f.

²⁵⁷ SPÖ – Das Grundsatzprogramm, S. 23. Unter: http://spoe.at/bilder/d251/spoe_partei_programm.pdf. Stand: 12.09.2011.

²⁵⁸ **Schmied**, Claudia: Bildungsreform für Österreich – Zu den Anliegen und Sichtweisen einer zukunftsorientierten Bildungspolitik. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 13-26. Hier: S. 18.

Schulsystems zu stellen.“²⁵⁹

Nebenbei möchte ich auch noch ein rein praktisches Problem aufwerfen, das sich meines Erachtens stellen würde bei der Einführung einer Gesamtschule. Die Schulgebäude im Pflichtschulbereich befinden sich derzeit im Eigentum der Gemeinden. Würde man eine Gesamtschule flächendeckend einführen, für die der Bund verantwortlich ist, müssten zuerst die Schulgebäude von den Gemeinden abgekauft werden. NR Mayer sieht diese Problematik keinesfalls, die Gemeinden werden seiner Meinung nach die Schulgebäude gerne abtreten. (siehe Interview im Anhang) Ich persönlich meine aber, dass dies noch zu einem Trumpf der ÖVP werden kann, indem ÖVP-Gemeinden den Gesamtschulplan quasi boykottieren, weil sie zu hohe Ablöseforderungen für die Schulgebäude fordern, sodass eine Umsetzung nicht mehr leistbar ist. Von Seiten der SPÖ wird so getan, als ob dies problemlos über den Tisch gehen würde, dennoch ist es vielmehr so, dass es eine Frage des Preises ist, wenn jemand das Haus eines anderen abkaufen möchte. Selbst wenn es also in einer späteren Legislaturperiode, in der die ÖVP der Regierung nicht angehört, zu einer Mehrheit im Nationalrat für eine Gesamtschule kommen sollte, wäre somit meiner Meinung nach das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Betrachtet man die gesamte Diskussion objektiv, so sind die Argumente der beiden Regierungsparteien wohl ziemlich gleichwertig. Es sollte allerdings der Grundsatz gelten, dass Neues bisher Bewährtes übertreffen müsse. Dies muss bei jeder Reform berücksichtigt werden. Es bedarf daher endlich einmal aussagekräftiger Erkenntnisse aus langjährigen Schulversuchen, bevor man darüber entscheiden kann, welches System das bessere ist. Sollte sich dabei erweisen, dass der Bildungserfolg in Gesamtschulen jenem im gegliederten Schulwesen überwiegt, sollte eine Veränderung vorgenommen werden.²⁶⁰ Diese bereits Jahrzehnte zurückliegende Forderung wurde jedoch bis heute zu wenig erfüllt. Auch Laura Rudas kommt in ihrer Diplomarbeit aus zum Ergebnis: „Bezüglich der Wahrscheinlichkeit einer Einführung eines Gesamtschulsystems in Österreich lässt sich aus den Interviewergebnissen nur

²⁵⁹ **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 190.

²⁶⁰ vgl. **Berthold**, Martin: Bildungspolitik am Scheideweg: die Schule. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 13-38. Hier: S. 29.

mäßiger Optimismus ableiten.“²⁶¹ In jedem Fall muss man aber davor gewarnt sein, eine Gesamtschulreform gegen den Willen der Lehrerschaft durchzuführen. Die Lehrer sind es, die eine Reform umsetzen müssen und daher ist der Erfolg jeder Reformmaßnahme auch stark von ihrer Einstellung dazu abhängig. Eine Reform die gegen den Willen gleichsam von oben herab über die Lehrerschaft gestülpt wird, wird zum Scheitern verurteilt sein.²⁶² Dies gilt natürlich auch in gleichem Maße für die Einführung der Neuen Mittelschule.

8.5.9. Die neue Mittelschule als „Gesamtschulkompromiss“

Da man sich auf eine Einführung der Gesamtschule nicht einigen konnte, jedoch erkannte, dass Hauptschulen aufgewertet werden müssen, um modernen Anforderungen zu genügen, verständigten sich die Regierungsparteien auf die „Neue Mittelschule“ (NMS). Dies war erstmals seit rund 50 Jahren ein neuer Schultyp, der flächendeckend ins Regelschulwesen übernommen wird. Im Bildungskonzept der SPÖ aus dem Jahr 2004 war dieser „Zwischenschritt“ natürlich noch nicht beinhaltet. Die ÖVP stellt in ihrem Bildungsprogramm aus dem Jahr 2011 allerdings klar fest: „Die Mittelschule kommt, das Gymnasium bleibt.“²⁶³ Auch der ÖAAB schreibt dazu: „Wir sagen grundsätzlich „Ja“ zum Schulversuch „Neue Mittelschule“. Klar muss aber auch sein, dass ein Schulversuch der Erprobung dienen soll und auf keinen Fall die Türe öffnen darf, das Denkmodell Gesamtschule flächendeckend und schleichend einzuführen.“²⁶⁴

Kernpunkte der Neuen Mittelschule sind etwa die Abschaffung der Leistungsgruppen sowie das so genannte Team-Teaching, bei dem zwei Lehrer gleichzeitig in einer Klasse unterrichten, es soll individuelle Förderung geben, Kleingruppenunterricht und zusätzlich zu der herkömmlichen Notengebung auch noch verbale Beurteilung. Im

²⁶¹ Rudas, Laura: Soziale Selektion im österreichischen Schulsystem. Wien, 2008. [Dipl.] S. 131.

²⁶² vgl. Blaschke, Godwin: Die österreichische Schulreform zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Bildungspolitik in der Zweiten Republik (1945-1977). Wien, 1978. [Diss.] S. 122.

²⁶³ vgl. Grundsatzprogramm – Beschlossen am 30. ordentlichen Parteitag der Österreichischen Volkspartei am 22. April 1995 in Wien. S. 9. Unter: <http://www.oevp.at/download/000298.pdf>, Stand 20.09.2010.

²⁶⁴ ÖAAB – Bildungsrepublik Österreich – Aufstieg durch Bildung – Gerechtigkeit und Leistung sind vereinbar. S. 95. Unter: http://bildungsrepublik.at/Bildungsrepublik3/Bildungsrepublik_Osterreich_-_Das_Bildungsprogramm_des_OAAB_files/oeaab-bildungskonzept.pdf, Stand: 7.11.2011.

Wesentlichen bedeutet die Einführung der NMS sechs zusätzliche Lehrerarbeitsstunden pro Woche und Klasse, um eine bessere Differenzierung innerhalb des Klassenverbandes gewährleisten zu können. Dadurch wurden rund 4000 neue Lehrerposten geschaffen. Insgesamt gibt es derzeit 434 NMS-Standorte, nur elf davon sind ehemalige AHS.²⁶⁵ Bis zum Schuljahr 2018/19 sollen dann alle Hauptschulen zu Neuen Mittelschulen werden.

In der ursprünglichen Konzeption war vorgesehen, dass jeweils ein AHS-Lehrer und ein Hauptschullehrer beim Team-Teaching gemeinsam unterrichten sollten. Dies fand allerdings im Gesetz keinen Niederschlag, was teilweise zu Kritik führte.

Ein Kritikpunkt an der NMS war auch das etwas eigenwillige Einsetzen der zusätzlich gewährten Stunden. Die Schulen sollten grundsätzlich autonom darüber entscheiden. Angedacht war, dass durch die zusätzlichen sechs Lehrerstunden leistungsschwächere bzw. talentiertere Schüler besser gefördert werden können. Manche Schulen nutzten im Schulversuch die Stunden allerdings für Randfächer wie Biologie, Musik oder Zeichnen um qualifiziertes Lehrpersonal für diese Stunden zu erhalten, sodass nicht ein fachfremder Hauptschullehrer den Unterricht übernehmen musste.²⁶⁶

Ein weiteres Beispiel, dass bei der Durchführung von Reformen im Schulbereich oft nicht alles durchkomponiert und durchdacht ist, ist die Tatsache, dass in den Neuen Mittelschulen zusätzlich zu der herkömmlichen Notengebung ein verbales Feedback eingeführt wurde. Was zwar sehr brauchbar klingt, hatte wie sich erst jetzt gezeigt hat, in der Praxis einen Haken. So war aus einigen NMS zu hören, dass genaue Pläne erstellt wurden, welcher Lehrer wann eine halbe Stunde Zeit bekam, um seine verbalen Beurteilungen in die vorgesehene PC-Maske zu tippen, denn im Lehrerzimmer steht meist nur ein Computer zur Verfügung und so wird das Gedränge groß. Eine Online-Eingabe von zuhause aus etwa ist nicht vorgesehen, und so wird eine ausführliche Beurteilung samt Stärken und Schwächen eines jeden Schülers nahezu unmöglich gemacht. Diese Schilderung soll nur der praxisnahen Darstellung dienen, und auch zeigen, wie schwierig es ist bei der Umsetzung von Reformen, alle

²⁶⁵ vgl. Die Presse, 02.01.2012, S. 11.

²⁶⁶ vgl. Die Presse, 28.11.2011, S. 19.

Problemkreise, die sich möglicherweise in der Praxis stellen können, vorab zu bedenken und ausreichend zu berücksichtigen.

Es werden wohl noch einige andere dieser Problempunkte aufgedeckt werden, auch diese gilt es zu beheben und im Sinne einer ganzheitlichen Reform zu verbessern. Der Erfolg der NMS wird sich daran messen lassen und es bleibt spannend, ob die NMS bloßer Zwischenschritt zur Gesamtschule ist, oder ob das Gymnasium in seiner derzeitigen Form bestehen bleiben wird. Ganz frei von jeder Ideologie bedarf es hier klaren Vorgaben unter denen langfristig Untersuchungen und Schulversuche geführt werden. Auch der ÖAAB fordert eine derartige Evaluierung.²⁶⁷ Stellt sich heraus, dass die Ergebnisse der Kinder einer Gesamtschule besser ausfallen, so sollte man eine große Reform in diese Richtung gehend verwirklichen, stellt sich aber heraus, dass der Erfolg lediglich gleich oder gar schlechter ausfällt, dann sollte man bewährte Formen, die sich historisch entwickelt haben, meines Erachtens nicht so einfach aufgeben.

²⁶⁷ vgl. ÖAAB – Bildungsrepublik Österreich – Aufstieg durch Bildung – Gerechtigkeit und Leistung sind vereinbar. S. 103. Unter:
http://bildungsrepublik.at/Bildungsrepublik3/Bildungsrepublik_Osterreich_-_Das_Bildungsprogramm_des_OAAB_files/oeaab-bildungskonzept.pdf, Stand: 7.11.2011.

8.6. Über Veränderungen der Schulverwaltung und mehr Autonomie

Dass auch der Bereich der Schulverwaltung ein eigenes Kapitel im Regierungsübereinkommen 2008-2013 erhalten hat, mag nicht verwundern. Erwin Niederwieser meint dazu, dass „im derzeitigen Dschungel an Zuständigkeit selbst beste MitarbeiterInnen nicht sinnvoll arbeiten können. Hier geht es um die Handlungsfähigkeit und um das Zusammenführen von Ausgaben- und Aufgabenverantwortung.“²⁶⁸ Auch die bereits angesprochenen, im Vergleich recht hohen Kosten des österreichischen Schulsystems, lassen sich auch auf eine ineffiziente Verwaltung und fehlende Anreizmechanismen zurückführen.²⁶⁹ „Plakativ formulierte das immer wieder Hannes Androsch: Nur jeder zweite Euro, der für die Schule ausgegeben werde, erreiche diese auch.“²⁷⁰ Ebenso stellte dies ja auch die OECD bereits fest.²⁷¹ Der Rechnungshof prangert die fehlende Übereinstimmung von Ausgaben-, Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung, als wesentlichen Aspekt hier an.²⁷²

Es ist unstrittig, dass hier schon sehr lange über den großen Reformbedarf geklagt wird. Das einzige, was möglicherweise für Verwunderung sorgt, ist die Tatsache, dass dieses Kapitel mehr als dreimal so lang ausgefallen ist, als jenes zur Reform der Schule der 10- bis 14-Jährigen. In der öffentlichen Darstellung scheint es genau umgekehrt, da kommt der Frage nach der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen weit mehr als dreimal so viel Aufmerksamkeit zu, als jener nach einer Reform der Schulverwaltung. Vor allem an den jüngsten Sparbestrebungen der Regierung wurde kritisiert, dass im Bereich der Schulverwaltung nicht endlich die schon überfälligen Reformen, die von der OECD erst Ende des letzten Jahres bemängelt

²⁶⁸ **Niederwieser**, Erwin: Heraus aus den Schützengräben, hinein in die Bildungsreform. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 39-51. Hier: S. 39.

²⁶⁹ vgl. **Cortolezis-Schlager**, Katharina: Hin zur Wissensgesellschaft. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 145-156. Hier: S. 154.

²⁷⁰ Die Presse, 20.01.2012, S. 4.

²⁷¹ **Riemer**, Gerhard: Zukunft durch Bildung – Ein Programm 2020 der Bundesregierung!?. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 173-186. Hier: S. 181.

²⁷² vgl. Der Rechnungshof: Arbeitsgruppe Verwaltung Neu – Schulverwaltung. S. 4. Unter: http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/2010/beratung/verwaltungsreform/Bildung/Problemanalyse_Schulverwaltung.pdf, Stand: 05.01.2012.

wurden, aufgegriffen wurden.²⁷³

Die wesentlichen Eckpunkte des Regierungsübereinkommens 2008-2013 zur Modernisierung der Schulverwaltung sind die Stärkung des einzelnen Schulstandortes, ein neues Profil für Schulleiter, denen mehr Kompetenz hinsichtlich Personal- und Ressourcenmanagement zukommen soll. Zudem ist die Einführung eines so genannten „mittleren Managements“ an Schulen angedacht. Doppelgleisigkeiten bei Schulbehörden sollen abgeschafft werden. Weiters heißt es: „Die Bezirks- und Landesschulräte und deren Kollegien sollen abgeschafft werden.“²⁷⁴ Stattdessen sollen Bildungsdirektionen in den Bundesländern eingerichtet werden.

8.6.1. Reformmaßnahmen im Bereich der Schuldirektoren

Um systematisch vorzugehen werde ich Punkt für Punkt einzeln abhandeln. Beginnen möchte ich mit dem Ausbau der Personalkompetenz des Schulleiters. Dieser Punkt wird von vielen Bildungsexperten vehement gefordert. So schreibt etwa Niki Glattauer: „Aber jeder Direktor muss das Recht haben, sich seine Lehrer auszusuchen und gemäß einem genau definierten Schulprofil einzusetzen oder aber ihn an eine andere, besser geeignete Schule zu vermitteln. Es wird dem Lehrer letztlich nur gut tun, an jener Schule zu arbeiten, zu der er auch passt.“²⁷⁵ Auch im ÖVP Bildungsprogramm heißt es auf der vorletzten Seite dazu: „Direktoren sollen sich die Lehrerinnen und Lehrer aussuchen können.“²⁷⁶ Im Interview sprach sich ÖVP-Bildungssprecher Werner Amon allerdings gegen eine völlige Alleinverantwortlichkeit der Schulleiter im Bereich der Personalauswahl aus. Begründet hat er es damit, dass aufgrund des Lehrermangels, der ohnehin in den nächsten Jahren zu befürchten ist, Kleinstschulstandorte auf der Strecke bleiben könnten und keine Bewerbungen von Lehrern erhalten würden. Auch Schulen in „Krisenvierteln“, wo Lehrstellen unbeliebter sind, würden so nicht die nötigen Lehrer vorfinden. NR Amon befürwortet ein

²⁷³ vgl. Die Presse, 20.01.2012, S. 4.

²⁷⁴ Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, S. 207. Unter: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

²⁷⁵ Glattauer, Niki: Der engagierte Lehrer und seine Feinde – Zur Lage an Österreichs Schulen. Wien, 2010. S. 188.

²⁷⁶ vgl. Grundsatzprogramm – Beschlossen am 30. ordentlichen Parteitag der Österreichischen Volkspartei am 22. April 1995 in Wien. S. 27. Unter: <http://www.oevp.at/download/000298.pdf>, Stand 20.09.2010.

Mitspracherecht des Schulleiters, eine völlige Personalhoheit lehnt er jedoch ab. Seiner Ansicht nach bedarf es klarer Verantwortlichkeit von Verantwortungsträger, die für ihre Personalentscheidungen auch Rechenschaft abzulegen haben, wie jeder Personalverantwortliche in der Privatwirtschaft auch. Von komplizierten objektivierten Auswahlverfahren hält er wenig, da auch diese im Vorhinein so ausgewählt sind, dass der richtige Kandidat den Job erhält. Auf Nachfrage, ob Klientelismus im Bereich der Schulpolitik eine Rolle spiele, meinte er, dass dies nicht zu bestreiten sei. Aufgrund des Lehrermangels werde dies aber abnehmen und Schulen froh sein, wenn sie überhaupt Lehrer bekommen. (siehe Interview im Anhang) Es ist wohl kaum zu verneinen, dass die ÖVP aufgrund ihrer guten Vernetzung mit der Lehrgewerkschaft einer völligen Personalhoheit der Direktoren allein schon aus Macht- und Einflussgründen, sowie aus Klientelismus- und Patronageüberlegungen nicht zustimmen will und deswegen den beinhalteten Punkt in ihrem Bildungsprogramm selbst nicht ganz so ernst nimmt. Vor allem auch die Länder, die derzeit eine wesentliche Rolle bei der Personalauswahl spielen, werden massiv Widerstand leisten gegen eine derartige Beschneidung ihrer Machtbefugnisse.

Anders ist die Lage bei der SPÖ. Unterrichtsministerin Schmied fordert, dass Schulleiter direkt in Personalentscheidungen eingebunden werden sollen.²⁷⁷ NR Mayer fügte an, dass die Begründung man könne dadurch Kleinststandorte nicht halten, fadenscheinig sei und schlichtweg nicht stimme. (siehe Interview im Anhang)

Der Bildungsexperte Andreas Salcher geht in seiner Forderung noch etwas weiter: Man solle Direktoren nur noch auf Zeit bestellen und ihnen dafür die Macht geben, selbst über die Aufnahme ihrer Lehrer zu entscheiden. Ebenso sollte man ihnen auch die Verantwortung für den Einsatz des pädagogischen Budgets an ihrer Schule überlassen.²⁷⁸ Die SPÖ vertritt in diesem Punkt die etwas offenere Position und ist für mehr Autonomie am Schulstandort, was meiner Ansicht nach sehr begrüßenswert ist. Auch die im Regierungsprogramm 2008-2013 vorgesehene Ressourcenhoheit von Schulleitern würde eine bessere Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Schulen

²⁷⁷ **Schmied**, Claudia: Bildungsreform für Österreich – Zu den Anliegen und Sichtweisen einer zukunftsorientierten Bildungspolitik. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 13-26. Hier: S. 19.

²⁷⁸ vgl. **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 191.

gewährleisten. Generell muss gesagt werden: „Schulen, aber auch Hochschulen, benötigen ein Mehr an modernem, selbstbestimmtem Management und weniger Verwaltung und Kontrolle.“²⁷⁹ Es bedarf einer stärkeren Verlagerung der Verantwortlichkeit auf die Ebene der einzelnen Schule. Damit einhergehen muss auch die Hoheit über Schulbudget, sowie die Erarbeitung von Zielvereinbarungen und Profilierungskonzepten.²⁸⁰ Der von NR Amon dargebrachte Standpunkt mag nicht zu überzeugen und verdeckt wohl nur die vorliegenden Streitpunkte innerhalb der ÖVP, wo vor allem Länderinteressen und Lehrgewerkschaft eine starke Machtstellung einnehmen und um ihre Einflussmöglichkeiten im Schulbereich kämpfen.

Auch auf ein Phänomen der Praxis möchte ich eingehen, das in letzter Zeit ganz erfolgreich Schule macht, im wahrsten Sinne des Wortes. So werden etwa in Niederösterreich vielfach mehrere Schulen zusammengefasst und unter die Leitung eines Direktors gestellt.²⁸¹ Dies bringt erhebliche Vorteile in der Verwaltung. So hat ein Direktor einer Kleinschule neben seinen administrativen Tätigkeiten als Schulleiter auch noch, je nach Klassenzahl, einige Unterrichtsstunden pro Woche. Vor allem im ländlichen Raum hat man diese Situation in zahlreichen Kleinschulen. Führt man diese Schulstandorte unter eine Leitung zusammen, so kann sich einerseits ein Direktor rein auf organisatorische Belange konzentrieren und zum anderen spart man Geld, da nicht mehrfach ein höheres Direktorengeloh zu bezahlen ist. Selbst die Kosten für eine Teilzeitsekretärin, die unterstützend Büroarbeiten erledigt, wären noch gedeckt und der Direktor könnte sich stärker seinen Kernaufgaben widmen – die wie bereits oben dargestellt noch weiter ausgebaut gehören – und muss sich nicht mit dem Schreiben von Listen und Briefverkehr herumschlagen. Der SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer führte dieses Modell ebenso positiv an: „Da geht es jetzt sicher auch in die Richtung, dass man sagt, wäre es nicht sinnvoller, dass nicht jede Kleinschule – ich denke jetzt gerade im ländlichen Bereich – einen eigenen Schuldirektor hat, der gleichzeitig LehrerIn ist und dann eine zweite Kollegin die auch noch Lehrerin ist, sondern wäre es nicht klüger, solche Kleinstandorte zu belassen,

²⁷⁹ **Kircher-Kohl**, Monika: Neu denken in Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. In: **Paierl**, Herbert; **Heingärtner**, Markus (Hrsg.): Reformen ohne Tabu – 95 Thesen für Österreich. Wien, 2011. S. 33-39. Hier: S. 34.

²⁸⁰ vgl. **Herrmann**, Ulrich G.: „Alte“ und „neue“ Steuerung im Bildungssystem. Anmerkungen zu einem bildungshistorisch problematischen Dualismus. In: **Lange**, Ute; u.a. (Hrsg.): Steuerungsprobleme im Bildungswesen – Festschrift für Klaus Harney. Wiesbaden, 2009. S. 57-77. Hier: S. 61.

²⁸¹ vgl. Kurier, 07.01.2012, S. 3.

aber statt fünf verschiedene Direktoren zu haben, der jeder nur für eine oder zwei Klassen zuständig ist, einen zu haben, der quasi der Direktor oder der Bildungsmanager ist, der alle fünf Schulen betreut, damit man auch entsprechende Effizienzen, Umwegrentabilität usw. nützen kann.“ (siehe Interview im Anhang)

Umgesetzt hat man in dieser Hinsicht allerdings reichlich wenig von Seiten der Bundesregierung. Man fügte § 56 des Schulunterrichtsgesetzes, in dem die Aufgaben und Kompetenzen von Schulleitern festgehalten sind, lediglich den Satz hinzu: „Seine Aufgaben umfassen insbesondere Schulleitung und -management, Qualitätsmanagement, Schul- und Unterrichtsentwicklung, Führung und Personalentwicklung sowie Außenbeziehungen und Öffnung der Schule.“²⁸² Inhaltlich ließ man ihm allerdings diese neue Kompetenz nicht wirklich zukommen. Auch meine Studienkollegin und Journalistin für die Tageszeitung „Die Presse“, Julia Neuhauser schrieb dazu: „Es ist eine reine „Job-Description“, die den Ministerrat passiert hat und gesetzlich verankert wird.“²⁸³ Der Lehrgewerkschafter Jürgen Rainer kritisierte ebenso, dass sich durch die Gesetzesänderung gar nichts ändern würde.²⁸⁴ Außer, dass man jenen Satz, den man im Regierungsprogramm 2008-2013 vorgesehen hatte, in Gesetzestext umgegossen hat, ist also relativ wenig in diesem Bereich geschehen. Die Direktoren bleiben auch in Zukunft weitestgehend machtlos was Personal- und Ressourcenmanagement betrifft.

8.6.2. Die Idee eines „Mittleren Managements“ an den Schulen

Der nächste Punkt, den ich thematisieren will, ist die Einführung eines mittleren Managements, das ab einer noch zu bestimmenden Schulgröße im Regierungsübereinkommen 2008-2013 vorgesehen ist.²⁸⁵ Im Interview sagte mir NR Amon dazu, dass man sich dabei an Abteilungsleiter-Modellen orientiert wie es sie bereits in der HTL etwa gibt. (siehe Interview im Anhang) Von Seiten des ÖAAB wird

²⁸² Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, ausgegeben am 20. Mai 2011. Unter: https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2011_I_29/BGBLA_2011_I_29.pdf, Stand: 19.12.2011.

²⁸³ Die Presse, 28.03.2011, S. 19.

²⁸⁴ vgl. Ebd.

²⁸⁵ vgl. Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, S. 207. Unter: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

diese zusätzliche Führungsebene, die sich um administrative und wirtschaftliche Angelegenheiten kümmern soll, ebenfalls gefordert in seinem Bildungskonzept.²⁸⁶ Die Einführung sei als Teil eines neuen Lehrer-Dienstrechts geplant und daher richtet sich auch die noch zu bestimmende Schulgröße nach dem Gesamtpaket. Je nachdem, was die budgetäre Lage bereitstellt, kann dann ein mittleres Management installiert werden. Es gibt zwar konkrete Vorstellungen, jedoch möchte er sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genauer festlegen. Auch NR Mayer machte dazu keine Angaben.

Wiewohl die Einführung eines mittleren Managements wünschenswert wäre, ist dieser Reformpunkt lediglich auf dem Papier festgehalten, konkrete Planungen und Maßnahmen dazu fehlen allerdings. Es wäre wichtig, motivierten und engagierten Pädagogen einen Anreiz zu geben, dass sie stärker autonom und bedarfsorientiert agieren können und sich durch Leistung und Fortbildung gewissermaßen in der Hierarchie der Lehrer etwas emporarbeiten können. Heutzutage ist dies lediglich auf den Direktorsposten beschränkt. Es gilt daher der Grundsatz: einmal Lehrer, immer Lehrer. Das ist demotivierend, leistungsfeindlich und Mitgrund für immer häufiger vorkommende Burn-Out-Fälle. Das Reformprojekt „Mittleres Management“ wurde angepriesen, eine Umsetzung ist derzeit allerdings noch in weiter Ferne und wird kaum noch in dieser Legislaturperiode eingeführt werden.

8.6.3. Die Abschaffung von Bezirks- und Landesschulräten

Ein weiterer großer Reformpunkt im Regierungsübereinkommen 2008-2013 war die Schaffung einer schlankeren Verwaltungsstruktur. So heißt es dort: „Noch vorhandener [sic!] Doppelgleisigkeiten bei den Schulbehörden sollen beseitigt werden. Die Bezirks- und Landesschulräte und deren Kollegien sollen abgeschafft werden.“

Dass das österreichische Schulwesen kompetenzrechtlich verworren ist, wurde bereits mehrmals aufgezeigt. Die Nationalratsabgeordnete der Volkspartei Katharina Cortolezis-Schlager schreibt dazu: „Die österreichische Schulverwaltung ist zu

²⁸⁶ vgl. ÖAAB – Bildungsrepublik Österreich – Aufstieg durch Bildung – Gerechtigkeit und Leistung sind vereinbar. S. 151. Unter:
http://bildungsrepublik.at/Bildungsrepublik3/Bildungsrepublik_Osterreich_-_Das_Bildungsprogramm_des_OAAB_files/oeaab-bildungskonzept.pdf, Stand: 7.11.2011.

bürokratisch, im Detail zu stark reguliert und zu wenig outcomegesteuert. Daher benötigen unsere Schulen mehr Autonomie bei systematischer Outcomekontrolle.“²⁸⁷ Auch im ÖVP-Bildungsprogramm heißt es: „Abbau von Doppelgleisigkeiten und Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten durch Schulverwaltung in den Ländern (regionale Bildungsnetzwerke)“²⁸⁸. Im Interview sagte mir NR Amon, dass es hier um die Kollegien der Bezirks- und Landesschulräte geht. (siehe Interview im Anhang) Dazu muss man wissen, dass es sich bei den Kollegien um jene Stellen handelt, die von den Landtagen bestellt werden. Gemäß §14 Schulaufsichtsgesetz gehören dem Kollegium des Bezirksschulrates als Vorsitzender der Leiter der Bezirksverwaltungsbehörde, sowie mit beschließender Stimme, vom Land und von den Gemeinden des politischen Bezirkes, bestellte Mitglieder an. Weiters haben Kirchenvertreter, der Bezirksschulinspektor, sowie Vertreter gesetzlicher Interessensvertretungen eine beratende Stimme. Die Mitglieder sind nach dem Verhältnis der für die im Landtag vertretenen Parteien bei der letzten Landtagswahl im Bezirk abgegebenen Stimmen zu bestellen. Über dieses Gremium können die Parteien natürlich sehr viel Einfluss nehmen, etwa in Personalangelegenheiten. Daher wurde vielfach die Abschaffung dieser politisch besetzten Gremien gefordert. Auch die ÖVP-nahe Industriellenvereinigung fordert eine Stärkung der echten Schulautonomie und mehr Personal- und Ressourcenverantwortung für Schulmanager. Ausdrücklich gefordert wird hier: „Konzentration der Steuerung und Verwaltung auf drei Entscheidungsebenen: Bund – Region – Schule.“²⁸⁹ Dieser Vorschlag, würde eine beträchtliche Machtbeschneidung der Bundesländer zur Folge haben.

Der Wortlaut des Regierungsübereinkommens 2008-2013 ist in diesem Punkt eigentlich eindeutig. Es sollen Landes- wie Bezirksschulräte und deren Kollegien abgeschafft werden. ÖVP Bildungssprecher Amon versicherte aber explizit, dass lediglich die politisch besetzten Kollegien abgeschafft werden sollen. (siehe Interview im Anhang) Der Koalitionspartner sieht dies naturgemäß anders. Die SPÖ tritt für

²⁸⁷ **Cortolezis-Schlager**, Katharina: Hin zur Wissensgesellschaft. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 145-156. Hier: S. 153.

²⁸⁸ Grundsatzprogramm – Beschlossen am 30. ordentlichen Parteitag der Österreichischen Volkspartei am 22. April 1995 in Wien. S. 27. Unter: <http://www.oevp.at/download/000298.pdf>, Stand 20.09.2010.

²⁸⁹ Zukunft der Bildung – Schule 2020. S. 6. Unter: http://www.iv-mitgliederservice.at/iv-all/publikationen/file_375.pdf, Stand: 12.10.2011.

zentralere Zuständigkeiten ein, und will daher diesen Reformpunkt ganz nach dem Wortlaut des Regierungsprogramms 2008-2013 umsetzen. NR Mayer bestätigte dies auch und rechnet damit, dass noch in dieser Legislaturperiode dieser Schritt erfolgen wird. Anstatt der Landesschulräte sollen Landesbildungsdirektionen installiert werden. NR Amon geht davon aus, dass es – zumindest was seine Vorstellung betrifft – in dieser Gesetzgebungsperiode noch umgesetzt werden wird. Es scheitert derzeit vor allem wohl an den Bundesländern. Da diese aber das Regierungsübereinkommen 2008-2013 mitgetragen haben, geht er davon aus, dass es auch zu einer Lösung kommen wird. Auch SPÖ Bildungssprecher Mayer meint, dass es noch in dieser Periode zu machen sei, er meint allerdings, wie bereits gesagt, die völlige Abschaffung der Bezirks- und Landesschulräte und stattdessen die Schaffung von Bildungsdirektionen. (siehe Interviews im Anhang)

Es ist mehr als zweifelhaft, dass eine Umsetzung bis 2013 erfolgen wird. Bisher ist in diesem Bereich nichts vorangegangen. Die vorgesehenen Landesbildungsdirektionen sind nur eine Idee auf dem Papier und scheinbar ist man sich auch noch nicht ganz einig zwischen den Koalitionspartnern, was man wirklich alles abschaffen bzw. beibehalten möchte. Es ist daher aus einer realistischen Sicht der Dinge heraus nicht damit zu rechnen, dass eine qualitative Weiterentwicklung der Schulverwaltung noch in dieser Legislaturperiode erreicht werden kann. Vor allem von Seiten der Bundesländer ist mit erheblichem Widerstand zu rechnen, sollten Bezirks- und Landesschulräte gänzlich abgeschafft werden, da hier die Einflussmöglichkeiten und damit verbunden auch Macht der Länder stark beschnitten werden würde. Auch die Lehrgewerkschaft wird massiv dagegen auftreten. Gegen diese beiden Machtblöcke ist eine Reform noch bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode wohl nicht durchzusetzen.

8.6.4. Mehr Autonomie für den einzelnen Schulstandort

Es gibt eine ganze Menge an Vorhaben, die in diesem Bereich angedacht waren, so etwa eine stärkere Autonomie bei der Stundengestaltung, bei der Wahl der Schulschwerpunkte, etc. Umgesetzt davon ist aber in den entscheidenden Bereichen so gut wie gar nichts. Es herrscht auch keine Einigkeit, wie die Verwaltung in der Schule der Zukunft organisiert sein soll. Gerhard Riemer etwa fordert: „Ein

Schulgovernance-System Neu umfasst neben der Abschaffung der Bezirksschulräte, der Abschaffung bzw. Neugestaltung der Landesschulräte im übertragenen Wirkungsbereich des Bundes auch die Einrichtung von School-Boards auf regionaler Ebene.“²⁹⁰ Sowohl die Abschaffung der Kollegien wie auch eine Entflechtung der Kompetenzen und Vermeidung von Doppelgleisigkeiten in der Verwaltung sind sicherlich begrüßenswert. Die Frage ist allerdings, in welcher Form etwa Landesbildungsdirektionen ausgestaltet werden, um die Arbeit der Bezirksschulinspektoren, wie man sie derzeit kennt, übernehmen zu können. Die Arbeit der Inspektoren erfolgt sehr nah am Geschehen in den einzelnen Schulen. Legt man die Agenden in die Zuständigkeit des Ministeriums bzw. einer zentralen Bildungsdirektion in den einzelnen Bundesländern, so ist diese Instanz für Schulen erschwerter greifbar. Dieses Problem gehört bedacht. Die Einführung einer zentralisierten Stelle, wie sie die SPÖ gerne hätte, kann meiner Meinung nach im Schulbereich wenn überhaupt nur mit dem Ausbau der Autonomie der einzelnen Schule einhergehen, damit sie Erfolg versprechend ist. Diese Autonomie der Schulstandorte fordert die Sozialistische Partei aber auch ein: „Die Stellung der einzelnen Schule als Trägerin der Bildungsarbeit soll gestärkt werden. Die Schulautonomie ist auszubauen und zu verbessern, auch der finanzielle Bereich soll dabei einbezogen werden.“²⁹¹

Insgesamt ist ein mehr an Autonomie für den einzelnen Direktor und Schulstandort ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Zukunft. So kann in einem moderaten Rahmen ein Wettbewerb zwischen den Schulen stattfinden, was die Qualität insgesamt steigert. „Gute Schulen werden eine starke Nachfrage bei Eltern und den besten Lehrern auslösen. Der Druck auf schlechte Schulen wird immer größer werden.“²⁹² Ein System ist dann als autonom anzusehen, wenn es seine eigene Gesetzlichkeit für sich selbst festlegen kann.²⁹³ Schulen müssen selbst über Schwerpunkte und Personal

²⁹⁰ **Riemer**, Gerhard: Zukunft durch Bildung – Ein Programm 2020 der Bundesregierung!?. In: **Broukal**, Josef; **Niedervieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 173-186. Hier: S. 182.

²⁹¹ Das Bildungsprogramm der SPÖ – Bildung – Grundlage unseres Lebens – Startklar für Österreich. S. 10. Unter: http://3dak.kaernten.spoe.at/media/PPM_3DAK_spoe/~M0/11.3dak.pdf, Stand: 20.09.2010.

²⁹² **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 193.

²⁹³ vgl. **Herrmann**, Ulrich G.: „Alte“ und „neue“ Steuerung im Bildungssystem. Anmerkungen zu einem bildungshistorisch problematischen Dualismus. In: **Lange**, Ute; u.a. (Hrsg.): Steuerungsprobleme im Bildungswesen – Festschrift für Klaus Harney. Wiesbaden, 2009. S. 57-77. Hier: S. 57f.

entscheiden können. Sie sind es, die am besten wissen, wie und wo sie Ressourcen einsetzen müssen, um eine maximale Leistung erzielen zu können. Auch Bundesministerin Schmied stellt fest: „Der Wandel von der Verordnungs- und Erlasskultur zur selbständigen eigenverantwortlichen und demokratischen Schule muss zum Wohle der SchülerInnen in Österreichs Schulen unter Einbindung der Schulpartner gelingen.“²⁹⁴ Ein mehr an Autonomie wäre daher absolut wünschenswert. Wenn man den Ausführungen von NR Amon glauben darf, so ist man von Seiten der ÖVP hier allerdings zurückhaltend (siehe Interview im Anhang), obwohl im Grundsatzprogramm der Partei festgeschrieben ist: „Das staatliche Bildungswesen muß nach den Prinzipien von Subsidiarität, Autonomie und Effizienz aufgebaut werden. Im Mittelpunkt steht die einzelne Bildungseinrichtung, die sich selbstverantwortlich die wissenschaftlichen, pädagogischen, personellen und finanziellen Ressourcen organisiert.“²⁹⁵ Auch der CV führt dazu in seinem Bildungsprogramm aus, dass man eine Weiterentwicklung der Schulautonomie begrüße.²⁹⁶ Ebenso der ÖAAB: „Wir wollen daher, dass die Schulen – nach dem Prinzip der Subsidiarität – möglichst viel Autonomie und Freiheit erhalten.“²⁹⁷ Der Grund für die Zurückhaltung von NR Amon ist wohl jener, dass sich vor allem die mächtigen Landesfürsten der ÖVP gegen eine derartige Beschneidung ihrer Einflussmöglichkeiten aussprechen. Sie sehen die wichtigsten Entscheidungspunkte lieber in Händen der Landesschulräte, schließlich ist der Landeshauptmann, sofern er sich in diesem Amt nicht vertreten lässt, gleichzeitig auch Landesschulratspräsident. Man wird daher wenn überhaupt nur in ganz langsamen Zwischenschritten den Schulen etappenweise ein Mehr an Verantwortung zugestehen. Es bleibt weiter spannend, wie sich die Frage nach mehr Schulautonomie vor allem innerhalb der Volkspartei entwickelt. So klar, wie die Situation zu sein scheint, wenn man rein die

²⁹⁴ **Schmied**, Claudia: Bildungsreform für Österreich – Zu den Anliegen und Sichtweisen einer zukunftsorientierten Bildungspolitik. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 13-26. Hier: S. 18

²⁹⁵ Grundsatzprogramm – Beschlossen am 30. ordentlichen Parteitag der Österreichischen Volkspartei am 22. April 1995 in Wien. S. 22. Unter: <http://www.oevp.at/download/000298.pdf>, Stand 20.09.2010.

²⁹⁶ vgl. ÖCV-Bildungsprogramm 2006. S. 5. Unter: <http://www.oecv.at/downloads/Bildungsprogramm%20des%20%C3%96sterreichischen%20Cartelverbandes.pdf>, Stand: 14.10.2011.

²⁹⁷ ÖAAB – Bildungsrepublik Österreich – Aufstieg durch Bildung – Gerechtigkeit und Leistung sind vereinbar. S. 30. Unter: http://bildungsrepublik.at/Bildungsrepublik3/Bildungsrepublik_Osterreich_-_Das_Bildungsprogramm_des_OAAB_files/oeaab-bildungskonzept.pdf, Stand: 7.11.2011.

Bildungsprogramme der Parteien und das Regierungsübereinkommen 2008-2013 vergleicht, ist die realpolitische Lage daher bei Weitem nicht.

Ob Schulverwaltung im Ergebnis von den Ländern oder vom Bund durchgeführt wird, ist zwar machtpolitisch eine wichtige Frage, für den Erfolg der Leistungen der einzelnen Schulen spielt es allerdings keine große Rolle. Wichtig ist nur, dass die Verwaltung schlanker und effektiver wird, bei gleichem bzw. verbessertem Outcome. Diesen Spagat gilt es zu nehmen und insofern ist der von der Industriellenvereinigung gemachte Vorschlag sehr begrüßenswert. Auch der Rechnungshof kommt in seiner Betrachtung der Probleme im Bereich der Schulverwaltung zum selben Ergebnis. Gefordert wird hier eine zentrale letztverantwortliche Ebene, die für die gesamte Gesetzgebung, Qualitätssicherung und das Budget zuständig ist. Weiters eine untergeordnete Einheit auf regionaler Ebene, die Steuerung, Aufsicht und Kontrolle innehat. Abschließend als unterste Instanz, die Ebene des einzelnen Schulstandortes, dem die Durchführung des Unterrichts, sowie die Organisation, einschließlich Personalmanagement, Freiheit über zugewiesene finanzielle Mittel, freie Wahl der Schultagesform, etc., obliegen.²⁹⁸

Man müsste allerdings ein grenzenloser Optimist sein, um zu glauben, dass diese große Reform der Schulverwaltung noch in der aktuellen Legislaturperiode erfolgen wird.

²⁹⁸ Der Rechnungshof – Schulverwaltung – Präsident des Rechnungshofes Dr. Josef Moser 27. August 2009. Unter:
http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/2010/beratung/verwaltungsreform/Bildung/Praesentation_Schulverwaltung.pdf, Stand: 05.01.2012.

8.7. Anpassung der Schulbauten an die gesteckten Reformziele

Es ist zu berücksichtigen, dass nahezu jede Reformmaßnahme auch räumliche und bauliche Veränderungen erfordert. Dies bestätigt auch Karin Schwarz vom Institut für Schul- und Sportstättenbau: „Schulentwicklung und bauliche Entwicklung müssen Hand in Hand gehen.“²⁹⁹ Die Ausweitung von Ganztagesbetreuungsstätten erfordert natürlich, dass Räumlichkeiten für die Verpflegung, sowie für spielerisches Miteinander geschaffen werden. Ebenso ist es in einem neuen Lehrerdienstrecht, das vermehrt die Anwesenheit der Lehrer in der Schule vorsieht, notwendig, die nötige Infrastruktur dafür zu schaffen. Außerdem ist darauf zu achten, dass Schulen effizienter genutzt werden. Niki Glattauer bemerkt hierzu ganz richtig: „Zwei Uhr p.m. Die meisten öffentlichen Schulen beginnen in dieser Zeit mit ihrer Metamorphose. Sie werden das, was sie die meiste Zeit des Jahres sind: leere, tote Gebäude.“³⁰⁰

Ganz allgemein sind viele unserer derzeitigen Schulhäuser nicht mehr zeitgerecht. Oftmals sind Schulen nach dem Zweiten Weltkrieg erbaut worden. Diese alten Gebäude sind häufig in einem sehr schlechten Zustand und müssen sehr kostspielig saniert und erhalten werden. Die bauliche Planung ist dadurch in gewissem Maße auch auf die vorhandenen räumlichen Ressourcen beschränkt, da ein Zubau an alte, gar denkmalgeschützte Schulgebäude, äußerst schwierig und teuer ist. Will man die aktuellen Reformen umsetzen, bringt das daher große Schwierigkeiten mit sich. So merkte bereits der Gehrer-Intimus Hans Haider zu den Gesamtschulbestrebungen der SPÖ, sowie zu der Schaffung von Ganztagesplätzen an: „Der Stadt Wien gehören viele alte renovierungsbedürftige Hauptschulgebäude. Nähme sie der Bund für eine Großflächeneinführung der „Gesamtschule“ in Beschlag, müsste er die anstehenden Generalsanierungen bezahlen. Die Bundes-„Ganztagsschule“ – über die von Gehrer ausgebaute Nachmittagsbetreuung hinaus – würde bauliche Investitionen in Speisesäle und Freizeiteinrichtungen erfordern.“³⁰¹

Führt man sich vor Augen, dass in Wien die durchschnittliche Klassengröße auch

²⁹⁹ Die Presse, 28.11.2011, S. 21.

³⁰⁰ Glattauer, Niki: Der engagierte Lehrer und seine Feinde – Zur Lage an Österreichs Schulen. Wien, 2010. S. 109.

³⁰¹ Haider, Hans: Elisabeth Gehrer: Reportage eines politischen Lebens. Wien, 2008. S. 44.

heute noch wie zu Maria-Theresias Zeiten 65m² beträgt, dann sieht man wie wenig sich in diesem Bereich verändert hat. Damals wurden pro Schüler ein Quadratmeter veranschlagt, sowie für Lehrer und Ofen zusätzliche drei Quadratmeter eingeplant.³⁰² Natürlich liegt die Klassenschülerzahl heute weit unter jener von damals, dennoch wird daraus ersichtlich, wie wenig sich in der Planung verändert hat, wenn die Raumgröße quasi noch immer nach denselben Indikatoren berechnet wird. Auch heute dürfen innovative Schulbauprojekte, die partizipativ geplant wurden, nicht teurer sein als konventionelle Projekte, da die Kosten die es einzuhalten gilt, immer noch von Faktoren wie Schülerzahl, etc. abhängig gemacht werden, und somit wenig Spielraum für eine alternative Gestaltung von Klassenräumen bzw. ganzen Schulen gewährt wird.³⁰³ Ausgehend davon, dass Schulklassen immer so waren, plant man fast schon stur auch heute noch in der althergebrachten Art und Weise. Glattauer kritisiert ganz allgemein das Festhalten an diesen eingefahrenen Denkmustern. Man hat sie so verinnerlicht, dass man beim bloßen Betreten eines Schulgebäudes schon an sie denkt: „90 Prozent von dem, was unseren Schülern – und deren Lehrerinnen – täglich das Leben vergällt, hat damit zu tun, dass Schule in Schulhäusern passiert, die nicht von gestern sind, sondern von vorgestern: Zweierreihen. Gangpausen. Sitzpausen. Schulwart. Kaugummiverbot. Handyverbot. Redeverbot. Schuhe aus, Schuhe an.“³⁰⁴

Allerdings gibt es auch positive Beispiele, wo vor allem auf die Bedürfnisse jener Menschen, die in den Schulen täglich arbeiten müssen, nämlich der Lehrer und Schüler, besonders eingegangen wird. So zum Beispiel beim Neubau der HAK Wien 22 in der Polgarstraße. Hier wurde in rund 1000 unbezahlten Arbeitsstunden über fünf Monate hinweg ein 70-seitiges Heft erstellt, das die Wünsche von Schülern und Lehrern festhielt und als Leitfaden für den Architektenwettbewerb herangezogen wurde. Dadurch konnten innovative Ideen umgesetzt werden. Jeweils drei Klassenräume und ein Computerraum umschließen eine so genannte Lerninsel, die für offene Lernformen und ähnliches genutzt werden kann und auch der Begegnung unter den Schülern dient.³⁰⁵

³⁰² vgl. **Glattauer**, Niki: Der engagierte Lehrer und seine Feinde – Zur Lage an Österreichs Schulen. Wien, 2010. S. 119.

³⁰³ vgl. Die Presse, 28.11.2011, S. 21.

³⁰⁴ **Glattauer**, Niki: Der engagierte Lehrer und seine Feinde – Zur Lage an Österreichs Schulen. Wien, 2010. S. 118.

³⁰⁵ vgl. Die Presse, 28.11.2011, S. 21.

Betrachtet man das Faktum, dass sich der gesamte gesellschaftliche Standard verändert hat, sowie dass sich die Anforderungen und Rahmenbedingungen für Schule an sich geändert haben, dann ist es eine absolute Notwendigkeit, auch die Schulräumlichkeiten dementsprechend auf diesen Stand zu bringen. Teils ist dies schon geschehen, teils leiden Schulen aber an katastrophalen, veralterten Zuständen. Hier muss man vor allem Bundesschulen bemängeln. Gemeinden versuchen nach Kräften ihre Schulen in Schuss zu halten, da eine Schule auch ein repräsentatives Element darstellt und jeder Bürgermeister bestrebt ist, eine möglichst intakte Schule bieten zu können, ansonsten würde ihm ein wohl sehr heftiger Widerstand der Bevölkerung entgegenschlagen. Bei Bundesschulen ist dieser direkte Druck oft nicht gegeben, das nötige Geld nicht vorhanden und daher ist auch der Zustand dieser Schulen meist weit schlechter und entspricht nicht dem Standard moderner Schulen. Nur dort wo Schulen völlig neu erbaut werden, versucht man mit Prestigeprojekten mediale Erfolge einfahren zu können. Im Regierungsübereinkommen 2008-2013 heißt es: „Schulstandorte des Bundes werden basierend auf dem Schulentwicklungsplan modernisiert und erweitert. Tagesbetreuung und verbesserte Arbeitsbedingungen von LehrerInnen und SchülerInnen werden dabei berücksichtigt.

Bis 2018 werden im Rahmen des Schulinvestitionsprogramms 1,664 Mrd. EUR investiert. Zusätzlich zu diesen Maßnahmen werden 380 Mio. EUR für behindertengerechtere Infrastruktur investiert.

Für die Umsetzung der geplanten Maßnahmen ist ein zusätzliches Budget von 50 Mio. EUR pro Jahr vorgesehen.“³⁰⁶

Auf meine Frage, ob es sich bei diesen Geldern ausschließlich um Bundesgelder handelt, wurde mir von den beiden Bildungssprechern geantwortet, dass dies offensichtlich der Fall sei. Allerdings gibt es immer wieder zusätzliche Gelder, wie nun die 80 Millionen Euro, die vom Finanzministerium zusätzlich zur Verfügung gestellt worden sind, die zu einem erheblichen Teil auch in die Infrastruktur fließen. Dividiert man die 1,664 Milliarden Euro durch zehn Jahre, da diese Summe ja für den Zeitraum von 2008-2018 vorgesehen ist, und addiert die 50 Millionen Euro, die pro Jahr vorgesehen sind, so ergibt sich in Summe ein Betrag von 216,4 Millionen Euro. Allein

³⁰⁶ Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, S. 201f. Unter: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

im Jahr 2007 betrug die Miete für Schulgebäude, die an die Bundesimmobiliengesellschaft bezahlt werden musste, 249 Millionen Euro.³⁰⁷ Insofern kann man sich ein Bild der Relation dieser Summen machen.

Die Kostenfrage in Zusammenhang mit Schulbauten stellt sich aber auch noch in einer anderen Konstellation, nämlich bei der Umsetzung einer Gesamtschule. Geht es nach den Plänen der SPÖ soll über kurz oder lang eine Gesamtschule eingeführt werden. Allein die Übernahme der Schulhäuser in Bundeseigentum würde in diesem Fall ein Vielfaches von dem Kosten, was im Regierungsübereinkommen 2008-2013 budgetiert ist. Von der Instandhaltung einmal ganz zu schweigen. Auf dieses Problem wurde im Kapitel zur Gesamtschule bereits ausreichend hingewiesen, weshalb ich hier nicht erneut darauf eingehen möchte.

Abschließend muss festgehalten werden, dass schöne, innovative und dem Stand der modernen Technik entsprechende Schulneubauten ganz alleine die Bildung in Österreich nicht verbessern werden. Zur Verbesserung bedarf es daneben vielmehr noch klareren Zielvorgaben und auch den nötigen Inhalten, die wohl wichtiger sind als die Frage nach Quadratmeterzahlen von Schulklassen. Dennoch kann man Kinder und Jugendliche in modernen Schulhäusern mit Sicherheit besser auf die Zukunft vorbereiten als in Häusern, in denen der Putz sprichwörtlich schon von den Wänden fällt. Nur wenn Schulhäuser den Anforderungen moderner Gesellschaften gerecht werden, kann auch die Ausbildung, die darin stattfindet, diesen Ansprüchen genügen. Insofern sind daher auch bei allen Reformbemühungen adäquate Schulbauten und angepasste Bedürfnisse zu berücksichtigen. Es braucht daher – einmal mehr ist es zu betonen – eine sehr umfassende Betrachtung bei der Realisierung einer Reformmaßnahme, damit diese auch nachhaltig und erfolgreich ist.

³⁰⁷ vgl. DiePresse.com, vom 05.09.2007. Unter: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/328176/Pflichtschulen-verkaufen>. Stand: 19.01.2012.

8.8. Die Einführung eines neuen Dienst- und Besoldungsrechts für Lehrer

Der 13. Punkt im Regierungsübereinkommen 2008-2013 zum Thema Bildung trägt den Titel: „LehrerInnen sind der Schlüssel zum Bildungserfolg“. Auch Bundesministerin Claudia Schmied hat dies erkannt und schreibt in einem Beitrag: „Gut ausgebildete, engagierte und geeignete LehrerInnen sind der Schlüssel zum Bildungserfolg unserer Kinder.“³⁰⁸ Im Regierungsprogramm 2008-2013 heißt es dazu, dass der Rekrutierung der bestens qualifizierten Lehrer das höchste Augenmerk gehört.³⁰⁹ Inhaltlich ist dazu aber relativ wenig beinhaltet. Ganz lapidar wird erwähnt: „Ein zeitgemäßes und leistungsorientiertes Dienst- und Besoldungsrecht soll für alle neu eintretenden LehrerInnen eingeführt werden.“³¹⁰

Ein neues Dienst- und Besoldungsrecht für Lehrer ist sicherlich existenziell für eine erfolgreiche Schulreform. Auch der Rechnungshof führt als Problembereich dienst- und besoldungsrechtliche Unterschiede zwischen Bundes- und Landeslehrer an. Als Beispiel sei hier etwa die unterschiedliche Lehrverpflichtung, die bei Bundeslehrern 20 Werteinheiten beträgt, bei Landeslehrer aber mittels Jahresnorm ermittelt wird, erwähnt.³¹¹

Lehrer sollen unsere Kinder und Jugendlichen fit machen für eine erfolgreiche Zukunft. Dazu bedarf es aber vermehrter Flexibilität, besserer Auswahl bei Personalentscheidungen und natürlich angemessene Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze für Lehrer.³¹² In der Diskussion werden aber zumeist nur Lehrergehalt und Arbeitszeit thematisiert.

In der Öffentlichkeit werden vor allem Äußerungen wie jene von Ministerin Fekter

³⁰⁸ **Schmied**, Claudia: Bildungsreform für Österreich – Zu den Anliegen und Sichtweisen einer zukunftsorientierten Bildungspolitik. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 13-26. Hier: S. 22.

³⁰⁹ vgl. Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, S. 209. Unter: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

³¹⁰ Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, a.a.O., S. 209.

³¹¹ vgl. Der Rechnungshof: Arbeitsgruppe Verwaltung Neu – Schulverwaltung. S. 4. Unter: http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/2010/beratung/verwaltungsreform/Bildung/Problemanalyse_Schulverwaltung.pdf, Stand: 05.01.2012.

³¹² vgl. **Kircher-Kohl**, Monika: Neu denken in Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. In: **Paierl**, Herbert; **Heingärtner**, Markus (Hrsg.): Reformen ohne Tabu – 95 Thesen für Österreich. Wien, 2011. S. 33-39. Hier: S. 36f.

wahrgenommen, die etwa meinte, dass man „weg von den exorbitanten Lehrergehältern“ kommen müsse.³¹³ Im Interview meinte NR, dass Lehrergehälter nicht exorbitant seien, vielmehr die Einstiegsgehälter zu niedrig. Sein Modell sieht vor, dass Junglehrer nach ihrer Ausbildung zuerst zwei Jahre noch Praxis sammeln und danach höhere Gehälter als jetzt erhalten sollen, jedoch bei gleicher Lebensverdienstsumme. Konkret nannte er statt derzeit 2000 Euro brutto etwa 2700 Euro, was mit privatwirtschaftlichen Verhältnissen vergleichbar wäre und es somit erleichtern würde, auch junge Männer für diesen Beruf zu interessieren. Gekoppelt ist dieses höhere Einstiegsgehalt mit einer höheren Lehrverpflichtung von bis zu drei Stunden. (siehe Interview im Anhang)

ÖVP-Bildungssprecher Amon war über den Ausspruch seiner Parteikollegin Maria Fekter wenig erfreut und meinte, dass dadurch die Verhandlungen über ein neues Dienstrecht vor Februar 2012 nicht mehr sinnvoll weitergeführt werden können. Auf die Frage, ob Mehrarbeit für Neulehrer für ihn ein Thema sein, beteuerte er, dass dies für ihn nicht zur Debatte stehe, sondern vielmehr eine andere Definition der Lehreraufgabe zu finden ist. Er gehe davon aus, dass jeder Lehrer auch heute 40 Stunden arbeite. Die gesellschaftliche Anforderung sei jedoch, dass der Lehrer mehr Zeit mit den Schülern verbringen solle. Es gibt neue unterschiedliche Aufgaben wo man Lehrer braucht, etwa in der Nachmittagsbetreuung oder als Begleitlehrer in der Oberstufe, und hier gilt es dann Kernarbeitszeit neu zu definieren. (siehe Interview im Anhang)

Die Forderung eines höheren Einstiegsgehalts bei gleicher Lebensverdienstsumme ist mit Sicherheit förderlich, wenn man bedenkt, dass es in den nächsten Jahren zu einem erheblichen Bedarf an Junglehrern kommen wird. Außerdem kommt es durch eine flachere Lohnkurve nicht wieder zu einer Situation, wie wir sie auch jetzt gerade erleben. Die Lehrerschaft hat ein sehr hohes Durchschnittsalter und daher fallen viele in die höchste Gehaltsstufe, was wiederum enorm hohe Personalkosten verursacht. Noch weiter geht Andreas Salcher, wenn er leistungsorientierte Gehälter fordert, „die sich an den erzielten Fortschritten der unterrichteten Schüler orientieren.“³¹⁴ Ein derartiges Schema liegt allerdings in weiter Ferne, umso nötiger sind mit der

³¹³ Die Presse, 24.11.2011, S. 1.

³¹⁴ Salcher, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 80f.

Privatwirtschaft vergleichbare Einstiegsgehälter.

Der weitere wesentliche Punkt ist der Faktor Arbeitszeit. Der Hauptinitiator des Bildungsvolksbegehrens Hannes Androsch meinte bei der bereits erwähnten Podiumsdiskussion am 2. November 2011: „Das Lehrersein ist ja in großem Ausmaß ein Halbtagsjob. Deswegen werden auch viele Lehrer.“ Sehr fragwürdig ist es, die Lehrer so zu pauschalisieren. Natürlich ist die Außendarstellung des Lehrerberufes vielfach eine schlechte, wodurch dieser Eindruck in der Öffentlichkeit tatsächlich noch bestärkt wird. Schwarze Schafe finden sich schließlich in jeder Berufsgruppe. Salcher meint dazu: „Es gibt wohl keinen anderen Betrieb in unserer Gesellschaft, in dem sich Faulpelze so gut entwickeln und fortpflanzen können wie unser öffentliches Schulsystem. Und dieses selbe System demotiviert, ja mobbt die fähigsten und leistungswilligsten Lehrer, die tatsächlich alles geben, zahlt sie im Vergleich zum Faultierreservat miserabel und lässt sie auch noch für das schlechte öffentliche Ansehen büßen.“³¹⁵ Dennoch gibt es auch motivierte Lehrer im Schulbetrieb, die pro Woche leicht auf 40 Wochen kommen, wenn man Lehrverpflichtung und Vor- bzw. Nachbereitungszeit zusammenrechnet. Durch ein bloßes Hinaufsetzen der Lehrverpflichtung von etwa 21 auf 27 Stunden in der Woche,³¹⁶ wie es von der Regierung schon einmal vorgeschlagen wurde, würde dies allerdings nicht berücksichtigt werden. Für gute, motivierte und gewissenhafte Lehrer heißen nämlich sechs Stunden mehr Unterricht auch dementsprechend mehr Vorbereitungszeit. Insofern ist der Ansatz von NR Amon richtig, Arbeitszeiten neu zu definieren. Für bloße Betreuungsstunden, die der Lehrer mit dem Schüler verbringt, ist eine Vorbereitung nicht in dem Ausmaß notwendig wie für eine Unterrichtsstunde vor versammelter Klasse. Kann man einen gerechten Verteilungsschlüssel festlegen, der den unterschiedlichen Zeitaufwand hinreichend bewertet, so kann man auch auf mehr Stunden pro Woche kommen, die Lehrer mit Schülern verbringen.

Die Aufgabe der Lehrgewerkschaft im Zusammenhang mit dem neuen Dienst- und Besoldungsrecht ist natürlich bisherige Ansprüche und Leistungen zu bewahren, sowie die Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz für Lehrer zu verbessern. Mehr Zeit an der Schule erfordert konsequent weiter gedacht natürlich auch eine bessere

³¹⁵ Salcher, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 95.

³¹⁶ vgl. Die Presse, 24.11.2011, S. 1.

Infrastruktur für Lehrer an der Schule. Im Bildungsprogramm der ÖVP steht dazu: „Voraussetzung dafür ist insbesondere eine geeignete Arbeitsplatzgestaltung mit ausreichenden Ressourcen.“³¹⁷ Auch im SPÖ Bildungsprogramm findet sich eine sehr allgemein ausgeführte Formulierung, dass man eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrer fordert.³¹⁸

Heutzutage steht einem Lehrer im Lehrerzimmer überhaupt oft nur ein schmaler Sitzplatz zu, den er sich dann auch noch häufig mit einem Kollegen teilen muss. Computer gibt es meist überhaupt gar nur einen einzigen im Lehrerzimmer. Sollen Lehrer ihre Vorbereitung in der Schule machen, und so auf 40 Stunden Anwesenheit kommen, dann müssen dementsprechend auch die Rahmenbedingungen in den Schulen dafür geschaffen werden. Ein eigener Schreibtisch, ein Computer, Fachliteratur, etc. All das wären Dinge, die zur Verfügung gestellt werden müssten. Bisher schaffen Lehrer die nötige Infrastruktur selbst zuhause in ihren eigenen vier Wänden. Wenn man einem Bankangestellten sagen würde, er muss in Zukunft seinen eigenen Computer mit zur Arbeit nehmen, um dort seine Arbeit verrichten zu können, würde man wohl nur milde belächelt werden. Ähnlich ist die Situation aber bei den Lehrern. Wenn man will, dass sie 40 Stunden anwesend sind und ihre gesamte Arbeit in der Schule ausführen, dann müssen sie dazu auch das nötige Equipment haben. Mit einer Infrastruktur die modernen Anforderungen entspricht, kann man dann auch eher die Besten und Fähigsten dazu motivieren, diesen aufgewerteten moderneren Lehrberuf einzuschlagen.

Neben der Höhe des Gehalts, der Arbeitszeit und den Arbeitsbedingungen muss ein neues Dienst- und Besoldungsrecht auch gewisse Karrierechancen ermöglichen. Bisher ist es auf den Direktorsposten beschränkt. Ist man einmal Lehrer, ist man mehr oder weniger für immer Lehrer. Menschen, die selbst in ihrer Entfaltung eingeschränkt sind, sollen also unsere Jugend auf Chancenvielfalt und unterschiedliche

³¹⁷ ÖVP - Perspektive Bildung. Vielfalt – Leistung – Sprache. S. 2. Unter: http://www.oevp.at/Common/Downloads/BildungswegNEU_Maerz2011_lange%20Version_Ansicht.pdf, Stand: 20.09.2011.

³¹⁸ vgl. Das Bildungsprogramm der SPÖ – Bildung – Grundlage unseres Lebens – Startklar für Österreich. S. 10. Unter: http://3dak.kaernten.spoe.at/media/PPM_3DAK_spoe/~M0/11.3dak.pdf, Stand: 20.09.2010.

Möglichkeiten vorbereiten.³¹⁹ Die Schaffung eines mittleren Managements, wie sie im Regierungsprogramm 2008-2013 vorgesehen ist und die ich im Kapitel zur Schulverwaltung erläutert habe, bietet hier möglicherweise einen ersten Ansatzpunkt. Eine weitere Form wäre die Schaffung von „Ausbildungslehrern“, die als Tutor Junglehrern am Beginn ihrer Karriere an die Seite gestellt werden, etc. All diese Maßnahmen würden Weiterentwicklung und Fortbildung innerhalb der Lehrerschaft bewirken.

In der aktuellen Diskussion allerdings ist darüber noch zu wenig publik geworden. Zumeist werden wie bereits erwähnt Gehalt und Anzahl der Stunden, die mit Schülern zu verbringen sind, öffentlich debattiert. Beide Bildungssprecher gaben im Interview an, dass ein neues Dienst- und Besoldungsrecht für Lehrer in dieser Legislaturperiode noch kommen werde. Unterrichtsministerin Schmied meinte im November des Vorjahres noch: „Es ist wichtig, dass dies jetzt ein gemeinsames Projekt der Regierung ist und dass wir den Feinschliff vornehmen“, und weiters meinte sie „Spätestens Anfang nächsten Jahres werden die Verhandlungen mit den Lehrergewerkschaften auch im Punkt der Arbeitszeit aufgenommen.“³²⁰ Anders klingt allerdings Pflichtschullehrer-Gewerkschafter Paul Kimberger. Nach Gesprächen im Jahr 2011 hätte die Regierung im Jänner dieses Jahres weitere Reformpunkte zum Dienstrecht vorlegen sollen, was aber nicht geschah. Ein weiterer Fahrplan steht nicht fest. Kimberger glaubt nicht mehr, dass bis 2013 dieser Reformpunkt abgeschlossen werden kann.³²¹ Diese Meinung ist zu teilen. Sollte es wider Erwarten doch noch ein neues Dienst- und Besoldungsrecht für Lehrer geben, so wäre es wohl nur eine Halblösung, die nicht Arbeitsplatzbedingungen und Aufstiegschancen ausreichend regeln würde und auch im Bereich der Arbeitszeitenregelung nur eine Kompromisslösung wäre. Die vierte und letzte Hypothese ist insofern vollends bestätigt in diesem ganzen wesentlichen Reformbereich.

³¹⁹ vgl. **Kircher-Kohl**, Monika: Neu denken in Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. In: **Paierl**, Herbert; **Heingärtner**, Markus (Hrsg.): Reformen ohne Tabu – 95 Thesen für Österreich. Wien, 2011. S. 33-39. Hier: S. 36.

³²⁰ Die Presse, 25.11.2011, S 4.

³²¹ vgl. Die Presse, 9.2.2012, S. 3.

8.9. Eine den veränderten Rahmenbedingungen angepasste Lehrerbildung

Als letzten Reformbereich möchte ich in meiner Betrachtung die Lehrerbildung aufgreifen. Dieser Punkt ist im Regierungsübereinkommen 2008-2013 sehr ausführlich erläutert und auch die beiden Koalitionsparteien haben dabei in der Überschrift dieses Kapitels erkannt: „LehrerInnen sind der Schlüssel zum Bildungserfolg.“³²² Zahlreiche Bildungsexperten vertreten ebenfalls diese Position. So kam Martin Berthold bereits vor 40 Jahren zur Erkenntnis: „Weitgehende Reformen des Schulsystems erfordern auch Veränderungen in der Lehrerbildung.“³²³ Im selben Jahr in dem auch das Regierungsübereinkommen ausverhandelt wurde, schreibt Andreas Salcher: „Die Qualität eines Schulsystems kann nie die Qualität seiner Lehrer übertreffen.“³²⁴ Er fordert vehement eine Verbesserung im Bereich der Lehrerbildung, damit unser Schulsystem eine höhere Qualität erreicht. Auch der Psychologe Allan Guggenbühl sieht in der Persönlichkeit des Lehrers das wichtigste Kriterium für eine funktionierende Schule.³²⁵ Auch die Industriellen Vereinigung erkennt in ihrer Schulvision „Schule 2020“: „Lehrerinnen und Lehrer der „Schule 2020“ sind als „Architekten der Zukunft“ unverzichtbare Schlüsselpersonen und anerkannte Führungspersönlichkeiten.“³²⁶

Auch ich bin in der Auseinandersetzung mit der Fachliteratur rund um das Gebiet der Schulpolitik sehr bald zum Schluss gekommen, dass jedwede Reformbemühung schlussendlich von nur einer Komponente abhängig ist, der Person des Lehrers. Man kann stundenlang über Themen wie Gesamtschule, Ganztagesbetreuung und Schulnoten debattieren, am Ende zählt nur das, was in der Schulklasse selbst passiert, und hier ist der Lehrer der entscheidende Faktor. Wenn der Lehrer seine Schüler nicht begeistern, motivieren, fordern und fördern kann, dann wird Schule nicht erfolgreich sein, ganz egal in welcher Art und Weise auch immer sie organisiert ist.

³²² Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, S. 208. Unter: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

³²³ **Berthold**, Martin: Bildungspolitik am Scheideweg: die Schule. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 13-38. Hier: S. 29

³²⁴ **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 71.

³²⁵ vgl. **Guggenbühl**, Allan: Die PISA-Falle – Schulen sind keine Lernfabriken. Freiburg, 2002. S. 185.

³²⁶ Zukunft der Bildung – Schule 2020. S. 5. Unter: http://www.iv-mitgliederservice.at/iv-all/publikationen/file_375.pdf, Stand: 12.10.2011.

Die wichtigste Arbeit passiert im Klassenzimmer, daher muss dieser Bereich am intensivsten diskutiert und nach Möglichkeiten verbessert werden, um mehr Qualität in unsere Schulen zu bringen. Es sind daher die finanziellen Ressourcen darauf auszurichten, Lehrer bestmöglich auf ihre Aufgabe im Klassenzimmer vorzubereiten und sie dann auch in einer Form weiterzubilden, dass diese Fähigkeiten stets den veränderten Ansprüchen der Zeit im Laufe seines Dienstlebens entsprechen.³²⁷ Im Regierungsprogramm 2008-2013 schreiben die Regierungsparteien dazu: „Vor dem Hintergrund des steigenden Bedarfs an bestens qualifizierten Lehrern und Lehrerinnen (Pensionierungswelle) widmet die Bundesregierung der Rekrutierung und Ausbildung der Lehrpersonen höchstes Augenmerk.“³²⁸ Inwieweit hier tatsächlich „höchstes Augenmerk“ darauf gelegt wurde, wird Teil dieses Kapitels sein. Dazu möchte ich dieses Kapitel in Unterpunkte zur Lehrerauswahl, zur Lehrerausbildung an sich, zur Weiterbildung, sowie zur Stellung des Lehrers innerhalb der Gesellschaft gliedern, bevor ich mit einem kurzen Resümee abschließen werde.

8.9.1. Die Besten sollen Lehrer werden

Sir Karl Popper soll einmal gesagt haben: „Wissen Sie, wenn Sie Schule wirklich verbessern wollen, dann gibt es nur eine wichtige Frage zu beantworten: Wie bekomme ich die ganz schlechten Lehrer aus der Schule wieder hinaus?“³²⁹ Die Überlegung, wie man schlechte Lehrer aus dem Schulwesen bringt, ist berechtigt, aber eigentlich sollte man mit dem Gedankenspiel noch früher anfangen und sagen: wie kommen schlechte Lehrer erst gar nicht in das System hinein. Wenn der Lehrer jener Faktor ist, der die Qualität unserer Schule am stärksten beeinflusst, dann muss bei der Auswahl dieser Personen ganz besonders genau darauf geachtet werden, die bestmöglichen Kandidaten dafür zu bekommen. Das Regierungsübereinkommen 2008-2013 sieht vor: „Eine gemeinsame Studieneingangsphase für alle LehramtskandidatInnen soll gewährleisten, dass die bestgeeigneten PädagogInnen in

³²⁷ vgl. **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 213

³²⁸ Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, S. 208. Unter:
<http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

³²⁹ **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 85.

den Schulen eingesetzt werden.“³³⁰ Es ist zu bezweifeln, ob – neben den bereits angesprochenen Punkten, die in einem neuen Dienst- und Besoldungsrecht vorgesehen sind – eine Studieneingangsphase allein die nötige Auslesefunktion erfüllen kann. Niki Glattauer etwa, zitiert in seinem Buch Andreas Salcher und bestätigt dessen These, wenn er schreibt: „Salcher sagt: „Der freie Zugang zum Lehrberuf muss abgeschafft werden.“ So ist es. Menschen, die vor allem Fächer unterrichten wollen und nicht vor allem Kinder, sind für den Lehrberuf ungeeignet.“³³¹ Gute Lehrer leben dafür, ihren Schülern eine optimale Ausbildung zu gewähren. Vor allem Tugenden wie Menschenliebe, Humor und Optimismus aber auch ein sicheres Auftreten, Innovativität und Konfliktfähigkeit sind es, die einen Lehrer ausmachen.³³² Die Politologin und Lehrerin Inge Faltin schrieb dazu: „Deshalb muss die Persönlichkeitsentwicklung, nach der Auslese nach „Berufung“ und Interesse am Wachstum junger Menschen, im Mittelpunkt der Ausbildung stehen.“³³³ Auch der Rechnungshof gelangt in seiner Betrachtung zum Ergebnis, dass strengere Auswahlverfahren von Nöten sind, die eine Eignung für den Lehrberuf feststellen.³³⁴

Die alles entscheidende Frage die sich hier stellt, ist natürlich jene, wie man die besten Kandidaten für den Lehrberuf bekommt, bzw. wie man sie aus der Masse der Bewerber herausfindet. Eines ist vorwegzunehmen: in den kommenden Jahren wird es einen vermehrten Bedarf an jungen Lehrern geben. Daher geht etwa auch NR Amon davon aus, dass Schulen vielfach froh sein müssen, wenn sie überhaupt die nötige Zahl an Lehrern erhalten. (siehe Interview im Anhang) Es wäre aber falsch, wenn man sich nicht dennoch Gedanken machen würde, wie man in Zukunft die bestqualifizierten Lehrer bekommen kann, um so insgesamt für eine höhere Qualität innerhalb der Lehrerschaft sorgen zu können.

Drei Faktoren sind es für mich, die hier eine wesentliche Rolle spielen. Man muss zu

³³⁰ Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, S. 208. Unter: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

³³¹ Glattauer, Niki: Der engagierte Lehrer und seine Feinde – Zur Lage an Österreichs Schulen. Wien, 2010. S. 181.

³³² vgl. Guggenbühl, Allan: Die PISA-Falle – Schulen sind keine Lernfabriken. Freiburg, 2002. S. 185.

³³³ Faltin, Inge; Faltin Daniel: Schule versagt – Warum Bildung ein Glücksspiel ist und wie sich das ändern kann. München, 2011. S. 261.

³³⁴ vgl. Der Rechnungshof: Arbeitsgruppe Verwaltung Neu – Schulverwaltung. S. 52. Unter: http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/2010/beratung/verwaltungsreform/Bildung/Pr oblemanalyse_Schulverwaltung.pdf, Stand: 05.01.2012.

aller erst Anreize schaffen, dass die besten Köpfe sich für eine Lehrerausbildung entscheiden und nicht in die Privatwirtschaft abwandern. Dies wäre möglich durch eine qualitativ gute Ausbildung, durch attraktive Lehrergehälter und vor allem durch Leistungsanreize und Weiterentwicklungsmöglichkeiten.³³⁵ All das sind natürlich Dinge, die in den bereits erläuterten Bereich eines neuen Dienst- und Besoldungsrecht gehören, sowie in die Neuorganisation der Schulverwaltung. Als zweiten, ganz wesentlichen Punkt, erachte ich es, dass bereits an den Stätten der Lehrerausbildung Personen ausgefiltert werden, die für einen Unterricht im Klassenzimmer nicht geeignet sind. Derzeit wird an Universitäten so gut wie gar nicht darauf geachtet und auf Pädagogischen Hochschulen ebenfalls viel zu wenig. Beginnt eine Gruppe von 25 angehenden Lehrern, ist es keine Seltenheit wenn weit über 80% davon auch als fertige Lehrer abschließen. Dies natürlich nur deshalb, weil eine zu starke Selektion zu einem Lehrermangel führen würde. Im Sinne eines qualitativen Schulsystems für die Zukunft ist das allerdings nicht. Als dritten entscheidenden Aspekt dafür, die bestmöglichen Köpfe zu bekommen erachte ich es, dass man das Lehrerbild in der Gesellschaft wieder entsprechend aufwertet, dazu allerdings am Schluss dieses Kapitels.

Um die besten Kandidaten zu finden, wäre ein bereits angesprochener Bereich sicherlich förderlich. Alle angehenden Lehrer, müssen einmal selbst die Schulbank gedrückt haben. Von Seiten der ÖVP sprach man sich gegen eine stärkere Personalkompetenz der Direktoren deswegen aus, weil sonst Kleinschulstandorte womöglich keine Lehrerbewerbungen mehr haben würden. Ich behaupte aber, es könnte der umgekehrte Effekt bewirkt werden. Hätten Direktoren die volle Personalhoheit und entdecken in ihrer Schule eine herausragende Persönlichkeit, so könnten sie dieser eine Lehrerausbildung nahe legen und einen Lehrerjob an der Schule in Aussicht stellen. So könnten Direktoren bereits die Besten „casten“ und auch in Kleinstandorten würde man wohl ausreichend Lehrer finden können, denn eine Anstellung als Lehrer in seiner Heimatgemeinde direkt vor der eigenen Haustür, verbunden mit einem attraktiven Lehrergehalt und aufgewerteten Lehrerbild, ist für viele sicherlich ein großer Anreiz. Einmal mehr meine ich daher, dass die Argumentation der ÖVP in diesem Bereich ins Leere geht und mehr Autonomie und

³³⁵ vgl. **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 68.

Personalhoheit der Schulstandorte absolut wünschenswert und erforderlich sind.

8.9.2. Die Lehrerausbildung und die Lehrerweiterbildung

Die Frage im Bereich der Lehrerausbildung ist vor allem jene, wo diese stattfinden soll. Derzeit werden Lehrer zum Teil an Pädagogischen Hochschulen ausgebildet, die dem Bundesministerium für Bildung unterstehen, zum anderen Teil an Universitäten, die in den Kompetenzbereich des Wissenschaftsministeriums fallen. Nicht nur zwei unterschiedliche Ministerien, sondern derzeit auch besetzt mit Ministern unterschiedlicher Parteien. Umso mehr birgt diese Frage Konfliktpotenzial in sich und lässt Reformen in weite Ferne rücken. „Während sich Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle (ÖVP) und Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) nicht über Zuständigkeit und Ansiedlung der neuen Lehrerbildung einigen können, wissen jene, die sich vor einem Jahr in der Universitären Plattform für Lehrerbildung (UPL) zusammengeschlossen haben, ganz genau, wo sie die Lehrerbildung sehen möchten: an den Unis.“³³⁶

Die Forderung einer gemeinsamen Ausbildung der Lehrer des Sekundarschulwesens ist, wie so viele Punkte, bereits über vier Jahrzehnte alt. „Die dringend notwendige ideelle Einheit des gesamten Lehrerstandes könnte nach Auffassung der Initiatoren des Entwurfs dadurch erreicht werden, daß die Lehrer des Sekundarschulwesens – bisher in Haupt- und Mittelschulen getrennt – eine gemeinsame Ausbildung erhielten.“³³⁷

Es ist meiner Meinung nach ganz egal für wessen Kompetenz man sich schlussendlich entscheidet. Viel wichtiger ist, dass in der Lehrerausbildung darauf geachtet wird, ob jemand tatsächlich geeignet ist, sowie, dass auf Praxiserfahrung ein stärker Fokus gelegt wird. Sehr bildlich schildert es Andreas Salcher: „In fast allen hoch qualifizierten Berufen wird ein Großteil der Ausbildung selbstverständlich in der tatsächlichen Berufssituation durchgeführt: Ärzte und Krankenschwestern arbeiten im Spital, Priester starten in der Kirche als Kapläne, Anwälte haben ihr Gerichtsjahr und

³³⁶ Die Presse, 21.11.2011., S. 21.

³³⁷ **Scharfenberg**, Günter: Bildungspolitik im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfte. Berlin, 1970. S. 92.

Piloten lernen erst am Flugsimulator und dann als Co-Piloten. Im Gegensatz dazu findet die Lehrerausbildung zum Großteil im Hörsaal der Universität statt, weit weg von der harten Realität des Klassenzimmers.“³³⁸ Das Gros der Ausbildung muss aufgrund veränderter Rahmenbedingung weg von Sachwissenkenntnis hin zu mehr sozialen und emotionalen Verständnis gelegt werden.³³⁹ Auf diese Bereiche sind unsere Lehrer heutzutage zu wenig vorbereitet, doch werden sie immer wichtiger in der heutigen Schulrealität und innerhalb unserer Gesellschaft. Auch die Forderung nach einer verbesserten Ausbildung im Erkennen von Talenten und Begabungen³⁴⁰, in der Sonderpädagogik³⁴¹, sowie im Umgang mit Migrantenkindern³⁴² sind immer wieder Gegenstand der Fachliteratur und heutzutage in zunehmenden Maße von Bedeutung. Wie bereits schon erwähnt sollte im Bereich der Lehrerausbildung ebenso darauf geachtet werden, dass moderne Technologien fixer Bestandteil des Stundenplanes sind. Nur Lehrer mit modernstem Know-How können dieses auch unseren Kindern vermitteln.

All diese Bereiche gilt es verstärkt in die zukünftigen Lehrerausbildung einzubinden und auch der Vorschlag, den NR Mayer durchklingen hat lassen, dass Junglehrer in den ersten beiden Dienstjahren gemeinsam mit einem ausgebildeten Betreuungslehrer in der Klasse stehen sollen und so Erfahrung und Übung sammeln sollen, bevor sie selbst ganz alleine eine Klasse unterrichten, ist aufgreifenswert. Vergleichbar wäre so etwas mit dem Turnus bei Medizinstudenten. (siehe Interview im Anhang)

Meiner Meinung nach sollte man eine universitäre Lehrerausbildung einrichten für alle Lehrertypen. In einem gemeinsamen Bachelorstudium sollten grundlegende pädagogische Fertigkeiten geschult werden aber auch möglichst viele Praxisstunden gesammelt werden in Schulen. Gepaart sollte all das mit Spezialisierungsmodulen sein, die bereits auf einzelne Unterrichtsfächer hin ausgerichtet sind. In einem darauf aufbauenden Masterstudium sollte allerdings erst dann das nötige Spezialwissen für

³³⁸ **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 67.

³³⁹ vgl. **Friedrich**, Max H.: Lebensraum Schule – Perspektiven für die Zukunft. Wien, 2008. S. 168.

³⁴⁰ vgl. **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 48.

³⁴¹ **Glattauer**, Niki: Der engagierte Lehrer und seine Feinde – Zur Lage an Österreichs Schulen. Wien, 2010. S. 183.

³⁴² vgl. Die Presse, 21.11.2011, S. 21.

einzelne Fächer vermittelt werden. Ein derartiges Konzept wäre erstrebenswert, da Lehrer insgesamt besser auf den Schulalltag und die pädagogischen Notwendigkeiten vorbereitet werden können. Derzeit ist die Umsetzung einer derart geänderten Lehrerausbildung aber in weiter Ferne.

Nicht nur in der Ausbildung der Lehrer, auch in der Weiterbildung bedarf es Veränderungen. Auch hier fallen die Fortbildungspflichten für Landes- und Bundeslehrer auseinander. Landeslehrer müssen sich im Ausmaß von 15 Jahresstunden fortbilden, für Bundeslehrer gibt es hier nur eine allgemeine Dienstpflicht.³⁴³ Zudem sind derzeit zwar Weiterbildungsmaßnahmen vorgesehen, allerdings lässt das Angebot der Weiterbildungsveranstaltung oft zu wünschen übrig. Hier sollte stärker auf qualitative Angebote geachtet werden. Speziell durch die ständige Fort- und Weiterbildung sollte sichergestellt werden, dass Lehrer stets am aktuellen Stand der Technik bleiben. Der Rechnungshof kritisiert in diesem Zusammenhang, dass es derzeit keine Aufzeichnungen darüber gibt, welche Fortbildungsveranstaltungen ein Lehrer bisher absolviert hat. Daher ist auch eine aktualisierte Qualität der Lehrer nicht gewährleistet werden.³⁴⁴ Hier gilt es also anzusetzen. Vor allem aber könnte man durch gezielte Weiterbildungsmaßnahmen auch Anreize für Lehrer schaffen, sich in Richtung Managementagenden fortzubilden. Die Einführung eines mittleren Managements und von Betreuungslehrern würde genug Felder bringen, auf denen man Weiterbildungsveranstaltungen anbieten könnte. Ebenso gehört für den Bereich der Schulleiter ein Ausbildungsweg für Lehrer geschaffen, die sie auf die zahlreichen Aufgaben, wie Personalmanagement, Ressourceneinsatz, Öffentlichkeitsarbeit, etc. vorbereiten. Auch der Rechnungshof kritisiert die Tatsache, dass Direktoren ohne fundierte Managementausbildung einfach aus dem Kreis der Lehrer rekrutiert werden.³⁴⁵ Zwar gibt es Seminare und Schulungen für angehende Direktoren, allerdings nicht in dem Umfang und dieser Intensität, wie es notwendig wäre. Wenn man ein mehr an Autonomie und Machtbefugnissen für Direktoren befürwortet, sollte man konsequenterweise auch diese verstärkte Ausbildung als Anforderung an Direktoren stellen. Ähnliches gilt

³⁴³ vgl. Der Rechnungshof: Arbeitsgruppe Verwaltung Neu – Schulverwaltung. S. 50. Unter: http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/2010/beratung/verwaltungsreform/Bildung/Problemanalyse_Schulverwaltung.pdf, Stand: 05.01.2012.

³⁴⁴ vgl. Ebd.

³⁴⁵ vgl. Der Rechnungshof: Arbeitsgruppe Verwaltung Neu – Schulverwaltung. a.a.O., S. 37.

natürlich auch wie gesagt für das mittlere Management und die Ausbildungslehrer, die neu eingetretene Kollegen unter ihre Fittiche nehmen sollen.

8.9.3. Das Lehrerbild innerhalb der Gesellschaft

Ein ganz wesentlicher Aspekt, den man in der Diskussion nicht außer Acht lassen sollte, ist die Außendarstellung des Lehrerberufes in der Gesellschaft. Bundesministerin Schmied schreibt zwar: „Der gesellschaftliche Status der LehrerInnen soll durch ein modernes Dienst- und Besoldungsrecht gehoben werden.“³⁴⁶ Ich meine aber, dass dies etwas ist, was nicht nur durch ein neues Dienst- und Besoldungsrecht erfolgen kann. Vielmehr hat die Außendarstellung, wie sie in der aktuellen Debatte gemacht wurde, zu einem immer negativeren Bild beigetragen hat. Vielfach wurden Lehrer als Faulpelze und Blockierer dargestellt. Aussagen von „exorbitanten Lehrergehältern“ und bloßen „Halbtagsjobs der Lehrer“, sowie Forderungen von Anwesenheit während der Ferien in den Schulen und mehr Unterrichtsstunden, lassen ein Bild des Lehrerberufes entstehen, das alles andere als positiv ist. Umso abschreckender kann es für viele qualifizierte junge Menschen sein, einen derartig negativ behafteten Beruf zu ergreifen. Auch im Hinblick auf die veränderten Anforderungen, die an die Schule gestellt werden, und wo Erziehung immer stärker in den Vordergrund tritt, ist es für Lehrer nicht förderlich, wenn ihnen in der Gesellschaft nicht jener Stellenwert eingeräumt wird, den sie eigentlich haben sollten. Völlig zu Recht schreibt Monika Kircher-Kohl: „Eine Schul- und Bildungsreform muss daher auch zum Ziel haben, die Rolle von Lehrerinnen und Lehrern neu zu definieren und ihnen das Pouvoir in die Hand zu geben, das dieser Rolle auch gerecht wird: Die Architektinnen und Architekten unserer Zukunft zu sein – das bedarf höherer Flexibilität, professioneller Personalauswahl und würdiger Arbeitsplätze, bringt jedoch ungemein mehr an Gestaltungsfreiheit und –möglichkeiten.“³⁴⁷

In der aktuellen Diskussion ist diesem Punkt bisweilen keine Aufmerksamkeit

³⁴⁶ **Schmied**, Claudia: Bildungsreform für Österreich – Zu den Anliegen und Sichtweisen einer zukunftsorientierten Bildungspolitik. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 13-26. Hier: S. 23.

³⁴⁷ **Kircher-Kohl**, Monika: Neu denken in Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. In: **Paierl**, Herbert; **Heingärtner**, Markus (Hrsg.): Reformen ohne Tabu – 95 Thesen für Österreich. Wien, 2011. S. 33-39. Hier: S. 36f.

geschenkt worden. Neben neuem Dienst- und Besoldungsrecht und verbesserter Lehrerausbildung ist es aber ein ganz wesentlicher Faktor das Lehrerbild in der Gesellschaft aufzubessern, um die besten in den Schuldienst bekommen zu können.

8.9.4. Resümee

Zusammenfassend kann man sagen, dass der Lehrer der wesentliche Faktor ist, um die Qualität der Schule zu verbessern. In der aktuellen Diskussion allerdings wird zu sehr um Macht- und Einflussmöglichkeiten gestritten anstatt die Lehrerausbildung qualitativ zu verbessern. Der Lehrer ist für den Erfolg wichtiger als die Frage nach Gesamtschule oder getrennter Schulform. So führt Salcher Finnland als Beispiel an, allerdings nicht für seine Gesamtschulstruktur, sondern vielmehr für seine Lehrerauswahl. „In den besten Schulsystemen der Welt

- gehören die Lehrer zu den zehn Prozent der Besten ihres Faches an der Universität.
- wird der Lehrberuf von Studenten als eine der drei attraktivsten Karrieremöglichkeiten gesehen.
- wird einer von zehn Bewerbungen für das Lehramt tatsächlich aufgenommen.

Finnland zeigt uns vor, wie man großartige Lehrer gewinnt, wenn man ihnen den hohen Stellenwert in der Gesellschaft gibt, den sie verdienen.“³⁴⁸

Ein ähnliches System ist auch in Österreich notwendig, um Schule weiter nach vorne zu bringen. Da der Lehrer ein so entscheidender Faktor ist, ist es auch bei der Durchführung von Reformen so wichtig, die Lehrerschaft hinter sich zu wissen, denn sie entscheidet durch die praktische Umsetzung vielfach über Gelingen oder Scheitern einer Reformmaßnahme.

Der Lehrberuf gehört aufgewertet, damit auch in Zukunft qualitativ hochwertig gearbeitet werden kann an unseren Schulen. Dies zu erkennen, ist eine wesentliche Anforderung an die handelnden Akteure der Schulpolitik.

³⁴⁸ **Salcher**, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008. S. 65.

9. Resümee und Ausblick

Nachdem nun die größten und wichtigsten Reformprojekte im Bereich der Schulpolitik einer näheren Untersuchung unterzogen wurden, kann nun Bilanz gezogen werden.

Die Forschungsfrage, die sich mir stellte war jene, ob die im Regierungsübereinkommen 2008-2013 beinhalteten Reformen bis zum Ende der Legislaturperiode umgesetzt werden können, und wenn ja, ob sie die österreichische Schullandschaft auch zukunftstauglich machen, sodass unsere Kinder in den nächsten Jahren und Jahrzehnten erfolgreich, effizient und nachhaltig ausgebildet werden.

Der erste Teil dieser Fragestellung muss resümierend mit einem klaren Nein beantwortet werden. Auch wenn die beiden Bildungssprecher in den Interviews stets beteuerten, dass sie davon ausgehen, dass all die Reformprojekte bis zum Ende der Regierungsperiode umgesetzt werden können, so ist – ganz objektiv gesehen – nicht damit zu rechnen, dass dies noch geschafft wird. In Bereichen wie der Lehrerausbildung oder dem neuen Dienst- und Besoldungsrecht, sowie in der gesamten Schulverwaltung sind die Verhandlungen noch nicht so weit vorangeschritten, dass innerhalb des nächsten Jahres mit einer Reform zu rechnen ist. Teiletappen wurden erledigt, wichtige Reformen wie die Frage der Ganztagesbetreuung zum Beispiel umgesetzt, darauf gilt es aufzubauen.

Der zweite Teil meiner Fragestellung ist ebenfalls mit Nein zu beantworten, da zum einen wie erwähnt einige Punkte des Regierungsübereinkommens 2008-2013 im Bereich der Schulpolitik wohl unerledigt bleiben werden, und zweitens jene Reformbemühungen wie sie im Regierungsprogramm 2008-2013 vereinbart sind, teilweise nicht ausreichen, um unsere Schullandschaft wirklich fit für die veränderten Rahmenbedingungen zu machen.

Die gerade angesprochenen neuen Rahmenbedingungen liegen wie gezeigt unweigerlich vor. Zum einen ist es die veränderte Stellung der Schule innerhalb der Gesellschaft, immer mehr an Erziehungsarbeit muss von den Schulen erbracht werden. Es muss daher ein anderes Verständnis der Aufgabe der Schulen gefunden werden, um dem gerecht werden zu können. Zudem gibt es Veränderungen auf dem ökonomischen Sektor. Die Globalisierung hat unsere Welt verändert, es werden neue

Ansprüche an den Arbeitsmarkt gesetzt und ein modernes Schulsystem muss marktorientiert Personal „produzieren“. Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang auch eine verstärkte Technologisierung, die die gesamte Gesellschaft verändert hat. Moderne Medien sind fixer Bestandteil unseres Lebens, Sachwissen durch das Internet blitzschnell zu erlangen. Auch diesbezüglich muss Schule daher umdenken und stärker emotionale und wertebezogene Eigenschaften vermitteln. Sachwissen erlangt heutzutage jeder 9-Jährige via Google. Werte, Grundhaltungen und auch Ausdauer sind vielfach aber Tugenden, die stärker gefördert werden sollten. Zudem muss Schule auch mit der neuesten Technik arbeiten, damit die Jugendlichen von heute auf ihre Aufgaben in der Zukunft bestmöglich vorbereitet werden können.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt, der sich in den letzten Jahren im Zusammenhang mit unserer Gesellschaft verändert hat, ist die zunehmende Europäisierung. Diese hat allerdings im Bereich der Schule noch zu wenig Einzug gehalten. Gerade bei Jugendlichen muss auf die Bildung einer europäischen Identität geachtet werden, da Bildung eine identitätsstiftende Funktion inne ist.

All diese Umstände, die sich im Laufe der Zeit verändert haben, führten zu ganz anderen Rahmenbedingungen für Schulpolitik. Die Schule selbst hat sich aber zu wenig an diese geänderten Anforderungen angepasst. Daher hat sich auch, wie hinreichend dargestellt, meine erste Hypothese als richtig bewahrheitet.

Meine zweite Hypothese beschäftigte sich mit den Faktoren, die notwendig sind, damit Reformprojekte überhaupt zustande kommen können. Wie Graf von Krockow richtig ausführte, ist Druck von drei Seiten notwendig. Von oben, unten und von der Seite. In schulpolitischen Fragen ist es vor allem der externe Druck, der nötig ist, damit Debatten in Gang gesetzt werden und den nötigen Nachdruck erhalten. Im Bildungsbereich sind es wie gezeigt meist internationale Vergleichsstudien, die nationale Bildungssysteme bewerten. Bei einem schlechten Abschneiden wird reflexartig ein Begehren nach Reformen laut. So bekommen diese eigentlich nicht dafür legitimierten Organisationen realpolitisch einen enormen Einflussbereich. In Österreich wurde in der aktuellen Bildungsdiskussion dieser Druck vor allem durch PISA sowie – wenn auch deutlich schwächer – durch das Bildungsvolksbegehren von Hannes Androsch erzeugt. Ohne diesen externen Druck sind tief greifende Reformen

in der aktuellen österreichischen Parteienlandschaft nicht umsetzbar. Dies liegt zum einen daran, dass schulpolitische Maßnahmen nicht so leicht direkt greifbar sind, wie andere Politikfelder. Reformen im Bereich der Schule wirken sich erst Jahre später erfolgreich aus. Für einen Politiker ist allerdings die aktuelle Umfrage von Bedeutung und nicht jene, die er in zehn Jahren haben wird. Zum anderen bewirken derartige Vergleichsstudien eine breite mediale und öffentliche Debatte. So wird hinreichendes Interesse erzeugt, sodass Schulpolitik auch tagespolitisch für Politiker interessant wird und sie hier auch durch gezielte Reformen versuchen Erfolge einfahren zu können. Meine zweite Hypothese hat sich daher ebenso bewahrheitet.

Betrachtet man die einzelnen Reformpunkte, so stellt sich dabei heraus, dass vielfach die Kluft zwischen den Parteien gar nicht allzu groß wäre. Abgesehen von der ewigen Streitfrage zwischen SPÖ und ÖVP über die Einführung einer Gesamtschule, habe ich in meiner Betrachtung keinen Punkt gefunden, an dem die Parteien ideologisch so weit auseinander liegen würden, dass Reformbestrebungen von vornherein nicht gemeinsam möglich wären. Vor allem im Bereich der Ganztagschulen, in der nunmehr auch die ÖVP für ein frei wählbares Angebot eintritt, sind ideologische Hürden überwunden worden. In vielen anderen Bereichen sind die Standpunkte der Parteien nicht allzu weit voneinander entfernt, so fordern beide ein neues Lehrerdienstrecht, höhere Einstiegsgehälter, gleiche Lebensverdienstsumme, fließendere Übergänge an Schnittstellen des Bildungssystems, Verbesserungen im Bereich der frühkindlichen Erziehung, usw. Im Grunde ist man sich vielfach bei der Zielsetzung einig. Alleine darüber, wie man am besten auf diese Ziele drauflos steuern soll, ist man sich oftmals uneinig. Die vierte These meiner Arbeit hat sich daher als nicht richtig herausgestellt, denn aus der Parteiideologie heraus scheitert nur das von der SPÖ gewünschte Projekt „Gesamtschule“. Sieht man von diesem Thema ab, so finden sich kaum ideologische Standpunkte, die für die Parteien unumgänglich wären, bzw. nicht miteinander vereinbar wären. Ein Beispiel für die Vereinbarkeit und Kompromissfindung diesbezüglich wäre etwa die Beurteilung mit Hilfe von Noten kombiniert mit zusätzlicher verbaler Beurteilung. Insofern hat sich meine dritte Hypothese als nicht richtig herausgestellt. Nicht ideologische Interessen verhindern die notwendigen Reformen im Schulbereich, sondern divergierende Machtinteressen, zwischen dem Bund und den Ländern, sowie Klientelismusüberlegungen, hier spielt etwa die starke Stellung der Lehrgewerkschaft eine zentrale Rolle.

Meine vierte und letzte Hypothese war jene, dass die bisher umgesetzten Reformprojekte nicht den veränderten Anforderungen, die durch die geänderten Rahmenbedingungen im Schulbereich entstanden sind, in ausreichendem Maße gerecht werden. Im Regierungsübereinkommen 2008-2013 vereinbarten die beiden Regierungsparteien: „Die beiden Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP wollen in der Bundesregierung und den beiden Klubs im Parlament zusammenarbeiten, um Österreich in den nächsten fünf Jahren weiter nach vorne zu bringen.“³⁴⁹ Natürlich verwiesen auch die beiden Bildungssprecher im Interview auf die zahlreichen Maßnahmen, die man bereits umgesetzt hat und in der restlichen Legislaturperiode noch umsetzen wird, und attestierten sich durchaus ein sehr positives Zeugnis. Um diese vierte Hypothese zusammenfassend beantworten, und beurteilen zu können, ob es tatsächlich geschafft wurde, Österreich im Bereich der Bildung „weiter nach vorne zu bringen“, muss man jeden behandelten Reformpunkt einzeln diesbezüglich betrachten. Im Bereich der frühkindlichen Erziehung hat man es bisher noch nicht geschafft, trotz Übereinstimmung zwischen den Regierungsparteien, wie wichtig der Übergang zwischen Kindergarten und Volksschule ist, die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Institutionen zu verbessern. Die Reformbemühungen sind in diesem Bereich damit also noch nicht ausreichend vorangeschritten.

Was den Bereich der Ganztagesbetreuungsplätze betrifft, konnte mit zusätzlichen 80 Millionen Euro ein wesentlicher Impuls gesetzt werden. Probleme in der praktischen Umsetzung gilt es noch auszubessern, ansonsten ist hier ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung gelungen.

Das Thema Migration ist wie bereits erläutert kein rein schulisches Problem, sondern vielmehr ein gesamtgesellschaftliches. Dennoch sind auch in diesem Bereich nachhaltige Reformen zur Lösung der Problematik unzureichender Deutschkenntnisse etwa noch unzureichend gelöst. Hier besteht im verstärkten Ausbau schulautonomer Förderungsmöglichkeiten noch Handlungsbedarf.

Was die modulare Oberstufe betrifft, so kann erst in einigen Jahren beurteilt werden,

³⁴⁹ Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, S. 3. Unter: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

wie erfolgreich diese Reformmaßnahme angelaufen ist. Eine seriöse Beurteilung, ist zum derzeitigen Stand noch nicht möglich, wenngleich auch hier bereits fehlende neue, in Module gefasste Lehrpläne, ein möglicher negativer Punkt in der Umsetzung der Reformbestrebungen zu werden drohen. Hier ist es ähnlich wie bei der Zentralmatura. Die Einführung war zwar begrüßenswert, doch wurde an der praktischen Umsetzung zu wenig exakt gearbeitet, was zu zahlreichen zusätzlichen Problemen geführt hat und führen wird.

Dem Bereich der Neuen Mittelschule muss man offen gegenüber stehen, die ersten Erfahrungen wurden gemacht, ob diese neue Form allerdings den gewünschten – und erforderlichen – Erfolg bringt, bleibt noch abzuwarten und wird sich erst in ein paar Jahren sagen lassen. Gelingt es, dass durch die Umwandlung in NMS Hauptschulen nicht zu Restschulen verkommen, und werden NMS auch von den Eltern und Schülern ausreichend positiv angenommen, so kann es langfristig womöglich dazu kommen, dass die NMS tatsächlich bloßer Zwischenschritt zur Gesamtschule ist. Dies allerdings nur, wenn sich herausstellen sollte, dass diese Schulform erfolgreichere Ergebnisse liefert. Vor allem internationale Vergleichsstudien, wie etwa die PISA-Testung, werden hier wohl in den kommenden Jahren als Indikator dafür herangezogen werden.

Was den Bereich der Schulverwaltung, des neuen Dienst- und Besoldungsrecht, der Lehrerausbildung und der Lehrerweiterbildung betrifft, so sind die erforderlichen Reformmaßnahmen noch nicht umgesetzt. Es bleibt auch zu bezweifeln, dass diese Maßnahmen noch innerhalb der Legislaturperiode aufgegriffen werden können. Gerade in diesen Punkten liegen aber die wichtigsten und nötigsten Reformbereiche, die unsere Schule nachhaltig verbessern könnten. Somit ist insgesamt die vierte Hypothese hinreichend bestätigt. Nur in wenigen Teilbereichen kann bereits jetzt ein positives Resümee gezogen werden, was die Reformmaßnahmen betrifft, in anderen wenigen Bereichen, kann zum derzeitigen Stand noch nicht abgeschätzt werden, ob die Reformen von Erfolg gekrönt sein werden. Im größten Teil sind gerade die wichtigsten Reformbereiche allerdings noch offen. Auf die veränderten Anforderungen wird von Seiten der Politik daher nicht in ausreichendem Maß eingegangen.

Claus Raidl meinte im Jahr 2011: „Nur eine große, lang anhaltende Wirtschaftskrise

(Schrumpfung des Bruttoinlandsproduktes während zwei bis drei Jahren) würde alle zwingen, alle Einsparungsmöglichkeiten zu realisieren.“³⁵⁰ Seiner Ansicht nach würde der Druck von außen in diesem Fall so groß, dass Reformen im Bereich des Föderalismus und der Verwaltung in Angriff genommen werden könnten. Scheinbar ist die aktuelle Wirtschaftskrise noch nicht heftig genug ausgefallen, denn im Sparpaket 2012 fand das Thema Schulverwaltung keine Berücksichtigung. Viele Bildungsexperten kritisierten, dass hier nicht auch diese Verwaltungsreformen miteinbezogen wurden. Es bleibt somit abzuwarten, ob in den nächsten Jahren eine große Reform im Schulbereich erfolgen wird. Zu erwarten ist es nicht. Wenn überhaupt, so wird man meines Erachtens in vielen Zwischenschritten über Jahre hinweg einzelne Reformpunkte aufgreifen und so auf veränderte Anforderungen reagieren.

Abschließend möchte ich festhalten: Wie auch immer sich in den nächsten Jahren unser Schulsystem entwickeln wird, eines muss stets bedacht werden: Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Schulbildung ist der einzelne Lehrer. Daher gilt es besonders auf die Auswahl, Ausbildung und Weiterbildung der Lehrkräfte zu achten. Dies ist der wichtigste Faktor, um in Zukunft erfolgreich und nachhaltig ausbilden zu können. Diesbezüglich wurden von den Regierungsparteien in der laufenden Legislaturperiode jedoch noch keine nennenswerten Schritte gesetzt.

³⁵⁰ **Raidl**, Claus: Föderalismus besser managen. In: **Paierl**, Herbert; **Heingärtner**, Markus (Hrsg.): Reformen ohne Tabu – 95 Thesen für Österreich. Wien, 2011. S. 115-119. Hier: S. 118.

Literaturverzeichnis

Monographien:

- Ahnert**, Lieselotte: Wieviel Mutter braucht ein Kind?: Bindung – Bildung – Betreuung: öffentlich und privat. Heidelberg, 2011.
- Anghern**, Emil: Interpretation und Dekonstruktion – Untersuchungen zur Hermeneutik, Göttingen, 2003.
- Becker**, Joachim: Wer macht Politik? – politische Subjekte, Akteure und Handlungsträger. Wien, 1998.
- Behnke**, Joachim; **Bauer**, Nina; **Behnke**, Nathalie: Empirische Methoden der Politikwissenschaft. Paderborn, 2010.
- Bergmann**, Jan (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union. Baden-Baden, 2012.
- Blaschke**, Godwin: Die österreichische Schulreform zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Bildungspolitik in der Zweiten Republik (1945-1977). Wien, 1978. [Diss.]
- Borchardt**, Klaus-Dieter: Die rechtlichen Grundlagen der Europäischen Union. Wien, 2010.
- Evers**, Carl-Heinz: Modelle moderner Bildungspolitik – Reden und Aufsätze aus einem Jahrzehnt. Berlin, 1969.
- Faltin**, Inge; **Faltin** Daniel: Schule versagt – Warum Bildung ein Glücksspiel ist und wie sich das ändern kann. München, 2011.
- Friedrich**, Max H.: Lebensraum Schule – Perspektiven für die Zukunft. Wien, 2008.
- Glattauer**, Niki: Der engagierte Lehrer und seine Feinde – Zur Lage an Österreichs Schulen. Wien, 2010.
- Glattauer**, Niki: Die PISA-Lüge – Wie unsere Schule wirklich besser wird. Wien, 2011.
- Graf von Krockow**, Christian: Reform als politisches Prinzip. München, 1976.
- Groppe**, Carola: Die Macht der Bildung – das deutsche Bürgertum und der George-Kreis 1890-1933. Köln, 1997.
- Guggenbühl**, Allan: Die PISA-Falle – Schulen sind keine Lernfabriken. Freiburg, 2002.
- Gunst**, Dieter: Politik zwischen Macht und Recht – eine Begriffsanalyse. Mainz, 1974.

Haider, Hans: Elisabeth Gehrler: Reportage eines politischen Lebens. Wien, 2008.

Kraus, Josef: Ist die Bildung noch zu retten? – Eine Streitschrift. München, 2009.

[o.A.]: Schulreform – Bericht an des Parlament. Bundesministerium für Unterricht. Wien, 1969.

Reble, Albert: Gesamtschule im Widerstreit. Stuttgart, 1981.

Rucker, August: Bildungsplanung – Versagen auch in der Zukunft?. Diessen/Ammersee, 1965.

Salcher, Andreas: Der talentierte Schüler und seine Feinde. Salzburg, 2008.

Scharfenberg, Günter: Bildungspolitik im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfte. Berlin, 1970.

Sommer, Jörg: Dialogische Forschungsmethoden – Eine Einführung in die dialogische Phänomenologie, Hermeneutik und Dialektik, München-Weinheim, 1987.

Spitzer, Manfred: Medizin für die Bildung – Ein Weg aus der Krise. Heidelberg, 2010.

Vierlinger, Rupert: Schulerfahrung & Schulreform – Stationen eines Lehrerlebens. Linz, 2011.

Widmaier, Hans Peter (u.a.): Zur Strategie der Bildungspolitik. Bern, 1968.

Beiträge aus Sammelbänden:

Berthold, Martin: Bildungspolitik als Aufgabe des Gesamtstaates. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 199-216.

Berthold, Martin: Bildungspolitik am Scheideweg: die Schule. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 13-38.

Bodenhöfer, Hans-Joachim: Bildungspolitik. In: Dachs/Gerlich/Gottweis/Kramer/Lauber/Müller/Tálos (Hrsg.): Politik in Österreich – Das Handbuch. Wien, 2006. S. 652-662.

Cortolezis-Schlager, Katharina: Hin zur Wissensgesellschaft. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 145-156.

- Ditton**, Hartmut; **Krüsken**, Jan: Bildungslaufbahnen im differenzierten Schulsystem – Entwicklungsverläufe von Laufbahneempfehlungen und Bildungsaspirationen in der Grundschulzeit. In: **Trautwein**, Ulrich; u.a. (Hrsg.): Bildungsentscheidungen. Berlin, 2009. S. 74-102.
- Faßmann**, Heinz: Demographischer und sozialer Wandel. In: Dachs/Gerlich/Gottweis/Kramer/Lauber/Müller/Tálos (Hrsg.): Politik in Österreich – Das Handbuch. Wien, 2006. S. 52-64.
- Fuhrmann**, Christoph: Lernstandserhebungen als Mittel zur Steuerung von Bildungssystemen: Verbessertes statistisches Modell zur Auswertung von Kompetenzmessungen. In: **Lange**, Ute; u.a. (Hrsg.): Steuerungsprobleme im Bildungswesen – Festschrift für Klaus Harney. Wiesbaden, 2009. S. 137-153.
- Hengstschläger**, Markus: Die Durchschnittsfalle – Gene- Talente – Chancen. Salzburg, 2012.
- Herrmann**, Ulrich G.: „Alte“ und „neue“ Steuerung im Bildungssystem. Anmerkungen zu einem bildungshistorisch problematischen Dualismus. In: **Lange**, Ute; u.a. (Hrsg.): Steuerungsprobleme im Bildungswesen – Festschrift für Klaus Harney. Wiesbaden, 2009. S. 57-77.
- Höchtel**, Josef: Entwicklungstendenzen der Bildungspolitik im Spiegel empirischer Befunde. In: **Höchtel**, Josef; **Windhager**, Fritz (Hrsg.): Bildungspolitik für Österreich – Analysen – Kritik – Konzeptionen. Wien, 1983. S. 41-66.
- Katschthaler**, Hans: Konsens und Konflikt in der Schulpolitik. In: **Höchtel**, Josef; **Windhager**, Fritz (Hrsg.): Bildungspolitik für Österreich – Analysen – Kritik – Konzeptionen. Wien, 1983. S. 17-24.
- Kircher-Kohl**, Monika: Neu denken in Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. In: **Paierl**, Herbert; **Heingärtner**, Markus (Hrsg.): Reformen ohne Tabu – 95 Thesen für Österreich. Wien, 2011. S. 33-39.
- Maier**, Hans: Bildungspolitik für morgen – Perspektiven und Konsequenzen. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 185-197.
- Mitschka**, Igor; **Postl**, Elisabeth: Fremdwort Mitbestimmung – Warum Schule aufregt. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 79-92.
- Niederwieser**, Erwin: Heraus aus den Schützengräben, hinein in die Bildungsreform. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 39-51.

- Pechar**, Hans: Die ständische Versäulung des österreichischen Bildungssystems. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 27-38.
- Raidl**, Claus: Föderalismus besser managen. In: **Paierl**, Herbert; **Heingärtner**, Markus (Hrsg.): Reformen ohne Tabu – 95 Thesen für Österreich. Wien, 2011. S. 115-119.
- Riemer**, Gerhard: Zukunft durch Bildung – Ein Programm 2020 der Bundesregierung!?. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 173-186.
- Rudas**, Laura: Soziale Selektion im österreichischen Schulsystem. Wien, 2008. [Dipl.]
- Rustemeyer**, Dirk: Anarchie im Büro? Organisation als Formen multipler Rationalität. In: **Lange**, Ute; u.a. (Hrsg.): Steuerungsprobleme im Bildungswesen – Festschrift für Klaus Harney. Wiesbaden, 2009. S. 35-56.
- Scherer**, Werner: Bildungsplanung als Mittel der Bildungspolitik. In: **Berthold**, Martin; **Vogel**, Bernhard (Hrsg.): Bildungspolitik – Plädoyer für ein realistisches Konzept. Herford, 1972. S. 149-159.
- Schilcher**, Bernd: Die sechs Todsünden der österreichischen Bildungsdiskussion. In: **Paierl**, Herbert; **Heingärtner**, Markus (Hrsg.): Reformen ohne Tabu – 95 Thesen für Österreich. Wien, 2011. S. 40-47.
- Schmied**, Claudia: Bildungsreform für Österreich – Zu den Anliegen und Sichtweisen einer zukunftsorientierten Bildungspolitik. In: **Broukal**, Josef; **Niederwieser**, Erwin (Hrsg.): Bildung in der Krise – Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können. Wien, 2010. S. 13-26.
- Windhager**, Fritz: Machtdimensionen der politischen Kultur in Österreich. In: **Höchtl**, Josef; **Windhager**, Fritz (Hrsg.): Bildungspolitik für Österreich – Analysen – Kritik – Konzeptionen. Wien, 1983. S. 363-386.
- Windhager**, Fritz; **Höchtl**, Josef (Hrsg.): Bildungspolitik geht alle an. In: **Höchtl**, Josef; **Windhager**, Fritz (Hrsg.): Bildungspolitik für Österreich – Analysen – Kritik – Konzeptionen. Wien, 1983. S. 11-16.
- Zymek**, Bernd: „Wettbewerb zwischen Schulen als Programm und Wettbewerb als Struktur des Schulsystems. In: **Lange**, Ute; u.a. (Hrsg.): Steuerungsprobleme im Bildungswesen – Festschrift für Klaus Harney. Wiesbaden, 2009. S. 81-100.

Online:

Das Bildungsprogramm der SPÖ – Bildung – Grundlage unseres Lebens – Startklar für Österreich. Unter:
http://3dak.kaernten.spoe.at/media/PPM_3DAK_spoe/~M0/11.3dak.pdf
, Stand: 20.09.2010.

Daten Statistik Austria. Unter:
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/bildungsausgaben/019489.html, Stand: 14.11.2011.

Der Rechnungshof – Schulverwaltung – Präsident des Rechnungshofes Dr. Josef Moser 27. August 2009. Unter:
http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/2010/beratung/verwaltungswaltungsreform/Bildung/Praesentation_Schulverwaltung.pdf, Stand: 05.01.2012.

Der Rechnungshof: Arbeitsgruppe Verwaltung Neu – Schulverwaltung. Unter:
http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/2010/beratung/verwaltungswaltungsreform/Bildung/Problemanalyse_Schulverwaltung.pdf, Stand: 05.01.2012.

DiePresse.com, vom 05.09.2007. Unter:
<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/328176/Pflichtschulen-verkaufen>. Stand: 19.01.2012.

Grundsatzprogramm – Beschlossen am 30. ordentlichen Parteitag der Österreichischen Volkspartei am 22. April 1995 in Wien. Unter:
<http://www.oevp.at/download/000298.pdf>, Stand 20.09.2010.

http://www.lebenslanges-lernen.at/home/nationalagentur_lebenslanges_lernen/comenius_schule_und_kindergarten/, Stand: 28.03.2012.

http://www.lebenslanges-lernen.at/home/nationalagentur_lebenslanges_lernen/comenius_schule_und_kindergarten/schulpartnerschaften/, Stand: 28.03.2012.

Martens, Kerstin; Wolf, Klaus Dieter: Paradoxien der Neuen Staatsräson – Die Internationalisierung der Bildungspolitik in der EU und der OECD, Unter: http://www.zib.nomos.de/fileadmin/zib/doc/Aufsatz_06_02.pdf, Stand: 13.01.2012.

ÖAAB – Bildungsrepublik Österreich – Aufstieg durch Bildung – Gerechtigkeit und Leistung sind vereinbar. Unter:
http://bildungsrepublik.at/Bildungsrepublik3/Bildungsrepublik_Osterreich_-_Das_Bildungsprogramm_des_OAAB_files/oeaab-bildungskonzept.pdf, Stand: 7.11.2011.

ÖCV-Bildungsprogramm 2006. Unter:
<http://www.oecv.at/downloads/Bildungsprogramm%20des%20%C3%9>

[6sterreichischen%20Cartellverbandes.pdf](#), Stand: 14.10.2011.

ÖVP - Perspektive Bildung. Vielfalt – Leistung – Sprache. Unter:
http://www.oevp.at/Common/Downloads/BildungswegNEU_Maerz2011_lange%20Version_Anzicht.pdf, Stand: 20.09.2011.

Philipp, Thomas: Identität und Bildung – Zur Kompetenzentwicklung von Erwachsenen im Zeichen gesellschaftlicher Umbrüche. Unter:
<http://www.die-bonn.de/doks/philipp0701.pdf>, Stand: 20.01.2011.

PISA 2009 – Ergebnisse Österreich. Unter:
http://www.oecd.org/document/57/0,3746,de_34968570_39907066_43379577_1_1_1_1,00.html. Stand: 22.12.2011.

Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode. Unter:
<http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

SPÖ – Das Grundsatzprogramm. Unter:
http://spoe.at/bilder/d251/spoe_partei_programm.pdf. Stand: 12.09.2011.

Volksbegehren Bildungsinitiative. Unter:
<http://www.vbbi.at/volksbegehren/forderungen/>, Stand: 03.12.2011.

Zukunft der Bildung – Schule 2020. Unter: http://www.iv-mitgliederservice.at/iv-all/publikationen/file_375.pdf, Stand: 12.10.2011.

Tageszeitungen:

Die Presse, 28.03.2011, S. 19.

Die Presse, 5.11.2011, S. 2.

Die Presse, 11.11.2011, S. 4.

Die Presse, 21.11.2011., S. 21.

Die Presse, 24.11.2011, S. 1.

Die Presse, 25.11.2011, S 4.

Die Presse, 28.11.2011, S. 19.

Die Presse, 28.11.2011, S. 20.

Die Presse, 02.01.2012, S. 11.

Die Presse, 20.01.2012, S. 4.

Die Presse, 9.2.2012, S. 3.

Kurier, 07.01.2012, S. 3.

Anhang

Interview mit NR Werner Amon, am 15. Dezember 2011

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, vorab herzlichen Dank dafür, dass Sie sich die Zeit genommen haben.

Meine erste Frage zum Einstieg ist jene, ob Sie das Bildungsvolksbegehren unterschrieben haben?

Nein, habe ich nicht unterschrieben, aus mehreren Gründen. Erstens weil ich als Abgeordneter aus grundsätzlichen Erwägungen kein Volksbegehren unterschreibe. Da es sich ja direkt an die Politik richtet, ist es, glaube ich für jemanden, der der Bundesgesetzgebung angehört, eigenartig, wenn er dann an sich selbst sozusagen „begehrt“. Das ist einmal das Grundsätzliche. Und das zweite ist, dass ich es auch aus inhaltlichen Gründen nicht unterschrieben hätte, weil in diesem Volksbegehren Punkte enthalten sind, die mit meiner Überzeugung und der Position der Volkspartei nicht vereinbar sind.

Sind Sie der Meinung, dass Ihre Partei ihren Standpunkt in Bildungsfragen der Bevölkerung ausreichend deutlich und klar übermittelt?

Nein, definitiv nicht, wie das ja bei nahezu jedem Standpunkt der eine komplexe Materie betrifft der Fall ist, wie wir in einer derart zugespitzten medialen Situation leben, dass alle Fragen die komplexer Natur sind, nicht an die Breite transportierbar sind. Daher reduzieren sich dann Fragen einer umfassenden Oberstufenreform etwa auf die Frage des Aufsteigens mit wie vielen Nicht genügend pro Modul oder ohne Modul. Und das war es dann auch schon mit der Oberstufenreform in der öffentlichen Diskussion. Das ist natürlich, wenn man eine Fülle an schwierigen Themen hat noch ungleich schwieriger. Also ein klares Nein, es ist sicher nicht ausreichend kommuniziert aber auch nicht ausreichend kommunizierbar.

Soll das heißen, Sie sehen die größten Probleme im Bereich der Bildungspolitik darin, dass es ein so breit gefächertes Thema ist und Reformen daher schwer kommunizierbar sind?

Nein, das würde ich nicht so sagen, dass das die größten Probleme sind. Es ist eine Herausforderung, die Dinge die man macht auch ausreichend zu transportieren. Aber natürlich die Probleme die wir haben, sind Probleme die in der Substanz liegen. Die Öffentlichkeitsarbeit ist eine Sache, aber es geht ja um die substantiellen Fragen.

Auch die frühkindliche Erziehung spielt in die Frage der richtigen Schulpolitik hinein. Wie sollte Ihrer Meinung nach frühkindliche Erziehung aussehen?

Also die Fragen der frühkindlichen Erziehung werden und müssen immer wichtiger werden. Auch die Hirnforschung geht ja in diese Richtung, dass die Prägungsphasen sehr früh sind und Talente sehr früh gefördert werden sollen. Daher ist die frühkindliche Bildungs- und Erziehungsphase von eminenter Bedeutung. Das bringt natürlich auch enorme Herausforderungen für den heutigen Kindergarten. Das bedeutet, dass hier einiges in der Ausbildung der Kindergartenpädagoginnen zu machen ist. Wir werden dann auch

entsprechende Übergänge brauchen vom Kindergarten hinein in die Grundschule, bzw. Primärschulen oder Volksschulen, wie immer man sie auch nennen will. Das sind dann wichtige Themen, denen wir uns zu widmen haben.

Das heißt Sie sind für eine stärkere Vernetzung der Übergänge zwischen Kindergärten und Volksschulen.

Definitiv, wie ich überhaupt der Meinung bin, dass alle Übergänge die wir im Bildungssystem haben, stärker vernetzt werden müssen. Nur ist es hier eine besonders wichtige Schnittstelle, weil die Frage der Schulreife ins Zentrum rücken muss, und nicht nur eine Stichtagsregelung, die quasi seit Maria Theresia gilt. Also seit Mitte des 18. Jahrhunderts, wo man gesagt hat, mit sechs Jahren ist einzuschulen und es mehr oder weniger vom Zufall abhängig war, ob man im Juli oder im Oktober des betreffenden Jahres geboren wurde. Das hat nichts mit der Schulreife zu tun und ich glaube, dass das Thema der Schulreife zentraler gesehen werden sollte.

Betrachtet man das Regierungsübereinkommen der aktuellen Regierung, findet man darin, dass bis 2018 im Rahmen des Schulinvestitionsprogramms 1,664 Mrd. Euro investiert werden sollen. Handelt es sich hierbei allein um Gelder, die der Bund in die Hand nimmt?

Das sind offensichtlich Gelder des Bundes und Zielvorgaben, die ja bei weitem nicht das abbilden, was tatsächlich investiert wird. Wenn ich nur daran erinnern darf, wir haben jetzt erst gerade auch im Rahmen einer Art 15a-Vereinbarung mit den Ländern auch die ganze Frage der Nachmittagsbetreuung neu aufgesetzt. Wo das Finanzministerium jährlich 80 Millionen Euro zur Verfügung stellt, wovon wiederum ein erheblicher Teil auch in die Infrastruktur investiert wird. Man darf ja nicht übersehen, dass bei dem ganzen Pflichtschulbereich der Schulerhalter die Gemeinden sind, die ja riesige Summen investieren. Also das ist eine Zielzahl, die auch nur Teile abbildet, die das Bundesbudget vorsieht.

Eine Frage zum Thema Migration: Migration wird immer wieder als Problem unserer heutigen Schule dargestellt. Für mich persönlich gibt es hier vor allem zwischen ländlichen Schulen und Schulen in Ballungsräumen große Unterschiede. Wie stehen Sie zu dieser Problematik?

Das Problem mit den Schülern mit Migrationshintergrund tritt dort auf, wo ich eine hohe Konzentration habe. Das gilt vor allem für den Ballungsraum und da speziell für gewisse Wiener Bezirke. Das ist das eigentliche Problem. Im ländlich strukturierten Bereich findet die Integration relativ unproblematisch und unaufgeregt statt. Das Problem tritt tatsächlich im Ballungsraum auf. Da habe ich aber auch Dinge, die die Bildungspolitik alleine nicht lösen kann. Das hängt natürlich damit zusammen, wo leben diese Familien? Leben sie alle in einem Bezirk oder sind sie über das gesamte Stadtgebiet verteilt, weil diese Konzentration – Stichwort Sprengelzuteilung – sehr stark natürlich auch mit der Wohnbaupolitik zusammenhängt. Es hängt auch mit Gewerbeberechtigungen zusammen. Die erste Generation von Zuwanderern hat sich sehr gut integriert, die folgenden Generationen oft schon viel weniger, weil sie eben sehr oft in ihrem Viertel jede Form von Gewerbebetrieb angeboten bekommen in ihrer ursprünglichen Muttersprache, und daher im täglichen Ablauf des Lebens das Erlernen der Landessprache für sie gar nicht mehr erforderlich ist. Es gibt einen türkischsprachigen Fleischer, Friseur oder Automechaniker. Das ist daher also ein gesamtgesellschaftliches Problem und nicht ein Problem der Schule und daher bin ich auch froh, dass es einen Integrationsstaatssekretär gibt, der dies als Querschnittsmaterie betreut.

In der Schule ist natürlich das Hauptthema das Erlernen der Unterrichtssprache. Das ist der

zentrale Punkt. Hierfür gibt es eine Fülle von Maßnahmen: von der Sprachstandsfeststellung bei der Schuleinschreibung, die sicher stärker institutionalisiert gehört als sie das derzeit ist, über die Sprachförderung, wo wir Kinder bis zu sechs Stunden herausnehmen können aus dem Unterricht, um sie gezielt zu fördern, und wir werden künftig in der Neuen Mittelschule die Möglichkeit haben, konkrete Sprachkurse separiert anzubieten. Da ist natürlich viel zu tun.

Das heißt, Sie sehen hier Möglichkeiten, dass man hier gezielt je nach Schule und Bedarf auf dieses Problem eingehen kann?

Ja, wir brauchen einen bunten Strauß an Möglichkeiten und müssen den Standorten dann autonom die Möglichkeit geben daraus das passende Mittel auszuwählen. Ein „über eine Leiste scheren“ kann schon deswegen nicht funktionieren, weil wir im ländlichen Raum kein allzu großes Problem haben, aber auch da gibt es einzelne Gemeinden, wo es Probleme gibt. Daher: Bunter Strauß und auswählen – Subsidiarität.

Subsidiarität ist ein gutes Stichwort für die nächste Frage. Beim Thema Ganztagsschule steht im Regierungsübereinkommen, dass die „regionale Wahlmöglichkeit sichergestellt werden soll“. Was verbirgt sich nun aber hinter diesem Begriff?

Die regionale Wahlmöglichkeit bedeutet, dass sichergestellt werden muss, dass wenn eine Form der Ganztagsschule – etwa mit verschränktem Unterricht, das heißt Unterricht auch am Nachmittag (das können ja Standorte dem Gesetz nach machen) angeboten wird, dann muss jedenfalls im gleichen regionalen Einzugsgebiet auch die Möglichkeit sein, nicht am Nachmittag den Unterricht zu haben. Das heißt die Wahlfreiheit muss bei den Eltern bleiben, ob sie ihr Kind den ganzen Tag in die Schule schicken oder nicht.

Wie weit ist generell die Umsetzung der Ganztagsschule ihrer Meinung nach schon vorangeschritten?

Wir haben eben jetzt die zusätzlichen 80 Mio. Euro. Wir haben derzeit etwa 100.000 ganztägige Betreuungsplätze, der überwiegende Teil ist ja Nachmittagsbetreuung, aber es gibt auch Standorte, die verschränkten Unterricht in den Nachmittag hinein anbieten. Wir wollen bis 2015 diese Plätze zumindest verdoppelt haben, dafür auch diese 80 Mio. Euro zusätzlich, wobei wir auch in Kooperation mit Gemeinden, Musikschulen, Sportvereinen, etc. arbeiten wollen. Das ist es im Wesentlichen, wobei eben der Grundsatz gilt: kein ideologischer Streit – früher Tagesheimschule, Ganztagsschule – sondern Ideologie auf die Seite. Der Standort entscheidet welche Form. Sichergestellt sein muss nur, dass die Wahlmöglichkeit für die Eltern, entweder am Standort oder an zwei entsprechend nah aneinander befindlichen Standorten gegeben ist.

Sie sagen „Ideologie auf die Seite“: In der Ideologie der ÖVP ist die Familie die Keimzelle der Gesellschaft. Inwieweit ist dieser ideologische Punkt in der Umsetzung der Ganztagsschule problematisch?

Zunächst einmal ist das ja auch eine künstlich aufgebaute ideologische Position, weil die ersten die Ganztagsschulen angeboten haben, waren historisch betrachtet die Kirchen, in Form von Internaten und in Form von nicht nur qualifizierten Nachmittagsbetreuung, sondern selbstverständlich auch mit Unterrichtseinheiten am Nachmittag. Dann hat man irgendwann einmal gesagt, Erziehungsaufgabe ist Aufgabe der Eltern, daher kann nicht die Schule den ganzen Tag auf das Kind aufpassen und heute haben wir eine reale gesellschaftliche Entwicklung, wo die Frage nicht mehr ist, erzieht der Staat oder erziehen die Eltern, sondern

man muss vielfach froh sein, wenn überhaupt irgendjemand erzieht. Das führt dazu, dass wir die Wahlfreiheit ins Zentrum rücken und sagen: dort wo Eltern die Möglichkeit haben, durch die familiäre Struktur, wie immer sie aussieht, das Kind selbst zu betreuen, und wo auch der Wunsch da ist, das zu machen, soll das jedenfalls möglich sein. Aber dort wo es nicht möglich ist, haben wir als Gesellschaft die Aufgabe den Kindern die gleiche Chance zu ermöglichen und das heißt ordentliche, qualifizierte Nachmittagsbetreuung.

Gerade erst wurde das neue Modulsystem präsentiert. Wie aber soll es in der Praxis umgesetzt werden? Wenn ein Schüler ein „Modul“ im Herbst negativ abschließt, wird man diesen Kurs im Frühjahrssemester für ihn neu anbieten müssen. Wie sollen diese Mehrkosten finanziert werden?

Im Regierungsübereinkommen stehen zwei Eckpunkte für die neue Oberstufe. Das eine ist, dass wir besser auf die Universität vorbereiten wollen, also ein universitätsähnliches System errichten wollen und das zweite ist, dass wir das Repetieren reduzieren wollen. Das Modulsystem wird ja erst beschlossen, aber es besteht grundsätzlich Einigkeit. Vorgesehen ist, dass ein Modul einem Semester entspricht, dass also alle Lehrfächer ausdifferenziert werden in Module pro Semester. Ich darf maximal in zwei Modulen negativ sein und darf trotzdem in die nächste Klasse – sprich nächste Schulstufe – aufsteigen. Das kann jetzt in einem Fach oder in zwei unterschiedlichen Fächern sein, und man kann einmal mit Klassenkonferenz auch wenn ein drittes Modul negativ ist, aufsteigen. Dann muss ich bis spätestens zum Beginn des übernächsten Semesters versuchen, das Modul nachzumachen. Einerseits gibt es hierfür einen individuellen Lernbetreuer. Wenn ich in eine Situation komme, wo es schwierig wird es alleine zu schaffen, wird mir ein Lernbetreuer, das ist ein Lehrer meines Vertrauens, den ich auch wählen kann, zur Seite gestellt, der mir auch hilft in der Einteilung. Allenfalls empfiehlt er dann Förderkurse zu belegen. Dieser Lernbetreuer lotst mich also quasi hier durch.

Fest steht, dass ich bis zum Zeitpunkt vor der Reifeprüfung alle Module positiv abgeschlossen haben muss, was natürlich ein viel nachhaltigeres Prinzip ist, als das das wir heute haben.

Der Vergleich zur Uni ist dadurch hergestellt, dass ja bei einem universitären Studium, wenn ich eine Teilprüfung – wobei das ist von Fach zu Fach sehr unterschiedlich, das ist klar – negativ habe, ich trotzdem andere Prüfungen ablegen kann. Genau dieses Prinzip verfolgen wir hier auch. Eine negative Prüfung soll mich hier also nicht blockieren.

Und wie wird sich diese Schaffung von Lernbetreuern kostenmäßig auswirken?

Wir schätzen, dass wir Mehrkosten von 11 Millionen Euro haben werden. Eben durch die Lernbetreuer und durch 35% mehr an Werteinheiten für den Förderunterricht oder Begabtenunterstützung, weil auch das erstmals institutionalisiert wurde und hier enthalten ist. Also etwa 11 Millionen Euro sind die Mehrkosten, das soll aber spätestens glaube ich – tun's mich jetzt nicht festnageln – umgesetzt haben wir es in der Fläche glaube ich 2017 und mit 2018 haben wir dann schon einen Break-Even, weil durch die Reduktion der Repetenten die auch Kosten erzeugen in unterschiedlichsten Bereichen, weil es ist ja nicht nur, dass es durch einen Repetenten zu einer Klassenteilung zum Beispiel kommen kann, sondern ich habe ja auch ein Jahr länger Familienbeihilfe, Schulbücher, Schülerfreifahrt, Freibeträge für die Eltern, etc. das ist eine unstrittige Zahl. Also den Break-Even dieses Investments das aufkommensneutral ist haben wir 2018.

In diesem Zusammenhang spielt auch der Begriff Leistung eine wichtige Rolle. Welchen Stellenwert hat Leistung für sie in der Schule?

Ich glaub Schule kann nicht ohne Leistung und Nachweis der Leistung funktionieren. So sehr

ich für moderne Pädagogik bin, und moderne Lern- und Lehrformen, so sehr ist auch klar, dass es eben gewisse Bereiche gibt in der kognitiven Bildung, die man sich durch echte Arbeit und Anstrengung aneignen muss. Vokabeln muss ich halt irgendwann einmal lernen. Natürlich gibt es unterschiedliche Methoden das zu tun, aber ich muss es lernen und das ist eine Leistungs- und Begabungsfrage, ob da jemand erfolgreich ist oder nicht und das gehört auch abgebildet und bewertet. Leistung ist ja per se um Gottes Willen nichts Negatives. Ich bin auch dafür, dass man jedem alle Chancen eröffnet, aber das Recht auf gleiche Chancen beinhaltet nicht ein Recht auf Reifeprüfung, das muss man ganz klar sagen und das ist eben das wo ich eben schon klar im Widerspruch zu Sozialromantikern bin, die meinen Chancengleichheit bedeutet, dass es einen Rechtsanspruch auf jeden nur erdenklichen Abschluss gibt. Das sehe ich schon sehr grundlegend anders.

Daran anknüpfend: Welche fünf Kompetenzen sollte ein Maturant nach der Reifeprüfung mitbringen?

Nein, also natürlich könnte man fünf Schlagworte sagen, aber dazu müsste man dazu sagen, was für eine Art von Maturant, denn wir haben ja heute unterschiedliche Formen der Reifeprüfung, unterschiedliche Formen der allgemeinen Hochschulreife. Er soll prinzipiell ein ordentliches Maß – wie heißt es so schön im Bildungsziel der AHS – er soll eine umfassende und vertiefte Allgemeinbildung haben, die ihn qualifiziert für ein universitäres Studium, also die Hochschulreife gleichsam. Das beinhaltet neben kognitivem Wissen, natürlich auch ein ordentliches Maß an sozialer Kompetenz, an Sprachgewandtheit, an Auftritt, etc. Das sind ein paar Eckpunkte, die man hier nennen kann, ohne hier jetzt substantiell in die Tiefe zu gehen, weil natürlich an Absolventen einer HTL andere Anforderungen gestellt werden, wie den Absolventen eines humanistischen Gymnasiums.

Zum Thema Qualitätssicherung an den Schulen. Im Regierungsübereinkommen ist die Rede von der Stärkung der „Feedback-Kultur“. Woran liegt es, dass in diesem Punkt keine Fortschritte wahrnehmbar sind?

Naja, das liegt womöglich daran, dass in der öffentlichen Wahrnehmung, das was hier passiert, nicht alles so bekannt ist. Dazu zählt ja zum Beispiel die Einführung der Bildungsstandards, die ja jetzt in Umsetzung begriffen sind, wo wir auch Testläufe haben. Dazu zählt natürlich auch, und das ist ganz stark die „Feedback-Kultur“, weil ja hier eine Rückmeldung an den Standort erfolgt, wie hoch ist der Prozentsatz jener die welchen Bildungsgrad in welchem Fach erreichen und die neue Schulaufsicht und die neue Schulleitung, beides schon gesetzlich normiert, haben also die Aufgabe mit diesen Instrumenten zu arbeiten. Sie wissen ja wir haben im Schulversuch die neue Reifeprüfung. Auch die hat ja eigentlich das Ziel einer Qualitätssicherung in dem Sinn, dass eine stärkere Validität, eine bessere Gültigkeit und Vergleichbarkeit der Abschlüsse sichergestellt wird. All das sind hier Punkte. Wir haben jetzt zum Beispiel für die Neue Mittelschule vorgesehen, dass es hier einen jährlichen Bericht an die Schulaufsicht gibt, wie diese sechs zusätzlichen Stunden, die wir für die unterschiedlichen Differenzierungsformen vorsehen, im Hinblick auf ihren pädagogischen Wert eingesetzt werden. Also es gibt eine Fülle von qualitätssichernden Maßnahmen.

Dann kommen wir zum großen Thema der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen. Wie sieht Ihre Meinung zur Neuen Mittelschule?

Ich habe sie verhandelt. Wir haben ganz klar gesagt, die Mittelschule kommt, das Gymnasium bleibt. Wir schaffen damit eine massive Weiterentwicklung, eine gute Weiterentwicklung der Hauptschule. Eine Schule der 10- bis 14-Jährigen, die neben der Langform der AHS eine Schule ist, die ein sehr in sich differenziertes Angebot hat, das auf der einen Seite die volle

Durchlässigkeit ermöglicht, hin zu allen Oberstufenformen. Wo ich auf der anderen Seite aber auch die Chance habe, jene die aus welchen Gründen auch immer, kognitive Defizite aufweisen, durch gezielte Maßnahmen möglichst an dieses Bildungsziel heranführt, sodass sie auch die Möglichkeit haben, in alle Oberstufenformen weitergehen zu können.

Im Regierungsübereinkommen ist davon die Rede, dass die „qualitative Weiterentwicklung der Hauptschulen und AHS- Unterstufen sichergestellt werden soll. Für Sie ist das daher auch kein Widerspruch wenn man jetzt die Neue Mittelschule einführt, weil Sie ja auch sagen, dass das Gymnasium weiterhin bestehen bleiben soll?

Das heißt ja nicht, dass man im Gymnasium die Qualität nicht auch weiterentwickelt und das tun wir etwa durch die Bildungsstandards, die ja etwa in da 8. Schulstufe auch das Gymnasium erfassen. Das tun wir etwa durch das Senken der Klassenschülerhöchstzahl auf 25, auch im Gymnasium. Die Weiterentwicklung der Hauptschule ist natürlich ein umfassenderes Thema, gar keine Frage.

Warum wollte man in der NMS gerade einen AHS-Lehrer als Zweitlehrer?

Das war der Schulversuch, im Gesetz wird das nicht vorgeschrieben. Da können im Team-Teaching auch zwei Mittelschullehrer unterrichten. Es besteht aber die Möglichkeit auch Lehrer von höheren Schulen hereinzunehmen, wenn das gewollt ist.

Betrachten Sie die NMS als Zwischenschritt zu einer verpflichtenden gemeinsamen Schule?

Nein, ganz sicher nicht. Das Gegenteil ist eigentlich der Fall. Wir bauen bis 2018 alle Hauptschulstandorte um in NMS und haben damit glaube ich ein duales Prinzip etabliert, das durchaus eine qualitative Weiterentwicklung des österreichischen Bildungssystems ist. Ich glaube nicht, dass man ein über Jahrhunderte gewachsenes System dadurch reformiert, in dem man ein System eines anderen Landes – weil immer wieder Finnland genannt wird – übernimmt und es überstülpt, sondern ich glaube, man muss sich in seinem eigenen System weiterentwickeln und in der Tat hat man in der Hauptschule schon ein paar Problemfelder. Etwa das die Leistungsgruppen sehr stark punzierenden Charakter hatten, und dass wenn jemand einmal in der dritten Leistungsgruppe war, er nicht mehr aus dieser herausgekommen ist. Das war ja nicht im Sinne des Erfinders, sondern die Idee war ja auch diesen Kindern die Möglichkeit zu geben, einerseits einen positiven Abschluss zu haben, aber sie auch vor allem so zu fördern, dass sie in die zweite und im Idealfall auch in die erste Leistungsgruppe kommen. Das ist in der Regel eher nicht passiert und jetzt probieren wir hier völlig neue Wege zu gehen, indem man eben aus einem Potpourri von unterschiedlichen pädagogischen Möglichkeiten wählen kann. Es wählt aber der Standort, es wählt der Klassenlehrer diese Varianten der Differenzierung aus. Damit stärken wir die Autonomie und nehmen gerade auf Gegebenheiten wie Migrationsfrage, regionale Spezifika ideal Rücksicht.

Ein großes Thema ist auch die Reform der Schulverwaltung. Sollten Direktoren Ihrer Meinung nach mehr Personalkompetenz haben?

Ja und nein. Wir haben im neuen Leiterprofil die stärkere Mitsprache- und die Personalentwicklungskompetenz bereits normiert. Die volle Auswahlkompetenz dem Standortleiter zu geben, ist deshalb schwierig, weil gerade das österreichische Schulsystem natürlich ein irrsinnig zersplittertes ist. Wir haben irrsinnig viele kleine und Kleinstschulstandorte, die wir ja nach Möglichkeit auch erhalten wollen. Wir haben ja nicht die Position, wie sie Gusenbauer seinerzeit formuliert hat, dass es keinen kleineren Schulstandort

als 200 Schüler geben darf. Das würde nämlich bedeuten, dass 50% unserer Pflichtschulen zusammengelegt bzw. geschlossen werden müssten. Wir haben ja eher die Meinung, dass wir nicht die Schüler zu Pendlern machen, sondern wenn überhaupt, das Lehrpersonal pendeln lassen, oder kleinere Standorte unter eine Leitung stellen, aber jedenfalls nicht die Schüler sehr früh zu Pendlern machen zu wollen. Aus dieser Problematik heraus ist es natürlich schwierig, wenn ich einen kleinen entlegenen Schulstandort irgendwo in einem finsternen Tal habe und ich brauche für dort einen Lehrer, aber es bewirbt sich keiner, weil alle in St.Pölten, Linz, Graz oder sonst wo unterrichten wollen, dann muss ich natürlich sicherstellen, dass die Schulbehörde sagen kann: Ja sie bekommen eine Lehrerstelle, aber die ist halt in dem kleinen entlegenen Örtchen. Würde ich die Personalkompetenz ausschließlich dem Standort überlassen, dann hat der Direktor dort keine Bewerbungen und ist damit alleingelassen. Das ist das Problem – keine Ausrede, sondern es ist ein reales Problem das wir ja haben, weil die Leute in der Regel nicht weit weg von ihrem Wohnort eine Stelle haben wollen.

Generell würde es aber doch eher den Wettbewerb unter den Lehrern stärken, wenn ein Direktor die guten Lehrer eher an der Schule halten würde.

Ja aber das Problem ist, dass der Direktor in den nächsten Jahren nichts zum Aussuchen hat, weil es wenig Lehrer gibt und weil es attraktive und weniger attraktive Standorte gibt. In Wien im 16. Bezirk, weiß ich nicht ob sich viele Lehrer bewerben. Da kann der Direktor noch soviel Entscheidungskompetenz haben, wenn sich niemand bewirbt, habe ich niemanden und im 1. Bezirk würde der Direktor in Bewerbungen untergehen.

Welche Rolle spielen Klientelismus, Patronage und parteipolitische Überlegungen in der Schulpersonalpolitik?

Ich muss gestehen, dass ich gegen diese ganzen komplexen Objektivierungsverfahren bin, wo die Politik sich schon vorher überlegt, wer wird überhaupt zum Assessor ausgebildet, damit dann im Assessment Center auch die richtigen Leute sitzen, die die richtigen Personen auswählen. Ich bin hier für relativ klare Linien: es gibt Verantwortliche, die diese Entscheidung treffen sollen, wie anderswo auch ein Personalverantwortlicher in einem Unternehmen. Dafür aber keine Bestellungen auf Dauer, sondern nur Bestellungen auf Zeit und jeder Verantwortungsträger wird ein Interesse daran haben, dass er sich die besten Leute aussucht. Also ich sehe das relativ entspannt, muss ich sagen. Ich halte von diesen „Pseudo-Objektivierungssachen“ nicht viel und wer glaubt schon daran, dass diese Dinge objektiv sind? Niemand. Niemand im ganzen Land glaubt, dass diese Stellen objektiv vergeben werden, selbst wenn es da und dort passiert, aber es glaubt niemand daran und daher bin ich der Meinung: ganz klare Verantwortungen für die Entscheidungsträger, das ist eben der Landesrat oder der Landesschulratspräsident, das ist der Schulleiter, die sollen die Entscheidungen treffen für die sie auf Zeit eben auch mit der entsprechenden Kompetenz bzw. Macht ausgestattet sind und weg mit diesen überbordenden so genannten Objektivierungsverfahren, an die ohnehin niemand glaubt. Ich habe hier einen relativ „straighten“ Zugang.

Das heißt Klientelismus ist ein Thema in der Schulpolitik.

Das ist nicht zu bestreiten. Natürlich findet das statt, wird aber mit dem Lehrermangel abnehmen, weil die Schulen froh sind, wenn sie überhaupt Lehrer bekommen.

Im Regierungsübereinkommen ist die Rede von einem mittleren Management. Es soll an eine noch „zu bestimmende Schulgröße“ geknüpft werden. Was ist diese Größe?

Das ist eine Frage der Verhandlungen muss ich sagen. Es ist vorgesehen im neuen Lehrerdienstrecht so etwas wie ein mittleres Management vorzusehen. Das gibt es ja auch schon zum Teil, wenn man sich etwa große HTLs mit Abteilungsvorständen anschaut. So in die Richtung ist die Überlegung. Und die Größendefinition ist dann natürlich auch eine Frage des Gesamtpakets, weil im neuen Lehrerdienstrecht ja zu besprechen sein wird: Veränderung der Lebensinkommenskurve, Verlagerung an den Anfang, höhere Einstiegsgehälter, flacherer Verlauf, Lebensverdienstsumme gleich. Wie gehen wir um mit der Kernarbeitszeit der Lehrer, also nicht nur Unterrichtszeit, sondern Zeit die der Lehrer mit den Schülern verbringt, zum Beispiel Nachmittagslernbetreuung, etc. Also welche Anwesenheitspflicht hat ein Lehrer an der Schule und das alles ist natürlich in einem budgetären Paket letztlich zu verhandeln, wo Fragen wie Entlastung bei schulverwalterischen Aufgaben, die Frage nach Anwesenheitsnotwendigkeiten, Fragen von mittlerer Managementstruktur,... das ist in einem zu sehen, daher wäre es falsch sich jetzt festzulegen. Kann ich mich auch gar nicht festlegen. Es gibt zwar bereits klare Vorstellungen, aber ich möchte mich hier wirklich noch nicht festlegen, wo wir hier eine Grenze einziehen, weil es auch ein wenig vom Gesamtbudget abhängen wird, das muss man auch ehrlich sagen. Wir werden ein Gesamtbudget haben, mit dem wir zu Rande kommen und je nach dem was wir bei der Anwesenheitsverpflichtung haben, habe ich dann Spielräume in anderen Bereichen oder nicht.

Eine wesentliche Frage in der Schulverwaltung ist die Abschaffung der Landesschulräte und Bezirksschulräte. Was ist hier genau gemeint?

Es geht hier um die Kollegien der Bezirks- und Landesschulräte, und der Umwandlung letzterer in Richtung Landesbildungsdirektionen.

Das heißt, es sind die politischen Gremien gemeint.

Genau.

Warum wurde das bisher nicht umgesetzt? Warum noch keine Landesbildungsdirektionen eingerichtet?

Ja wir sind in der Mitte der Legislaturperiode, es steht im Regierungsübereinkommen und ich gehe davon aus, dass es noch in dieser Legislaturperiode kommt. Es scheitert sicher nicht am Bund, sondern es ist in erster Linie ein Thema der Bundesländer. Aber nachdem die Länder das Regierungsübereinkommen mitgetragen haben, denke ich, dass das in dieser Gesetzgebungsperiode noch gemacht wird. Aber wie gesagt, wir sind erst in der Mitte der Gesetzgebungsperiode und das ist noch ein offener Punkt.

Der vielleicht wesentlichste Faktor im Schulsystem ist meiner Meinung nach der Lehrer.

Der wesentlichste Faktor ist schon der Lehrer kann man sagen. Aber er ist nur Mittel zum Zweck. Wichtigster Adressat ist natürlich der Schüler, aber Instrument ist der Lehrer.

Finden Sie, dass man weg von den „exorbitanten Lehrergehältern“ kommen sollte?

Ich sehe keine exorbitanten Lehrergehälter, ich sehe nur eine falsche Verteilung. Wir haben eine unheimlich massives Senioritätsprinzip und dieses massive Senioritätsprinzip, das heißt sehr wenig verdienen am Anfang, relativ gut verdienen am Ende, führt natürlich jetzt auch zu relativ hohen budgetären Kosten, weil wir eine Alterstruktur haben, dass 50% der Lehrer in den nächsten zehn Jahren in Pension gehen. Das heißt wir haben praktisch 50% der Lehrer

die jenseits der 50 sind, und daher in der höchsten Gehaltsstufe sind, die man erreichen kann. Das ist das Problem. Das Problem ist nicht die Lebensverdienstsumme, die ist durchaus im europäischen Schnitt, sondern das Problem ist das starke Senioritätsprinzip, das muss man ändern.

Also hat Finanzministerin Fekter das gemeint, als sie diesen Ausspruch getätigt hat?

Jaja ich weiß, aber das kommentiere ich gar nicht weiter, darüber habe ich mich genug geärgert. Wenn man seit Wochen über ein neues Dienstrecht verhandelt und auf einem guten Weg ist, und dann kommen plötzlich solche öffentlichen Erklärungen während man in einer Verhandlungsgruppe sitzt, wirft einen das etwas zurück, denn vor Februar 2012 brauche ich dieses Thema nicht mehr angreifen.

Wir greifen das Thema aber bitte schon noch ein wenig auf. Ist Mehrarbeit für Neulehrer ein Thema?

Mehrarbeit nicht, aber eine andere Definition von Arbeit, weil ich davon ausgehen muss, dass der Lehrer 40 Stunden arbeitet wie jeder andere Beamte auch. Die Frage ist wie wird diese Arbeit aufgeteilt, das ist der Schlüssel. Und ich glaube, dass die gesellschaftliche Anforderung einfach stärker wird, dass die Lehrer einfach mehr Zeit mit den Schülerinnen und Schülern verbringen. Daher muss man die Arbeitszeit der Lehrer neu definieren. Man muss sagen, Kernarbeitszeit und Kernaufgaben sind Zeiten mit den Schülerinnen und Schülern und Anwesenheit an der Schule, das gilt es neu zu definieren. Ich glaube nicht, dass es um mehr oder weniger Arbeit geht, sondern es geht um eine andere Definition der Aufgaben.

Es ist auch ein strategischer Fehler, in der Debatte um das Dienstrecht zu sagen, wir erhöhen die Lehrverpflichtung. Erhöht man „nur“ die Lehrverpflichtung, dann bedeutet das ja immer, dass man mit weniger Lehrern den gleichen Unterricht absolviert und das führt automatisch zum Hinausdrängen junger Lehrer, weil die, die als letzter ins System hineinkommen, haben den geringsten Schutz, verlieren also ihren Job. Und das wäre absurd, denn gerade sie brauche ich. Daher muss ich erstens sagen, für Neueintretende rede ich über diese neuen Aufgaben. Das kann natürlich auch eine erhöhte Unterrichtsverpflichtung sein. Es kann aber auch sein, dass ich einfach sage: wir brauchen euch stärker für Nachmittagsbetreuung, für Förderunterricht, als Begleitlehrer in der Oberstufe, etc. Es können also unterschiedliche Aufgaben sein, und ich glaube es muss der Schulleitung dann obliegen, im Rahmen einer eben neu definierten Kernarbeitszeit oder pädagogischen Kernaufgaben der Lehrer zu definieren, was zu machen ist: mehr Unterricht, mehr Betreuung, mehr Förderunterricht, etc.

Sie haben vorher gesagt, Sie können dieses Thema erst im Februar 2012 wieder ansprechen. Wie würden Sie die Rolle der Lehrgewerkschaft hier einstufen?

Das ist wie bei jeder anderen Gewerkschaft auch, sie versucht natürlich einmal ihre angestammten Rechte zu verteidigen, stellt sich nicht an die Spitze der Reform logischer Weise. Das ist auch nicht Aufgabe einer Gewerkschaft, eine Gewerkschaft hat die Aufgabe ihre Klientel so gut wie möglich zu vertreten. Und natürlich ist alles was für die Klientel Mehraufwand etc. bedeutet auch üblicherweise etwas, was von einer Gewerkschaft bekämpft wird. Das mache ich ihr per se nicht zum Vorwurf, das ist der Job einer Gewerkschaft. Aufgabe der Politik ist es aber das Ganzheitlich zu betrachten und letztlich mit der Gewerkschaft oder am Ende ohne der Gewerkschaft notwendige Reformmaßnahmen zu setzen.

Es gibt noch einige offene Punkte aus dem Regierungsübereinkommen. Sehen Sie hier

die Möglichkeit, dass diese noch bis zum Ende der Regierungsperiode umgesetzt werden?

Ich bin da absolut optimistisch. Ich meine, wir haben da schon sehr viel abgearbeitet, denken Sie an die Bildungsstandards, denken Sie an die Reifeprüfung, denken Sie an die Neue Mittelschule, denken Sie an die Oberstufenreform, denken Sie an die Integration in der neunten Schulstufe, denken Sie an die Nachmittagsbetreuung. Also das sind Punkte wo wir im Finale sind oder die wir bereits haben. Die neunte Schulstufe ist noch so ein Punkt, der offen ist. Da gibt es jetzt noch bis Ende des Jahres intern ein abgestimmtes Konzept, das wollen wir im ersten Quartal erledigen, also mittlere Reife, Stichwort neunte Schulstufe, Nachholen von Bildungsabschlüssen, dann haben wir noch einen Schulpartnerschwerpunkt, stärkere Mitsprache der Schulpartner, Schaffung von Landes- und Bundesschulgemeinschaftsausschüssen. Dann haben wir noch die Lehrerbildung als zentrales Thema, das ja auch in Diskussion steht, dass aber natürlich auch in Zusammenhang mit dem Dienstrecht zu sehen ist. Das sind natürlich in Wahrheit die zwei großen Brocken, die wir in dieser Legislaturperiode noch vorhaben und ich bin an sich sehr optimistisch, dass wir das auch schaffen werden.

Also ein einheitliches Lehrerdienst- und Besoldungsrecht wird kommen?

Ich bin optimistisch.

Ganz pathetisch steht am Anfang des Regierungsübereinkommens, dass beide Parteien Österreich weiter nach vorne bringen wollen. Gesamt betrachtet ist Österreich im Bereich der Schulpolitik weiter nach vorne gebracht worden?

Das glaube ich jedenfalls. Man darf nur eines nicht übersehen, nämlich dass die Ergebnisse von Bildungspolitik in der Regel immer erst Jahre später spürbar sind. Das ist ein grundsätzliches Problem, weil jede Reform die auch aufsetze einfach eine gewisse Zeit braucht bis sie sich im System etabliert hat und dann brauche ich einen Durchlauf bis ich am Ende sagen kann, okay die Schülerinnen und Schüler haben davon einen Vorteil gehabt. Das ist das Problem bei jeder bildungspolitischen Maßnahme, aber ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Dinge, die wir jetzt gesetzt haben einen nachhaltigen Wert haben und, dass wir dieses System weiterbringen. Im Übrigen wehre ich mich immer, dass dieses System auch so schlecht ist, das möchte ich nämlich auch sagen. Nicht nur weil wir eine sehr niedrige Jugendarbeitslosigkeitsrate haben, die ja auch etwas mit dem Bildungssystem zu tun hat. Nicht nur weil wir bei den Lehrlingswettbewerben immer eine Goldmedaille nach der anderen abräumen, auch das hat ja was mit der Bildung die wir insgesamt anbieten zu tun, sondern weil man die Messmöglichkeiten die Vergleiche die gezogen werden auch kritisch hinterfragen muss. So wird bei PISA natürlich aber auch in der Testform, werden Dinge erhoben die bei uns nicht üblich sind. Zum Beispiel bei der Testform durch Multiple-Choice, das zweite ist, dass es bei uns in den letzten Jahren nicht allzu ernst und gut betrieben worden ist. Ich glaube die Deutschen haben sich deswegen so verbessert, weil die Deutschen einfach gründlicher sind als die Österreicher bei solchen Dingen, und sehr gezielt auf diese Testungen hingearbeitet haben. Aber es fällt zum Beispiel völlig der ganze musisch-kreative Bereich unter den Teppich bei dieser Testung, wo glaube ich Österreich extreme Stärken auch hat. Und wenn man sich im Übrigen auch dieses Land anschaut, wir sind praktisch in allen makro- und mikroökonomischen Daten an der Spitze, nicht nur in Europa sondern auch weltweit, dann hat das ja insgesamt auch etwas mit dem Bildungssystem zu tun. Ich meine es sind ja nicht nur Leute die vor 30 Jahren aus dem Bildungssystem gekommen sind, die unser Land weiter bringen, sondern auch Leute die vor fünf oder zehn Jahren aus dem Bildungssystem gekommen sind, die höchsterfolgreiche Manager oder Unternehmer sind und das Land weiterbringen. Ergo dessen, bin ich keiner, der in dieses Geheul mit einstimmt, dass unser Bildungssystem kurz vor dem Kollaps steht und alles so dramatisch ist. Ja wir haben partielle

Probleme, die muss man auch sehen und angreifen, wenn PISA sagt ein gutes Viertel kann nicht sinnerfassend Lesen, dann ist das ein dramatisches Problem, das stimmt, und dem muss man sich auch stellen, aber dass in Österreich mehr junge Leute irgendein Instrument spielen als sonst irgendwo in der Welt ist auch ein Esset unseres Bildungssystems.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Danke auch.

Interview mit NR Elmar Mayer, am 20. Dezember 2011

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, vorab herzlichen Dank dafür, dass Sie sich die Zeit genommen haben.

Meine erste Frage zum Einstieg ist jene, ob Sie das Bildungsvolksbegehren unterschrieben haben?

Ich habe es aktiv beworben, war bei Standaktionen mit dabei und habe es unterschrieben, weil es in allen Punkten die Dinge mitberücksichtigt, die ich mir auch bildungspolitisch vorstelle und daher geht das weit über die tagespolitische Arbeit hinaus. Etwa das was im Koalitionsübereinkommen steht und worauf sich die Regierungsparteien berufen: „Das haben wir uns vorgenommen, das wollen wir umsetzen.“ Und ich meine, dass das Bildungsvolksbegehren sehr viel Inhaltliches hat für die nächste Legislaturperiode 2013-2018.

Ist es nicht widersprüchlich, wenn man als Teil der Legislative solche Volksbegehren unterstützt?

Nein, ich habe auch das Gen-Volksbegehren unterstützt, ich habe das Anti-Atom-Volksbegehren unterstützt und ich glaube man ist, obwohl man Parlamentarier ist, trotzdem auch aktiver Bürger selber. Widerspruch wäre es dann, wenn es Initiativen sind, wo man meint, die könnte man auch selbst unmittelbar erledigen, und das kann man nicht. Es sind politische Ansagen, bildungspolitische Visionen, die ich meine dass sie für die Zukunft wichtige Herausforderungen sind, und über das hinausgehen, was eben das derzeitige Regierungsübereinkommen beinhaltet.

Was sind für Sie die größten Probleme in der Bildungspolitik speziell in der Schulpolitik in Österreich?

Also der Hauptbereich ist – und das sage ich auch als langjähriger Lehrer und Schulleiter, der für die Einschulung zuständig war usw. – die Frühpädagogik. Die Kleinkindbetreuung ist das größte Defizit, das wir zu beklagen haben. Ich bedauere, dass dies nicht in Bundeskompetenz ist. Wir sehen immer wieder, wenn wir Maßnahmen setzen wollen, die jetzt die Kleinkindbetreuung betreffen, bis hin zur neuen LehrerInnenausbildung oder Frühpädagogenausbildung mit dem Schwerpunkt dorthin, wo man sich halt schwer tut, das sind Kompetenzen, die in den Bereich der Länder oder gar Gemeinden fallen und hier entstehen große Defizite. Wenn man sieht, wie groß die Unterschiede der Kinder sind wenn sie zur Schule kommen und welche defizitäre Bildungs- oder Betreuungswege sie vorher hatten, dann glaube ich kommen sie mit einem Rucksack daher die jungen Menschen in unser Bildungssystem, in die Schule, den sie kaum mehr ablegen können. Und in vielen Bereichen ist dort dann bereits festgelegt, dass man sie dann wenn sie die Pflichtschule verlassen als die funktionalen Analphabeten bezeichnet. Unser Schulsystem, wie es derzeit noch funktioniert, ist nicht in der Lage diese Defizite im Laufe der Schulpflicht abzubauen. Und ich meine die Haupthilfe, auch volkswirtschaftlich gesehen – das klingt jetzt furchtbar wenn man von Bildungspolitik spricht – müsste man auf die Betreuung der Kleinen legen. Weil dort wo sich das Hirn entwickelt, dass – und das sagen alle Hirnforscher unisono, egal wie man deren Ergebnisse interpretiert – ist in der Kleinkindphase, dort ist am meisten an Begabungen zu wecken, an Talenten zu entdecken und auch an Defiziten spielerisch wegzubekommen, die dort erkennbar sind. Und dazu braucht es eine entsprechend hohe Ausbildung der KindergärtnerInnen, weil ich kann nur dann Dinge erkennen, die da sind, wenn ich auch weiß, dass es die gibt, und das ist eine Ausbildungsfrage und hier sind wer ganz stark dran.

Und der zweite Bereich ist, wie ich meine: es sollte eine gemeinsame Ausbildung geben der 6-

bis 15-Jährigen. Das ist ein einheitlicher Block, wie es andere erfolgreiche Länder bereits längst haben, mit einem entsprechenden Ganztagsbetreuungsangebot auch. Auch da haben wir genau die Gruppe von Kindern, von bildungsfernen Eltern, die diese Betreuungsmöglichkeiten nicht bekommen und nicht haben. Da wird diese Kluft dann noch größer und noch weiter verschärft und daher bin ich ein glühender Verfechter der gemeinsamen Schule, ein glühender Verfechter einer verschränkten Ganztagsbetreuung. Ich sage, das sind die Dinge die man machen kann. Derzeit geht es halt darum die Macht des Möglichen noch zu toppen.

Die frühkindliche Erziehung haben Sie bereits angeführt. Wo würden Sie sagen, sollte man ansetzen, bzw. wie bald sollte man ansetzen?

Wichtig ist vor allem, dass man sich einmal bewusst macht, dass das Ganze spielerisch stattfindet. Spielerisch im sozialen Umfeld, kommunikativ.

Gespielt wird doch aber auch jetzt im Kindergarten bereits schon?

Die Frage aber ist, wie spiele ich. Ich kann spielerisch zum Beispiel Sprachmängel beheben. Viele verstehen darunter Kindergärten müssten Bildungseinrichtungen sein. Man möchte denen schon Rechnen oder Schreiben beibringen oder das Lesen. Es geht aber darum, dort die Chancen die die Gehirnentwicklung mit sich bringt verstärkt zu nutzen. Das heißt möglichst früh Kinder dazu animieren, musikalisch sich zu betätigen, sportlich sich zu betätigen. Man weiß wie wichtig Bewegung ist bei der Kinderentwicklung für die Gleichgewichts-Auge-Hand-Koordination und andere Dinge die da sind, wie sich das alles im Hirn entwickelt, bis hin zur Sprachförderung, bis hin zum Rollenspiel, bis hin zum Sprechen lernen, ein Hauptdefizit das heute viele haben die in die Schule kommen und mit dem Sprechen alleine große Probleme haben, nicht nur Migrantenkinder sondern auch Kinder mit deutscher Muttersprache und dort muss angesetzt werden. Ich bin auch ein Anhänger davon, wenn jemand selber die Möglichkeit hat entsprechende Angebote im Familienverband zu machen, dann ist das früh genug mit vier Jahren in den Kindergarten zu gehen, und dort wenigstens das soziale Umfeld zu haben. Aber dort wo das nicht der Fall ist, wo Eltern nicht die Möglichkeit haben, weil sie alleinerziehend sind, oder weil sie aus anderen Gründen berufstätig sein müssen, oder sich sonst nicht aktiv in die Kindererziehung mit einbringen können, dort ist es auch wichtig, schon früher die entsprechenden Angebote zu haben, bis hin zu Tagesbetreuung von Kleinstkindern. Dort muss man anfangen, dort sind die Defizite am größten. Hängt auch leider wie es derzeit noch ist, von der Geldtasche der Eltern ab.

Wie sehen Sie – auch aus Ihrer Praxiserfahrung heraus – die Schnittstelle zwischen Kindergarten und Schuleintritt?

Auch das ist ein endloser Kampf. Ich denke ich habe als Schulleiter jedes Jahr einen unheimlichen Diskussionsprozess gehabt mit Eltern, die nicht schulreife Kinder hatten, ihnen zu empfehlen die Kinder in eine Vorschule zu schicken, weil es einfach den Makel hatte: „Mein Kind ist dann noch kein richtiger Schüler.“ oder „Mein Kind hat noch irgendwelche Rückstände.“ oder „was sagen denn dann die Nachbarn“, anstatt es als Chance zu begreifen, dass nicht mit dem Eintritt des sechsten Lebensjahres auch die Schulreife da ist, sondern dass die Entwicklung auch in Schüben geht. Daher ist es auch ganz wichtig, dass man diesen Übergang – da geschieht schon einiges, aber es ist noch immer zu abrupt – fließender macht. Es gibt zum Beispiel Länder wie Finnland, die haben drei Jahre Vorschule. Da beginnt man je nach Entwicklungsstand des Kindes und setzt dann auch mit den entsprechenden Maßnahmen an. Kindergarten und Schule ist ein Übergang und nicht wie es jetzt noch immer sehr stark bei uns ist: da ist ein Schnitt und wart' ab bis du in die Schule kommst. Dort wirst du dann schon sehen, wie das ist. Also dieses Hineinwachsen in die Schule geschieht bei uns eben zu wenig, und ich würde mir das noch mehr, noch fließender vorstellen, also noch mehr

Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Schulen im Erst- und Zweitklassbereich.

Sehen Sie das als Kompetenzproblem?

Da sind wir wieder beim Ursprünglichen, was ich schon am Beginn gesagt habe. Kindergarten ist Gemeindesache, Schule bzw. Pflichtschule ist Landes- bzw. Bundessache. Aber es sind auch Dinge, die man, wenn man der Schule mehr Autonomie geben würde, auch praxisnäher erledigen könnte und fließende Übergänge schaffen könnte.

Betrachtet man das Regierungsübereinkommen der aktuellen Regierung, findet man darin, dass bis 2018 im Rahmen des Schulinvestitionsprogramms 1,664 Mrd. Euro investiert werden sollen. Handelt es sich hierbei allein um Gelder, die der Bund in die Hand nimmt?

Also nicht nur. Es gibt ja zum Beispiel das aktuelle Beispiel ist die Ganztagsbetreuung, die wir jetzt beschlossen haben, mit vier Mal 80 Millionen Euro, also 320 Millionen Euro, die über eine 15a-Vereinbarung an die Länder gehen. 15a-Vereinbarungen sind Bund-Länder Vereinbarungen und auch das ist die Krux, die die föderalen Strukturen mit sich bringen, dass eben der Bund nicht sagen kann, wir geben es an die Schulen, die jetzt optimale Ganztagsbetreuung machen, sondern der Bund kann verfassungsrechtlich nur mit den Ländern 15a-Vereinbarungen fassen, das heißt die Gelder fließen wieder ans Land und das Land verteilt sie dann wieder weiter. Also insofern sind es zwar ausschließlich Bundesgelder, die hier gemeint sind, aber über den Finanzausgleich oder 15a-Vereinbarungen eben nicht ein so genaues Mascherl haben. Es ist daher schwierig genau zu trennen, weil der Bund immer verpflichtet ist. Auch jetzt mit dem kostenlosen Nachholen von Bildungsabschlüssen: was zahlt der Bund, was zahlen die Länder, damit jeder der einen Bildungsabschluss nachholen will, das kostenfrei machen kann. Daher ist es nicht ganz zu trennen.

Eine Frage zum Thema Migration: Migration wird immer wieder als Problem unserer heutigen Schule dargestellt. Für mich persönlich gibt es hier vor allem zwischen ländlichen Schulen und Schulen in Ballungsräumen große Unterschiede. Wie stehen Sie zu dieser Problematik?

Auch hier ist mein Zauberwort an und für sich mehr Schulautonomie. Also dem Schulstandort die Ressourcen geben, und zu sagen – weil die am besten wissen und es nicht jedes Jahr die gleiche Herausforderung ist – was brauchen wir, welche Fördermöglichkeiten haben wir im Rahmen der Gemeinden oder umliegenden Gemeinden. Was gibt es schon und welche Ressourcen habe ich zur Verfügung. Derzeit wird einfach nach Kopf zugeteilt. Ihr habt ungefähr so und so viel und die und die Stunden sind da möglich. Die Schule hat autonom eigentlich selber keine Möglichkeit das zu gestalten und ich meine man könnte in vielen Bereichen, aber besonders auch da, wenn ich sage, dass ich das in die Hand der Schule gebe, mit klaren Anforderungsprofilen, dann könnte ich das sehr viel besser und effizienter lösen. Nämlich auch die Deutschförderung, dass man sagt im Bereich Deutsch für Gastarbeiter – weil es ist nicht immer gleich, ich habe zum Beispiel an einer Schule 20 % Kinder mit Migrationshintergrund, dann kann das sehr unterschiedlich sein. Ich kann solche dabei haben, die überhaupt keine Deutschkenntnisse haben und welche, die sehr intensive Deutschförderung brauchen. Es können aber auch welche sein, die schon zur Gänze sehr gut Deutsch können, und ich dahereigentlich gar keine Förderung brauche. Darum meine ich, dass diese Ressourcenzuteilung viel mehr auf den Standort bezogen sein sollte, anstatt es mit der Gießkanne zu verteilen.

Also ein klares Bekenntnis zur Autonomie des Schulstandortes.

Ja.

Beim Thema Ganztagschule steht im Regierungsübereinkommen, dass die „regionale Wahlmöglichkeit sichergestellt werden soll“.

Also mir geht das zu wenig weit, aber das ist so drinnen. Ich habe das auch nicht mitverhandelt, aber das steht so drinnen. Ich meine – und das zeigt auch die jetzige Erfahrung – diese 320 Millionen Euro, die man jetzt den Ländern zur Verfügung stellt, dass vermehrt Ganztagsbetreuung angeboten wird, zeigen, dass wir auch gut täten einfach auch regionale Angebote zu schaffen. Das heißt nicht nur dann, wenn die Nachfrage da ist zu reagieren, sondern einfach auch ein Angebot zu schaffen einer guten verschränkten Ganztagsbetreuung. Damit die Eltern ganz einfach die Möglichkeit haben: Jawohl ich möchte mein Kind dort hinschicken, dort ist ein gutes Angebot. Ich hab dann die schulischen Dinge, dort ist mein Kind gut aufgehoben, weiß, dass mein Kind ein gutes Mittagessen bekommt. Wenn die Eltern von der Arbeit kommen und das Kind von der Schule, dann ist wirklich Familie möglich und man muss sich nicht mit anderen Dingen auseinandersetzen.

Derzeit ist es so, dass – das sieht auch die neue Verordnung vor – eine Schule bis zwölf Kinder haben muss, damit sie eine Gruppe einrichten kann, dann braucht sie das auch am Nachmittag, damit man das machen kann, und das ist dann kompliziert. Ich habe es erlebt als Schulleiter, wo die Eltern gesagt haben: „Herr Mayer, was soll ich machen. Sie sagen mir jetzt im September kann man vielleicht am Dienstag und Donnerstag eine Nachmittagsbetreuung haben. Soll ich das jetzt meinem Chef sagen, der wissen will, ob ich da arbeiten kommen kann?“. Das sind für die Eltern, die den Bedarf haben, keine Hilfen, sondern die müssen wissen: „Jawohl, in meinem Einzugsbereich gibt es eine Schule im Pflichtschulbereich, also von sechs bis 15 Jahren, wo ich mein Kind anmelden kann, und es hat dort eine gute Ganztagsbetreuung.“ Und das gibt es jetzt nicht. Jetzt muss ich zuerst den Bedarf nachweisen als Schule, ich habe die entsprechenden Zahlen, und dann kann ich ein Angebot machen und da hinken wir hinterher. Das müsste man eigentlich umstellen und deswegen finde ich es nicht geschickt formuliert im Regierungsprogramm, weil es aus meiner Sicht heißen müsste – ich werde mich auch 2013 dafür einsetzen, wenn ich da mitreden kann – dass man dann sagt, es müssen flächendeckende Angebote sein. Wenn man dann zu wenig hat, dann kann man auch reagieren, das heißt ich brauche eine Schule mehr, aber jetzt fehlt es überhaupt an den Angeboten. Wenn jetzt Elternteile kommen, dann heißt es, es gibt nichts. Oder man sagt, warten sie, vielleicht finden wir noch ein paar, oder bringen sie noch fünf Eltern mit oder zehn, dann haben wir was, dann können wir etwas machen und das ist einfach nicht zeitgemäß. Man erwartet überall Flexibilität von den Menschen. Am Arbeitsplatz und überall, und daher muss aber auch auf der anderen Seite die Politik bei den Infrastrukturmöglichkeiten auch so flexibel sein, dass man da auch dann entsprechende Angebote hat.

Empfinden Sie die ÖVP hier als Bremser, das Kind eher in der Familie zu belassen, schließlich ist für sie die Familie die Keimzelle der Gesellschaft?

Also die ÖVP bewegt sich, aber sich bewegt sich furchtbar langsam. Jetzt ist das Bildungsschiff überhaupt schon sehr langsam zu manövrieren, also das ist ein sehr träger Tanker. Und die ÖVP – jetzt ohne dem Koalitionspartner zu nahe zu treten – ist noch ein wenig träger. Wenn ich denke, wie wir früher den Kampf hatten, die ÖVP auf Gemeindeebene – jetzt bei uns in Vorarlberg – zu überzeugen, dass es auch gut wäre, auch für Vierjährige einen Kindergarten anzubieten. Da hieß es: „Die Sozis wollen den Eltern die Kinder wegnehmen“ und was weiß ich alles. Und jetzt gar auch noch Dreijährige.

Aber in anderen Bundesländern, auch von der ÖVP regierten, gibt es jetzt bereits Kindergärten auch für Zweieinhalbjährige.

Ja ich sage ja, es hat sich hier vieles auch getan in den letzten Jahren. Jetzt ist es schon selbstverständlich wenn man hört, man muss hier viel flexibler sein, da tut sich einiges, aber ich würde mir hier von den beiden Regierungsparteien ein noch offensiveres Herangehen wünschen, weil es einfach der Zeit entspricht und die Chancen der Kinder erhöht. Man muss immer auf das auch reduzieren, es geht um die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder.

Also zusammengefasst: regionale Wahlmöglichkeit heißt, dass Eltern auswählen können, ob ihr Kind eine Schule mit Ganztagsbetreuung besuchen soll oder nicht?

Ja, in ihrem Einzugsbereich zumutbar, dass sie sagen: „Jawohl, da gibt es eine Ganztagsbetreuung, ich kann den Job annehmen, und weiß, mein Kind wird optimal aufbewahrt.“

Gerade erst wurde das neue Modulsystem präsentiert. Wie aber soll es in der Praxis umgesetzt werden? Wenn ein Schüler ein „Modul“ im Herbst negativ abschließt, wird man diesen Kurs im Frühjahrssemester für ihn neu anbieten müssen.

Der Schüler hat drei Möglichkeiten. Die schlimmste Möglichkeit für ihn ist, wenn er den ganzen Block nochmals wiederholen muss, weil er so viele negative Leistungen angesammelt hat, dass man sagt, er muss das jetzt wiederholen. Dort kommt man dann wieder in die Debatte mit den „Nicht Genügend“. Zwei oder drei Nicht Genügend, eine komische Formulierung. Sondern es geht darum, er hat zuerst die Chance am Ende des Semesters das zu absolvieren, dann hat er zu Beginn des nächsten Semesters, nach einem bestimmten Zeitraum die Möglichkeit, aber bekommt dazwischen einen Lerncoach. Eine Beratung woran es liegen könnte. Bekommt bis hin zur individuellen Förderung, wenn er der einzige an der Schule ist, der hier Probleme hat. Er macht es noch einmal. Schafft er es wieder nicht – weil oft die Erfahrung war, dass es auch die Lehrer-Schüler-Beziehung war – kann er sich einen anderen Prüfer aussuchen, ähnlich wie an der Uni. Und dann hat er wieder die Möglichkeit, das noch einmal nachzumachen. Hängt er nur in dem Fach, dann hat er im schlimmsten Fall bis er zur Matura kommt das irgendwann zu erfüllen, sonst kann er nicht zur Matura antreten. Erst dann wenn sich das bei mehreren Modulen wiederholt und er es nirgends wegbringt, könnte es sein, dass er quasi zum Wiederholen gezwungen wird. Aber auch dann werden in allen Bereichen die bereits positiven Leistungen angerechnet werden, also hier kann er sich auch gar nicht mehr verschlechtern und kann sich eigentlich hauptsächlich auf seine Schwächen konzentrieren. Er muss nicht das Ganze noch einmal über sich ergehen lassen. Das neue dabei ist auch die individuelle Förderung, der Lerncoach und dass ich mir den Prüfer mit aussuchen kann, sowie, dass ich kleinere Einheiten habe, das heißt auch wenn ich innerhalb von diesem Modul schon Teile positiv abgeschlossen habe. Es gibt in dem Sinn keine große Semesterprüfung, sondern auch hier ist ganz klar eingeschränkt, weil der Stoff im Vorhinein ganz klar festgelegt ist für den Lehrer, das ist das Modul, das läuft so und so ab.

Dazu muss man dann aber auch alle Lehrpläne dementsprechend nach Semestern gliedern.

Richtig, da ist man dran und da gibt es auch Erfahrungen aus den Schulversuchen die man gemacht hat, weil ursprünglich wollte man ja pro Semester zwei Module, also noch kleinere Einheiten machen und da hat man dann auch lange diskutiert mit denen die diesen Schulversuch gemacht haben, die haben gesagt, dann ist es für die Schule kaum mehr zu organisieren, das gibt dann noch Prüfungssituation und das hat man dann auch eingesehen. Und das zweite ist – das wäre auch der nächste Schritt -, dass man auch Leuten die bestimmte Begabungen haben, auch die Möglichkeit gibt, bestimmte Module vorher zu machen. Wenn einer ein ganz guter Mathematiker ist, oder Naturwissenschaftler, oder in den Sprachen, usw., dass der sich nicht allzu lange hier aufhält, sondern dass der sich auch

weiterentwickelt. Also da verdient diese neue Umstellung wirklich den Namen „Reform der Oberstufe“.

In welchem Ausmaß steht dieser Lerncoach zur Verfügung?

Der Lerncoach legt es gemeinsam mit dem Schüler fest. Der Lerncoach schaut sich das an, was der Schüler braucht, ob die Defizite groß oder klein sind, bzw. was man tun kann. Und der berät sich dann auch mit dem Klassenvorstand und dem Schulleiter, je nachdem wie die Schule das dann organisiert, da gibt es klare Vorgaben, das kann die Schule selber machen, der braucht dies und das sonst schafft er es nicht. Wenn man sagt: „Seht euch an, wo die Defizite sind, was kann man machen, wo fehlt es im familiären Umfeld, was würde ihm helfen, wenn er wo etwas machen kann“ und das kann man ihm anbieten an der Schule. Der Lerncoach übernimmt eigentlich die Aufgaben, die bisher Eltern sehr mühsam organisiert haben, außerhalb der Schule.

Und die Schule verteilt dann autonom die zur Verfügung gestellten Ressourcen?

Ja, sie ist auch mit Ressourcen so bedacht. Es ist mit den Lehrern und der Gewerkschaft bereits ausverhandelt, wie das bezahlt wird usw. Es ist auch eine Berechnung da, dass es sich – jetzt komme ich wieder auf den schlimmen Begriff – volkswirtschaftlich rechnet, weil ja auch so und soviel Repetenten wegfallen. Aufgrund der Schulversuche, wir sind jetzt ausgegangen von 50% weniger Wiederholungen, bei den Schulversuchsschulen war es bis zu Zweidrittel. Das ist schon eine bestimmte Ressourceneinsparung.

Das heißt in ein paar Jahren soll sich das amortisieren?

Genau.

In diesem Zusammenhang spielt auch der Begriff Leistung eine wichtige Rolle. Welchen Stellenwert hat Leistung für Sie in der Schule?

Einen sehr hohen, nur ich sehe den Leistungsbegriff so, die Leistung besonders dort abzufragen, wo die Kinder ihre Begabungen haben. Also nicht so sehr Leistung, so wie es jetzt ist, hier ist das ganze Werkstück, und das muss alles behandelt werden, sondern es geht darum, - und da soll sich Schule auch ändern dorthin – dass man nicht nur Negatives herausnimmt und sagt: „Komm, komm in die Schule“ und er wird dort abgestraft und er zieht das sein Leben lang mit, weil er eben in Deutsch seine Schwächen hat und haben wird, sondern, dass man dort schon die Grundkompetenz vermittelt, und dass er die auch erwerben soll, aber Leistung ist vor allem dort gefordert, wo er seine Begabungen hat, und das tut die Schule derzeit zu wenig. Das wäre die Aufgabe einer Neuen Mittelschule oder auch gemeinsamen Schule, auf solche Begabungen hin Acht zu geben, daher habe ich auch darauf gedrängt, dass ein eigenes Schüler-Port-Folio mit hineinkommt, wo der Schüler selber Arbeiten mitnehmen kann die er gemacht hat. Ob das jetzt Aufsätze sind, oder andere literarische Sachen, oder Zeichnungen oder Projektarbeiten, die er mitgemacht hat, dass er die mitnehmen kann. Leistung also sehr stark auch in die Richtung, ich möchte, dass der dort wo er was kann, auch gefordert und gefördert wird, und daher auch wiederum wieder das Modell der modularen Oberstufe, das dem sehr stark entgegen kommt und das ist nicht mehr so wie es bisher war, dass einer einen ganzen Jahresstoff, den er nicht kann in einem Fach geschenkt bekommt, weil er mit einem Nicht Genügend aufsteigen kann und niemand fragt dann wenn er zur Matura kommt: „Da fehlt aber noch ein ganzer Jahresstoff.“ Das ist auch vom Äußeren her schon ein Beweis für starke Leistungsfreundlichkeit, aber für mich persönlich geht's in die Richtung, dass man Kindern besonders dort Begabungen aufzeigt,

ihre Chancen aufzeigt, wo sie auch talentiert sind.

Daran anknüpfend: Welche fünf Kompetenzen sollte ein Maturant nach der Reifeprüfung mitbringen?

Jene Grundkompetenzen die sie dazu befähigen eine Uni oder einen tertiären Ausbildungsweg zu bewältigen, darum bin ich auch ein so starker Anhänger der neuen Matura, der zentralen Teile der Matura, weil es unter anderem auch dahinführt, bewusst zu machen: die und die Kompetenz muss ein Maturant haben. Derzeit haben wir einen sehr bunten Fleckerlteppich, der sich hier entwickelt hat, und ich höre unterschiedliche Ergebnisse von Qualifikationen von Maturanten. Das ist überhaupt ein Problem der Notengebung, aber besonders der Reifezeugnisse, die ja als Abschlusszeugnisse eine gewisse Qualität ausdrücken sollten und daher ist es für mich wichtig, dass ich diese Grundkompetenzen, die ich brauche um meine tertiäre Ausbildung erfolgreich zu absolvieren, die sollte ich mitbekommen.

Sehen Sie das als Problem, weil es verschiedene Schultypen gibt, oder ganz generell, weil die Vergleichbarkeit nicht gegeben ist?

Generell, weil es derzeit ganz einfach untereinander nicht vergleichbar ist. Gleiche Schulen untereinander nicht vergleichbar sind und unterschiedliche sowieso nicht, die haben alle ihre eigenen Schwerpunkte. Da gibt es auch eigene Konzepte für die neue Matura, für die höheren Schulen und für die allgemeinbildenden höheren Schulen, aber hier ist es wichtig, dass einem bewusst ist – darum bin ich auch ein Anhänger der Leistungsstandards vierte Stufe, achte Stufe -, dass der Volksschullehrer schon weiß: „Hoppla, er sollte am Ende der Volksschule die Grundkompetenz: Lesen, Schreiben, Rechnen, in der und der Form beherrschen.“ Das sollte auch vergleichbar mit anderen sein und darauf hinarbeiten – ich mache das nicht einfach für mich und lebe in meinem Freiraum hier und vergebe die Noten nach meinem Gutdünken, ist das ein Gut, ein Sehr Gut oder ein Befriedigend. Ich entscheide damit auch über Bildungskarrieren. Daher ist es dort wichtig, dass man diese Kompetenzen, die sich aufgrund dieser Bildungsstandards bis hin zur neuen Matura fortsetzen, eine Basis schaffen, damit man dort wo man übergeben wird, die Herausforderung auch bewältigt. Das heißt jetzt also nach der Mittelschule und Gymnasiumsunterstufe für die Oberstufe, und von der Oberstufe dann weg für die Hochschulen und Fachhochschulen.

Haben Sie das Gefühl, dass die Reform der Zentralmatura gelungen ist?

Ja, wenn die Lehrer dann auch nicht zu viel Angst davor haben, und nicht so wie es auch am Beginn des Computerzeitalters war, verschreckt sind und sagen: „Ich nicht!“. Ich habe eine junge Kollegin an meiner Schule gehabt, die gesagt hat: „Elmar, eines sage ich dir, einen Computer rühr ich nie an.“ Ich habe ihr geantwortet: „Da wirst du staunen, wie schnell das geht.“ Es war dann auch so und ähnlich ist es hier, dass ich merke, dass an vielen Schulen eine große Verunsicherung herrscht bei den Lehrern: Was kommt da auf uns zu? Man kann dann nicht mehr so individuell sondern man MUSS! Und da wird oft in der 5. Schulstufe bereits das Kind mit dem Bad ausgeschüttet und werden neue Schularbeitenformen eingeführt, die mit der neuen Matura schon gar nichts zu tun haben und um auch das aufzufangen, ich meine die Schulbücher sind bereits in der Umstellungsphase, das BIFIE ist in Vorbereitung, es gibt ausreichend Fortbildungskurse für die Lehrer und Informationsveranstaltungen. Also ich meine irgendwann muss man beginnen, man hat eine Übergangsfrist jetzt von drei bis vier Jahren, und ich meine bis dorthin ist die Zeit reif und es ist überfällig.

Zum Thema Qualitätssicherung an den Schulen. Im Regierungsübereinkommen ist die Rede von der Stärkung der „Feedback-Kultur“. Woran liegt es, dass in diesem Punkt keine Fortschritte wahrnehmbar sind?

Ich glaube einfach, dass hier der Druck noch zu wenig groß ist, weil an und für sich, wenn man über Bildungsbereich usw. redet, geht's eher um neue Formen, wie kann man die Herausforderungen, wie kann man die Defizite die da sind abbauen und das ist weniger ein Problem der Feedback-Kultur, sondern wie kann ich die Eltern, besonders der Problemkinder hereinholen. Problem sind ja die bildungsfernen Eltern, die die Schule eigentlich überhaupt nicht interessiert. Wo auch die Feedback-Kultur eine sehr schlechte ist, weil genau diejenigen nicht da sind. Das ist oft so bei Veranstaltungen oder Elternabenden oder was auch immer, da sind dann genau diejenigen nicht da, die es am nötigsten bräuchten und dass meine ich, wäre eine wichtige Aufgabe – da sind wir wieder beim Schlagwort Schulautonomie – wo die Schule selber, wenn sie Schwerpunkte setzen kann, wenn sie Programme für sich entwickeln kann, mit Einbeziehung der Schulpartner sehr viel tun könnte und ich behaupte man kann Schulpartnerschaft von oben nicht oder nur schwer verordnen. Man hat ja gesehen, es gibt jetzt diese Klassenelternvertreter usw. man hat mit der Demokratisierung begonnen. Es gibt auch Schulsprecher etc. und das soll auch wichtig sein, das ist die Vertretung nach außen. Aber die unmittelbare – und das verstehe ich unter einer aktiven Feedback-Kultur – Einbeziehung des Elternhauses zum Bereich Schüler und Lehrer, die müsste vor allem mit klaren Vorgaben schulautonom geregelt werden, indem ich auch den Schulstandort mit einbinde in Entscheidungen welchen Schwerpunkt wollen wir an der Schule, wie lösen wir unsere Ganztagesbetreuung, wie machen wir das mit der Migrantenförderung usw., das sind die Dinge die aus meiner Sicht dort hingehören, und da machen uns derzeit noch die Länder einen dicken Strich durch die Rechnung bei allem was in diesem Bereich eine Verbesserung der Schulautonomie bedeutet. Da sagen die Länder: „Lassen wir uns nicht dreinreden, das ist unsere Sache. Wir sagen wer Schulleiter wird, etc.“ Das ist eine sehr starke Blockade. Und ich denke, nur um das Bild ein wenig abzurunden, wir haben einen Unterausschuss gehabt des Verfassungsausschusses im Parlament vor zwei Jahren, der sich ausschließlich mit der Schulautonomie auseinandergesetzt hat, mit allen Forderungen vom Rechnungshof, IHS und anderen, die gesagt haben, so müsste man Schulverwaltung effizient und sinnvoll gestalten. Alle fünf Parteien haben einhellig ein Papier verabschiedet, mit beiden Ministerinnen, BM Karl und BM Schmied, und es war mit den Ländern nicht durchzubringen, obwohl bei den Verhandlungen des entsprechenden Papiers die Ländervertreter dabei waren. Die waren da und haben das abgenickt und keiner hat sich gemeldet, weil sie genau gewusst haben: „Am Schluss drehen wir es ab.“ Das ist eines der Hauptdefizite die wir haben, dass wir weit weg sind vom Prinzip: Wer zahlt, schafft an. Das heißt der Bund darf zahlen, aber kann im Pflichtschulbereich kaum was. Das zeigt sich jetzt auch bei der modularen Oberstufenreform, das kann der Bund selber und direkt machen, weil es seine Schulen sind, er unmittelbarer Dienstgeber ist und dort ist es relativ leicht und gut machbar und bei anderen Sachen habe ich sofort überall mit neun verschiedenen Bundesländern, Wünschen und Strukturen zu tun, bis hin zu den Gemeinden, die auch noch unterschiedliche Vorstellungen haben.

In den Medien wird es immer so dargestellt, die Lehrergewerkschaft ist der große Bremser. Ihre Ausführungen hören sich jetzt eher so an, dass die Länder diejenigen sind, die Reformen schwierig machen.

Die Lehrervertreter nehmen natürlich ihre Aufgabe als Gewerkschaft war, die Interessen der Lehrer zu vertreten. Das gestehe ich ihnen auch zu. Dort wo ich Probleme habe mit den Lehrervertretern ist dann, wenn sie sagen: „Wir sagen jetzt wie Schule zu laufen hat.“ Das ist nicht mehr Sache der Personal- und Lehrervertretung, das ist Sache des Dienstgebers, das ist Sache der Politik, das ist Sache der Verantwortlichen, die sagen, wir möchten, dass Schule so oder so läuft. Und dort ist aus meiner Sicht in der Zwischenzeit eine Verbesserung eingetreten. Dass natürlich die Lehrervertreter, wenn es um die Ausweitung der Lehrverpflichtung geht, sofort die Haare aufstellen ist klar. Aber das ist eine dienstrechtliche

Geschichte. Wenn ich sage, ich verlange 20% mehr Arbeit, kommt sofort der Ruf: „Ich hätte gern 20% mehr Lohn!“ Die Frage ist wohl berechtigt und richtig. Was ich verurteile ist zum Beispiel, wenn AHS-Gewerkschafter sich einbetonieren und sagen eine gemeinsame Schule kommt nicht in Frage, wir wollen das nicht. Selbst Vertreter von unserer Partei. Ich meine inzwischen haben wir uns hier zusammengerauft. Die haben gesagt: „Mayer was willst du? Wir haben die besseren Schüler, die bessere Ausbildung, die bessere Bezahlung. Was wollen wir ändern an dem System?“ Nur das kann nicht Aufgabe sein der Lehrervertretung. Die kann sagen es muss gerecht entlohnt werden, die Arbeitgeber müssen ihre Rechte haben, das soll alles so sein. Aber über die Inhalte hat die Politik zu entscheiden und da haben wir uns, würde ich meinen, in den letzten zwei, drei Jahren emanzipiert, - mit Unterstützung des Kollegen Amon.

Sie haben gerade gesagt, Sie mussten sich mit ihrer eigenen Gewerkschaft erst zusammenraufen. Ganz generell: Sind Sie der Meinung, dass Ihre Partei ihren Standpunkt in Bildungsfragen der Bevölkerung ausreichend deutlich und klar übermittelt? Ist die Außendarstellung optimal?

Optimal ist selten was in der Politik, aber es hat sich unglaublich viel getan. Wenn ich an die Ära Gehrler zurückdenke, wo wirklich zehn Jahre Stillstand war, wo Stundenkürzungen, nicht jetzt für die Lehrer, sondern für die Schüler, an der Tagesordnung waren, in Deutsch im Pflichtschulbereich und unzähligen Dingen und da hat der große Reformzug Fahrt aufgenommen, also da tut sich jetzt einiges. Was ich bedauere ist zum Beispiel: die Neue Mittelschule (Anmerkung: gemeint war hier wohl die Gesamtschule) hätte eine Mehrheit im Parlament, ich behaupte auch eine Mehrheit in der Öffentlichkeit, und scheitert eben am Nein des Koalitionspartners. Der sagt eben: „Nein das wollen wir nicht, das steht auch nicht im Koalitionsübereinkommen, also kommt es nicht.“ Aber das ist überfällig, wäre reif, und hätte sogar eine Parlamentsmehrheit. Und da ist es oft nur die Notwendigkeit und die Kunst des Möglichen. Und ich erwarte mir, und daher bin ich auch ein glühender Verfechter des Bildungsvolksbegehrens, dass viele Bereiche, von dem was hier festgehalten wird, in einem nächsten Koalitionsübereinkommen anders formuliert werden, wie es jetzt da ist. Das jetzige Regierungsübereinkommen versuchen wir abzuarbeiten so gut es geht, aber da gehören dann die neuen Bereiche rein.

Aber die Positionierung der Partei in bildungspolitischen Fragen nach außen hin, auch medial?

Ja, medial kann man sich das nicht aussuchen, weil die Medien auch ein Geschäft daraus machen. Zahl du mir Inserate für deine Botschaft, die du überbringen willst. Die schlechten Botschaften, dass ein Lehrer irgendwo einen Schüler geohrfeigt hat, oder dass die Lehrer zu viel Ferien haben, das wird transportiert, aber wenn ich daran denke, dass die Neue Mittelschule, wirklich ein großes und teures Projekt, mit 4000 neuen Dienstposten, mit jährlich 230 Millionen zusätzlichen Kosten, in den Großmedien kaum berichtet wurde, obwohl es eine große Pressekonferenz dazu gegeben hat. Darum sehe ich das ganz abgebrüht und realistisch. Die Performance nach außen ist nicht optimal, aber die kann sich die Politik nicht immer aussuchen. Ich kann nur sagen, das was wir da jetzt auf Schiene gebracht haben in dieser Legislaturperiode, kann sich sehen lassen. Da brauchen wir uns nicht zu verstecken. Das ist gut.

Betrachten Sie die NMS als Zwischenschritt zu einer verpflichtenden gemeinsamen Schule?

Ja.

Haben Sie dann keine Angst, dass Privatschulen dann verstärkt zu Selektion führen, wie es zum Beispiel in Großbritannien oder den USA der Fall ist?

Im Gegenteil. Gutgeführte gemeinsame Schulen sind eigentlich eine Herausforderung der Zeit. Wenn ich denke, dass wir jetzt das Problem haben, dass Leute, die ihr Leben lang im Schulbereich nur Sehr Gut gehabt haben, Abitur mit Auszeichnung gemacht haben, dann mit Bravour ihr Studium abschließen und dann nach drei Jahren Burn-Out haben, weil sie sich nie mit den sozialen Problemen auseinandersetzen mussten, weil sie nie irgendwo die Möglichkeit hatten sich Sozialkompetenz oder Teamfähigkeit anzueignen. Genau diese Privatschulen holen sich über Stipendien diese Leute herein, damit sie das an der eigenen Schule haben. Wir müssen den umgekehrten Weg gehen als öffentliche Schule. Wir müssen sie so konkurrenzfähig und reif machen, dass das eine Selbstverständlichkeit ist. Und man muss auch die neuen Ergebnisse der Hirnforschung akzeptieren, dass man weiß, dass die Besten, der Besten davon profitieren, wenn sie ihr Wissen an die Schwächeren weitergeben können. Daher ist die Sorge überhaupt nicht da.

Die Frage die sich mir dann aber stellt ist, wie wird der Bund die Schulen, die ja den Gemeinden gehören, ablösen?

Das kann man sagen, wie es die frühere Wissenschaftsministerin gesagt hat, das ist dann die kleinere Sorge. Das ist auch eine Sache, die über den Finanzausgleich geregelt wird. Die Gemeinden bekommen ja für das, dass sie die Pflichtschulen ausstatten und bauen eigene Anteile aus dem Bundessteuertopf über den internen Finanzausgleich der alle fünf Jahre verhandelt wird. Und das ist dann der Gegenstand von diesen Verhandlungen. Ob das jetzt in Bundes- oder Landeskompentenz ist die gemeinsame Schule ist ein zweites Thema.

Eigentümer der Schulen sind aber dennoch jetzt die Gemeinden.

Das war auch die Frage bei den Spitälern. Es gab Gemeinde- und Landesspitälern. Wer übernimmt das zu welchen Konditionen. Das ist aber dann nur noch eine Verhandlungssache. Das ist das kleinste Problem in der Sache. Das einzige Problem ist, dass eine bestimmte Gruppe das blockiert.

Wenn zu mir jemand kommt, der sagt er möchte mein Haus haben, dann ist das schon eine Frage des Geldes. Das muss man sich dann auch leisten können.

Man muss es sich leisten können, aber es sind die Lehrer die drinnen arbeiten bezahlt, es sind die Leute die da sind, es bleibt in derselben Gemeinde, es wird höchstens aufgewertet, etwa Neue Mittelschulen aufgewertet zu gemeinsamen Schulen, aber das ist zu regeln, da sehe ich kein Problem.

Warum ist es in den Neuen Mittelschulen vorgesehen, dass der Zweitlehrer ein AHS-Lehrer sein soll? Hätte es nicht gereicht, wenn es ein zweiter Hauptschullehrer ist?

Ich bin auch der Meinung, dass das gereicht hätte. Es war im Schulversuchsstadium noch so. Es ist der Versuch, die Kluft zwischen Gymnasiumunterstufe und Hauptschule bzw. Mittelschule zu überwinden durch diese emotionale Verbindung: wir holen eben Lehrer her usw. Aber meiner Meinung nach ist es keine Qualitätssteigerung, indem ich einen Gymnasiallehrer an die Mittelschule hole.

Sie haben das Thema Schulautonomie schon mehrmals angesprochen. Warum ist im Bereich der Schulverwaltung bisher so wenig geschehen? Welche Faktoren spielen hier mit? Patronage, Lobbying?

Reine Ländermachtinteressen. Der Machterhalt wo die Länder sagen, wir wollen bestimmen wer irgendwo Schulleiter wird, usw. Es kommen dann Ausreden, wie etwa man könnte dann bestimmte Kleinststandorte nicht mehr halten und andere Dinge, was einfach nicht stimmt. Das könnte man genauso machen. Aber es sind einfach ineffiziente Strukturen durch Gemeinde, Bezirk, Land, Bund. Es wird teuer, weil alle Länder durchgehend dieselben Aufgaben haben. Es hat ja nicht jeder verschiedene Aufgaben, sondern es ist durchgehend dieselbe Aufgabe, nur mit immer eingefädelten Kontrolleinrichtungen, was sehr teuer ist, ineffizient ist und mühsam ist. Aber das ist auf Grund des Verfassungsgesetzes und den föderalen Strukturen derzeit nicht veränderbar, weil es an den Länderinteressen ganz einfach scheitert. Die wollen sogar noch mehr mitreden.

Eine wesentliche Frage in der Schulverwaltung ist die Abschaffung der Landesschulräte und Bezirksschulräte. Was ist hier genau gemeint?

Die Abschaffung der Bezirksschulräte nehme ich an, wird noch kommen in dieser Periode und Landesschulräte werden zu Landesdirektionen neu gestaltet, aber in einer Form, die sie ursprünglich nicht mehr haben werden. Also das ist aus meiner Sicht noch in dieser Legislaturperiode zu machen.

Im Regierungsübereinkommen ist die Rede von einem mittleren Management. Es soll an eine noch „zu bestimmende Schulgröße“ geknüpft werden. Was ist diese Größe?

Es ist so, dass man sagt, es wäre zum Beispiel wichtig – das geht jetzt schon in den Bereich der Lehrerausbildung hinein, dass Schulmanagement eine eigene Ausbildungsschiene wird, wenn jemand schon sagt er hätte Interesse so was zu werden, oder wenn eine Karrieremöglichkeit ist, dass er dann auch eine entsprechende Ausbildung macht im Bereich des Schulmanagement. Da geht es jetzt sicher auch in die Richtung, dass man sagt, wäre es nicht sinnvoller, dass nicht jede Kleinschule – ich denke jetzt gerade im ländlichen Bereich – einen eigenen Schuldirektor hat, der gleichzeitig LehrerIn ist und dann eine zweite Kollegin die auch noch Lehrerin ist, sondern wäre es nicht klüger, solche Kleinstandorte zu belassen, aber statt fünf verschiedene Direktoren zu haben, der jeder nur für eine oder zwei Klassen zuständig ist, einen zu haben, der quasi der Direktor oder der Bildungsmanager ist, der alle fünf Schulen betreut, damit man auch entsprechende Effizienzen, Umwegrentabilität usw. nützen kann.

Zum Lehrer Dienst- und Besoldungsrecht eine Frage: Finden Sie, dass man weg von den „exorbitanten Lehrergehältern“ kommen sollte?

Exorbitant ist gut. Man muss das einfach realistisch sehen. Es beginnt jetzt ein Junglehrer mit brutto knapp unter 2000 Euro, das sind netto so um die 1300 Euro, und wenn das ein exorbitantes Gehalt ist... Was fehlt ist – und das ist schon eine jahrelange Forderung und ich hoffe, dass wir auch noch in dieser Legislaturperiode dazu kommen – ist eben, dass man diese Umstellung schafft. Dieselbe Lebensverdienstsumme, etwas niedrigere Endgehälter, und nicht mehr alle zwei Jahre, also diese binaren Sprünge, sondern drei oder vier Stufen maximal und entsprechend auch höhere Anfangsgehälter mit einer höheren Lehrverpflichtung, bis zu drei Stunden wie ich sie sehe, und das wird auch entsprechend abgegolten, wie ich es jetzt auch zahlen muss über die Mehrdienstleistungen und das ist ein Schnitt bei den AHS-Lehrern, wo jeder Lehrer durchschnittlich drei Überstunden hat, 3 MDL pro Woche. Wenn ich weiß, dass viele nicht mehr die volle Lehrverpflichtung haben, weiß ich dass es sogar noch

mehr sind. Aber wenn ich von diesen drei ausgehe, würde ein höheres Anfangsgehalt bei der gleichen Lebensverdienstsumme ja Sinn machen. Ein höheres Anfangsgehalt durch höhere Lehrverpflichtung, wobei die ersten zwei Jahre nicht, wenn man von der Uni kommt, weil man erst hineinwachsen muss und dann kann ich statt jetzt 2000 Euro brutto, ich sage jetzt eine Hausnummer mit 2700 Euro brutto anfangen, und das ist ja dann auch wieder mit der Privatwirtschaft ähnlich und vergleichbar. Macht sich für jüngere Leute die sich geeignet und berufen fühlen das zu machen, auch für männliche, auch junge Burschen, interessant in diesen Berufsweg einzusteigen.

Es gibt noch einige offene Punkte aus dem Regierungsübereinkommen. Sehen Sie hier die Möglichkeit, dass diese noch bis zum Ende der Regierungsperiode umgesetzt werden?

Ja, also wenn sie ausläuft Ende 2013, gehen wir davon aus, dass wir alles abarbeiten können.

Ganz pathetisch steht am Anfang des Regierungsübereinkommens, dass beide Parteien Österreich weiter nach vorne bringen wollen. Gesamt betrachtet ist Österreich im Bereich der Schulpolitik weiter nach vorne gebracht worden?

Ordentlich ja. Man wird es erst später messen können, weil das wie ich gesagt habe, sehr nachhaltig ist, weil Fehler die man vor Jahren gemacht hat, sich erst jetzt auswirken, und gute Dinge die man jetzt gemacht hat, sich auch erst später auswirken, aber sie werden sich auch auswirken.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Danke auch Ihnen für Ihr Interesse an diesem Bereich.

Bildung

Bildungspolitik entscheidet über die Chancen, die wir unseren Kindern und Jugendlichen für ihre Zukunft eröffnen. Bildung ist zentrales Thema für die Zukunft von Österreichs Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Die Förderung von Begabungen und Talenten ist die zentrale Aufgabe einer zukunftsorientierten Bildungspolitik. Voraussetzung dafür ist ein innovatives, an den Prinzipien des lebensbegleitenden Lernens ausgerichtetes Bildungssystem, das den individuellen Potentialen jedes einzelnen Kindes und der Vielfalt an Interessen Rechnung trägt. Bei der Förderung von lebensbegleitendem Lernen geht es um Bildungsmotivation und die Kompetenzen, diese Motivation auch realisieren zu können.

Im Zentrum der Bildungspolitik stehen die Bildung und Ausbildung aller Menschen, der Erwerb von Wissen, Fähigkeiten und Kenntnissen, die Anerkennung persönlicher Leistung sowie eine werteorientierte Persönlichkeitsentwicklung. Bildung umfasst die vielfältige Förderung von Kreativität, Sozialkompetenz, von interkulturellem Verständnis, Toleranz und Demokratieverständnis, das insbesondere durch die Politische Bildung gestärkt wird.

Vor dem Hintergrund steigender Lebenserwartung, immer kürzeren Innovationszyklen in Wirtschaft und Technologie sowie der Dynamik der gesellschaftlichen Veränderungen in einem erweiterten Europa und einer globalisierten Welt erfährt das lebensbegleitende Lernen einen wachsenden Stellenwert. Lebensbegleitendes Lernen bietet die Möglichkeit, sich unabhängig auf der Basis persönlicher Wahlfreiheit entfalten und individuelle Lebenswege gestalten zu können.

Beginnend mit der frühkindlichen Erziehung, gefolgt vom gesamten Schulbereich und der Berufsbildung umfasst lebensbegleitendes Lernen auch tertiäre Bildungsangebote, allgemeine Erwachsenenbildung und betriebliche Weiterbildung. Formale Bildungswege sind in diesem Zusammenhang ebenso zu berücksichtigen wie non-formal angeeignetes Wissen.

Alle Kinder und Jugendlichen in Österreich sollen unabhängig von ihrem familiären Hintergrund die Chance auf bestmögliche Bildung und Ausbildung erhalten. Eine am Prinzip der Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtete Schule bemüht sich aktiv um individuelle und diskriminierungsfreie Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern unterschiedlicher familiärer und kultureller Herkunft. Eine zentrale Rolle im Entwicklungsprozess der Kinder kommt den Eltern und Bezugspersonen zu. Veränderte soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen machen eine nachhaltige Weiterentwicklung des Bildungssystems dringend notwendig. In den vergangenen Jahren wurde eine Vielzahl von Reformideen

³⁵¹ Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, S. 200-210. Unter: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>, Stand: 5.12.2011.

aufgegriffen und in zahlreichen Maßnahmen umgesetzt. Den positiven Weg der Schulreform gilt es gemeinsam, im Sinne der Verantwortung für unsere Kinder und die Zukunft unserer Gesellschaft fortzusetzen. Im Zentrum steht dabei die Durchlässigkeit und Chancengerechtigkeit des Bildungssystems und die Verbesserung der Unterrichtsqualität. Die aktive Gestaltung der Übergänge im Bildungssystem: Kindergarten – Schule, Schule – tertiäre Bildung, Ausbildung – Beruf/Weiterbildung ist für das Gelingen erfolgreicher Bildungswege zentral.

Von besonderer Bedeutung jedes Bildungssystems sind alle seine PädagogInnen. In Erwägung der Herausforderungen, die durch die gesellschaftliche Entwicklung auf PädagogInnen zukommen, muss das System der österreichischen LehrerInnenausbildung nach qualitativen Gesichtspunkten weiterentwickelt werden, getragen von einer engen Kooperation zwischen den Universitäten und den Pädagogischen Hochschulen.

Schulstandorte des Bundes werden basierend auf dem Schulentwicklungsplan modernisiert und erweitert. Tagesbetreuung und verbesserte Arbeitsbedingungen von LehrerInnen und SchülerInnen werden dabei berücksichtigt.

Bis 2018 werden im Rahmen des Schulinvestitionsprogramms 1,664 Mrd. EUR investiert. Zusätzlich zu diesen Maßnahmen werden 380 Mio. EUR für behindertengerechtere Infrastruktur investiert*).

Für die Umsetzung der geplanten Maßnahmen ist ein zusätzliches Budget von 50 Mio. EUR pro Jahr vorgesehen.

1. Kindergarten als Bildungseinrichtung

Die individuelle Förderung mit dem Ziel der Heranführung der Kinder an die Schulreife umfasst besonders die motorische Entwicklung, das Sozialverhalten, die Kreativität und die Sprachkompetenzen der Kinder, sowie das kindgerechte Heranführen an den naturwissenschaftlich-technischen Bereich. Zur Sicherstellung bundeseinheitlicher Qualitätsstandards wird ein einheitlicher Bildungsplan gemeinsam mit den Ländern erarbeitet.

Die Ausbildung der KindergartenpädagogInnen soll aufbauend oder ergänzend zu den Bundesbildungsanstalten für Kindergartenpädagogik an den Pädagogischen Hochschulen bis hin zur Einrichtung von Bachelor-Studiengängen weiterentwickelt werden.*)

2. Volksschule/Grundschule

Die Schuleingangsphase wird evaluiert mit dem Ziel, geeignete Fördermaßnahmen für die Aufnahme der schulpflichtig gewordenen Kinder, die der Unterrichtssprache nicht folgen können, zu entwickeln. Es werden Projekte erarbeitet und erprobt, um den erfolgreichen Volksschulabschluss zu gewährleisten.

Für die Individualisierung des Unterrichts, individuelle Fördermaßnahmen bei Lernproblemen und die Begabungsförderung wird ein pädagogisches Konzept erarbeitet.

Die Sprach- und Lesekompetenz der Kinder soll in individualisierten Übergangs- und Lernphasen gefördert werden. Dafür ist ein bundesweit einheitliches Konzept mit Qualitätssicherung zu erarbeiten.

3. Tagesbetreuung

Ganztägige Schulformen und Ganztagsbetreuungsangebote unterstützen die ganzheitliche Entwicklung der SchülerInnen und sind bedarfsgerecht auszubauen, wobei regional die Wahlmöglichkeit sichergestellt wird.

Ein sinnvoll abgestimmtes Angebot von Lernen, Wiederholen und Üben, sowie freizeitpädagogische Akzente und der Ausbau der Angebote von Kunst, Kultur und Sport stellen sicher, dass den Kindern mehr Abwechslung, Zeit und Raum gewidmet wird.

Die Qualitätssicherung soll durch die regelmäßige Vergabe eines Qualitätsgütesiegels unterstützt werden.

4. Internationalität, Integration und Migration

Der Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen unserer Kinder und Jugendlichen soll durch den konsequenten Ausbau des frühzeitigen Fremdsprachenunterrichts, der neben Englisch vor allem auch die Sprachen der unmittelbaren Nachbarländer und der neuen globalen Wirtschaftspartner berücksichtigt und den offensiven Ausbau bilingualer Schulformen unterstützt werden.

Alle Kinder in Österreich haben ein Recht auf gleiche Startbedingungen beim Schuleintritt. Der Erwerb der Sprachkompetenzen in Deutsch und der Muttersprache ist dabei besonders wichtig und soll durch gezielte Fördermaßnahmen insbesondere für einen erfolgreichen Einstieg in das Schulsystem unterstützt werden. Deutschförderkurse für außerordentliche SchülerInnen und Förderkurse für ordentliche SchülerInnen mit mangelnden Deutschkenntnissen sollen ausgebaut werden.

Der fremd- und muttersprachliche Unterricht soll ausgebaut werden.

Die Bundesregierung wird Anreize setzen, damit mehr qualifizierte Personen mit Migrationshintergrund in die pädagogischen Ausbildungen kommen. Alle LehrerInnen sollen im Rahmen ihrer Ausbildung interkulturelle Kompetenzen erwerben.

5. Individualisierung und Begabungsförderung*)

Für Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden die gesetzlichen Grundlagen für die Integration nach der 8. Schulstufe erarbeitet. Die Kriterien für den sonderpädagogischen Förderbedarf werden überarbeitet, um gezielte Maßnahmen gemäß den individuellen Bedürfnissen sicherzustellen und Maßnahmen des Sonderpädagogischen Förderbedarfs von jenen zur Sprachförderung zu entkoppeln.

Die für die 9. Schulstufe sichergestellten Teilungsmöglichkeiten (kleinere Klassen, Teamteaching) und verbesserte Betreuungsrelationen in ausgewählten Gegenständen werden evaluiert.

Die Instrumente der Begabungsförderung sollen unter Berücksichtigung der Erfahrungen bestehender Modelle (z.B. Sir Karl Popper Schule) im Schullalltag ausgebaut und verbessert werden.

6. Bildungsgarantie

Mit der Ausbildungsgarantie bis zum 18. Lebensjahr soll allen Jugendlichen eine vollwertige (Berufs)Ausbildung ermöglicht werden: in der Schule, im Rahmen der dualen Berufsausbildung oder bei Engpässen in einer überbetrieblichen

Lehrwerkstätte. Maßnahmen der Berufs- und Bildungswegorientierung sollen Jugendliche dabei unterstützen, den für sie richtigen Ausbildungsplatz zu finden.

In der Berufsschule und Hauptschule sollen Jugendliche ohne Hauptschulabschluss durch Zusatzangebote den Pflichtschulabschluss altersgerecht und kostenfrei nachholen können.

Mit der Erarbeitung von Strategien und Modellen zu einer Neuorientierung der 9. Schulstufe, mit dem besonderen Fokus auf die Attraktivierung der Polytechnischen Schule soll eine ExpertInnenkommission beauftragt werden.

Die Zahl der Ausbildungsplätze an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen soll weiter kontinuierlich aufgestockt werden. Die Anrechenbarkeit nachgewiesener Kenntnisse aus dem BMHS-Bereich ist im tertiären Bereich zu verbessern. Das Förderprogramm „Berufsmatura: Lehre mit Reifeprüfung“ wird ausgebaut, um mehr Lehrlingen die Beteiligung an dem kostenfreien Modell zu ermöglichen.

7. Klassenwiederholungen reduzieren

Ab der 7. Schulstufe sollen erste Formen der Wahlpflicht- und Kursangebote im Rahmen der Schulautonomie erstellt und die Oberstufe der AHS in modularisierter Form weiterentwickelt werden, um den Begabungen und Interessen gemäßer unterrichten zu können und die Schulabbrecherquote zu senken.

Individuell abgestimmte Förderangebote sollen ausgebaut und das Frühwarnsystem weiter verbessert werden.

8. Qualitätssicherung

Die Bildungsstandards werden im Sinne einer Prozessverbesserung und Kompetenzorientierung auf allen Ebenen konsequent weiterentwickelt. Eine standardisierte kompetenzorientierte Reifeprüfung mit zentralen und schulspezifischen Elementen unter Berücksichtigung schulautonomer pädagogischer Schwerpunkte ist beginnend mit der AHS für alle Schularten zu entwickeln.

An den Schulen wird eine Feedback-Kultur zwischen SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern als Teil der Qualitätssicherung vertieft.

Pilotprojekte der Schulsozialarbeit mit wissenschaftlicher Begleitung sollen für den Bereich der Bundesschulen gefördert und als BestPractise Modelle für die Länder und Gemeinden pilotiert werden. Der schulpsychologische Dienst soll im Bundesschulbereich evaluiert und ausgebaut werden.*)

Privatschulen in freier Trägerschaft sollen weiter gefördert werden.

Das Schulversuchswesen soll bereinigt werden. Dabei soll die Übernahme in das Regelschulwesen, etwa auch im Rahmen schulautonomer Schwerpunktsetzungen, überprüft werden.

Die Details der Einführung eines Gegenstandes „Ethikunterricht“ in der Sekundarstufe II, insbesondere die Frage nach dem Verhältnis zum Religionsunterricht, sind in einer parlamentarischen Enquete unter Einbeziehung der Kirchen und Religionsgemeinschaften zu prüfen.

9. Schulen der 10- bis 14-Jährigen

Die Modelle auf der Sekundarstufe I (Neue Mittelschule) werden mit dem Ziel der Erhöhung der horizontalen und vertikalen Durchlässigkeit weiter entwickelt. Das Netzwerk innovativer Schulen wird weiter ausgebaut. Zusätzlich ist die qualitative Weiterentwicklung der Hauptschulen und der AHS-Unterstufe sicherzustellen.

Die Modellversuche werden von Beginn an nach vergleichbaren Kriterien evaluiert.

Die Modelle sollen in allen Bundesländern eingerichtet werden.

10. Berufsorientierung und Bildungsberatung

Der Ausbau der Berufsorientierung und Bildungsberatung auf der 7., 8. und 9. Schulstufe soll Jugendliche und ihre Eltern in einer guten Bildungs- und Berufsentscheidung unterstützen. Berufsorientierung soll eng mit außerschulischen ExpertInnen und mit außerschulischen Beratungseinrichtungen (u.a. der Sozialpartner) vernetzt werden.

Intensive Kooperationen der Sekundarstufe II und von Institutionen des tertiären Bereichs sollen die Vorbereitung auf die individuelle Studienwahlentscheidung in der 11. und 12. bzw. der 12. und 13. Schulstufe begleiten.

Die Einführung eines Hochschullehrgangs an den Pädagogischen Hochschulen soll eine standardisierte Ausbildung zum/zur BeraterIn („Counsellor“) für Berufsorientierung und Bildungsberatung ermöglichen.

11. Stärkung der Schulpartnerschaft

Die Elternarbeit soll insbesondere hinsichtlich eines erweiterten Angebots an Elternbildung professionalisiert werden. In den Schulen sollen auch gemeinsam von den Schulpartnern getragene Modelle der Gewaltprävention umgesetzt werden.

Die Schulpartnerschaft soll gestärkt werden und die Mitbestimmung auf allen Ebenen ausgebaut werden.

Den Eltern von SchülerInnen mit Migrationshintergrund wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Im Rahmen der schulpartnerschaftlichen Arbeit soll auf spezifische Sprach- und Rechtsinformationsangebote im Erwachsenenbildungsbereich hingewiesen werden.

12. Modernisierung von Schulverwaltung und –management

Mit gezielten Maßnahmen soll die Ergebnisverantwortung am Schulstandort gestärkt werden.

Zentrale Aufgaben eines neuen bundesweiten Profils für die Schulleitungen werden die Mitwirkung bei der Personalauswahl und Personalentwicklung und die Verantwortung für den Ressourceneinsatz, die Schulentwicklung und die Qualitätssicherung am Schulstandort sein.

Ab einer zu bestimmenden Schulgröße soll bundesweit der Rahmen für ein mittleres Management entwickelt und beispielgebend an Bundesschulen eingesetzt werden.

Das Aufgabenprofil der Schulaufsicht wird weiterentwickelt im Sinne einer

professionellen Begleitung eines zeitgemäßen und nachhaltigen Qualitätsmanagements.

Eine Novellierung des Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetzes soll den Ländern die Flexibilisierung der Schulsprengel ermöglichen.

Noch vorhandener Doppelgleisigkeiten bei den Schulbehörden sollen beseitigt werden.

Die Bezirks- und Landesschulräte und deren Kollegien sollen abgeschafft werden.

Beiräte als beratende Organe auf Landesebene mit Vertretern von Schülern, Eltern und Lehrern sollen eingerichtet werden.

Bildungsdirektionen werden eingerichtet.

Beim Ressourceneinsatz soll Transparenz hergestellt und ein einheitliches Controllingsystem entwickelt werden.

13. LehrerInnen sind der Schlüssel zum Bildungserfolg

Vor dem Hintergrund des steigenden Bedarfs an bestens qualifizierten Lehrern und Lehrerinnen (Pensionierungswelle) widmet die Bundesregierung der Rekrutierung und Ausbildung der Lehrpersonen höchstes Augenmerk.

Eine Expertengruppe soll bis Ende 2009 ein Konzept für eine der Bologna-Struktur entsprechende, durchlässige und zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen abgestimmte Neuorganisation der verschiedenen Lehramtsstudien mit Aufnahmeverfahren auf tertiärem Niveau erstellen.

Die Pädagogischen Hochschulen haben eine zentrale Rolle in der Aus- und Weiterbildung der Lehrenden und sollen durch die Weiterentwicklung ihrer Aufgabenbereiche und Strukturen und ein zeitgemäßes und leistungsorientiertes Dienst- und Besoldungsrecht für Hochschullehrende unterstützt werden.

Eine gemeinsame Studieneingangsphase für alle LehramtskandidatInnen soll gewährleisten, dass die bestgeeigneten PädagogInnen in den Schulen eingesetzt werden.

Ein zeitgemäßes und leistungsorientiertes Dienst- und Besoldungsrecht soll für alle neu eintretenden LehrerInnen eingeführt werden.

Die Möglichkeiten zum Einstieg für QuereinsteigerInnen aus der Praxis in einen pädagogischen Beruf sollen ausgebaut werden.

Ausbau des Angebots an verpflichtenden Fort- und Weiterbildungsprogrammen für LehrerInnen, das an den Bedürfnissen der Schulen ausgerichtet ist, wofür die Schulen einen Teil der Mittel der Landesschulräte für die LehrerInnenfortbildung am Schulstandort überantwortet bekommen.

14. Europäische und internationale Bildungskooperationen

Die verstärkte Nutzung europäischer und internationaler Bildungsprogramme soll Österreichs Jugendliche in der Entfaltung ihrer individuellen Chancen im vereinten Europa fördern. Die Teilnahme speziell an den europäischen Mobilitätsprogrammen soll weiter gesichert und ausgebaut werden.

Die Umsetzung des Nationalen Qualifikationsrahmens soll die Transparenz formal und nonformal erworbener Qualifikationen und damit die Durchlässigkeit des gesamten Bildungswesens national und europaweit gemäß den Leitlinien des Europäischen Qualifikationsrahmens fördern.

Die Rahmenbedingungen für die Einrichtung einer Europäischen Schule im Ballungsraum Wien als Zentrallehranstalt sollen geprüft werden.

Internationale Bildungskooperationen sollen durch die Weiterführung von Lehrertrainingsprogrammen, dem Ausbau von regionalen, nationalen und internationalen Kooperationen sowie der Erweiterung des Auslandsschulwesens gestärkt werden.

15. Erwachsenenbildung

Lebensbegleitendes Lernen ist eine Chance zur Entwicklung der Persönlichkeit, der Gesellschaft und der Wirtschaft. Ausreichende Angebote für den Erwerb von Basisbildung, insbesondere auch für Menschen mit Migrationshintergrund, sind dafür eine wesentliche Voraussetzung.

Gemeinsam mit den Ländern soll im Wege von Kofinanzierungsmodellen das kostenfreie Nachholen von Bildungsabschlüssen aller formalen Ausbildungen der Sekundarstufe I und II (inklusive der Berufsreifeprüfung) in einer altersgerechten Form ermöglicht werden. Eine Ausweitung der Teilrechtsfähigkeit von Schulen wird in diesem Zusammenhang angedacht.*)

Durch den Ausbau bestehender Beratungsangebote, die Professionalisierung der Beratung und den Einsatz zeitgemäßer Beratungsinstrumente soll eine weitere Verbesserung der Bildungsberatung für Erwachsene erreicht werden.

Der Ausbau von Qualifizierungsmaßnahmen für die haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen und die Schaffung gemeinsamer Qualitätsstandards sollen zur Qualitätssicherung der Angebote der Erwachsenenbildung beitragen.

Die Arbeit der Bund-Länder-ExpertInnengruppe „Fördermodelle in der Erwachsenenbildung“ soll fortgesetzt werden und bildet eine wichtige Entscheidungsgrundlage für bildungspolitische Maßnahmen.

Im Rahmen des Nationalen Bildungsberichts ist dem lebensbegleitenden Lernen ein eigener Abschnitt zu widmen.

Ehrenerklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

29. März 2012
Datum

Unterschrift

Lebenslauf

Mag. Johannes Heuras

Geboren am 16.09.1985 in Steyr, seither wohnhaft in St.Peter/Au, Niederösterreich.

1991-1995 Volksschule in St.Peter/Au

1996-2004 Schüler des öffentlichen Stiftsgymnasiums Seitenstetten

2004 Matura mit ausgezeichnetem Erfolg im Stiftsgymnasium Seitenstetten

2005 Ableistung des Präsenzdienstes in der Ostarrichi-Kaserne in Amstetten

2005-2011 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien

Seit 2006 zusätzlich Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien

2012 Gerichtsjahr am BG Haag und am LG St. Pölten